



Notwendigkeit und Möglichkeiten kooperativer Raum- und Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion Wien

Problemfelder, Handlungsoptionen,
Umsetzungsmöglichkeiten

Peter Mayerhofer, Peter Huber

Wissenschaftliche Assistenz:

Fabian Gabelberger, Andrea Grabmayer,
Andrea Hartmann, Birgit Schuster

Juni 2019

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Notwendigkeit und Möglichkeiten kooperativer Raum- und Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion Wien

Problemfelder, Handlungsoptionen, Umsetzungsmöglichkeiten

Peter Mayerhofer, Peter Huber

Juni 2019

**Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

Begutachtung: Matthias Firgo, Michael Klien

Wissenschaftliche Assistenz: Fabian Gabelberger, Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Birgit Schuster

Die Studie bietet empirische Analysen zu Stand und Entwicklung der demographischen und ökonomischen Verflechtungen in der Metropolregion Wien und stellt auf ihrer Basis sowie auf Basis von Stakeholder-Interviews und Erkenntnissen aus der internationalen Literatur Überlegungen an, wie Ansätze kooperativer Raum- und Wirtschaftspolitik in diesem größten Ballungsraum Österreichs gestärkt und durch konkrete Projekte mit gemeinsamem Nutzen unterlegt werden können. Die empirische Analyse zeichnet dabei das Bild eines durch Zuwanderung und erhebliches demographisches Wachstum geprägten funktionalen Agglomerationsraumes, dessen heterogene Teilräume durch sehr enge Pendelbeziehungen verknüpft sind. Ökonomisch zeigen sich unterschiedliche Spezialisierungen zwischen Kernstadt und Umland, deren Verknüpfung beträchtliche Synergien verspricht. So könnten nach den WIFO-Berechnungen in Kernstadt und Umland Branchengruppen mit insgesamt mehr als 0,5 Mio. Beschäftigten von verstärkter intra-metropolitane Kooperation profitieren, für Branchengruppen mit mehr als 220.000 Beschäftigten wäre dadurch eine signifikante Aufwertung ihres Wettbewerbsprofils möglich. Vor diesem Hintergrund diskutiert die Studie Möglichkeiten zur Stärkung der intra-metropolitane Zusammenarbeit in der Metropolregion. Dabei werden erfolgversprechende Handlungslinien in Raumplanung und Raumordnung sowie Siedlungspolitik, auf dem gemeinsamen Arbeitsmarkt und in der gemeinsamen Wirtschaftsentwicklung erörtert und Überlegungen zu den in diesen Bereichen notwendigen Anreizen und Instrumenten angestellt.

2019/2/S/WIFO-Projektnummer: 3518

© 2019 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • <https://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 60 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69764>

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen	III
Verzeichnis der Übersichten	IV
1. Motivation und Forschungsfrage	1
2. Ökonomische Bedeutung von metropolitanen Kooperationslösungen – einige Erkenntnisse aus der Literatur	7
3. Empirische Bestandsaufnahme I: Verflechtungen und damit Kooperationsnotwendigkeiten im gemeinsamen Arbeitsmarkt und Siedlungsraum	13
3.1 <i>Bevölkerungsentwicklung und -struktur</i>	13
3.1.1 Kernstadt Wien	15
3.1.2 Niederösterreichische Teilregionen	17
3.1.3 Burgenländische Außenzone	19
3.1.4 Demographische Charakteristika nach Gemeindegrößen	20
3.2 <i>Bildungsstruktur der Bevölkerung</i>	22
3.3 <i>Haushalte und Haushaltgröße</i>	28
3.4 <i>Arbeitsmarkt</i>	30
3.5 <i>Pendeln</i>	35
3.5.1 Ergebnisse aus dem Mikrozensus	39
3.5.2 Einpendeln aus dem Ausland	42
3.6 <i>Zusammenfassung</i>	44
4. Empirische Bestandsaufnahme II: Stärkefelder und Kooperationschancen im gemeinsamen Wirtschaftsraum	47
4.1 <i>SWOT-Analyse für die Stadt Wien und die übrige Metropolregion</i>	47
4.1.1 Spezialisierung der Metropolregion und ihrer Teilräume – theoretische Überlegungen und erste empirische Evidenz	48
4.1.2 Spezialisierung und komplementäres Branchenumfeld als Determinanten des Entwicklungspotentials: Zur Methodik der verwendeten SWOT-Analyse	55
4.1.3 SWOT-Profil für die Metropolregion insgesamt: Stärken im Dienstleistungsbereich überwiegen	61
4.1.4 SWOT-Profile in den metropolitanen Teilräumen: Unterschiedliche Stärken sprechen für Möglichkeiten zu Synergien	68
4.2 <i>Kooperationsgewinne aus der intra-metropolitanen Zusammenarbeit: Eine Abschätzung</i>	71

5.	Möglichkeiten intra-metropolitane Zusammenarbeit in der Metropolregion: Übergeordnete Aspekte	83
5.1	<i>Vorteile der Kooperation: Internalisierung von externen Effekten; Nutzung von Synergien</i>	83
5.2	<i>Ausgangsbedingungen für stadregionale Zusammenarbeit in der Metropolregion</i>	85
5.2.1	Determinanten intra-kommunaler Kooperationserfolge	86
5.2.2	Institutionell-verfassungsrechtliche Grundaufstellung in der Metropolregion	88
5.2.3	Inwieweit stimmen die Voraussetzungen für Kooperation? Ansatzpunkte zur Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen	89
5.3	<i>Fragen der regionalen "Governance"</i>	97
5.3.1	Mangel an stadregionalen Institutionen? Zum organisatorischen Rahmen für effiziente intra-metropolitane Zusammenarbeit	97
5.3.2	Institutionalisierte Kooperation oder informelle Abstimmung? Vor- und Nachteile unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit	103
5.3.3	Fazit: Prämissen für eine tragfähige Governance-Lösung	109
6.	Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation I: Raumplanung und -ordnung und Siedlungspolitik)	111
6.1	<i>Herausforderung und grundsätzliche Stoßrichtung</i>	111
6.2	<i>Sinnvolle Handlungslinien</i>	112
7.	Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation II: Anreize und Instrumente	126
7.1	<i>Herausforderung</i>	126
7.2	<i>Sinnvolle Handlungslinien</i>	127
8.	Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation III: Gemeinsamer Arbeitsmarkt	137
8.1	<i>Herausforderungen und institutionelle Voraussetzungen</i>	137
8.2	<i>Sinnvolle Handlungslinien</i>	140
9.	Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation IV: Gemeinsame Wirtschaftsentwicklung	145
9.1	<i>Herausforderung</i>	145
9.2	<i>Sinnvolle Handlungslinien</i>	147
A	Anhang	155
A.1	<i>Berechnung der technologischen bzw. kognitiven Nähe ("Skill-Relatedness") zwischen Branchen</i>	155
	Literaturhinweise	179
	Interviewpartner/innen	186

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.1: Abgrenzung der Metropolregion Wien und ihrer Teilräume	4
Abbildung 3.1: Wanderungsbilanz in der Metropolregion 2011 bis 2016 nach Gemeinden (in % der Bevölkerung)	18
Abbildung 3.2: Konzentration bzw. Verbreiterung der einzelnen Bildungsstufen auf Gemeindeebene	27
Abbildung 3.3: Erwerbsquoten nach Einzeljahren in den Teilregionen der Metropolregion 2016	32
Abbildung 3.4: Struktur der BerufspendlerInnen aus und in die Ostregion (2017, in % aller PendlerInnen)	42
Abbildung 3.5: BerufseinpenderInnen nach Österreich aus den Nachbarländern der Metropolregion Wien (in Tausend, 2014)	43
Abbildung 3.6: Struktur der BerufseinpenderInnen nach Österreich aus den Nachbarländern der Metropolregion Wien (2014)	44
Abbildung 4.1: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Metropolregion insgesamt	62
Abbildung 4.2: SWOT-Analyse handelbarer Wirtschaftsbereiche: Metropolregion insgesamt	64
Abbildung 4.3: SWOT-Analyse handelbarer Wirtschaftsbereiche: Stadt Wien	69
Abbildung 4.4: SWOT-Analyse handelbarer Wirtschaftsbereiche: Übrige Metropolregion	70
Abbildung 4.5: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Kernstadt Wien	73
Abbildung 4.6: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der übrigen Metropolregion	74
Abbildung 5.1: Formen der Zusammenarbeit in den Metropolregionen der OECD	97
Abbildung 5.2: Thematische Ausrichtung metropolitaner Governance-Institutionen	99
Abbildung 5.3: Organisationsformen intra-metropolitaner Zusammenarbeit	104
Abbildung 5.4: Stadtregionale Kooperationen in Österreich	108
Abbildung A.1: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Kernstadt Wien	157
Abbildung A.2: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der übrigen Metropolregion	158
Abbildung A.3: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Metropolregion insgesamt	178

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 3.1: Demographische Entwicklung der Metropolregion Wien und Österreich	14
Übersicht 3.2: Wanderungsbilanz der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016	14
Übersicht 3.3: Demographische Entwicklung der Teilregionen der Metropolregion	16
Übersicht 3.4: Wanderungsbilanz den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016	17
Übersicht 3.5: Demographische Entwicklung der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße	20
Übersicht 3.6: Wanderungsbilanz in der Metropolregion Wien nach Gemeindegröße	21
Übersicht 3.7: Bildung der Bevölkerung der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016	23
Übersicht 3.8: Bildungsstand der Bevölkerung in den Teilräumen der Metropolregion Wien 2011 bzw. 2016	25
Übersicht 3.9: Bildungsstand der Bevölkerung der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016	26
Übersicht 3.10: Haushalte und Haushaltsgröße in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016	28
Übersicht 3.11: Haushalte und Haushaltsgröße in den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016	29
Übersicht 3.12: Haushalte und Haushaltsgröße der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016	30
Übersicht 3.13: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016	31
Übersicht 3.14: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016	33
Übersicht 3.15: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016	34
Übersicht 3.16: Pendelwanderung in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016	35
Übersicht 3.17: PendlerInnen (zwischen Bundesländern) in den Teilregionen der Metropolregion Wien	37
Übersicht 3.18: PendlerInnen in der Metropolregion Wien nach Gemeindegröße (ohne Stadt Wien)	38
Übersicht 3.19: Struktur der BerufspendlerInnen innerhalb der Ostregion nach Richtung der Pendelbewegung (2017)	40
Übersicht 3.20: Durchschnitts- und Medianlohn von Pendlern und PendlerInnen in der Metropolregion	41
Übersicht 4.1: Wirtschaftsstruktur und Entwicklung: Metropolregion Wien	51
Übersicht 4.2: Wirtschaftsstruktur und Entwicklung: Kernstadt und übrige Metropolregion (MR)	53
Übersicht 4.3: Kategorien der empirischen SWOT-Analyse	57
Übersicht 4.4: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Metropolregion insgesamt	66
Übersicht 4.5: Verbesserung der SWOT-Position durch Kooperation innerhalb der Metropolregion	76
Übersicht 4.6: SWOT und Kooperationsgewinne: Die TOP 25 handelbaren Branchengruppen in der Stadt Wien	79
Übersicht 4.7: SWOT und Kooperationsgewinne: Die TOP 25 handelbaren Branchengruppen in der übrigen Metropolregion	80
Übersicht A.1: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Metropolregion insgesamt	159
Übersicht A.2: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Stadt Wien	164
Übersicht A.3: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Übrige Metropolregion	169
Übersicht A.4: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Stadt Wien	174
Übersicht A.5: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Übrige Metropolregion	177

1. Motivation und Forschungsfrage

Verbesserte Transportverbindungen und Mobilitätsangebote, Präferenzen für ein "Wohnen im Grünen", aber auch die verstärkte Möglichkeit der Fragmentierung der Wertschöpfungsketten bei zunehmender Anwendung digitaler Technologien führen auch in Österreich zu steigenden Personen-, Handels-, Kapital- und Informationsströmen zwischen den Regionen. Arbeitsmarktverflechtungen, Siedlungsstrukturen und ökonomische Vorleistungs- und Absatzbeziehungen überschreiten zunehmend die Grenzen der (politisch-administrativ definierten) Gebietskörperschaften, eine Steuerung und Stärkung der so entstehenden "größeren" funktionalen Gebiets-einheiten ist nur noch in Kooperation möglich: Bei verstärkten interregionalen Verflechtungen ist der Erfolg einer Gebietskörperschaft auch von den Aktivitäten der angrenzenden Gebietskörperschaften abhängig, gleichzeitig stoßen die Einflussmöglichkeiten lokaler Initiativen auf diesen Erfolg an Grenzen. Nicht zuletzt nimmt in einem solchen Umfeld auch die Gefahr unproduktiver kleinräumiger Konkurrenzbeziehungen zu, mit potentiell negativen Effekten auf Lebensqualität und überregionale Wettbewerbsfähigkeit im (gemeinsamen) funktionalen Verflechtungsraum. Moderne Wirtschaftspolitik für solche funktionalen Stadtregionen muss daher administrative Grenzen überschreiten und institutionelle Lösungen und (Anreiz-)Mechanismen entwickeln, die eine Koordination wirtschaftspolitischer Aktivitäten im gemeinsamen Siedlungs- und Wirtschaftsraum bzw. Arbeitsmarkt und damit eine Bündelung der Kräfte zur Lösung gemeinsamer Probleme und zur Nutzung von Entwicklungschancen ermöglichen.

Besonders drängend ist diese Notwendigkeit in wachsenden Stadtregionen, weil metropolitane Wachstum nach Analysen der OECD (2015) typischerweise mit einer Ausdehnung des verdichteten Stadtraums einhergeht und damit die administrative Fragmentierung verstärkt. Bevölkerungsgewinne führen zu Konsequenzen auch am Bodenmarkt und in der Flächennutzung. Der verdichtete Siedlungsraum überschreitet daher administrative Grenzen und schafft fragmentierte Politikbereiche, in denen viele Akteure jeweils nur für einen Teil der Metropolregion verantwortlich sind. Tatsächlich steigt nach einer empirischen Sichtung von 263 Metropolregionen in der OECD mit zumindest 500.000 Einwohnern im Agglomerationsraum (Ahrend et al., 2014) die Zahl der Gemeinden in einer Metropolregion – und damit die Zahl lokaler Politikakteure mit je eigenen Interessen und Zielfunktionen – mit ihrer Bevölkerungszahl steil an und erreicht in den größten Metropolregionen oft mehrere Hundert¹⁾. Dabei unterscheiden sich die Agglomerationsräume weniger im Faktum der administrativen Fragmentierung als in der Art und Weise, wie damit umgegangen wird. So zeigt ein rezenter Survey zu den Governance-Strukturen in den OECD-Metropolregionen (Ahrend – Schumann, 2014) eine erhebliche Heterogenität in Grundformen wie konkreter Ausgestaltung solcher Strukturen. Versuche, die Effizienz wirtschaftspolitischer Steuerung durch die Anpassung administrativer Grenzen an die veränderte Stadtform (etwa über Gemeindezusammenlegung) zu wahren, finden sich hier

¹⁾ So besteht der Großraum Paris nach dieser Analyse aus rund 1.400 Gemeinden. Der Raum Chicago umfasst etwa 540 (hier größere) Gemeinden, wobei mehr als 1.000 unterschiedliche Institutionen für spezifische (Teil-)Belange administrativer Aufgaben verantwortlich zeichnen.

ebenso wie Lösungsansätze zur Stärkung der intra-metropolitanen Zusammenarbeit – mit wiederum erheblichen Unterschieden im Institutionalierungsgrad von Kooperationsstrukturen, aber auch in der Breite und Ausrichtung der dadurch erfassten Bereiche.

In Österreich scheint die Notwendigkeit solcher Lösungsansätze vor allem für die Metropolregion Wien groß zu sein, stellt dieser Raum doch das (prototypische) Paradebeispiel eines wachsenden Agglomerationsraums im Inland dar. Hier ist in den letzten Jahrzehnten ein Ballungsraum entstanden, der die Landesgrenzen überschreitet und gemessen an Pendlerströmen, Siedlungsstrukturen und ökonomischen Vorleistungs- und Absatzbeziehungen mittlerweile stark verflochten ist. Neben Wien erfasst er jedenfalls das niederösterreichische Umland und große Teile des Nordburgenlands, sodass seine Entwicklung für die gesamte Ostregion und ihre Bundesländer von entscheidender Bedeutung ist. Immerhin werden in der Metropolregion Wien nach Daten der regionalen VGR von Statistik Austria schon in ihrer engen Abgrenzung²⁾ rund 32% des BIP der Ostregion und rund 36% ihres Wachstums seit der Jahrtausendwende erwirtschaftet, in seiner weiteren Abgrenzung ist der Agglomerationsraum für rund die Hälfte der Leistungskraft wie der ökonomischen Dynamik Ostösterreichs verantwortlich. Gleichzeitig tragen die niederösterreichischen Teilregionen des Metropolraums zuletzt (je nach Abgrenzung) 45% bis 70% zum Regionalprodukt ihres Bundeslandes bei, im Burgenland sind es knapp 60%. Dabei ist das Ausmaß der intraregionalen Verflechtung in der Metropolregion mittlerweile hoch, was unsere nachfolgenden empirischen Analysen zum gemeinsamen Arbeitsmarkt und Siedlungsraum sowie zum gemeinsamen Wirtschaftsraum belegen werden. An dieser Stelle sei hierzu erwähnt, dass nach Daten von Statistik Austria zuletzt immerhin 187.600 erwerbstätige Niederösterreicher/innen – und damit fast ein Viertel der niederösterreichischen Erwerbstätigen – zur Arbeit nach Wien pendeln, während etwa 70.000 Wiener Erwerbstätige (knapp 9%) in Niederösterreich tätig sind. Gleichzeitig profitiert die Wiener Stadtwirtschaft von rund 25.000 Einpendler/innen aus dem Burgenland (rund 18% der burgenländischen Erwerbstätigen), während 3.600 Wiener/innen im Burgenland ihrer Erwerbsarbeit nachgehen.

Kooperative Ansätze der Wirtschaftspolitik in der und für die Metropolregion Wien entsprechen diesem hohen interregionalen Verflechtungsgrad bislang nur bedingt. So sind in Hinblick auf eine stärkere Abstimmung und Bündelung fragmentierter Aktivitäten auf gemeinsame Ziele in den letzten Jahren allenfalls geringe Fortschritte erkennbar, in Teilbereichen scheinen bereits angelaufene Kooperationsbemühungen sogar wieder an Bedeutung verloren zu haben. Dies übrigens kaum aus mangelndem Wissen um die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit gemeinsamer Lösungsansätze bei den in der Praxis handelnden Akteuren – immerhin wird die Notwendigkeit interregionaler Zusammenarbeit in einschlägigen Planungsgrundlagen und Ent-

²⁾ Diese Rechnung liegt leider nur auf NUTS-3-Ebene vor, womit ihre Ergebnisse der funktionalen Metropolregion nur rudimentär angenähert werden können. In enger Abgrenzung werden daher (nur) hier die Regionen AT130 (Wien), AT126 (Wiener Umland Nordteil), AT127 (Wiener Umland Südteil) und AT112 (Nordburgenland) der Metropolregion zugerechnet, in weiterer Abgrenzung auch die Regionen AT122 (Niederösterreich-Süd) und AT123 (St. Pölten). In der folgenden Arbeit werden wir allerdings eine Abgrenzung der Metropolregion auf Gemeindeebene nutzen, welche eine trennschärfere Eingrenzung des Analyse Rahmens auf den funktionalen Agglomerationsraum erlaubt. Siehe dazu die Ausführungen am Ende dieses Abschnitts.

wicklungskonzepten immer wieder betont. Eher dürften die Ursachen für die allenfalls inkrementelle Weiterentwicklung von Ansätzen der Kooperation und Zusammenarbeit in der Metropolregion in einem eingeschränkten Problembewusstsein auf der Ebene der übergeordneten politischen Träger liegen. Barrieren in den vorfindlichen Anreizstrukturen und Rahmenbedingungen sowie zum Teil Probleme in der praktischen Umsetzung kooperativ aufgesetzter Initiativen kommen hinzu.

Vor diesem Hintergrund hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien das WIFO beauftragt, auf Basis empirischer Analysen, aber auch von Stakeholder-Interviews und Erkenntnissen aus der internationalen Literatur Überlegungen anzustellen, wie Ansätze kooperativer Wirtschaftspolitik in der Metropolregion gestärkt und durch konkrete Projekte mit gemeinsamem Nutzen unterlegt werden können. Dabei konzentriert sich unsere Arbeit auf die Themenbereiche "Gemeinsamer Arbeitsmarkt und Siedlungsraum" sowie "Gemeinsamer Wirtschaftsraum", welche als zentrale Handlungsfelder interregionaler Zusammenarbeit in der Metropolregion anzusehen sind. In den Abschnitten 2 und 3 wird zunächst versucht, für diese Felder empirisch fundiert wesentliche Bedarfe zur intra-metropolitanen Zusammenarbeit abzugrenzen, und die Vorteilhaftigkeit kooperativer Lösungen aufzuzeigen. In der Folge werden für die wesentlichen Handlungsfelder stadtreionaler Kooperation Barrieren für kooperatives Handeln und deren Ursachen in Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen identifiziert und daraus wirtschaftspolitische Überlegungen zu ihrer Beseitigung abgeleitet (Abschnitte 6 bis 9). Dabei kann es in dieser (kleinen) Studie nicht darum gehen, ein umfassendes Bild aller "grenzüberschreitenden" Aktivitäten in der Metropolregion zu zeichnen und/oder für alle oder das Gros potentieller Kooperationsbereiche Lösungen im Detail zu erarbeiten. Angestrebt ist vielmehr, die Vorteile von Kooperation in der Metropolregion durch evidenzbasierte Analysen klar zu machen und – durchaus beispielhaft und selektiv – Ansatzpunkte für innovative Kooperationslösungen mit hohem Potential für Synergien zu benennen.

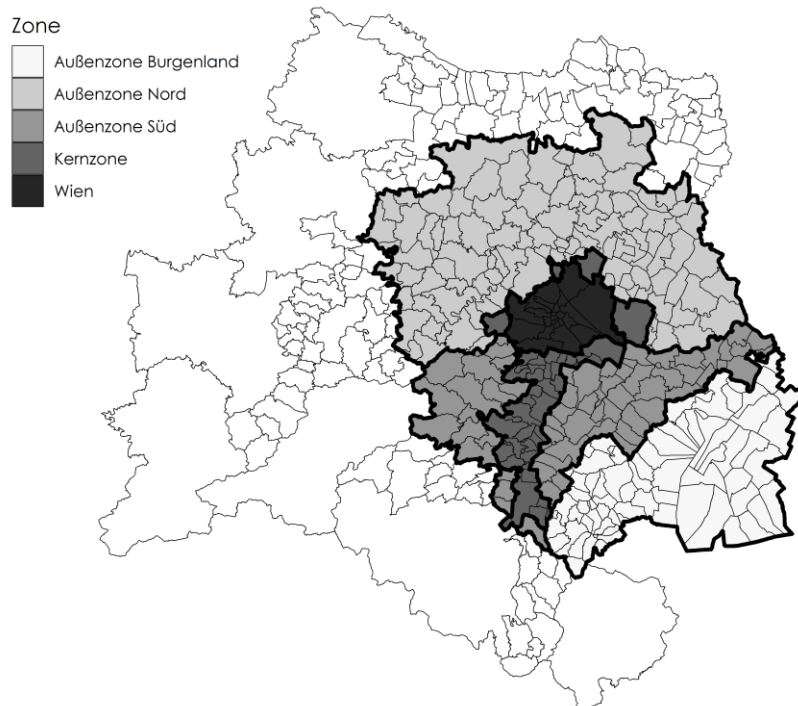
Die Abgrenzung der dazu in der Arbeit analysierten (funktionalen) Metropolregion ist aus Abbildung 1.1 zu ersehen. Wie in der neueren Literatur üblich, folgen wir hier grundsätzlich einem Ansatz, welcher funktionale Stadtregionen nicht allein auf Basis raumstruktureller Merkmale (wie der Bevölkerungsdichte oder der Art und Weise zusammenhängender Bebauung) definiert. Vielmehr verwenden wir einen Ansatz, der vielfältige Informationen über kleinräumige Verflechtungen in Hinblick auf Pendlerströme und andere Stromgrößen in die Betrachtung einbezieht. Dies ist etwa bei der für vergleichende Analysen auf internationaler Ebene oft verwendeten Metropolregionsabgrenzung von Eurostat und OECD der Fall, welche vor einigen Jahren vorgelegt wurde (*Dijkstra – Poelman, 2012*). Für eine Abgrenzung der Metropolregion Wien können deren Ergebnisse freilich wegen ihrer hohen regionalen Granulation (zusammengefasste NUTS-3-Regionen) nicht überzeugen: In enger Abgrenzung entlang der Stadt-Land-Typologie³⁾ bildet sie die funktionale Stadtregion nur unvollständig ab, während sie in breiter Abgrenzung⁴⁾

³⁾ Hier als "überwiegend städtisch" nur die NUTS-3-Regionen AT130 Wien und AT126 Wiener Umland/Nordteil.

⁴⁾ Hier mit AT130 Wien, AT126 Wiener Umland/Nord, AT127 Wiener Umland/Süd sowie AT125 Weinviertel und AT112 Nordburgenland.

einerseits Gebiete enthält, welche (wie das nördliche Weinviertel) kaum noch zur funktionalen Stadtregion zu rechnen sind, gleichzeitig aber Gebiete (wie Teile der NUTS-3-Regionen AT123 Sankt Pölten oder AT122 Niederösterreich-Süd) ausschließt, die gemessen an den bekannten Stromgrößen durchaus zu dieser zu zählen wären.

Abbildung 1.1: Abgrenzung der Metropolregion Wien und ihrer Teilräume



Q: PGO; Statistik Austria; WIFO-Darstellung.

Vor diesem Hintergrund verwenden wir in unserer empirischen Arbeit eine Abgrenzung des interessierenden Agglomerationsraums in tieferer Granulation (Gemeindeebene), welche von der PGO als "Stadtregion Ost" (SRO+) auf Basis von Pendlerverflechtungen, funktionalen Beziehungen zwischen Kernstadt und Umland, regionalen Bevölkerungsprognosen und der Expertise der beteiligten Länderverwaltungen erstellt wurde. Diese Definition der Metropolregion wird seither in empirischen Arbeiten (etwa *Fassmann et al.*, 2008; *Görgl et al.*, 2016) wie stärker strategisch orientierten Papieren (etwa *PGO*, 2011) mit Erfolg verwendet. In relativ großzügiger Abgrenzung umfasst die Metropolregion hier neben den 23 Wiener Gemeindebezirken insgesamt 272 niederösterreichische bzw. burgenländische Gemeinden, die sich über die Bundeshauptstadt Wien sowie 17 Bezirke und Statutarstädte erstrecken. Zur inneren Differenzierung untergliedern wir diese Metropolregion in der empirischen Analyse in bis zu 5 Teilräume (Kernstadt Wien, niederösterreichische Kernzone, niederösterreichische Außenzone Nord und Süd sowie burgenländische Außenzone), wobei wir zur Abgrenzung der niederösterreichischen Kernzone

auf zusätzliche Informationen aus der Stadtregionsabgrenzung 2001 von Statistik Austria zurückgreifen. Dabei findet diese sehr differenzierte Untergliederung der Metropolregion vor allem in der empirischen Sichtung des gemeinsamen Arbeitsmarktes und Siedlungsraums in Abschnitt 3 Verwendung. Die Analyse des gemeinsamen Wirtschaftsraums in Abschnitt 4 arbeitet dagegen datenbedingt mit einer gröberen Differenzierung in "Kernstadt Wien" und "übrige Metropolregion", wobei letztere alle Umlandgemeinden (also die niederösterreichische Kernzone sowie die Außenzone in Niederösterreich und dem Burgenland) umfasst.

2. Ökonomische Bedeutung von metropolitanen Kooperationslösungen – einige Erkenntnisse aus der Literatur

Vorausgeschickt sei unserer empirischen Analyse die Beobachtung, dass eine Stärkung von Metropolregionen und die Entwicklung kooperativer Lösungen zu ihrer Steuerung und Weiterentwicklung als Ziele transnationaler Akteure wie der OECD (2006, 2015, 2015a, 2016, 2018), der EU-Kommission (*European Commission*, 2006, 2007, 2011; *European Commission and UN-Habitat*, 2016), den Vereinten Nationen (etwa UN, 2007) oder der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (*Knieling*, 2014) seit den 2000er-Jahren massiv an Bedeutung gewonnen haben. Für Städtenetzwerke wie Eurocities auf europäischer oder United Cities and Local Governments (UCLG) auf internationaler Ebene, aber auch eine Reihe von Nationalstaaten (hier vor allem Großbritannien, Italien, Frankreich oder China) gilt ähnliches (*D'Albergo – Lefèvre*, 2018; *Nelles et al.*, 2018). Auch in Österreich sind nach der erstmaligen Benennung des Anliegens im letzten Österreichischen Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011 (*Österreichische Raumordnungskonferenz*, 2011) und dem darauffolgenden Aufbau einer "Kooperationsplattform Stadtregion" und deren Empfehlungen (*Österreichische Raumordnungskonferenz*, 2013, 2015, 2016, 2017) erste Ansätze einer "nationalen Stadtregionspolitik" zu erkennen.

Inhaltlich gründet dieses neue Interesse in der zunehmenden Erkenntnis, dass Metropolregionen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Globalisierung eine entscheidende Rolle spielen (etwa *Brenner*, 2003, 2009; *Turok*, 2004): Als Hauptknoten in den internationalen Güter-, Kapital-, Informations- und Migrationsströmen sind diese Regionen gerade in kleinen, offenen Volkswirtschaften für ökonomisches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zentral (etwa *Derudder et al.*, 2012; *Knieling*, 2014). Auch ihre Funktion als Treiber von Innovation, Kreativität und Produktivitätswachstum ist in der empirischen Literatur (etwa *Hall*, 2000; *Simmie*, 2001; *Glaeser*, 2003; *Spence et al.*, 2009) kaum noch strittig. Gleichzeitig liegt allerdings auch zunehmende Evidenz vor, dass diese (Produktivitäts-)Vorteile von Metropolregionen durch ihre Fragmentierung in oft viele unterschiedliche Gebietskörperschaften mit je unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Akteuren empfindlich beeinträchtigt werden können, sodass sie ihre Rolle als Wachstumsmotor oft nur unzureichend ausüben können. Intra-regionale Kooperationsstrukturen etwa in Form gemeinsamer Governance-Lösungen können einem solchen Effizienzverlust entgegenwirken (*Ahrend et al.*, 2017).

Tatsächlich sind Agglomerationsvorteile aus der Ballung ökonomischer Akteure in der ökonomischen Theorie mittlerweile unstrittig, wofür effizientere Lernprozesse, verstärkte Möglichkeiten zu Wissens-Spillovers und tiefere Spezialisierung, aber auch reichere Arbeits- und Zuliefermärkte und damit Vorteile im "Matching" von Angebot und Nachfrage als entscheidend genannt werden (für Surveys vgl. etwa *Rosenthal – Stange*, 2004; *Duranton – Puga*, 2004, *Cohen – Morrison*, 2009 bzw. *Puga*, 2010). Gleichzeitig entstehen urbane Produktivitätsvorteile auch daraus, dass Hochqualifizierte Vorteile aus der räumlichen Nähe zu anderen Hochqualifizierten ziehen und sich daher in Metropolregionen zusammenballen (*Berry – Glaeser*, 2005; *Baum-Snow – Pavan*, 2012). Empirisch nimmt damit – bei freilich deutlichen Niveau-Unterschieden nach Ländern

(Melo *et al.*, 2009) – die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte mit der Stadtgröße zu (etwa Combes *et al.*, 2008; Gibbons *et al.*, 2010) – ein "Selektionseffekt", der auf die Produktivität der Metropolregionen deutlich einwirkt. Agglomerationsvorteile von Stadtregionen sind aber auch abseits dieser Vorteile aus der Qualifikationsstruktur erheblich: So zeigt eine steigende Zahl von Studien, dass auch die individuelle Produktivität der Beschäftigten mit der Stadtgröße zunimmt. Dazu trägt eine stärker auf technologie- und wissensintensive Aktivitäten ausgerichtete Wirtschaftsstruktur in Großstädten (etwa Audretsch, 1998; Mayerhofer – Fritz, 2013) ebenso bei wie eine hier größere Informationsdichte und ein reicheres "innovatives Milieu" (etwa Glaeser, 1999; Glaeser – Mare, 2001), ein verstärkter Wettbewerb unter den Arbeitskräften in verdichteten Strukturen kommt hinzu (etwa Rosendahl – Strange, 2005). Insgesamt zeigt eine rezente Analyse für die Metropolregionen in 5 (großen) OECD-Ländern (Ahrend *et al.*, 2017) vor diesem Hintergrund, dass nach Kontrolle für andere Stadtcharakteristika eine Verdopplung der Bevölkerungszahl in der Region mit einem Anstieg der Produktivität um 2% bis 5% verbunden ist – eine positive Korrelation, die in ganz ähnlicher Größenordnung schon in früheren Studien (für einen Überblick über diese Literatur vgl. Combes *et al.*, 2011) gefunden wurde. Nun scheint ein solcher Zusammenhang quantitativ auf den ersten Blick eher unspektakulär. Er bedeutet aber immerhin, dass das Produktivitätsniveau der Beschäftigten in einer Metropolregion mit 2,5 Millionen Einwohner/innen (wie etwa Wien) *ceteris paribus* um ein Viertel bis ein Drittel höher sein wird als in einer Kleinstadt mit 25.000 Einwohner/innen. Der Wettbewerbsvorteil, den (große) Metropolräume aus Agglomerationsvorteilen ziehen (können), scheint also ganz beträchtlich. Allerdings werden dieser Wettbewerbsvorteile nicht notwendig auch schlagend, weil (funktionale) Metropolregionen typischerweise aus einer Vielzahl administrativer Gebietskörperschaften bestehen – mit potentielltem Einfluss wiederum auf die Qualität der erzielten Politiklösungen und damit der Produktivitätsentwicklung (Ahrend *et al.*, 2014; OECD, 2015). So besteht die funktionale Metropolregion Wien in der hier gewählten Abgrenzung auf Basis einer räumlich tiefen Granulation immerhin aus 295 unterschiedlichen Verwaltungseinheiten (23 Wiener Bezirke, 272 Umlandgemeinden) mit ganz unterschiedlichen Ausgangssituationen, Problembereichen und (damit) Interessenslagen. Sie sind wiederum in drei unterschiedlichen Bundesländern verortet, die ebenfalls unterschiedliche Charakteristika und Zielfunktionen aufweisen. Während Letzteres dabei durchaus einen Sonderfall darstellt, ist die hohe Zahl von Gebietskörperschaften der ersten Ebene (Gemeinden) ein durchaus gängiges Muster: Nach einer rezenten Sichtung der OECD-Metropolregionen (Ahrend *et al.*, 2014) sind mehr als 100 Gemeinden im funktionalen Agglomerationsraum für die Metropolregionen der entwickelten Industriestaaten eher die Regel als die Ausnahme.

Nun kann eine solche administrative Fragmentierung theoretisch auch produktivitätssteigernd wirken, weil eine große Zahl lokaler Gebietskörperschaften eine größere Wahlmöglichkeit in Hinblick auf das Angebot öffentlicher Dienstleistungen bietet. Wird die Standortkonkurrenz zwischen diesen (vielen) Einheiten über die Bereitstellung solcher Dienste ausgetragen, kann dies zu einem qualitativ volleren Angebot öffentlicher Dienste für Unternehmen und Haushalte und damit zu Produktivitätsgewinnen führen (Tiebout, 1956). Allerdings steht dem (fragmentierungs-

bedingt) eine höhere Komplexität in der Sicherung effizienter Politikentscheidungen in Bereichen mit Wirkung auf die gesamte Stadtregion gegenüber: Weil die einzelne Gemeinde in ihrem Optimierungskalkül die Wirkungen ihrer Entscheidung auf andere Gemeinden in der Stadtregion nicht berücksichtigt, wird das Ergebnis unkoordinierter Entscheidungen aus stadtregio-naler Perspektive suboptimal sein (etwa *Pinto, 2007; OECD, 2015*). Dabei wird dies vor allem in jenen Politikbereichen kritisch sein, in denen externe Effekte eine wesentliche Rolle spielen, so-dass die Entscheidung einer Gemeinde jene einer oder mehrerer anderer (benachbarter) Ge-meinden spürbar beeinflusst (etwa *Chesire – Magrini, 2009*). Prototypisch gilt dies etwa für Ver-kehrspolitik und Raumordnung, aber auch die regionale Wirtschafts-, Standort- und Arbeits-marktpolitik – ausnahmslos übrigens Politiken, in welchen die Komplexität einer gemeinsamen Entscheidungsfindung noch dadurch erhöht wird, dass dazu nicht nur die (horizontale) Abstim-mung gleichrangiger Akteure (Gemeinden oder Bundesländer), sondern auch die (vertikale) Koordination unterschiedlicher Gebietskörperschaftsebenen (Gemeinde – Land – Bund, evtl. auch supranationale Ebene) notwendig ist⁵⁾.

Gerade in diesen Bereichen kann die administrative Fragmentierung von Metropolregionen zu empfindlichen Produktivitätsverlusten führen: So kann Fragmentierung etwa notwendige Trans-portfolioinvestitionen behindern oder zu suboptimaler Flächennutzung führen, was wie-derum Ballungskosten (etwa über Verkehrsstaus oder steigende Bodenpreise) hervorruft und die Attraktivität und preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadtregion für Individuen und Unter-nehmen beeinträchtigt (*Ahrend – Schumann, 2014*). Auch kann die Vielfalt in fragmentierten Governance-Strukturen zu höheren administrativen Kosten bei der Aufnahme einer Geschäfts-tätigkeit führen und damit die Unternehmensdynamik mit ihren produktivitätssteigernden Wir-kungen behindern (*Ahrend et al., 2017*). Nicht zuletzt kann die Konkurrenzsituation der unter-schiedlichen Akteure im Stadtraum zusammen mit Anreizen aus dem Steuer- und Transfersys-tem eine optimale Spezialisierung der Teilräume verhindern, was eine suboptimale Ausschöp-fung komparativer Vorteile und damit ebenfalls gesamtwirtschaftliche Effizienzverluste bedeu-ten kann.

Damit werden bei Fragmentierung Governance-Lösungen notwendig, welche externe Effekte internalisieren und eine Koordination fragmentierter Entscheidungen mit verträglichen Koope-rationskosten zustande bringen. Nur so scheint es möglich, (potentiellen) Produktivitätseffekten aus den Ballungsvorteilen von Metropolregionen auch tatsächlich zum Durchbruch zu verhel-fen.

Empirisch kann dies zum einen durch eine erhebliche Zahl von Studien belegt werden, welche negative Einflüsse aus der administrativen Fragmentierung von Metropolregionen auf Basis von

⁵⁾ Auch hier stellt die Metropolregion Wien mit der Doppelrolle ihrer Kernstadt als Land und Gemeinde übrigens einen eher unüblichen Fall dar. Er tritt freilich auch in einigen anderen Metropolräumen – etwa deutschen Stadtstaaten – in ähnlicher Form auf.

Fallstudienevidenz feststellen (für einen Survey etwa OECD, 2015)⁶⁾. Zum anderen deuten aber auch systematischere Analysen auf breiter Datenbasis und unter Verwendung ökonomischer Methoden zunehmend in dieselbe Richtung: Zwar konnte hier für die USA nicht gänzlich geklärt werden, ob in den Produktivitätswirkungen von Fragmentierung (positive) Tiebout-Effekte (etwa Akai – Sakata, 2002; Stansel, 2005) oder aber negative Einflüsse aus einer suboptimalen wirtschaftspolitischen Steuerung (etwa Zhang – Zou, 1998; Xie et al., 1999) überwiegen. Selbst innerhalb der Metropolregionen werden hier zwischen verdichteten und gering verdichteten Gemeinden teils unterschiedliche (Netto-)Wirkungen identifiziert, wobei diese Effekte auch nach Art der Kooperation variieren (etwa Hammond – Tosun, 2011). Für die OECD und Europa sind die einschlägigen Ergebnisse dagegen recht eindeutig: Hier finden sich nahezu ausnahmslos negative (Netto-)Effekte administrativer Fragmentierung auf die (Produktivitäts-)Entwicklung von Großstadregionen, was mit größeren Transaktionskosten und Spillover-Verlusten an benachbarte Einheiten bei einer hohen Zahl von Gemeinden in der Stadtregion argumentiert wird (Cheshire – Gordon, 1996). Unter den rezenten Arbeiten findet hier etwa Bartolini (2015) in einer Analyse von 250 OECD-Regionen (NUTS-2-Ebene) und den Jahren 1996 bis 2011 einen klar negativen Zusammenhang zwischen der Zahl der Gemeinden und dem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in einer Region, wobei dieser Effekt nur in urbanen, nicht aber in ländlich-peripheren Regionen feststellbar ist. Cheshire – Magrini (2009) zeigen darüber hinaus, dass das Wachstum in funktional abgegrenzten Stadtregionen in Europa mit dem Anteil der Bevölkerung in der größten administrativen Gebietseinheit zunimmt. Letztlich zeigen Ahrend et al. (2017) für die Stadtregionen der OECD, dass eine Verdoppelung der Gemeindezahl in einer Metropolregion ceteris paribus zu einer um 6% niedrigeren Produktivität in der Region führt. Gleichzeitig können sie zeigen, dass dieser (negative) Effekt der Fragmentierung um fast die Hälfte reduziert werden kann, wenn in der Region eine koordinierende Einheit auf Agglomerationsebene tätig ist – ein Ergebnis, das die erhebliche Bedeutung koordinierender Governance-Strukturen für das Wachstumspotential und die Wettbewerbsfähigkeit von Metropolregionen klar zu Tage treten lässt.

Insgesamt ist der ökonomische Wert von Kooperationslösungen in Metropolregionen also nach den Ergebnissen der neueren theoretischen wie empirischen Literatur recht eindeutig, was das Augenmerk auf die konkrete Situation in der Metropolregion Wien lenkt. Die beiden nächsten Abschnitte werden daher die Verflechtungen innerhalb dieses Agglomerationsraums empirisch analysieren und daraus Anhaltspunkte für Kooperationsbedarfe bzw. -vorteile abzuleiten suchen. Dabei wird der folgende Abschnitt 3 vorrangig einen kompakten Überblick über die kooperationsrelevanten Charakteristika und Besonderheiten der Metropolregion als gemein-

⁶⁾ So zeigt die OECD (2015) etwa am Beispiel Chicagos, wie administrative Fragmentierung eine (über-)komplexe und wenig effiziente Struktur (vielfältiger) metropolitaner Anbieter von öffentlichen Verkehrsdienstleistungen hervorbringen kann, die in der Folge wiederum für Investitionsdefizite im Infrastrukturbereich verantwortlich zeichnet und damit letztlich eine nur schwache Integration des gesamten öffentlichen Verkehrssystems im Metropolraum hervorbringt. Für Wien wird hier als Indiz für suboptimale Koordination gewertet, dass die U-Bahn-Linien der Stadt an der Stadtgrenze enden, auch in Gebieten, in welchen sich die Bevölkerungsdichte in und außerhalb Wiens kaum unterscheidet (Ahrend et al., 2017).

samem Arbeitsmarkt und Siedlungsraum bieten. Abschnitt 4 wird in der Folge der Frage nachgehen, inwieweit und in welchen Bereichen das Standortprofil des gemeinsamen (metropolitanen) Wirtschaftsraums durch die Bündelung und Verknüpfung der Stärken seiner Teilregionen geschärft und seine überregionale Wettbewerbsfähigkeit damit verbessert werden kann.

3. Empirische Bestandsaufnahme I: Verflechtungen und damit Kooperationsnotwendigkeiten im gemeinsamen Arbeitsmarkt und Siedlungsraum

Die Kooperations- und Koordinationsnotwendigkeiten in der Metropolregion Wien ergeben sich vorrangig aus der zunehmend engen Verflechtung der Siedlungsstrukturen und damit der Arbeits- und Wohnungsmärkte im funktionalen Agglomerationsraum. Die Metropolregion wird von ihren Einwohnern und Einwohnerinnen mittlerweile in hohem Maße als ein gemeinsamer, wiewohl intern differenzierter, Standort genutzt (wenn auch nicht immer wahrgenommen), Wohn- wie Arbeitsortentscheidungen werden weitgehend unabhängig von den administrativen (Bundesländer- bzw. Gemeinde-)Grenzen getroffen. Dieses Kapitel analysiert daher in kompakter Form die wesentlichen mittelfristigen Bevölkerungs- und Arbeitsmarkttrends sowie die Pendelbewegungen zwischen Wohn- und Arbeits- bzw. Schulort in der Region. Auf Basis dieser Analyse werden gemeinsame Problemlagen, aber auch regionsinterne Differenzierungen deutlich, welche für gemeinsame Politikansätze in den Feldern Wohnen, Arbeitsmarkt und Verkehr wesentliche Rahmenbedingungen darstellen.

3.1 Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Nach den neuesten Daten der Bevölkerungsstatistik wohnten in der Metropolregion Wien (in der Definition der Planungsgemeinschaft Ost auf Gemeindeebene) im Jahr 2016 fast 2,9 Mio. Menschen. Von diesen waren mehr als zwei Drittel (67,9%) im erwerbsfähigen Alter. Dabei ist der Agglomerationsraum in seiner Gesamtheit durch ein – im Österreichvergleich – hohes Bevölkerungswachstum und eine eher junge Bevölkerung gekennzeichnet. So erhöhte sich die Zahl der, in der Metropolregion wohnhaften Bevölkerung im Zeitraum 2011 bis 2016 um immerhin 194.238 Personen (oder 7,3%, im Vergleich zu +4,3% in Österreich). Damit entfiel in diesem Zeitraum mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerungsdynamik in Österreich auf die Metropolregion Wien. Dabei wuchs insbesondere die Zahl der unter 20-jährigen Bevölkerung deutlich rascher als im übrigen Österreich (2011 bis 2016 +5,6%; Österreich +0,2%), und der Anteil der unter 44-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (2016) lag mit 35,4% (Österreich 33,1%) ebenfalls deutlich höher. Dagegen war der Anteil der über 65-jährigen Bevölkerung mit 17,6% um 0,9 Prozentpunkte (PP) niedriger als im österreichischen Durchschnitt, wobei diese Altersgruppe freilich auch in der Metropolregion die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe darstellte.

Getrieben wird die Bevölkerungsdynamik in der Metropolregion Wien ganz überwiegend durch eine positive Wanderungsbilanz: In den Jahren 2011 bis 2016 wanderten rund 970.000 Personen in eine der Gemeinden der Metropolregion zu (entweder aus einer anderen Gemeinde der Metropolregion oder von außerhalb), während nur rund 766.000 Personen abwanderten. Insbesondere die Zuwanderung aus dem Ausland trug dabei deutlicher als in anderen Regionen Österreichs zum Bevölkerungswachstum bei. Mehr als die Hälfte der im Zeitraum 2011 bis 2016 aus dem Ausland nach Österreich zugewanderten Personen siedelten sich (zumindest zunächst) in der Metropolregion an.

Übersicht 3.1: Demographische Entwicklung der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien				Österreich			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Bevölkerung	2.656.726	2.850.964	+194.238	+7,3	8.401.940	8.764.540	+362.600	+4,3
Nach Geschlecht								
Männer	1.281.166	1.389.260	+108.094	+8,4	4.093.938	4.306.445	+212.507	+5,2
Frauen	1.375.560	1.461.704	+86.144	+6,3	4.308.002	4.458.095	+150.093	+3,5
Nach Alter								
0 bis 19 Jahre	526.382	555.706	+29.324	+5,6	1.716.508	1.719.115	+2.607	+0,2
20 bis 44 Jahre	947.115	1.008.156	+61.041	+6,4	2.858.824	2.899.750	+40.926	+1,4
45 bis 64 Jahre	722.135	785.591	+63.456	+8,8	2.334.495	2.520.288	+185.793	+8,0
65 bis 84 Jahre	398.372	435.583	+37.211	+9,3	1.293.479	1.401.874	+108.395	+8,4
85 Jahre und älter	62.722	65.928	+3.206	+5,1	198.634	223.513	+24.879	+12,5
Staatsangehörigkeit								
Österreich	2.200.234	2.208.483	+8.249	+0,4	7.461.953	7.438.809	-23.144	-0,3
Ausland	456.492	642.481	+185.989	+40,7	939.987	1.325.731	+385.744	+41,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3.2: Wanderungsbilanz der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien		Österreich	
	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011
Wanderungen				
Zuwanderung	969.969	36,5	3.036.781	36,1
Aus dem Ausland	464.158	17,5	975.092	11,6
Aus dem Inland	505.811	19,0	2.061.689	24,5
Abwanderung	765.600	28,8	2.657.484	31,6
In das Ausland	290.231	10,9	595.795	7,1
In das Inland	475.369	17,9	2.061.689	24,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Wanderungszahlen aus/in das Inland enthalten auch die gemeindeübergreifende Wanderung innerhalb der Metropolregion. Zuwanderung aus dem Inland: Zuwanderung aus einer anderen Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich in eine Gemeinde der Metropolregion. Abwanderung in das Inland: Abwanderung aus einer Gemeinde der Metropolregion in eine andere Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich.

Diese starke Zuwanderung insbesondere internationaler Migranten und Migrantinnen bestimmt auch die Spezifika der Altersstruktur der Metropolregion, da Zuwanderer aus dem Ausland zu- meist zwischen 20 und 25 Jahre alt sind und – auch wegen ihrer Altersstruktur – eine überdurchschnittliche Geburtenrate aufweisen. Gleichzeitig erhöht die Zuwanderung aus dem Ausland auch den Anteil der ausländischen StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung. Dieser lag 2016 in der Metropolregion insgesamt bei 22,5% der Bevölkerung (+5,3 PP im Vergleich zu 2011), gegenüber 15,1% im österreichischen Durchschnitt (+4,0 PP).

Die eher junge Bevölkerung, die spezifische Anforderungen an die Arbeitsmarkt-, aber auch Bildungspolitik stellt, und die hohe Zuwanderung, die vor allem Ansprüche an die Integrationspolitik stellt, sind demnach wichtige Spezifika der Region, die Themen auch gemeinsamer politischer Initiativen sein könnten. Daneben bleiben allerdings auch die wirtschafts- und

gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Alterung der Bevölkerung – wenn auch in abgemilderter Form – potentiell gemeinsames Thema, zumal auch in der Metropolregion die über 64-Jährigen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe darstellen.

3.1.1 Kernstadt Wien

Allerdings verdecken die bisher präsentierten Daten für die Metropolregion insgesamt eine Vielzahl wirtschaftsgeographischer Differenzierungslinien innerhalb des Agglomerationsraums. Diese werden einerseits durch die Unterschiede zwischen der dichtbesiedelten Kernstadt Wien und den sie umgebenden, weniger dicht besiedelten Umlandgemeinden bestimmt. Andererseits kommen darin auch die durchaus unterschiedlichen Standortbedingungen in den einzelnen Teilen des näheren und weiteren Stadt-Umlandes zum Ausdruck.

Wien ist als eindeutiges Zentrum der Metropolregion für viele ihrer demographischen Eigenschaften bestimmend. So war im Zeitraum 2011 bis 2016 der prozentuelle Bevölkerungszuwachs in Wien deutlich höher als in den anderen Teilen der Metropolregion, insgesamt war die Kernstadt auch aufgrund ihrer Größe für rund 76% des gesamten Bevölkerungswachstums im Agglomerationsraum verantwortlich (Übersicht 3.3). Dabei fungiert die Stadt auch als zentraler Anziehungspunkt für die Zuwanderung aus dem Ausland, aber auch dem übrigen Österreich. So ist Wien bei der Zuwanderung aus dem Ausland vor allem für Zuwanderer im Alter von 18 bis 25 Jahren besonders attraktiv, wobei *Görgl et al.* (2017) hier eine zweigipflige Altersverteilung feststellen, mit Maxima jeweils bei einem Alter von 20 bzw. 25 Jahren. Damit scheint Wien aus einer Lebenszyklusperspektive vor allem für junge Ausländer/innen am Übergang zu einer weiterführenden universitären Ausbildung (20-Jährige), aber auch in den regionalen Arbeitsmarkt (25-Jährige) besonders attraktiv zu sein.

Für Zuwanderer aus dem Inland gilt dies nur eingeschränkt: Hier ist der Gipfel der Zuwanderung bei den 20-Jährigen deutlich stärker ausgeprägt als jener bei den 25-Jährigen (*Görgl et al.*, 2017), was für eine besondere Attraktivität Wiens für die Binnenwanderung vor allem am Übergang zur Universitätsausbildung (20-Jährige), weniger aber für eine solche aus Anlass einer Arbeitsaufnahme spricht. Jedenfalls ist der Anteil der 20- bis 44-jährigen Bevölkerung angesichts dieser Wanderungsbewegungen in der Kernstadt mit ca. 38% deutlich höher als in den anderen Teilen der Metropolregion (mit Anteilen zwischen 30% und 31%; Übersicht 3.4). Jedenfalls ergeben sich aus diesen lebenszyklischen Unterschieden in den Wanderungsbewegungen innerhalb der Metropolregion mögliche Ansatzpunkte (auch) für eine verstärkte regionalpolitische Zusammenarbeit. So kann die hohe Mobilität innerhalb der Stadtregion in Verbindung mit den differenzierten Wanderungsmustern im Lebenszyklus Abstimmungsbedarfe etwa in der Verkehrsplanung, aber auch in raumordnerischen Überlegungen begründen.

Der Anteil der ausländischen StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung der Kernstadt Wien ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zuletzt liegt er bei 28,2%, rund 6,5 PP höher als noch 2011, was in Niveau wie Dynamik den mit Abstand höchsten Wert unter den Teilräumen der Metropolregion darstellt.

Übersicht 3.3: Demographische Entwicklung der Teilregionen der Metropolregion

	Stadt Wien				Kernzone NÖ				
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016		
			Absolut	In %			Absolut	In %	
Bevölkerung	1.714.227	1.861.599	+147.372	+8,6	305.487	320.516	+15.029	+4,9	
Nach Geschlecht									
Männer	821.498	904.927	+83.429	+10,2	147.554	155.535	+7.981	+5,4	
Frauen	892.729	956.672	+63.943	+7,2	157.933	164.981	+7.048	+4,5	
Nach Alter									
0 bis 19 Jahre	333.370	359.006	+25.636	+7,7	63.222	64.724	+1.502	+2,4	
20 bis 44 Jahre	643.947	708.891	+64.944	+10,1	99.450	97.561	-1.889	-1,9	
45 bis 64 Jahre	447.986	484.509	+36.523	+8,2	85.824	94.788	+8.964	+10,4	
65 bis 84 Jahre	247.306	267.412	+20.106	+8,1	50.132	55.848	+5.716	+11,4	
85 Jahre und älter	41.618	41.781	+163	+0,4	6.859	7.595	+736	+10,7	
Staatsangehörigkeit									
Österreich	1.341.855	1.335.738	-6.117	-0,5	272.129	275.667	+3.538	+1,3	
Ausland	372.372	525.861	+153.489	+41,2	33.358	44.849	+11.491	+34,4	
		Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
Bevölkerung	326.452	342.319	+15.867	+4,9	164.507	174.363	+9.856	+6,0	
Nach Geschlecht									
Männer	159.961	168.159	+8.198	+5,1	80.769	85.964	+5.195	+6,4	
Frauen	166.491	174.160	+7.669	+4,6	83.738	88.399	+4.661	+5,6	
Nach Alter									
0 bis 19 Jahre	67.867	68.452	+585	+0,9	34.258	35.246	+988	+2,9	
20 bis 44 Jahre	103.560	101.927	-1.633	-1,6	53.393	53.814	+421	+0,8	
45 bis 64 Jahre	96.270	106.213	+9.943	+10,3	47.974	52.900	+4.926	+10,3	
65 bis 84 Jahre	51.522	57.257	+5.735	+11,1	25.608	28.526	+2.918	+11,4	
85 Jahre und älter	7.233	8.470	+1.237	+17,1	3.274	3.877	+603	+18,4	
Staatsangehörigkeit									
Österreich	301.098	307.492	+6.394	+2,1	148.795	152.030	+3.235	+2,2	
Ausland	25.354	34.827	+9.473	+37,4	15.712	22.333	+6.621	+42,1	
		Außenzone BGD							
Bevölkerung	146.053	152.167	+6.114	+4,2					
Nach Geschlecht									
Männer	71.384	74.675	+3.291	+4,6					
Frauen	74.669	77.492	+2.823	+3,8					
Nach Alter									
0 bis 19 Jahre	27.665	28.278	+613	+2,2					
20 bis 44 Jahre	46.765	45.963	-802	-1,7					
45 bis 64 Jahre	44.081	47.181	+3.100	+7,0					
65 bis 84 Jahre	23.804	26.540	+2.736	+11,5					
85 Jahre und älter	3.738	4.205	+467	+12,5					
Staatsangehörigkeit									
Österreich	136.357	137.556	+1.199	+0,9					
Ausland	9.696	14.611	+4.915	+50,7					

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Wenig ausgeprägt ist dagegen in Wien die Zuwanderung von Personen im Alter von über 60 Jahren. Dies ist insofern von Interesse, als in einigen Untersuchungen (etwa *Fassmann et al.*, 2013) vor dem Hintergrund der demographischen Alterung vermutet worden war, Hochbetagte könnten in Zukunft – aufgrund der hier altersgerechteren Infrastruktur – verstärkt nach Wien ziehen. Auch auf Basis der hier genutzten aktuellen Daten lassen sich allerdings (ähnlich wie schon in *Görgl et al.*, 2017) keine empirischen Belege für diese Hypothese finden. Alters-

migration macht vielmehr auch am aktuellen Rand noch einen nur geringen Teil des Wanderungsgeschehens in der Stadtregion aus, als möglicher Zukunftstrend scheint sie sich jedenfalls erst langsam zu etablieren. Damit ist der Anteil der über 60-Jährigen in der Kernstadt Wien mit 16,6% auch zuletzt niedriger als in der übrigen Metropolregion, der Anteil der Hochbetagten (über 85-Jährigen) liegt am aktuellen Rand bei nur 2,2%.

Übersicht 3.4: Wanderungsbilanz den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016

	Wien		Kernzone NÖ	
	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011
Wanderungen				
Zuwanderung	585.231	34,1	142.517	46,7
Aus dem Ausland	377.798	22,0	36.270	11,9
Aus dem Inland	207.433	12,1	106.247	34,8
Abwanderung	440.231	25,7	123.593	40,5
In das Ausland	241.182	14,1	17.804	5,8
In das Inland	199.049	11,6	105.789	34,6
Außenzone NÖ Nord				
Wanderungen				
Zuwanderung	124.319	38,1	67.132	40,8
Aus dem Ausland	23.362	7,2	14.229	8,6
Aus dem Inland	100.957	30,9	52.903	32,2
Abwanderung	104.391	32,0	55.563	33,8
In das Ausland	16.171	5,0	8.316	5,1
In das Inland	88.220	27,0	47.247	28,7
Außenzone BGD				
Wanderungen				
Zuwanderung	50.770	34,8		
Aus dem Ausland	12.499	8,6		
Aus dem Inland	38.271	26,2		
Abwanderung	41.822	28,6		
In das Ausland	6.758	4,6		
In das Inland	35.064	24,0		

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen – Wanderungszahlen aus/in das Inland enthalten auch die gemeindeübergreifende Wanderung innerhalb der Metropolregion. Zuwanderung aus dem Inland: Zuwanderung aus einer anderen Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich in eine Gemeinde der Metropolregion. Abwanderung in das Inland: Abwanderung aus einer Gemeinde der Metropolregion in eine andere Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich.

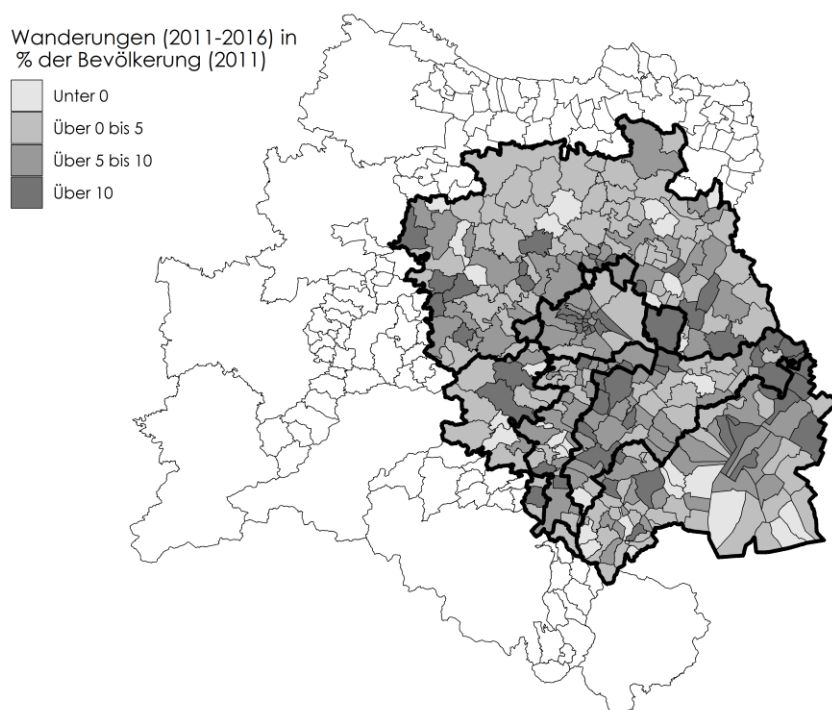
3.1.2 Niederösterreichische Teilregionen

Niederösterreichs Teile der Metropolregion profitieren beim demographischen Wachstum deutlich weniger von der Zuwanderung aus dem Ausland, aber viel stärker von der Wanderung innerhalb der Metropolregion (insbesondere der Zuwanderung aus der Kernstadt Wien). Dabei wandern verstärkt Personen im Alter von 30 bis 35 Jahren, womit diese Wanderung aus einer lebenszyklischen Perspektive vor allem mit der Phase der Familiengründung in Zusammenhang stehen dürfte (Görgl et al., 2017). Damit ist der niederösterreichische Teil der Metropolregion sowohl in der Kernzone als auch in der (nördlichen und südlichen) Außenzone demographisch

älter als der Wiener Teil und unterscheidet sich auch in den meisten anderen demographischen Merkmalen von der Kernstadt deutlich.

Sehr unterschiedlich sind etwa auch die Anteile der ausländischen StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung. In den niederösterreichischen Teilen außerhalb der Kernstadt Wien war dieser Anteil 2016 (mit 14,0%) in der Kernzone (ohne Wien) am höchsten, der größte Zuwachs dieses Anteils war allerdings (mit 3,3 PP auf 12,8%) in der südlichen Außenzone zu registrieren (nördliche Außenzone +2,4 PP auf 10,2%).

Abbildung 3.1: Wanderungsbilanz in der Metropolregion 2011 bis 2016 nach Gemeinden (in % der Bevölkerung)



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Dabei sind die Unterschiede innerhalb des niederösterreichischen Teils der Metropolregion durchaus erheblich, wobei sich Differenzierungen nach der Distanz zur Kernstadt und nach der geographischen Lage überlagern. So kam es seit 2011 vor allem in den, nahe an der Stadtgrenze gelegenen bzw. in den, von Wien aus gut erreichbaren Gemeinden zu einer erheblichen Zuwanderung, während dies in den stärker peripher gelegenen bzw. schlechter erreichbaren Gemeinden nicht der Fall war. Gleichzeitig waren Entwicklungsunterschiede nach Nord-Süd-Muster sichtbar. So wurde der Süden der Metropolregion infrastrukturtechnisch tendenziell früher und besser erschlossen als der Norden, was sich in einer noch immer dichteren Besiedelung, einer stärker suburbanen Prägung, aber auch einer stärkeren demographischen Alterung äußert. Allerdings verbesserte sich die Verkehrsanbindung in die nördliche Außenzone in den

letzten Jahren rasant, was die Erwartung einer Verschiebung des demographischen Wachstumspols in den Norden der Metropolregion nährte (etwa *Fassmann et al.*, 2013). Allerdings hat sich auch diese Erwartung (zumindest bisher) nicht vollständig erfüllt: So lag der Bevölkerungszuwachs im Zeitraum 2011 bis 2016 in der nördlichen Außenzone der Stadtregion mit +4,9% zwar deutlich höher als in Österreich und war mit jenem in der niederösterreichischen Kernzone vergleichbar. In der südlichen Außenzone war das Bevölkerungswachstum aber mit +6,0% noch lebhafter. Dabei profitierte die (insgesamt bevölkerungsreichere) nördliche Außenzone zwar von einer in absoluten Werten höheren Zuwanderung, relativ (also in % der Bevölkerung des Jahres 2011) blieb allerdings die Wanderung in die südliche Außenzone höher. Obwohl es in den letzten Jahren (insbesondere auf kleinräumiger Ebene) zu wiederholten Verschiebungen in der demographischen Wachstumsdynamik des Wiener Umlandes kam, kann damit bisher kaum von einer klaren Verlagerung des Wachstumspols vom Süden in den Nordteil der Metropolregion gesprochen werden. Allerdings lassen die Zugewinne in der Erreichbarkeit und die bestehenden Flächenreserven in Letzterem eine solche Schwerpunktverschiebung mittelfristig durchaus erwarten, zumal zumindest in der südlichen Kernzone zunehmend wachstumsbedingte Flächenrestriktionen und Verkehrsprobleme sichtbar werden. Gerade im Norden Wiens scheinen daher kooperative Ansätze einer integrierten Regional- und Verkehrsentwicklung sinnvoll, um neue Potentialgebiete konzentriert zu entwickeln und das zu erwartende Wachstum damit flächenschonend umzusetzen.

3.1.3 Burgenländische Außenzone

Der burgenländische Teil der Metropolregion wies im Beobachtungszeitraum insgesamt das schwächste Bevölkerungswachstum auf. Mit +4,2% war der Zuwachs hier sogar etwas geringer als im österreichischen Durchschnitt. Wie auch in den anderen Teilen der Metropolregion dominierte auch hier vor allem die Zuwanderung die demographische Entwicklung. Im Gegensatz zu den niederösterreichischen Teilen der Metropolregion profitierte der burgenländische Teil dabei allerdings deutlich weniger von der Zuwanderung aus anderen Metropolregionsteilen oder aus dem übrigen Österreich, während der Zuwanderung aus dem Ausland höhere Bedeutung zukam. Sie machte immerhin rund ein Viertel der gesamten Bruttozuwanderung in diese Teilregion im Zeitraum 2011 bis 2016 aus.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist in der räumlichen Nähe zum Zentralraum Bratislava zu suchen. Er war seit der Jahrtausendwende einer der wirtschaftlich wie demographisch dynamischsten Teilräume der neuen Mitgliedstaaten und dementsprechend erheblichen Suburbanisierungsprozessen ausgesetzt. Diese Suburbanisierung schwappt offensichtlich auch ins österreichische Umland Bratislavas über, was kleinräumigere Analysen bestätigten: So war nach *Görgl et al.* (2017) die Gemeinde Kittsee im unmittelbaren Umland Bratislavas im Zeitraum 2008 bis 2016 die Gemeinde mit der höchsten Nettozuwanderung (von 59,1% der Bevölkerung 2008) in der gesamten Metropolregion Wien, während die Bevölkerungsentwicklung in anderen Gemeinden des nördlichen Burgenlandes ungleich moderater verlief. Abgesehen von der Koordination innerhalb der Region sollte daher in der Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion auch der

grenzüberschreitende Kontext und insbesondere die Entwicklung der Stadt Bratislava berücksichtigt werden. So blieb zwar der Anteil der ausländischen StaatsbürgerInnen an der wohnhaften Bevölkerung im gesamten burgenländischen Teil der Metropolregion im Jahr 2016 mit 9,6% noch geringer als in den anderen Teilen der Stadtregion, seit 2011 legte dieser Anteil allerdings mit +3,0 PP stärker zu als in der nördlichen Außenzone (2,4 PP).

Übersicht 3.5: Demographische Entwicklung der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße

	Gemeindegröße 2011											
	2011	Bis 2.500 Personen		2.501 bis 5.000 Personen		Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016		
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %					
<i>Bevölkerung</i>	234.384	244.218	+9.834	+4,2	239.597	249.620	+10.023	+4,2				
Nach Geschlecht												
Männer	116.151	121.157	+5.006	+4,3	117.574	122.627	+5.053	+4,3				
Frauen	118.233	123.061	+4.828	+4,1	122.023	126.993	+4.970	+4,1				
Nach Alter												
0 bis 19 Jahre	46.639	47.182	+543	+1,2	50.250	49.949	-301	-0,6				
20 bis 44 Jahre	74.403	72.688	-1.715	-2,3	76.803	74.766	-2.037	-2,7				
45 bis 64 Jahre	70.925	77.064	+6.139	+8,7	70.274	76.973	+6.699	+9,5				
65 bis 84 Jahre	37.365	41.320	+3.955	+10,6	37.552	42.306	+4.754	+12,7				
85 Jahre und älter	5.052	5.964	+912	+18,1	4.718	5.626	+908	+19,2				
<i>Staatsangehörigkeit</i>												
Österreich	218.694	221.936	+3.242	+1,5	220.330	224.308	+3.978	+1,8				
Ausland	15.690	22.282	+6.592	+42,0	19.267	25.312	+6.045	+31,4				
		5.001 bis 10.000 Personen				10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)						
<i>Bevölkerung</i>	185.203	196.438	+11.235	+6,1	283.315	299.089	+15.774	+5,6				
Nach Geschlecht												
Männer	89.872	95.893	+6.021	+6,7	136.071	144.656	+8.585	+6,3				
Frauen	95.331	100.545	+5.214	+5,5	147.244	154.433	+7.189	+4,9				
Nach Alter												
0 bis 19 Jahre	38.459	39.749	+1.290	+3,4	57.664	59.820	+2.156	+3,7				
20 bis 44 Jahre	59.568	59.227	-341	-0,6	92.394	92.584	+190	+0,2				
45 bis 64 Jahre	53.473	59.447	+5.974	+11,2	79.477	87.598	+8.121	+10,2				
65 bis 84 Jahre	29.741	33.409	+3.668	+12,3	46.408	51.136	+4.728	+10,2				
85 Jahre und älter	3.962	4.606	+644	+16,3	7.372	7.951	+579	+7,9				
<i>Staatsangehörigkeit</i>												
Österreich	167.665	171.432	+3.767	+2,2	251.690	255.069	+3.379	+1,3				
Ausland	17.538	25.006	+7.468	+42,6	31.625	44.020	+12.395	+39,2				

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

3.1.4 Demographische Charakteristika nach Gemeindegrößen

Abgesehen von diesen großräumigen Unterschieden bestehen innerhalb der Metropolregion auch vielfältige kleinräumige Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung auf der Ebene von Gemeinden. Diese deuten, abgesehen von den Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Bundesländern der Region, auf vielfältige Koordinationsbedarfe und -chancen auch zwischen den einzelnen Gemeinden der Metropolregion hin. Insbesondere sind in der Region – neben

dem Hauptzentrum Wien – einige weitere (niedriger rangige) Zentren zu identifizieren, die in den letzten Jahren ebenfalls eine erhebliche Bevölkerungsdynamik verzeichneten. Dabei war (ohne Wien) das Bevölkerungswachstum in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sowohl prozentuell als auch absolut deutlich höher als in kleineren Gemeinden (Übersicht 3.5). Dies kann als Indiz dafür gelten, dass sich die Bevölkerung in der Metropolregion – neben Wien – auch auf eine Reihe von Subzentren konzentriert, bei einer gleichzeitig zwar positiven, aber weniger dynamischen Entwicklung in den übrigen Gemeinden.

Übersicht 3.6: Wanderungsbilanz in der Metropolregion Wien nach Gemeindegröße

	Gemeindegröße 2011			
	Bis 2.500 Personen		2.501 bis 5.000 Personen	
	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011	2011-2016	In % der Bevölkerung 2011
Wanderungen				
Zuwanderung	81.542	34,8	90.145	37,6
Aus dem Ausland	17.665	7,5	14.558	6,1
Aus dem Inland	63.877	27,3	75.587	31,5
Abwanderung	69.376	29,6	77.840	32,5
In das Ausland	10.704	4,6	10.649	4,4
In das Inland	58.672	25,0	67.191	28,0
	5.001 bis 10.000 Personen		10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)	
Wanderungen				
Zuwanderung	75.864	41,0	137.187	48,4
Aus dem Ausland	14.457	7,8	39.680	14,0
Aus dem Inland	61.407	33,2	97.507	34,4
Abwanderung	62.007	33,5	116.146	41,0
In das Ausland	9.059	4,9	18.637	6,6
In das Inland	52.948	28,6	97.509	34,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Wanderungszahlen aus/in das Inland enthalten auch die gemeindeübergreifende Wanderung innerhalb der Metropolregion. Zuwanderung aus dem Inland: Zuwanderung aus einer anderen Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich in eine Gemeinde der Metropolregion. Abwanderung in das Inland: Abwanderung aus einer Gemeinde der Metropolregion in eine andere Gemeinde der Metropolregion oder des übrigen Österreich.

Dabei ist (auch) diese Entwicklung, die an das traditionelle Planungsideal der "dezentralen Konzentration" denken lässt, vorwiegend wanderungsbedingt und geht dementsprechend mit einem höheren Anteil Jüngerer an der Wohnbevölkerung in den größeren Gemeinden einher. So ist der Anteil der unter 19-Jährigen in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und jener der 20- bis 44-Jährigen in Gemeinden mit 5.001 bis 10.000 EinwohnerInnen am höchsten, während sich die kleinsten Gemeinden in beiden Alterskategorien am Ende der Reihung finden. In diesen ist dagegen der Anteil der 44- bis 64-Jährigen unter allen Gemeindegrößenklassen am höchsten, wobei die Bevölkerung in größeren Gemeinden allerdings nicht durchgängig jünger ist. So ist in Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen auch der Anteil der über 64-Jährigen am höchsten, was freilich mit der verstärkten Zuwanderung von Älteren in diese, mit einschlägigen Infrastrukturen (v.a. Alten- und Pflegeheime) gut ausgestattete Gemeindegrößenklasse zu tun haben dürfte.

AusländerInnen finden sich abseits der Kernstadt Wien vorrangig in zentralen Räumen. So ist der Anteil ausländischer StaatsbürgerInnen an der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen mit 14,7% klar am höchsten und nimmt bis zu einer Gemeindegröße von weniger als 2.500 EinwohnerInnen auf 9,1% ab. Dabei hat der AusländerInnenanteil zwischen 2011 und 2016 in den größeren Gemeinden auch stärker zugenommen, mit +3,6 PP in Gemeinden mit 10.000 oder mehr EinwohnerInnen gegenüber +2,1 PP in solchen mit zwischen 2.000 und 5.000 sowie +2,4 PP in solchen mit weniger als 2.000 EinwohnerInnen.

3.2 Bildungsstruktur der Bevölkerung

Insgesamt ist die Bevölkerung der Metropolregion Wien deutlich besser ausgebildet als im österreichischen Durchschnitt. Insbesondere ist hier der AkademikerInnenanteil, aber auch der Anteil von Personen mit abgeschlossener mittlerer und höherer Schule (AHS, BHS) deutlich höher als im übrigen Österreich, 2016 hatten rund 15% (Österreich 11%) bzw. 27% (Österreich 25%) der wohnhaften Bevölkerung eine solche Ausbildung (Übersicht 3.7).

Unterrepräsentiert sind in der Metropolregion hingegen Personen mit einem Lehrabschluss, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag 2016 bei 22% (im Vergleich zu 27% in Österreich). Dagegen sind zuletzt kaum noch Unterschiede im Anteil Geringqualifizierter (mit maximal Pflichtschulabschluss) zwischen der Metropolregion und dem übrigen Österreich festzumachen. 2016 verfügten in beiden Vergleichsräumen etwas mehr als ein Fünftel (rund 22%) der Bevölkerung höchstens über einen Pflichtschulabschluss.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Besonderheiten des metropolitanen Arbeitsmarktes vorrangig am oberen Ende des Ausbildungsspektrums zu finden. Vor allem sind in der Metropolregion Wien anteilmäßig deutlich mehr hochqualifizierte Personen (insbesondere AkademikerInnen) beschäftigt als im übrigen Österreich, während gleichzeitig aber auch ein nicht unbedeutender Anteil an Geringqualifizierten in der Region arbeitet. Dagegen bleibt der Anteil an wohnhaften Beschäftigten mit Lehrabschluss auch in der gesamten Metropolregion deutlich unterdurchschnittlich, was nicht zuletzt auf die hier geringere Bedeutung der Sachgüterproduktion in der regionalen Wirtschaftsstruktur zurückzuführen sein dürfte (siehe *Huber, 2015; Mayerhofer, 2013*). Gemessen an der Qualifizierungsstruktur scheint der Arbeitsmarkt der Metropolregion damit stärker polarisiert als jener in Österreich, was die Beschäftigtenstruktur des hier bedeutenderen Dienstleistungsbereichs (mit Schwerpunkten an beiden Enden des Qualifikationspektrums) widerspiegelt.

In der wohnhaften Bevölkerung haben sich Unterschiede in der Bildungsstruktur zwischen der Metropolregion und dem österreichischen Durchschnitt zuletzt sogar noch verschärft, Vorteile des Agglomerationsraums im obersten Bildungssegment sind ebenso wie Nachteile im Bereich der Lehre größer geworden. So stieg der AkademikerInnenanteil an der Bevölkerung in der Metropolregion zwischen 2011 und 2016 um 2,3 PP (gegenüber 1,8 PP im österreichischen Durchschnitt) an, während der Anteil der Personen mit Lehrabschluss mit –0,9 PP stärker rückläufig war (Österreich –0,2 PP). Zudem blieb in der Metropolregion auch der Anteil von Personen mit einem mittleren oder höheren Schulabschluss leicht rückläufig, während er im öster-

reichischen Durchschnitt (um 0,4 PP) weiter anstieg. Bei den Geringqualifizierten mit maximal Pflichtschulabschluss war der Anteilsrückgang in der Metropolregion (mit –1,3 PP) dagegen schwächer als in Österreich (–1,8 PP), wo diese Qualifikationsgruppe (anders als in der Metropolregion) auch in absoluten Zahlen rückläufig war. Insgesamt geht der steigende Ausbildungsstand der Bevölkerung in der Metropolregion also vor allem mit einem Rückgang des Anteils von Personen mit einem Lehrabschluss einher, während der Anteil der Geringqualifizierten in der Metropolregion sogar langsamer zurückgeht als im österreichischen Durchschnitt.

Übersicht 3.7: Bildung der Bevölkerung der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien				Österreich			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Unter 15-Jährige	384.679	413.705	+29.026	+7,5	1.227.690	1.262.951	+35.261	+2,9
Hochschule und Akademie	339.652	430.794	+91.142	+26,8	788.321	979.724	+191.403	+24,3
Mittlere und höhere Schule	712.951	759.843	+46.892	+6,6	2.051.026	2.171.665	+120.639	+5,9
Lehrabschluss	609.572	629.093	+19.521	+3,2	2.302.563	2.386.355	+83.792	+3,6
Pflichtschule	609.872	617.529	+7.657	+1,3	2.032.340	1.963.845	–68.495	–3,4
	Anteile in %		Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		Anteile in %		Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten	
Unter 15-Jährige	14,5	14,5	+0,0		14,6	14,4	–0,2	
Hochschule und Akademie	12,8	15,1	+2,3		9,4	11,2	+1,8	
Mittlere und höhere Schule	26,8	26,7	–0,2		24,4	24,8	+0,4	
Lehrabschluss	22,9	22,1	–0,9		27,4	27,2	–0,2	
Pflichtschule	23,0	21,7	–1,3		24,2	22,4	–1,8	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Noch stärker ausgeprägt als zwischen Metropolregion und österreichischem Durchschnitt sind Unterschiede in der Qualifikationsstruktur freilich innerhalb der Metropolregion Wien. So liegt der Anteil der Akademikerinnen an der wohnhaften Bevölkerung in der Kernstadt Wien mittlerweile bei 17,2% und damit um mehr als 3,5 PP höher als in der übrigen Kernzone, jenem Teilraum mit dem zweithöchsten Anteil Hochqualifizierter in der Metropolregion. Gleichzeitig ist in der Stadt Wien allerdings – entgegen einer verstärkt auf technologie- und wissensintensive Bereiche ausgerichteten regionalen Wirtschaftsstruktur – auch der Anteil der Geringqualifizierten (mit 22,5%) der zweithöchste unter allen Teilräumen der Metropolregion, nur in der burgenländischen Außenzone liegt dieser Anteil mit 22,7% noch marginal höher.

Dabei haben sich Polarisierungstendenzen im Sinne eines Anteilsgewinns der beiden Ränder der Ausbildungsverteilung in Wien in den letzten Jahren noch verstärkt. So nahm im Zeitraum 2011 bis 2016 der AkademikerInnenanteil an der Wohnbevölkerung in Wien am stärksten unter

allen Teilregionen zu, während der Anteil der PflichtschulabsolventInnen im selben Zeitraum nur in der Kernzone der Metropolregion (ohne Wien) noch langsamer abnahm als in der Kernstadt. Insgesamt kommen (in dieser Reihenfolge) die niederösterreichische Kernzone sowie die nördliche Außenzone der Metropolregion der Bildungsstruktur der Kernstadt noch am nächsten. Auch in diesen beiden Teilräumen der Metropolregion liegt der AkademikerInnenanteil an der wohnhaften Bevölkerung noch im zweistelligen Bereich (2016 13,5% in der Kernzone bzw. 11,3% in der Außenzone NÖ Nord). Allerdings liegt hier der Anteil an Personen mit mittlerer Ausbildung bzw. einem Lehrabschluss im Vergleich zur Kernstadt noch deutlich höher, auch hat er in den letzten Jahren in beiden Teilräumen weniger stark abgenommen bzw. in Teilbereichen (bei Personen mit mittlerer Ausbildung in der nördlichen Außenzone) noch zugelegt. Nicht zuletzt ist in beiden Teilräumen der Anteil von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit 19,9% bzw. 18,8% so gering wie in keiner anderen Teilregion des Agglomerationsraums.

Übersicht 3.8: Bildungsstand der Bevölkerung in den Teilräumen der Metropolregion Wien
2011 bzw. 2016

	Stadt Wien				Kernzone NÖ			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Unter 15-Jährige	246.175	269.265	+23.090	+9,4	45.597	47.053	+1.456	+3,2
Hochschule und Akademie	250.234	319.310	+69.076	+27,6	36.187	43.351	+7.164	+19,8
Mittlere und höhere Schule	447.915	479.789	+31.874	+7,1	86.830	90.111	+3.281	+3,8
Lehrabschluss	362.880	374.048	+11.168	+3,1	74.470	76.095	+1.625	+2,2
Pflichtschule	407.023	419.187	+12.164	+3,0	62.403	63.906	+1.503	+2,4
	Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
Unter 15-Jährige	48.298	50.125	+1.827	+3,8	24.669	26.305	+1.636	+6,6
Hochschule und Akademie	30.578	38.679	+8.101	+26,5	11.708	15.140	+3.432	+29,3
Mittlere und höhere Schule	94.198	99.522	+5.324	+5,7	44.201	47.621	+3.420	+7,7
Lehrabschluss	86.896	89.618	+2.722	+3,1	47.627	49.760	+2.133	+4,5
Pflichtschule	66.482	64.375	-2.107	-3,2	36.302	35.537	-765	-2,1
	Außenzone BGD							
Unter 15-Jährige	19.940	20.957	+1.017	+5,1				
Hochschule und Akademie	10.945	14.314	+3.369	+30,8				
Mittlere und höhere Schule	39.807	42.800	+2.993	+7,5				
Lehrabschluss	37.699	39.572	+1.873	+5,0				
Pflichtschule	37.662	34.524	-3.138	-8,3				
	Stadt Wien				Kernzone NÖ			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten	
	Anteile in %				Anteile in %			
Unter 15-Jährige	14,4	14,5	+0,1		14,9	14,7	-0,2	
Hochschule und Akademie	14,6	17,2	+2,6		11,8	13,5	+1,7	
Mittlere und höhere Schule	26,1	25,8	-0,4		28,4	28,1	-0,3	
Lehrabschluss	21,2	20,1	-1,1		24,4	23,7	-0,6	
Pflichtschule	23,7	22,5	-1,2		20,4	19,9	-0,5	
	Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
Unter 15-Jährige	14,8	14,6	-0,2		15,0	15,1	+0,1	
Hochschule und Akademie	9,4	11,3	+1,9		7,1	8,7	+1,6	
Mittlere und höhere Schule	28,9	29,1	+0,2		26,9	27,3	+0,4	
Lehrabschluss	26,6	26,2	-0,4		29,0	28,5	-0,4	
Pflichtschule	20,4	18,8	-1,6		22,1	20,4	-1,7	
	Außenzone BGD							
Unter 15-Jährige	13,7	13,8	+0,1					
Hochschule und Akademie	7,5	9,4	+1,9					
Mittlere und höhere Schule	27,3	28,1	+0,9					
Lehrabschluss	25,8	26,0	+0,2					
Pflichtschule	25,8	22,7	-3,1					

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3.9: Bildungsstand der Bevölkerung der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016

	Gemeindegröße 2011							
	Unter 2.500 Personen				2.501 bis 5.000 Personen			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
		Absolut	In %			Absolut	In %	
Unter 15-Jährige	33.412	35.122	+1.710	+5,1	36.013	36.786	+773	+2,1
Hochschule und Akademie	15.426	20.364	+4.938	+32,0	19.497	24.752	+5.255	+27,0
Mittlere und höhere Schule	64.130	69.167	+5.037	+7,9	65.770	69.904	+4.134	+6,3
Lehrabschluss	66.155	68.355	+2.200	+3,3	65.832	68.077	+2.245	+3,4
Pflichtschule	55.261	51.210	-4.051	-7,3	52.485	50.101	-2.384	-4,5
	5.001 bis 10.000 Personen				10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)			
Unter 15-Jährige	27.658	29.054	+1.396	+5,0	41.421	43.478	+2.057	+5,0
Hochschule und Akademie	18.586	23.457	+4.871	+26,2	35.909	42.911	+7.002	+19,5
Mittlere und höhere Schule	54.162	56.967	+2.805	+5,2	80.974	84.016	+3.042	+3,8
Lehrabschluss	48.115	49.932	+1.817	+3,8	66.590	68.681	+2.091	+3,1
Pflichtschule	36.682	37.028	+346	+0,9	58.421	60.003	+1.582	+2,7
	Unter 2.500 Personen				2.501 bis 5.000 Personen			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten	
	Anteile in %				Anteile in %			
Unter 15-Jährige	14,3	14,4	+0,1		15,0	14,7	-0,3	
Hochschule und Akademie	6,6	8,3	+1,8		8,1	9,9	+1,8	
Mittlere und höhere Schule	27,4	28,3	+1,0		27,5	28,0	+0,6	
Lehrabschluss	28,2	28,0	-0,2		27,5	27,3	-0,2	
Pflichtschule	23,6	21,0	-2,6		21,9	20,1	-1,8	
	5.001 bis 10.000 Personen				10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)			
Unter 15-Jährige	14,9	14,8	-0,1		14,6	14,5	-0,1	
Hochschule und Akademie	10,0	11,9	+1,9		12,7	14,3	+1,7	
Mittlere und höhere Schule	29,2	29,0	-0,2		28,6	28,1	-0,5	
Lehrabschluss	26,0	25,4	-0,6		23,5	23,0	-0,5	
Pflichtschule	19,8	18,8	-1,0		20,6	20,1	-0,6	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

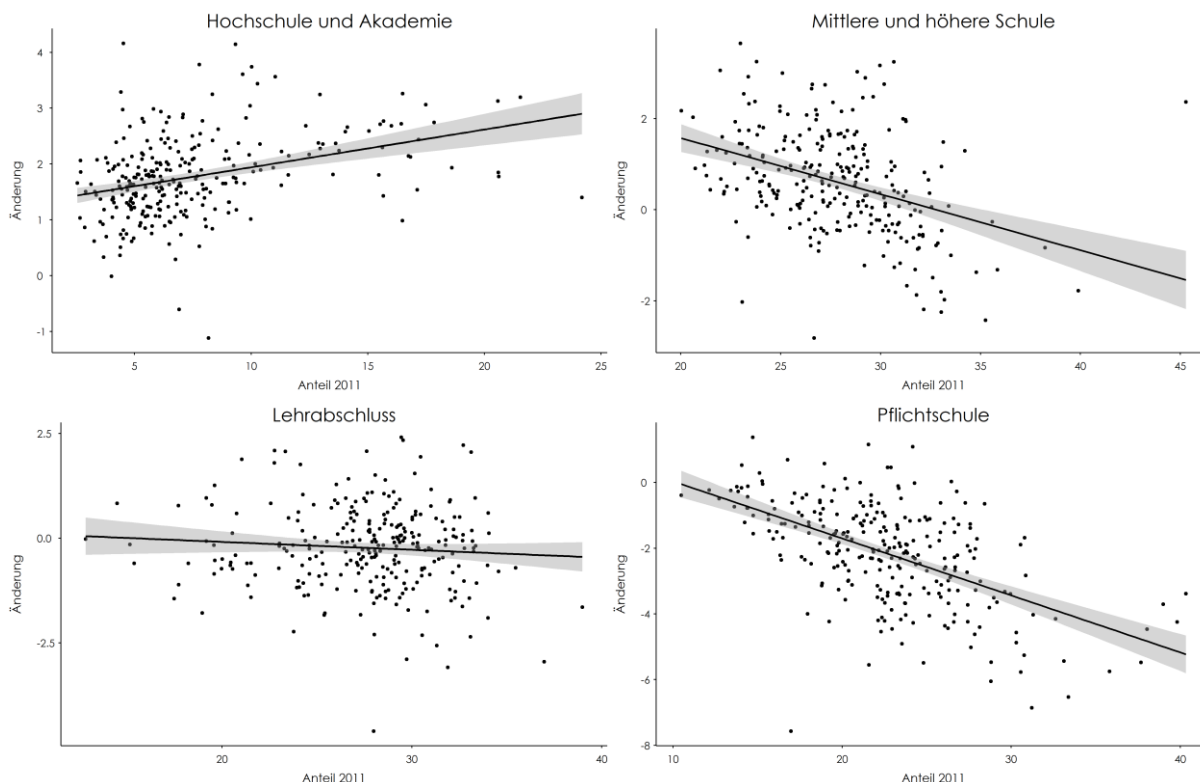
Allerdings stieg in den Jahren seit 2011 die Zahl der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss in der niederösterreichischen Kernzone (+2,4%) ähnlich wie in der Kernstadt (+3,0%) noch weiter an, was der Entwicklung in Österreich, aber auch jener in den übrigen Teilräumen der Metropolregion zuwiderläuft. Dies lässt auf einen besonderen Koordinationsbedarf beider Teilräume in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und möglicherweise der Sozialpolitik schließen, zumal gerade gering qualifizierte Arbeitsmarktgruppen in der Stadtregion einem besonders hohen Risiko der Arbeitslosigkeit und Armutgefährdung ausgesetzt sind (Übersicht 3.8).

Die südliche Außenzone und der burgenländische Teil der Außenzone unterscheiden sich demgegenüber in ihrer Bildungsstruktur am deutlichsten von der Kernstadt Wien. Hier liegt der AkademikerInnenanteil 2016 bei nur 8,7% bzw. 9,4%, und auch der Anteil von Personen mit mittlerem bzw. höherem Schulabschluss ist etwas geringer als in den anderen Teilgebieten. Der geringe Anteil an Hochqualifizierten geht allerdings in der südlichen Außenzone mit einem hohen

und nur leicht rückläufigen Anteil an Lehrabsolventinnen einher. Dennoch ist der Anteil der Geringqualifizierten im burgenländischen Teil der Außenzone trotz eines erheblichen Rückganges in letzten vier Jahren noch am höchsten.

Abbildung 3.2: Konzentration bzw. Verbreiterung der einzelnen Bildungsstufen auf Gemeindeebene

Anteil der Bildungsgruppen 2011 und Anteilsveränderung 2001-2016



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Diese Unterschiede sind zumindest teilweise durch unterschiedliche Siedlungsstrukturen in den Teilräumen erklärbar. Grundsätzlich nimmt der Anteil der AkademikerInnen an der Wohnbevölkerung in der Metropolregion wie in auch in Österreich mit der Gemeindegröße zu, während jener der Lehrabsolventen und Lehrabsolventinnen mit der Größe der Gemeinde abnimmt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass neben der Kernstadt Wien gerade die dichter besiedelten Teilräume der Metropolregion (niederösterreichische Kernregion und nördliche Außenzone) die höchsten AkademikerInnenanteile, aber den geringsten Besitz an Lehrabsolventen und Lehrabsolventinnen aufweisen (Übersicht 3.8).

Der Anteil der AkademikerInnen konzentriert sich dabei zunehmend auf jene Gemeinden, die bereits 2011 einen hohen Anteil an Akademikern und Akademikerinnen hatten (Abbildung 3.2; links oben). Hochqualifizierte unterliegen in der Metropolregion also einer zunehmenden Segregation, ein Faktum, dessen Einschätzung und ggf. Gestaltbarkeit mögliches Thema auch

stadtregionaler Kooperation sein könnte. Gleichzeitig hat allerdings bei Niedrigqualifizierten (mit höchstens Pflichtschulabschluss) sowie bei Personen mit Abschluss einer mittleren oder höheren Schule in den letzten Jahren eine deutliche Annäherung der Bildungsstrukturen in den Gemeinden der Stadtregion stattgefunden, welche sich auch nach Gemeindegrößengruppen klar manifestiert. So ging der Anteil der Geringqualifizierten in den kleinsten Gemeinden (bei hier hohem Ausgangsniveau) am stärksten (um 2,6 PP) zurück, während er in den größten Gemeinden (mehr als 10.000 EinwohnerInnen) kaum abnahm (-0,6 PP). Ähnlich nahm der Anteil von AbsolventInnen mittlerer Schulen in Gemeinden mit einer Größe von weniger als 2.500 EinwohnerInnen (mit 1 PP) noch merklich zu, während er in Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen spürbar erodierte (-0,5 PP).

3.3 Haushalte und Haushaltgröße

Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung (insbesondere von Akademikern und Akademikerinnen) in der Metropolregion auf ihre größeren Städte kommt in der Entwicklung der Zahl der Haushalte freilich nur bedingt zum Ausdruck. So stieg im Zeitraum 2011 bis 2016 die Zahl der Haushalte in der Metropolregion zwar stärker als im österreichischen Durchschnitt, der Unterschied in der Zuwachsrate war aber mit +5,9% gegenüber +5,4% im Vergleich zur Differenz im Bevölkerungswachstum gering (Übersicht 3.10). Die Ursache für diese unterschiedlichen Entwicklungen von Bevölkerungs- und Haushaltszahl liegt in der Entwicklung der Haushaltsgrößen in Metropolregion und österreichischem Durchschnitt begründet. Während die durchschnittliche Haushaltgröße in der Metropolregion – entgegen dem langjährigen Trend (siehe *Klien*, 2017) – zwischen 2011 und 2016 leicht anstieg, nahm sie im österreichischen Durchschnitt weiter leicht ab. Damit lag die durchschnittliche Größe der 1,3 Millionen Haushalte der Metropolregion zuletzt (2016) mit 2,2 Personen pro Haushalt kaum noch unter jener in Österreich (mit 2,3 Personen je Haushalt).

Übersicht 3.10: Haushalte und Haushaltgröße in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien				Österreich			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Haushalte	1.241.476	1.315.313	+73.837	+5,9	3.649.309	3.845.315	+196.006	+5,4
Haushaltsgröße	2,14	2,17	+0,03	+1,3	2,30	2,28	-0,02	-1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Wie viele andere strukturelle Besonderheiten der Metropolregion im Vergleich zu Österreich ist auch dies vor allem auf die Sonderstellung der Kernstadt Wien in der Metropolregion zurückzuführen. So ist die durchschnittliche Haushaltgröße in Wien in den Jahren 2011 bis 2016 von 2,0 auf 2,1 Personen angestiegen, während sie in allen anderen Teilräumen der Metropolregion weiter rückläufig war (Übersicht 3.11).

Dies spiegelt die schon von *Klien* (2017) für Österreich festgestellte Differenzierung zwischen urban geprägten und ländlichen Gebieten wider. Demnach ist in den Städten die durchschnittliche Haushaltsgröße zwar (noch) kleiner als im ländlichen Raum, sie steigt aber im Gegensatz dazu leicht an. *Giffinger et al.* (2001) führen dies auf die historisch (bis in die 1970er-Jahre deutlich höheren Haushaltsgrößen im ländlichen Raum zurück, welche in der Folge hier ein höheres Potential für Reduktionen eröffnet hätten. Daneben dürften aber auch die steigenden Mietpreise in den Städten sowie der Zuzug von Personen aus Ländern mit traditionell großen Haushalten entscheidende Einflussfaktoren für diese Entwicklung sein.

Übersicht 3.11: Haushalte und Haushaltsgröße in den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016

	Stadt Wien				Kernzone NÖ			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Haushalte	837.478	886.285	+48.807	+5,8	136.021	142.997	+6.976	+5,1
Haushaltsgröße	2,05	2,10	+0,05	+2,6	2,25	2,24	-0,0	-0,2
	Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
Haushalte	137.120	146.223	+9.103	+6,6	70.159	74.917	+4.758	+6,8
Haushaltsgröße	2,38	2,34	-0,04	-1,7	2,34	2,33	-0,02	-0,7
	Außenzone BGD							
Haushalte	60.698	64.891	+4.193	+6,9				
Haushaltsgröße	2,41	2,34	-0,06	-2,5				

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Jedenfalls wächst wegen dieser unterschiedlichen Trends in den Haushaltsgrößen die Zahl der Haushalte in Wien (mit 5,8%) – trotz des erheblichen Bevölkerungswachstums in der Stadt – schwächer als im Rest der Metropolregion. Unter den übrigen Teilräumen der Agglomeration wies im Zeitraum 2011 bis 2016 nur die Kernzone (ohne Wien) einen noch geringeren Zuwachs an Haushalten (von 5,1%) auf. Den stärksten Zuwachs an Haushalten verzeichnete dagegen (bei gleichzeitig am stärksten rückläufiger Haushaltsgröße) mit +6,9% der burgenländische Teil der Metropolregion, obwohl die Bevölkerung hier am schwächsten zunahm. Die niederösterreichische Außenzone liegt demgegenüber sowohl beim Wachstum der Zahl der Haushalte als auch beim Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße zwischen der Kernregion und der burgenländischen Außenzone. In der südlichen Außenzone erhöhte sich die Zahl der Haushalte im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 um 6,8% und damit leicht dynamischer als in der nördlichen Außenzone (+6,6%), gleichzeitig nahm die durchschnittliche Haushaltsgröße im nördlichen Teil stärker ab.

Übersicht 3.12: Haushalte und Haushaltsgröße der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016

	Gemeindegröße 2011								
	2011	Bis 2.500 Personen				2.501 bis 5.000 Personen			
		2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016		
		Absolut	In %			Absolut	In %		
Haushalte	95.976	102.201	+6.225	+6,5	100.592	106.922	+6.330	+6,3	
Haushaltsgröße	2,44	2,39	-0,05	-2,2	2,38	2,33	-0,05	-2,0	
	5.001 bis 10.000 Personen				10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)				
Haushalte	80.297	85.527	+5.230	+6,5	127.133	134.378	+7.245	+5,7	
Haushaltsgröße	2,31	2,30	-0,01	-0,4	2,23	2,23	-0,00	-0,1	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Nach Gemeindegrößen waren es dabei vor allem die Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen, in welchen die Zahl der Haushalte zwischen 2011 und 2016 überdurchschnittlich zunahm. Hier lag der Zuwachs durchwegs um die 6,5%, während er in Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen mit +5,7% merklich geringer ausfiel. Begleitet war das Haushaltswachstum in den kleinsten Gemeinden (mit weniger als 2.500 EinwohnerInnen) von einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße, während diese Größe in Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen fast stagnierte (Übersicht 3.12).

Insgesamt spiegelt die recht unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerung und nicht zuletzt der (für die tatsächliche Nachfrage bedeutenderen) Zahl der Haushalte einen erheblichen und nach Teilräumen stark differenzierten Bedarf nach Wohnraum in der Metropolregion. Gleichzeitig wird daraus aber auch ein steigender Koordinationsbedarf im Agglomerationsraum sichtbar, um bei demographischem Wachstum den Bedarf nach leistbarem Wohnraum auch langfristig befriedigen zu können. In unseren Überlegungen zu neuen Möglichkeiten kooperativen Agierens in der Metropolregion wird daher auch diesem Thema entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen sein, ebenso wie dem effizienten Einsatz potentiell verfügbarer wohnungs- und bodenpolitischer Instrumente.

3.4 Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt bieten sich hingegen Koordinationsmöglichkeiten vor allem im Bereich des Einsatzes von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten an. Abgesehen von der bundeslandübergreifenden Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen bestehen hier vor allem bei der Koordination der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhebliche Potentiale. In dieser Politik wird ein erheblicher Teil der bedarfsgerechten (Re-)Qualifizierung der Arbeitskräfte in Österreich erbracht. Dementsprechend wichtig ist es, bei der Planung der aktiven Arbeitsmarktpolitik den gesamten Arbeitsmarkt der Metropolregion im Auge zu behalten und bei der Steuerung der Betreuung spezifischer Zielgruppen auf eine enge Abstimmung der Angebote zu achten, um mögliche Synergien bestmöglich zu nutzen.

Insgesamt ist der Arbeitsmarkt der Metropolregion durch eine unterdurchschnittliche Erwerbs- und Erwerbstätigenquote sowie eine höhere Arbeitslosenquote (gemessen am Wohnort) gekennzeichnet. So lag der Anteil der Erwerbspersonen (am Wohnort) an der Gesamtbevölkerung in der gesamten Metropolregion 2016 bei 66,4% und damit um mehr als 3 PP niedriger als im österreichischen Durchschnitt. Gleichzeitig blieb die Erwerbsquote als Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung mit 74,7% um 1,7 PP unter dem nationalen Wert. Die Arbeitslosenquote 2016 war in der Metropolregion mit +11,1% deutlich höher als in Österreich (7,6%; Übersicht 3.13).

Übersicht 3.13: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien				Österreich			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Arbeitslos	105.907	160.698	+54.791	+51,7	251.970	343.133	+91.163	+36,2
Erwerbstätig	1.205.223	1.284.903	+79.680	+6,6	3.957.270	4.144.707	+187.437	+4,7
Nicht-Erwerbspersonen	499.823	490.147	-9.676	-1,9	1.472.897	1.388.362	-84.535	-5,7
			Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten				Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten	
Arbeitslosenquote	8,1	11,1	+3,0		6,0	7,6	+1,7	
Erwerbstätigenquote	66,6	66,4	-0,2		69,6	70,5	+0,9	
Erwerbsquote	72,4	74,7	+2,3		74,1	76,4	+2,3	

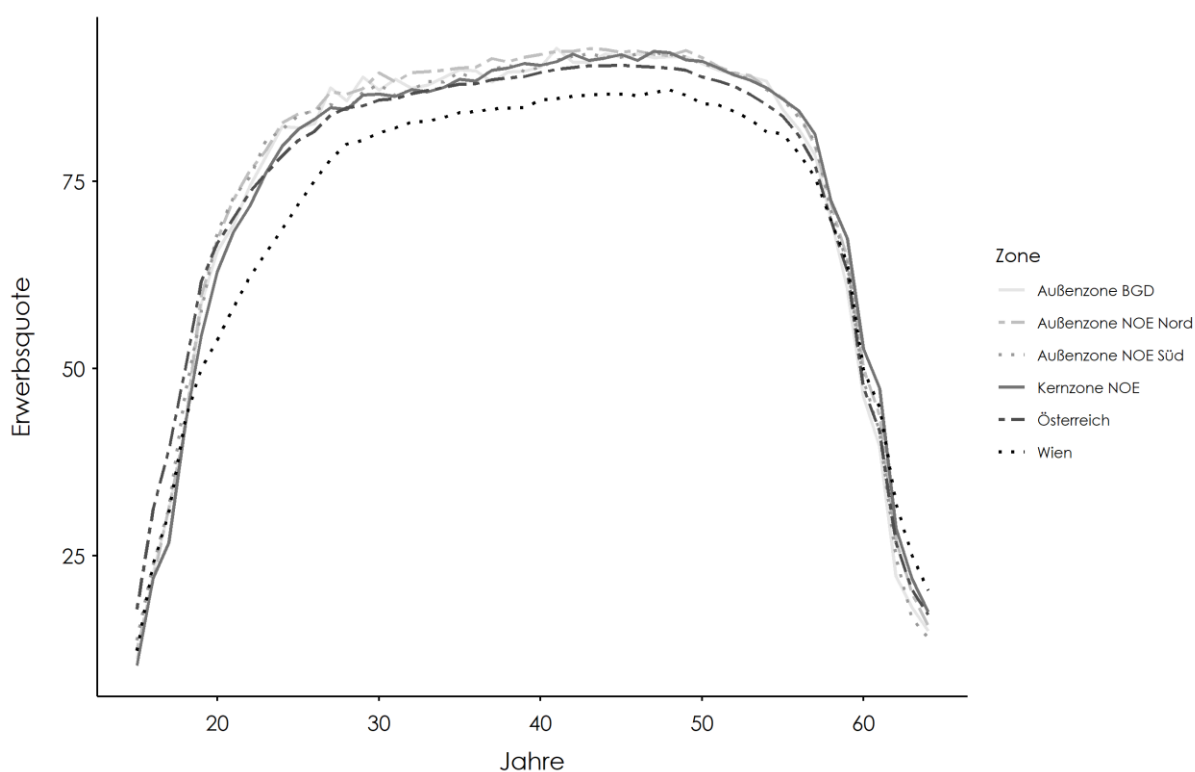
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen – Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Erwerbstätigenquote: Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Erwerbsquote: Arbeitslose und Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Arbeitslosenquote: Arbeitslose am Wohnort in Prozent der Arbeitslosen und Erwerbstätigen am Wohnort.

Vor allem der Arbeitsmarkt der Kernstadt Wien ist dabei durch eine unterdurchschnittliche Performance gekennzeichnet. So war die Arbeitslosenquote in der Stadt Wien mit 9,8% bereits 2011 die höchste unter allen metropolitanen Teilräumen, bis 2016 stieg sie um weitere 3,7 PP auf 13,5% an – auch dies die höchste Dynamik unter allen Teilregionen. Ähnlich war in Wien die Erwerbstätigenquote mit 63,4% die niedrigste in der Metropolregion, nachdem sie im Zeitraum 2011 bis 2016 – im Gegensatz zum Anstieg in allen anderen Teilräumen – um 0,7 PP zurückgegangen war. Einzig die Erwerbsquote stieg in Wien seit 2011 an, war aber zuletzt mit 73,3% noch immer die niedrigste in der Metropolregion (Übersicht 3.14).

Zum Teil sind diese ungünstigen Werte arbeitsmarktpolitisch relevanter Kennzahlen durch die Spezifika des Standortes Wien zu erklären. So sind in Wien (als Österreichs wichtigstem Universitätsstandort) viele Jugendliche und junge Erwachsene (bis zum Alter von rund 30 Jahren) nicht erwerbstätig, weil sie noch in Ausbildung stehen. Dementsprechend ist der Erwerbsquotenunterschied der in Wien wohnhaften Bevölkerung im Vergleich zu jener in den anderen metropolitanen Teilregionen unter den 20- bis 30-Jährigen besonders groß (Abbildung 3.3). Allerdings

liegen auch die Erwerbsquoten in allen anderen Gruppen der in Wien Wohnenden unter den Werten der anderen Teilregionen der Metropolregion – deutliches Indiz dafür, dass abgesehen von demographischen Erklärungen auch standortspezifische Faktoren für die schlechte Arbeitsmarktsituation in der Kernstadt verantwortlich zeichnen. Insbesondere entstehen in Wien bereits seit längerem vor allem neue Arbeitsplätze für höher qualifizierte Arbeitskräfte, während bei Geringqualifizierten hohe Arbeitslosenquoten die Regel sind. Ähnlich ist aufgrund des hohen Zuzugs aus dem Ausland und den spezifischen Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration ausländischer ArbeitnehmerInnen die Arbeitslosenquote der AusländerInnen in Wien deutlich höher als in Österreich (Mayerhofer et al., 2015).

Abbildung 3.3: Erwerbsquoten nach Einzeljahren in den Teilregionen der Metropolregion 2016



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Erwerbsquote: Arbeitslose und Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Die Kernstadt Wien unterscheidet sich also in ihrer Arbeitsmarktsituation recht deutlich von den anderen Teilen der Metropolregion und könnte daher von einer engeren Koordination der Arbeitsmarktpolitik wohl am stärksten profitieren. Allerdings nähert sich die regionsspezifische Arbeitsmarktsituation (insbesondere hinsichtlich der Arbeitslosigkeit) auch in den anderen Teilräumen der Metropolregion mit zunehmender Nähe zu Wien an die Situation in der Kernstadt an. So lag die Arbeitslosenquote in der Kernzone (ohne Wien) 2016 bei 8,1% und war damit um 2,0 PP höher als 2011, während Erwerbs- und Erwerbstätigenquote in diesem unmittelbaren Wiener Umland (nach Wien) die zweitniedrigste in der Metropolregion war. Dagegen lag die

Arbeitslosenquote in der südlichen Außenzone 2016 bei 7,2% und damit leicht unter dem nationalen Durchschnitt, wobei diese Teilregion gleichzeitig eine deutlich höhere Erwerbs- und (abgeschwächt) Erwerbstätigenquote aufweist als Wien oder die niederösterreichische Kernzone (ohne Wien). In der nördlichen Außenzone war die Arbeitslosenquote (2016) mit 5,8% noch niedriger als in der südlichen Außenzone, und auch die Erwerbstätigenquote war bei annähernd gleicher Erwerbsquote noch leicht höher.

Übersicht 3.14: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Teilregionen der Metropolregion Wien 2011 und 2016

	Stadt Wien				Kernzone NÖ				
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016		
			Absolut	In %			Absolut	In %	
Arbeitslos	81.795	126.721	+44.926	+54,9	9.221	13.083	+3.862	+41,9	
Erwerbstätig	756.064	813.753	+57.689	+7,6	141.744	148.999	+7.255	+5,1	
Nicht-Erwerbspersonen	341.269	342.667	+1.398	+0,4	51.934	47.938	-3.996	-7,7	
		Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
Arbeitslos	7.160	10.188	+3.028	+42,3	4.578	6.469	+1.891	+41,3	
Erwerbstätig	158.058	166.245	+8.187	+5,2	78.867	83.321	+4.454	+5,6	
Nicht-Erwerbspersonen	54.181	50.034	-4.147	-7,7	27.511	25.865	-1.646	-6,0	
		Außenzone BGD							
Arbeitslos	3.153	4.237	+1.084	+34,4					
Erwerbstätig	70.490	72.585	+2.095	+3,0					
Nicht-Erwerbspersonen	24.928	23.643	-1.285	-5,2					
	Stadt Wien				Kernzone NÖ				
	2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		
Arbeitslosenquote	9,8	13,5	+3,7		6,1	8,1	+2,0		
Erwerbstätigenquote	64,1	63,4	-0,7		69,9	70,9	+1,1		
Erwerbsquote	71,1	73,3	+2,2		74,4	77,2	+2,8		
		Außenzone NÖ Nord			Außenzone NÖ Süd				
Arbeitslosenquote	4,3	5,8	+1,4		5,5	7,2	+1,7		
Erwerbstätigenquote	72,0	73,4	+1,4		71,1	72,0	+1,0		
Erwerbsquote	75,3	77,9	+2,6		75,2	77,6	+2,4		
		Außenzone BGD							
Arbeitslosenquote	4,3	5,5	+1,2						
Erwerbstätigenquote	71,5	72,2	+0,7						
Erwerbsquote	74,7	76,5	+1,8						

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Erwerbstätigenquote: Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Erwerbsquote: Arbeitslose und Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Arbeitslosenquote: Arbeitslose am Wohnort in Prozent der Arbeitslosen und Erwerbstätigen am Wohnort.

Die niedrigste Arbeitslosenquote unter den Teilregionen der Metropolregion wies 2016 (mit 5,5%) letztlich der burgenländische Teil der Metropolregion auf. Hier war aber die Erwerbsquote niedriger als in den, in Niederösterreich gelegenen Außenzonen. Dies reflektiert bereits länger sichtbare Arbeitsmarktcharakteristika des burgenländischen Arbeitsmarktes, insbesondere drückt hier eine niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen die Erwerbsquote (siehe z. B. Bock-Schappelwein et al., 2011).

Insgesamt spricht damit die zunehmende Ähnlichkeit der Arbeitsmarktsituation zwischen Wien und den Gemeinden nahe der Stadt für die Sinnhaftigkeit einer enger koordinierten Arbeitsmarktpolitik, wobei hier vor allem gemeinsame Ansätze zwischen Kernstadt und unmittelbarem Umland notwendig scheinen.

Übersicht 3.15: Erwerbsstatus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Metropolregion Wien (ohne Stadt Wien) nach Gemeindegröße 2011 und 2016

	Gemeindegröße 2011								
	2011	Bis 2.500 Personen			2.501 bis 5.000 Personen			2016	Veränderung 2011/2016
		2016	Veränderung 2011/2016		2011	Veränderung 2011/2016			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %		
Arbeitslos	4.985	6.795	+1.810	+36,3	6.058	8.152	+2.094	+34,6	
Erwerbstätig	114.597	119.311	+4.714	+4,1	114.926	120.418	+5.492	+4,8	
Nicht-Erwerbspersonen	38.973	35.706	-3.267	-8,4	40.330	36.332	-3.998	-9,9	
		5.001 bis 10.000 Personen				10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)			
Arbeitslos	4.888	6.991	+2.103	+43,0	8.181	12.039	+3.858	+47,2	
Erwerbstätig	88.335	93.369	+5.034	+5,7	131.301	138.052	+6.751	+5,1	
Nicht-Erwerbspersonen	30.619	29.009	-1.610	-5,3	48.632	46.433	-2.199	-4,5	
		Bis 2.500 Personen			2.501 bis 5.000 Personen				
	2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		2011	2016	Veränderung 2011/2016 in Prozentpunkten		
Arbeitslosenquote	4,2	5,4	+1,2		5,0	6,3	+1,3		
Erwerbstätigenquote	72,3	73,7	+1,5		71,2	73,0	+1,8		
Erwerbsquote	75,4	77,9	+2,5		75,0	78,0	+3,0		
		5.001 bis 10.000 Personen			10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)				
Arbeitslosenquote	5,2	7,0	+1,7		5,9	8,0	+2,2		
Erwerbstätigenquote	71,3	72,2	+0,8		69,8	70,2	+0,4		
Erwerbsquote	75,3	77,6	+2,3		74,1	76,4	+2,2		

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – . Erwerbstätigenquote: Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Erwerbsquote: Arbeitslose und Erwerbstätige am Wohnort in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Arbeitslosenquote: Arbeitslose am Wohnort in Prozent der Arbeitslosen und Erwerbstätigen am Wohnort. Abweichungen der Differenzen aufgrund von Rundungsfehlern.

Allerdings scheint auch eine Abstimmung zwischen den Verdichtungsräumen der Metropolregion sinnvoll, steigt doch die Arbeitslosenquote und auch ihr Wachstum im Agglomerationsraum mit zunehmender Gemeindegröße deutlich an, während die Erwerbstätigenquote (und deren Entwicklung) sowie die Erwerbsquote mit steigender Größe abnehmen (Übersicht 3.15). So lag die Arbeitslosenquote in den Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen in der Metropolregion 2016 bei 8,0% und damit um 2,2 PP über dem Wert des Jahres 2011, während

die Erwerbstätigenquote stabil bei 70,2% und die Erwerbsquote bei 76,4% lag. In Gemeinden mit weniger als 2.500 EinwohnerInnen war die Arbeitslosenquote im Gegensatz dazu mit 5,4% ungleich niedriger, auch ihr Anstieg seit 2011 blieb (mit +1,2 PP) vergleichsweise gering. Die Erwerbstätigenquote betrug in dieser Größenklasse (2016) 73,7% und war damit um 1,5 PP höher als noch 2011, die Erwerbsquote lag bei 77,9%. Hohe und steigende Arbeitslosigkeit sowie niedrige und stagnierende Erwerbstätigenquoten sind damit nicht allein ein Charakteristikum des Arbeitsmarktes der Kernstadt Wien, sondern stellen generell ein Phänomen der stärker städtisch geprägten Teilräume der Metropolregion dar. Eine Zusammenarbeit der städtischen Räume im Agglomerationsraum in Belangen der Arbeitsmarktpolitik scheint damit sinnvoll.

Übersicht 3.16: Pendelwanderung in der Metropolregion Wien und Österreich 2011 und 2016

	Metropolregion Wien				Österreich			
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
	Zwischen Gemeinden							
<i>Einpendler</i>	619.269	629.807	+10.538	+1,7	2.428.814	2.503.227	+74.413	+3,1
Erwerbseinpendler	526.061	540.159	+14.098	+2,7	2.038.451	2.132.688	+94.237	+4,6
Schülereinpendler	93.208	89.648	-3.560	-3,8	390.363	370.539	-19.824	-5,1
<i>Auspendler</i>	484.225	512.730	+28.505	+5,9	2.428.814	2.503.227	+74.413	+3,1
Erwerbspendler	411.243	439.182	+27.939	+6,8	2.038.451	2.132.688	+94.237	+4,6
Schülerauspendler	72.982	73.548	+566	+0,8	390.363	370.539	-19.824	-5,1
	Zwischen Bundesländern							
<i>Einpendler</i>	400.608	402.713	+2.105	+0,5	575.293	582.692	+7.399	+1,3
Erwerbseinpendler	353.287	359.455	+6.168	+1,7	501.055	514.068	+13.013	+2,6
Schülereinpendler	47.321	43.258	-4.063	-8,6	74.238	68.624	-5.614	-7,6
<i>Auspendler</i>	291.540	311.315	+19.775	+6,8	575.293	582.692	+7.399	+1,3
Erwerbspendler	260.632	280.520	+19.888	+7,6	501.055	514.068	+13.013	+2,6
Schülerauspendler	30.908	30.795	-113	-0,4	74.238	68.624	-5.614	-7,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) Pendelzahlen aus/in das die Region sind inklusive des gemeindeübergreifenden Pendelns innerhalb der Metropolregion: Einpendeln = Einpendeln innerhalb der Metropolregion oder aus einer anderen Region Österreichs in eine Gemeinde der Metropolregion. Auspendeln: Pendeln aus einer Gemeinde der Metropolregion in eine andere Gemeinde der Metropolregion oder in eine andere Region Österreichs.

3.5 Pendeln

Den deutlichsten Hinweis auf die zunehmende Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften der Metropolregion in siedlungs-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Fragen liefern letztlich freilich Daten zu den Pendelbewegungen in der funktionalen Metropolregion Wien. Wegen der bereits gezeigten teilregionalen Unterschiede in Bevölkerung, Siedlungsstruktur und Arbeitsmarkt sind Pendlerströme in der Region (sowohl von Erwerbstätigen als auch Schülern und Schülerinnen) sehr intensiv. So pendelten 2016 439.182 der 1,3 Millionen Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) der Metropolregion über Gemeindegrenzen. Der BerufsauspendlerInnenanteil an den Erwerbstätigen lag damit in der Metropolregion insgesamt bei über 34%, wobei in dieser Zahl Pendler und Pendlerinnen innerhalb Wiens nicht berücksichtigt sind, da Wien in dieser Statistik als eine Gemeinde gilt. Zu Bildungszwecken pendelten weitere 73.548 Schüler und Schülerinnen über Gemeindegrenzen

aus. Demgegenüber standen 2016 rund 629.807 Einpendler und Einpendlerinnen, von denen rund 540.159 erwerbstätig und 73.548 Schüler bzw. Schülerinnen waren. Demnach ist der Agglomerationsraum sowohl in Bildungs- als auch in Arbeitsmarktbelangen eine Nettoeinpendler-Region, in welcher mehr Schüler und Schülerinnen lernen und auch deutlich mehr Erwerbstätige arbeiten als dort wohnen.

Der Großteil dieser Pendelbewegungen zwischen Gemeinden bezieht sich allerdings auf sehr kleine Pendeldistanzen. Aus Sicht unserer Fragestellung, in der es vor allem um die Notwendigkeiten interregionaler Zusammenarbeit geht, sind bundeslandübergreifende Pendelverflechtungen daher interessanter. Hier zeigt sich, dass in die Metropolregion 2016 rund 359.000 Erwerbstätige und 43.000 Schülerinnen über Bundesländergrenzen einpendelten und rund 281.000 Erwerbstätige bzw. 31.000 Schüler und Schülerinnen über Bundesländergrenzen auspendelten. Damit ist die Metropolregion eindeutig die am stärksten durch bundesländerübergreifendes Pendeln geprägte bzw. verbundene Region Österreichs. Hier arbeiten 69,9% aller Berufseinpendler bzw. -pendlerinnen (und wohnen 54,6% aller BerufsauspendlerInnen) in Österreich. Bei den Schülern und Schülerinnen sind die Verhältnisse mit 63,0% bzw. 44,9% ähnlich beeindruckend, womit auch von einer im nationalen Vergleich äußerst eng verflochtenen Bildungsregion gesprochen werden kann. Diese hohe Zahl an Pendlern und Pendlerinnen bedeutet zum einen, dass die Region insgesamt als ein gemeinsamer funktionaler Wirtschaftsraum zu betrachten ist, der auch adäquate gemeinsame Governance-Strukturen entwickeln sollte. Zum anderen bedeutet sie auch ganz praktische (etwa verkehrspolitische) Herausforderungen, weil täglich Hunderttausende Personen über Gemeinde- bzw. Bundesländergrenzen zur Arbeit bzw. in die Schule pendeln.

Nicht zuletzt nehmen diese äußerst engen Arbeitsmarktverflechtungen in der Metropolregion im Zeitablauf noch deutlich zu, wobei die Zahl sowohl der bundesländer- als auch gemeindeübergreifenden ErwerbsauspendlerInnen stärker, die Zahl der BerufseinpendlerInnen aber schwächer zunimmt als in Österreich. Die Zahl bundesländerübergreifenden Schulpendelns nimmt hingegen ähnlich wie in Österreich ab.

Der Großteil der bundesländerüberschreitenden Pendelwanderung findet dabei zwischen Wien und Niederösterreich statt. Berufsbedingt pendelten 2016 rund 260.000 Personen aus den anderen österreichischen Bundesländern nach Wien, ausbildungsbedingt waren es weitere 36.000. Im Gegenzug pendelten rund 91.000 Erwerbstätige und rund 5.700 Schüler und Schülerinnen aus Wien aus. Während dabei die Zahl der Einpendler und Einpendlerinnen nach Wien zwischen 2011 und 2016 bei den Erwerbstätigen in etwa stagnierte und bei den Schülern und Schülerinnen rückläufig war, erhöhte sich die Zahl der Auspendlerinnen und Auspendler aus Wien in diesem Zeitraum bei Erwerbstätigen (+11,7%) wie Schülern und Schülerinnen (+25,7%) erheblich.

Den zweitgrößten Beitrag zum Pendeln über Bundeslandgrenzen in der Metropolregion lieferte die niederösterreichische Kernzone (ohne Wien). Hier pendelten 2016 rund 59.000 Erwerbstätige und 4.000 Schüler und Schülerinnen ein, während rund 60.000 Erwerbstätige und 8.500 Schüler und Schülerinnen auspendelten. Da es sich bei Pendelströmen in der Kernzone zumeist

um Pendelbewegungen nach oder aus Wien handelt, sind gerade diese Zahlen Beleg für die enge Verflochtenheit der Kernzone mit der Kernstadt Wien. Ein entsprechend hoher Koordinationsbedarf in Belangen der Siedlungs-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik scheint damit gesichert. So stieg die Zahl der bundesländerübergreifenden Berufseinpender in die Kernzone (die zumeist aus Wien stammen) in der Periode 2011 bis 2016 um 5,7% an, während sich die Zahl der einpendelnden Schüler und Schülerinnen um 16,1% erhöhte. Ähnlich nahm auch die Zahl der erwerbstätigen Auspendler und -pendlerinnen aus der Kernzone um 6,5% zu, bei nur leichtem Rückgang der Zahl auspendelnder Schüler und Schülerinnen (–5,0%). Insbesondere zwischen Wien und dem unmittelbaren Stadt-Umland sind Kooperations- und Koordinationsnotwendigkeiten damit besonders hoch.

Übersicht 3.17: PendlerInnen (zwischen Bundesländern) in den Teilregionen der Metropolregion Wien

	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
	Stadt Wien				Kernzone NÖ			
<i>Einpendler</i>	301.443	296.645	–4.798	–1,6	59.163	62.903	+3.740	+6,3
<i>Erwerbseinpender</i>	260.265	260.369	+104	+0,0	55.697	58.880	+3.183	+5,7
<i>Schülereinpender</i>	41.178	36.276	–4.902	–11,9	3.466	4.023	+557	+16,1
<i>Auspendler</i>	85.798	96.485	+10.687	+12,5	65.157	68.376	+3.219	+4,9
<i>Erwerbspender</i>	81.299	90.832	+9.533	+11,7	56.243	59.910	+3.667	+6,5
<i>Schülerauspendler</i>	4.499	5.653	+1.154	+25,7	8.914	8.466	–448	–5,0
	Außenzone NÖ Nord				Außenzone NÖ Süd			
<i>Einpendler</i>	15.768	18.209	+2.441	+15,5	15.810	15.545	–265	–1,7
<i>Erwerbseinpender</i>	15.035	17.258	+2.223	+14,8	15.289	14.945	–344	–2,2
<i>Schülereinpender</i>	733	951	+218	+29,7	521	600	+79	+15,2
<i>Auspendler</i>	76.644	79.144	+2.500	+3,3	32.904	35.104	+2.200	+6,7
<i>Erwerbspender</i>	67.216	70.415	+3.199	+4,8	28.281	30.586	+2.305	+8,2
<i>Schülerauspendler</i>	9.428	8.729	–699	–7,4	4.623	4.518	–105	–2,3
	Außenzone BGD							
<i>Einpendler</i>	8.424	9.411	+987	+11,7				
<i>Erwerbseinpender</i>	7.001	8.003	+1.002	+14,3				
<i>Schülereinpender</i>	1.423	1.408	–15	–1,1				
<i>Auspendler</i>	31.037	32.206	+1.169	+3,8				
<i>Erwerbspender</i>	27.593	28.777	+1.184	+4,3				
<i>Schülerauspendler</i>	3.444	3.429	–15	–0,4				

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) Pendelzahlen aus/in die Region sind inklusive des gemeindeübergreifenden Pendelns innerhalb der Metropolregion: Einpendeln = Einpendeln innerhalb der Metropolregion oder aus einer anderen Region Österreichs in eine Gemeinde der Metropolregion. Auspendeln: Pendeln aus einer Gemeinde der Metropolregion in eine andere Gemeinde der Metropolregion oder in eine andere Region Österreichs.

In den übrigen Teilräumen der Metropolregion ist demgegenüber vor allem das bundesländerübergreifende Berufsauspendeln quantitativ bedeutsam, deutlich steigende EinpendlerInnenzahlen lassen aber eine zunehmende Dezentralisierung erkennen. So pendelten aus der nördlichen Außenzone 2016 rund 70.000 Erwerbstätige und 8.700 Schüler und Schülerinnen in ein anderes Bundesland (zumeist Wien) aus. Demgegenüber pendelten in der nördlichen Außenzone nur weniger als 1.000 Schüler und Schülerinnen und rund 17.000 Erwerbstätige ein.

Allerdings erhöhte sich die Zahl der Einpendler und -pendlerinnen in dieser Teilregion in den letzten Jahren recht deutlich, mit +14,8% (bei den Erwerbstätigen) bzw. +29,7% (bei den Schülern und Schülerinnen) zwischen 2011 und 2016. Aus der südlichen Außenzone pendelten 2016 demgegenüber rund 30.600 Erwerbstätige und 4.500 Schüler und Schülerinnen aus, und nur rund 15.000 Erwerbstätige pendelten in diese Region ein. Auffallend ist hier freilich, dass sich die Zahl der Einpendlerinnen – wohl aufgrund einer geringeren Zahl der aus dem Burgenland einpendelnden Erwerbstätigen – hier zwischen 2011 und 2016 verringert hat und sich die Zahl der einpendelnden Schüler und Schülerinnen insgesamt nur um hundert verschob.

Übersicht 3.18: PendlerInnen in der Metropolregion Wien nach Gemeindegröße (ohne Stadt Wien)

	Gemeindegröße 2011							
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Zwischen Gemeinden								
Bis 2.500 Personen								
<i>Einpendler</i>	39.055	41.447	+2.392	+6,1	54.421	57.765	+3.344	+6,1
Erwerbseinpendler	36.087	38.383	+2.296	+6,4	48.771	51.401	+2.630	+5,4
Schülereinpendler	2.968	3.064	+96	+3,2	5.650	6.364	+714	+12,6
<i>Auspendler</i>	110.738	114.505	+3.767	+3,4	110.135	114.202	+4.067	+3,7
Erwerbspendler	89.352	93.213	+3.861	+4,3	89.829	94.167	+4.338	+4,8
Schülerauspendler	21.386	21.292	-94	-0,4	20.306	20.035	-271	-1,3
2.501 bis 5.000 Personen								
<i>Einpendler</i>	69.261	70.250	+989	+1,4	155.089	163.700	+8.611	+5,6
Erwerbseinpendler	58.076	58.473	+397	+0,7	122.862	131.533	+8.671	+7,1
Schülereinpendler	11.185	11.777	+592	+5,3	32.227	32.167	-60	-0,2
<i>Auspendler</i>	79.336	83.411	+4.075	+5,1	98.218	104.127	+5.909	+6,0
Erwerbspendler	66.042	70.442	+4.400	+6,7	84.721	90.528	+5.807	+6,9
Schülerauspendler	13.294	12.969	-325	-2,4	13.497	13.599	+102	+0,8
5.001 bis 10.000 Personen								
10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)								
<i>Einpendler</i>	13.676	14.352	+676	+4,9	16.010	16.562	+552	+3,4
Erwerbseinpendler	13.533	14.182	+649	+4,8	15.601	16.080	+479	+3,1
Schülereinpendler	143	170	+27	+18,9	409	482	+73	+17,8
<i>Auspendler</i>	49.511	51.231	+1.720	+3,5	51.443	53.060	+1.617	+3,1
Erwerbspendler	44.034	45.984	+1.950	+4,4	44.838	46.937	+2.099	+4,7
Schülerauspendler	5.477	5.247	-230	-4,2	6.605	6.123	-482	-7,3
Zwischen Bundesländern								
Bis 2.500 Personen								
	2011	2016	Veränderung 2011/2016		2011	2016	Veränderung 2011/2016	
			Absolut	In %			Absolut	In %
<i>Einpendler</i>	13.676	14.352	+676	+4,9	16.010	16.562	+552	+3,4
Erwerbseinpendler	13.533	14.182	+649	+4,8	15.601	16.080	+479	+3,1
Schülereinpendler	143	170	+27	+18,9	409	482	+73	+17,8
<i>Auspendler</i>	49.511	51.231	+1.720	+3,5	51.443	53.060	+1.617	+3,1
Erwerbspendler	44.034	45.984	+1.950	+4,4	44.838	46.937	+2.099	+4,7
Schülerauspendler	5.477	5.247	-230	-4,2	6.605	6.123	-482	-7,3
2.501 bis 5.000 Personen								
5.001 bis 10.000 Personen								
10.001 Personen und mehr (ohne Stadt Wien)								
<i>Einpendler</i>	25.180	25.589	+409	+1,6	44.299	49.565	+5.266	+11,9
Erwerbseinpendler	23.811	23.875	+64	+0,3	40.077	44.949	+4.872	+12,2
Schülereinpendler	1.369	1.714	+345	+25,2	4.222	4.616	+394	+9,3
<i>Auspendler</i>	46.800	49.000	+2.200	+4,7	57.988	61.539	+3.551	+6,1
Erwerbspendler	40.277	42.870	+2.593	+6,4	50.184	53.897	+3.713	+7,4
Schülerauspendler	6.523	6.130	-393	-6,0	7.804	7.642	-162	-2,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Aus dem burgenländischen Teil der Metropolregion pendelten letztlich rund 29.000 Erwerbstätige und 3.500 Schüler und Schülerinnen nach Wien oder Niederösterreich, während nur rund 8.000 Erwerbstätige und 1.400 Schüler und Schülerinnen einpendelten. Auch hier nahm die Zahl der BerufseinpenderInnen allerdings deutlich rascher als jene der BerufsauspendlerInnen zu, während die Zahl der (ein- wie aus-)pendelnden Schüler und Schülerinnen zwischen 2011 und 2016 stagniert.

Während somit die Kernstadt Wien die Metropolregion als Ziel für Pendler und Pendlerinnen dominiert, sind auch die kleineren Arbeitsmarktzentren in der Metropolregion Anziehungspunkte für (insbesondere gemeindeüberschreitendes) Pendeln. So pendeln in den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen insgesamt mehr Erwerbstätige ein als aus. Demgegenüber sind die Salden gemeindeüberschreitender BerufspendlerInnen in den kleinsten Gemeinden (mit unter 2.500 Einwohnern und Einwohnerinnen) deutlich negativ. Ähnlich steigt auch der SchulpendlerInnensaldo mit der Gemeindegröße an. Im großräumigen, bundesländerübergreifenden Pendeln sind allerdings sowohl die großen als auch die kleinen Gemeinden der Metropolregion (mit Ausnahme Wiens) im Durchschnitt Nettoauspendlerregionen.

3.5.1 Ergebnisse aus dem Mikrozensus

Neben diesen Informationen aus der Abgestimmten Erwerbsstatistik lassen sich aus der Arbeitskräfteerhebung zusätzliche Erkenntnisse zur Struktur der Pendler und Pendlerinnen in der Metropolregion in Hinblick auf Geschlecht, Alter und Bildung, aber auch zu deren Berufen und der Branche ihrer Beschäftigung gewinnen. Dabei erlaubt die Arbeitskräfteerhebung aufgrund ihrer Stichprobengröße freilich nur eine Auswertung auf der Ebene der Bundesländer. Somit können auf ihrer Basis nur Berufspendler und -pendlerinnen über Bundeslandgrenzen analysiert werden, auch kann die Metropolregion nicht wie bisher auf Basis von Gemeinden abgegrenzt werden. In der Folge muss daher die gesamte Ostregion in die Analyse einbezogen werden, einschließlich jener Teile Niederösterreichs und des Burgenlandes, die in kleinräumiger Abgrenzung nicht zur funktionalen Metropolregion zählen⁷⁾.

Übersicht 3.19 zeigt zunächst Strukturinformationen zu drei verschiedenen Pendelbewegungen innerhalb der Ostregion (für Pendler und Pendlerinnen aus Niederösterreich nach Wien, von Wien nach Niederösterreich sowie vom und ins Burgenland)⁸⁾.

⁷⁾ Grundsätzlich ist die Arbeitskräfteerhebung als Stichprobenerhebung mit gewissen Unschärfen behaftet. Statistik Austria empfiehlt daher, Zellen, die im Burgenland einen hochgerechneten Bestand von 2.000 Personen, in Niederösterreich von 6.000 Personen und in Wien von 9.000 Personen unterschreiten, gesondert zu markieren, um ihre größere Ungenauigkeit hervorzuheben sowie solche mit einem hochgerechneten Besatz von weniger als 1.000 Personen im Burgenland, 3.000 Personen in Niederösterreich bzw. 4.000 Personen in Wien überhaupt nicht auszuweisen. Wir kommen dieser Empfehlung in der Folge nach.

⁸⁾ Pendelbewegungen aus der Ostregion in andere NUTS-1-Regionen Österreichs bzw. Einpendler und Einpendlerinnen in die Ostregion aus anderen NUTS-1-Regionen werden hier nicht betrachtet. Die Analyse konzentriert sich damit allein auf die Pendler und Pendlerinnen innerhalb der Metropolregion.

Übersicht 3.19: Struktur der BerufspendlerInnen innerhalb der Ostregion nach Richtung der Pendelbewegung (2017)

	Von Niederösterreich nach Wien	Von Wien nach Niederösterreich	Von und ins Burgenland	Insgesamt
<i>Geschlecht</i>				
Männer	53,4	63,1	59,6	56,5
Frauen	46,6	36,9	40,4	43,5
<i>Alter in Jahren</i>				
15 bis 24	8,9	(10,1)	8,0	8,9
25 bis 45	46,7	54,1	51,0	48,7
45 bis 64	43,7	35,3	40,2	41,6
<i>Geburtsort</i>				
Inland	84,7	60,3	89,1	79,9
Ausland	15,3	39,7	10,9	20,1
<i>Ausbildung*</i>				
Niedrig	5,9	(12,0)	-	7,5
Mittel	47,5	42,8	55,9	48,0
Hoch	46,6	45,1	38,3	44,5
<i>Bildungserfordernis des Berufes**</i>				
Niedrig	(3,2)	(9,8)	(4,7)	(4,8)
Mittel	36,2	41,7	43,6	38,7
Hoch	28,3	18,7	27,6	25,9
Höchst	32,0	29,5	23,2	30,1
<i>Sektor der Beschäftigung</i>				
Dienstleistungen	85,3	72,0	75,3	80,8
Andere	14,7	28,0	24,7	19,2

Q: WIFO-Berechnungen. – Arbeitskräfteerhebung 2011-2016. Berufspendler: Personen mit einem anderen Arbeitsort (nach Bundesland) als Wohnort (nach Bundesland). Zahlen in Klammern: geringe Stichprobengröße mit hoher Schwankung weniger als hochgerechnet 2.000 Personen Burgenland (Niederösterreich 6.000, Wien 9.000). - Stichprobengröße erlaubt keine Auswertung weniger als 1.000 Personen für Burgenland (Niederösterreich 3.000, Wien 4.000). *Ausbildung: Niedrig = ISCED 2 oder weniger, Mittel = ISCED 3 und 4, Hoch = ISCED 5 und mehr. **Bildungserfordernis des Berufes laut ISCO: Niedrig=ISCO 9, Mittel = ISCO 4 bis 8, Hoch = ISCO 3, Höchst = ISCO 1 und 2.

Danach waren bundesländerübergreifende Pendler und Pendlerinnen in der Ostregion 2017 überwiegend männlich, 25 bis 45 Jahre alt und im Inland geboren. Vorrangig arbeiteten sie in Dienstleistungsbranchen und hatten häufig ein hohes Bildungsniveau: Immerhin 45% von ihnen waren Akademiker und Akademikerinnen und arbeiteten in Berufen, die eine mittlere (38,7%) oder höchste Qualifikation (30,1%) erforderten.

Die von Niederösterreich nach Wien pendelnden Erwerbstätigen waren dabei etwas seltener männlich, waren besser gebildet und arbeiteten auch deutlich häufiger in Berufen mit hohen oder höchsten Ausbildungserfordernissen und in Dienstleistungsbranchen als die Pendler und Pendlerinnen der Ostregion insgesamt^{?)}. Pendler und PendlerInnen aus Wien nach Niederösterreich waren demgegenüber am häufigsten unter allen betrachteten Gruppen männlich und zwischen 25 und 44 Jahre alt. Außerdem war unter ihnen auch der Anteil der im Ausland Geborenen und der niedrig Qualifizierten, die in Berufen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen und in der Sachgüterproduktion arbeiten, höher als unter den anderen Pendlerinnen. Pendler und Pendlerinnen zwischen dem Burgenland und den anderen Regionen der

^{?)} Pendler und Pendlerinnen nach Wien lukrieren dabei – selbst nach Kontrolle für demographische Merkmale und die Branche ihrer Beschäftigung – im Durchschnitt auch erheblich höhere Löhne als in Wien wohnende und arbeitende Arbeitskräfte (Leupold – Metzner, 2019).

Ostregion stachen hingegen vor allem durch einen hohen Anteil an mittleren Qualifikationen hervor, immerhin 55,9% von ihnen verfügten (2017) über eine höchste abgeschlossene Ausbildung auf ISCED-3-Niveau.

Übersicht 3.20: Durchschnitts- und Medianlohn von Pendlern und PendlerInnen in der Metropolregion 2016

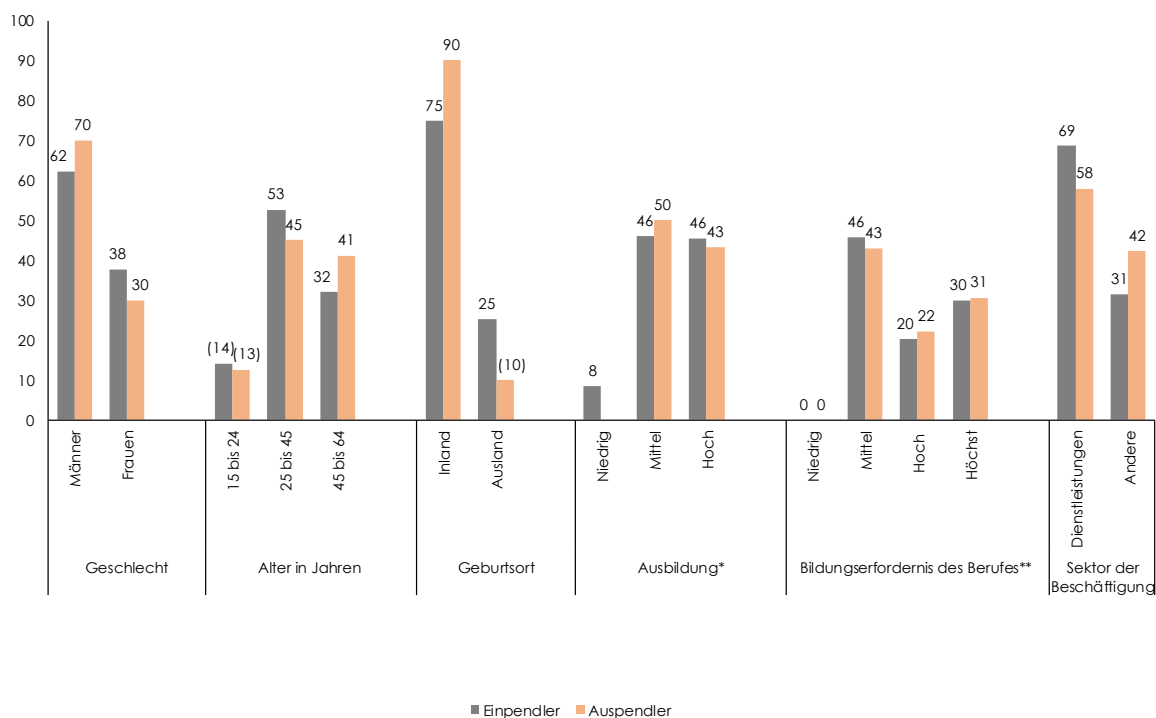
	Durchschnittslohn	Medianlohn
Österreich	1,859	1,670
Wien	1,895	1,617
AuspendlerInnen nach Niederösterreich oder Burgenland	1,892	1,667
Niederösterreich	1,952	1,738
Burgenland	1,889	1,717
AuspendlerInnen von Niederösterreich und Burgenland nach Wien	2,404	2,072

Q: Leupold – Metzner (2019), Statistik Austria.

Bei den Pendlern und Pendlerinnen nach Wien handelt es sich im Durchschnitt jedenfalls um sehr gut verdienende Personen (Übersicht 3.20). Laut einer Untersuchung von *Leupold – Metzner* (2019) lagen die Durchschnittslöhne von Personen, die aus Niederösterreich oder dem Burgenland nach Wien pendeln, im Jahr 2016 um 509 € pro Monat höher als jene der in Wien lebenden Erwerbstätigen. Auspendler und Auspendlerinnen aus Wien wiesen dagegen keine höheren Durchschnittslöhne auf.

Abbildung 3.4 ergänzt diese Informationen um Strukturinformationen zu den Pendlern und Pendlerinnen zwischen der Ostregion und anderen NUTS-1-Regionen in Österreich. Danach sind auch sie überwiegend männlich, typischerweise zwischen 25 und 45 Jahre alt, im Inland geboren und arbeiten vorwiegend in Dienstleistungsbranchen. Vor allem unter den Auspendlern und Auspendlerinnen aus der Ostregion ist der Männeranteil (mit 70%) und der Anteil der im Inland Geborenen (mit 90%) besonders hoch. Sie sind auch häufiger älter (45+ Jahre) und höher qualifiziert als die Binnenpendler und -pendlerinnen in der Ostregion. 41,1% von ihnen sind zwischen 45 und 64 Jahre alt, und 43% von ihnen haben eine tertiäre Ausbildung abgeschlossen. Vor diesem Hintergrund arbeiten auch 30,6% dieser Auspendler und Auspendlerinnen in Berufen mit den höchsten Ausbildungserfordernissen. Der Anteil der in Dienstleistungsbranchen Beschäftigten liegt unter den AuspendlerInnen aus der Ostregion allerdings nur bei 57,8% und ist damit deutlich niedriger als unter den Binnenpendlern und Binnenpendlerinnen in der Region. Bei den Einpendlern und Einpendlerinnen in die Ostregion ist im Vergleich dazu der Anteil der Männer (mit 62,3%) und der im Inland Geborenen (mit 74,8%) etwas geringer, während der Anteil Hochqualifizierter (45,8%) und von Arbeitenden in Dienstleistungsberufen deutlich höher ist.

Abbildung 3.4: Struktur der BerufspendlerInnen aus und in die Ostregion (2017, in % aller PendlerInnen)



Q: WIFO-Berechnungen. – Arbeitskräfteerhebung 2011-2016. BerufspendlerInnen: Personen mit einem anderen Arbeitsort (nach Bundesland) als Wohnort (nach Bundesland). Zahlen in Klammern: Geringe Stichprobengröße mit hoher Schwankung weniger als hochgerechnet 2.000 Personen Burgenland (Niederösterreich 6.000, Wien 9.000). – Stichprobengröße erlaubt keine Auswertung weniger als 1.000 Personen für Burgenland (Niederösterreich 3.000, Wien 4.000). *Ausbildung: Niedrig = ISCED 2 oder weniger, Mittel = ISCED 3 und 4, Hoch = ISCED 5 und mehr. **Bildungserfordernis des Berufes laut ISCO: Niedrig=ISCO 9, Mittel = ISCO 4 bis 8, Hoch = ISCO 3, Höchst = ISCO 1 und 2.

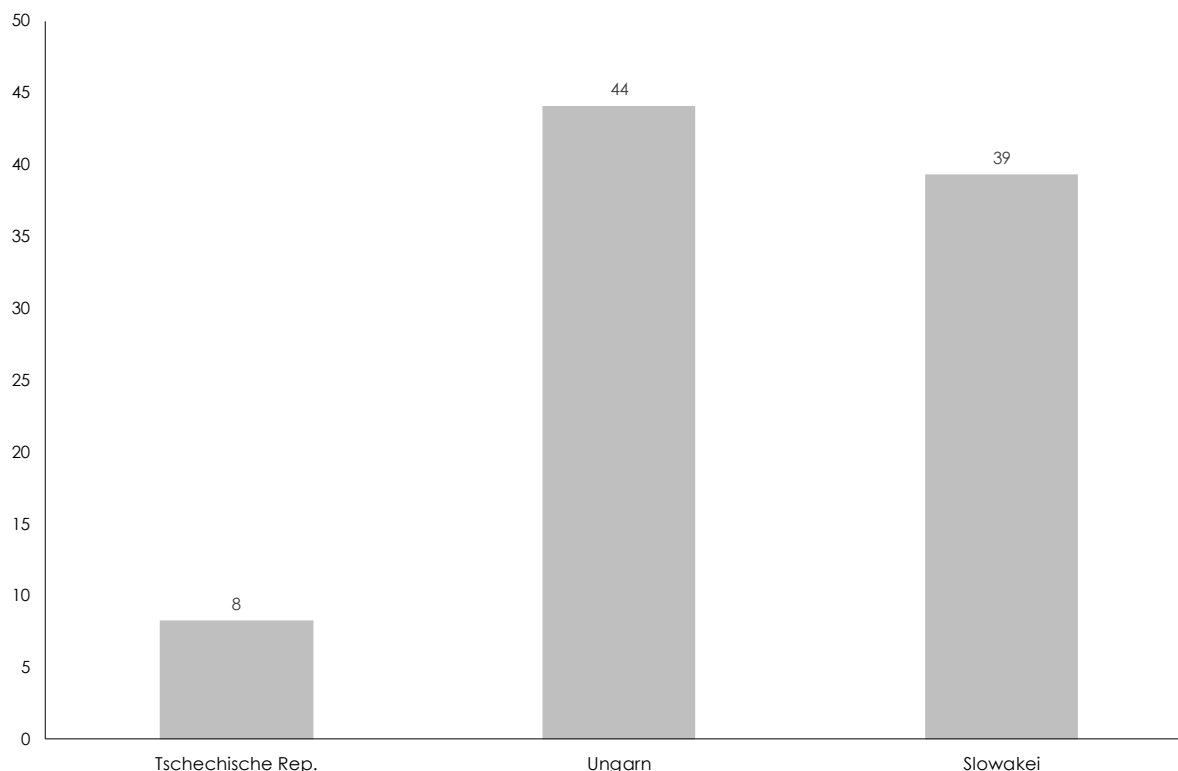
3.5.2 Einpendeln aus dem Ausland

Nicht analysierbar sind auf Basis der Daten der österreichischen Arbeitskräfteerhebung Einpendler und Einpendlerinnen aus den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern (Slowakei, Tschechien und Ungarn), deren Zahl seit Gewährung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten stark zugenommen hat. Sie werden in der nationalen Erhebung nicht erfasst, weil hier allein in Österreich wohnhafte Personen befragt werden. Allerdings liegen dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die Arbeitskräfteerhebungen aller Nachbarländer für das Jahr 2014 vor, in welchen ebenfalls Fragen nach dem Arbeitsort der jeweiligen Probanden gestellt werden¹⁰⁾. Allerdings differenzieren diese bei einem Arbeitsort im Ausland zumeist nur nach dem Land, nicht aber nach der konkreten Region der Arbeitstätigkeit, womit auf dieser Basis nur Einpendler und EinpendlerInnen nach Österreich identifiziert werden

¹⁰⁾ Diese Fragen sind auch mit der österreichischen Arbeitskräfteerhebung gleichlautend, weil die zugrundeliegende Erhebung EU-weit standardisiert ist.

können. Angesichts der Distanzabhängigkeit der Pendelwanderung dürfte das Gros dieser Personen in den grenznahen Regionen der Ostregion arbeiten.

Abbildung 3.5: BerufseinpendlerInnen nach Österreich aus den Nachbarländern der Metropolregion Wien (in Tausend, 2014)

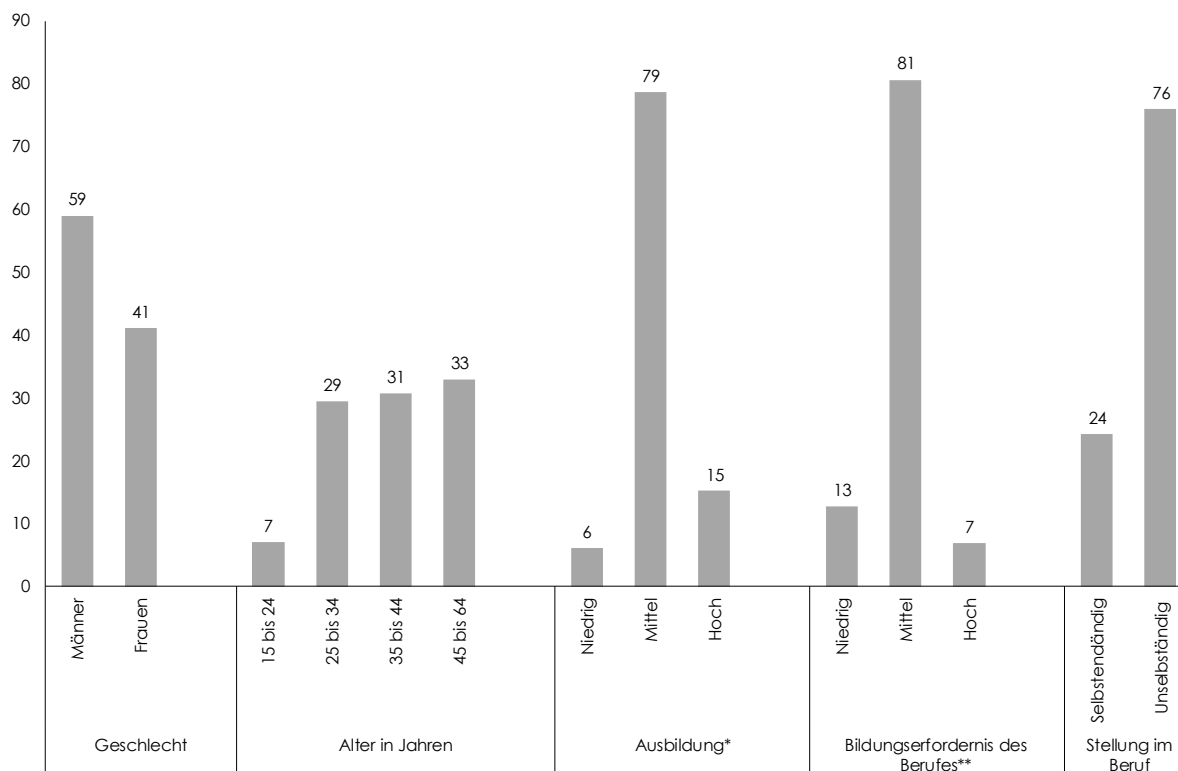


Q: ELFS. WIFO-Berechnungen.

Eine Auswertung dieser Informationen für die Slowakei, Tschechien und Ungarn lässt erkennen, dass die Zahl der EinpendlerInnen aus diesen drei Nachbarländern der Metropolregion nach Österreich im Jahr 2014 mit rund 91.000 Personen zu beziffern ist (Abbildung 3.5) – eine Größenordnung, wie sie in ähnlicher Höhe auch aus anderen Quellen (z. B. dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger) abgeleitet werden kann.

Dabei sind diese grenzüberschreitenden Einpendler und Einpendlerinnen zumeist männlich, verfügen aber im Unterschied zu den Binnenpendlern und Binnenpendlerinnen in der Metropolregion in ihrem weitaus überwiegenden Teil über einen mittleren Bildungsabschluss und arbeiten vorwiegend auch in Berufen mit mittleren Qualifikationsanforderungen. Bemerkenswert ist dabei, dass fast ein Viertel dieser EinpendlerInnen aus den (3) angrenzenden mittelosteuropäischen Ländern einer selbständigen Tätigkeit nachgeht, was wohl nicht zuletzt auf die erhebliche Zahl an 24-Stunden-Pflegekräften zurückgeht, die aus diesen Ländern (und hier vor allem aus der Slowakei) in die Region einpendeln.

Abbildung 3.6: Struktur der BerufseinpenderInnen nach Österreich aus den Nachbarländern der Metropolregion Wien (2014)



Q: WIFO-Berechnungen. – LFS *Ausbildung: Niedrig = ISCED 2 oder weniger, Mittel = ISCED 3 und 4, Hoch=ISCED 5 und mehr. **Bildungserfordernis des Berufes Laut ISCO: Niedrig=ISCO 9, Mittel = ISCO 4 bis 8, hoch = ISCO 1-3.

3.6 Zusammenfassung

Insgesamt zeigt unsere Analyse die Metropolregion Wien als funktionale Großregion, die – bei aller Heterogenität – durch eine erhebliche demographische Dynamik gekennzeichnet ist. Dabei speist sich das Bevölkerungswachstum in den unterschiedlichen Teilräumen der Region aus durchaus unterschiedlichen Prozessen (z. B. Suburbanisierung bzw. Zuwanderung aus dem Ausland). Gleichzeitig ist der Agglomerationsraum durch sehr enge Pendelbeziehungen, insbesondere zu Berufs- und Bildungszwecken geprägt. Insgesamt ist die Metropolregion auf Basis der beobachtbaren Ströme ohne Zweifel als zusammenhängender, funktionaler Wirtschafts- und Lebensraum zu betrachten. Die engen Verflechtungen in diesem Raum, die in teilweise durchaus sehr unterschiedlichen Standort- und Arbeitsmarktbedingungen in seinen Teilräumen ihre Ursache haben, erfordern jedenfalls eine enge Kooperation der relevanten wirtschaftspolitischen Akteure (d. h. der Gemeinden und Bundesländer, aber auch der Landes- und Regionalgeschäftsstellen des AMS, der regionalen Standortagenturen etc.) sowie eine enge Abstimmung der durch sie im eigenen Wirkungsbereich zu verantwortenden Politiken. Kooperativen Lösungen in Regionalplanung und -entwicklung, aber auch in Verkehrspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Standortpolitik wird hier eine besondere Bedeutung zukommen, weil in diesen

Bereichen externe Effekte von Entscheidungen einzelner Akteure besonders wahrscheinlich sind. Zudem beeinflussen diese Politiken die Wohnort- und Standortwahl von Individuen wie Unternehmen im Metropolraum maßgeblich, und sind für die letztlich erzielbaren Ergebnisse in Bezug auf Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in der funktionalen Stadtregion (mit)bestimmend.

4. Empirische Bestandsaufnahme II: Stärkefelder und Kooperationschancen im gemeinsamen Wirtschaftsraum

Angesichts der in Abschnitt 3 festgestellten vielfältigen Unterschiede zwischen den Teilräumen der Metropolregion Wien in demographischer Entwicklung wie Arbeitsmarkt kann angenommen werden, dass auch die wirtschaftlichen Stärkefelder innerhalb des Agglomerationsraums keineswegs gleichförmig sein werden. Gleichzeitig lässt der ebenfalls identifizierte hohe Verflechtungsgrad zwischen den Regionen im Agglomerationsraum vermuten, dass die jeweiligen teilregionalen Stärken in der Metropolregion voneinander nicht unabhängig sein werden. Es kann daher angenommen werden, dass Kooperation bei der (bzw. die Koordination von Bemühungen zur) Weiterentwicklung solcher teilregionalen Stärken zum Erfolg solcher Bestrebungen, aber auch zum Aufbau eines tragfähigen Spezialisierungsprofils der Metropolregion insgesamt erheblich beitragen kann.

Vor diesem Hintergrund werden wir in der Folge in einem ersten Schritt versuchen, die ökonomischen Stärke- und Chancenfelder, aber auch Schwächen und Risikobereiche (getrennt) für die Wiener Stadtwirtschaft sowie die übrige Metropolregion (Kernzone ohne Wien sowie Außenzone) auf sektoral tief disaggregierter Ebene empirisch zu identifizieren. Dabei werden wir schon hier über die Berücksichtigung neuer Erkenntnisse der ökonomischen Literatur, aber auch die Anwendung eines neuen empirischen Verfahrens auf eine ebenso neue Datenbasis Neuland betreten. Noch verstärkt wird dies im zweiten Schritt unserer Analyse der Fall sein, in welchem wir erstmals zu ergründen suchen, ob und in welchen Bereichen bestehende Stärkefelder in Kernstadt wie übriger Metropolregion durch eine stärkere ökonomische Verknüpfung mit dem jeweils anderen Teilraum gestärkt bzw. Chancenbereiche zu solchen Stärken ausgebaut werden können. Gleichzeitig werden wir auch zu zeigen suchen, ob (und wo) Schwächen in der jeweiligen Teilregion durch eine solche verstärkte intra-metropolitane Zusammenarbeit abgebaut und Risikobereiche durch Kooperation entschärft werden können.

4.1 SWOT-Analyse für die Stadt Wien und die übrige Metropolregion

Handlungsleitende Grundlage für unsere Analyse ist die Annahme, dass die fortschreitende Globalisierung und die zunehmende räumliche Fragmentierung der Wertschöpfungsketten Fragen der regionalen Profilbildung und Spezialisierung zunehmende Brisanz verleiht. Für den wirtschaftlichen Erfolg der Metropolregion insgesamt und ihrer beiden Teile (Stadt Wien sowie übrige Metropolregion) wird es daher zunehmend wichtig, jene wirtschaftlichen Stärkefelder zu identifizieren (und zu unterstützen), welche Erfolge in der internationalen Arbeitsteilung versprechen. Neuere ökonomische Erkenntnisse stützen diese Ausgangshypothese: So kann die strukturelle Ausrichtung einer Region in langfristiger Perspektive zwar auch als "Ergebnis" der Wett-

bewerbsfähigkeit interpretiert werden¹¹⁾, auch erwarten ältere (neoklassische) Theorien kaum bleibende Effekte der sektoralen Positionierung auf das (regionale) Wachstum¹²⁾. Allerdings ist dieses Ergebnis eines "branchenneutralen" Wachstums nicht mehr zu halten, wenn die dieser Theorie zugrunde liegenden (unrealistischen) Annahmen (v.a. konstante Skalenerträge, keine Transportkosten) aufgegeben werden: Unternehmen können in diesem Fall durchaus Vorteile aus der geographischen Konzentration von Akteuren in der Branche lukrieren, weil Größenvorteile aus der Ballung auftreten. Tatsächlich kann – wie bereits in Abschnitt 1 argumentiert – die Nähe zu anderen Unternehmen (*Marshall, 1994; Porter, 1996; Krugman – Venables, 1995*), aber auch zu Kunden (*Krugman, 1991; Fujita et al., 1999*) oder Hochqualifizierten (*Audretsch – Feldman, 1996; Rosenthal – Strange, 2003*) Agglomerationsvorteile erlauben, die wiederum (temporäre) Monopolrenten und damit letztlich unternehmerische und (aggregiert) regionale Wachstumsvorteile generieren. Da solche Vorteile auch selbstverstärkend sein können, können einmal erreichte Spezialisierungen durchaus dauerhafte Vorteile im Standortwettbewerb begründen (*Krugman, 1991; Boschma – Martin, 2007*). Tatsächlich konnte ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftsstruktur und Wachstum mittlerweile auch empirisch vielfach belegt werden (etwa *Dalum et al., 1996; Amable, 2000; Janger et al., 2011*). Dabei ist es nicht unerheblich, in welchen Bereichen solche Spezialisierungen entstehen und welche Position in einem zunehmend fragmentierten und internationalen Produktionssystem damit eingenommen werden kann (*Grossman – Helpman, 1991*)¹³⁾.

4.1.1 Spezialisierung der Metropolregion und ihrer Teilräume – theoretische Überlegungen und erste empirische Evidenz

Hier kann schon aus theoretischen Überlegungen erwartet werden, dass die Standortbedingungen von Kernstadt und übriger Metropolregion in Hinblick auf Faktorausstattung und Raumstruktur unterschiedlich und tragfähige Spezialisierungen daher nicht dieselben sein werden. So werden flächenintensive Aktivitäten in der (hoch verdichteten) Kernstadt wegen der hier begrenzten Verfügbarkeit von Boden ungünstigere Standortbedingungen vorfinden als in der übrigen Metropolregion. Dies wird in der Kernstadt sektoral die (kapitalintensive) Industrie benachteiligen und funktional dispositive Funktionen in der Wertschöpfungskette begünstigen, im Umland wird dies tendenziell umgekehrt sein. Gleichzeitig sollten dichtebedingte Ballungskosten

¹¹⁾ Sind Produktionsfaktoren und Unternehmen im Raum mobil, können Faktorausstattung und strukturelle Ausrichtung einer Region langfristig nicht als exogen angenommen werden. Die Wirtschaftsstruktur bildet sich vielmehr auf Basis der spezifischen Standortbedingungen endogen im Marktprozess, wobei auch kumulative Effekte denkbar sind. Diese Mechanismen stehen vor allem in neueren Modellen der "New Economic Geography" im Mittelpunkt (vgl. etwa *Fujita et al., 1999; Brakman et al., 2003; McCann – Van Oort, 2009* oder *Gaspar, 2018*).

¹²⁾ In der neoklassischen Theorie geht Freihandel zwar mit einer (sektoralen) Spezialisierung nach komparativen Vorteilen (also entlang regionaler Unterschiede in der Faktorausstattung) einher. Diese Spezialisierung ist aber mit einem Ausgleich der Faktorproportionen (und damit der Faktorpreise) verbunden, was zu einer Konvergenz der Einkommen unabhängig von dieser Spezialisierung führt (etwa *Krugman – Obstfeld, 2006*).

¹³⁾ Tatsächlich können Spezialisierungen in Routinefunktionen und/oder in späten Phasen des Produktzyklus das Wachstum auch dämpfen, während die Konzentration von Aktivitäten auf Basis von Agglomerationsvorteilen und Wissens-Spillovers Wachstumsvorteile auslösen sollten (*Scott, 2008*).

im Verkehr Standortnachteile der Kernstadt (bzw. relative Vorteile des Umlands) im Handling von Massengütern und damit für industrielle Massenproduktion und Logistik hervorrufen. Letztlich werden die in der Kernstadt (notwendig) höheren Löhne Nachteile für Branchen und Funktionen bedeuten, welche auf standardisierten Prozessen beruhen, sodass ihr Erfolg vorrangig über Kostenwettbewerb entschieden wird. Solche Branchen und Funktionen werden daher – wenn überhaupt – vor allem in der Außenzone der Metropolregion zu finden sein. Andererseits sollte die bessere Ausstattung hoch verdichteter urbaner Räume mit Hochqualifizierten (Glaser – Mare, 2001; Glaeser – Saitz, 2004) und ihre typischerweise zentrale Rolle in Innovationsprozessen (etwa Simmie, 2001) und Wissensproduktion (Henderson, 2003) Standortvorteile der Kernstadt für hochtechnologische (Teil-)Produktionen und wissensintensive Dienstleistungen begründen. Auch wird die Kernstadt wegen ihrer überlegenen (kleinräumigen) Informationsdichte als Standort für (komplexe) unternehmensbezogene Dienste sowie (funktional) Kontroll- und Entscheidungsfunktionen in der Wertschöpfungskette (Henderson – Ono, 2008; Firgo – Mayerhofer, 2016) attraktiver sein als das (weitere) Umland¹⁴).

Inwieweit sich diese theoretischen Erwartungen anhand der konkret vorfindlichen Wirtschaftsstruktur der Metropolregion und seiner Teilräume (Kernstadt Wien, übrige Metropolregion) tatsächlich bestätigen bzw. welche Branchenkonstellationen hier auf tief disaggregierter Ebene vorherrschen, ist freilich nur auf Basis empirischer Analysen festzumachen. Die Daten der rezenten Registerzählung (2011) von Statistik Austria bieten dafür eine einzigartige (und hoch qualitative) Grundlage: Die hier verfügbaren Daten sind Ergebnis einer Zusammenführung von zahlreichen administrativen Registerinformationen und damit einer Vollerhebung gleichzusetzen. Anders als auf Basis von Statistiken ohne diese Erhebungscharakteristik (wie etwa Konjunkturerhebung oder Leistungs- und Strukturhebung) ist es auf ihrer Grundlage möglich, eine Sichtung der Verteilung der ökonomischen Aktivitäten in Österreich (etwa anhand der Arbeitsstätten oder der Zahl der Beschäftigten) auf sowohl kleinräumiger (Gemeinden) als auch sektoral stark disaggregierter Ebene (3-Steller-Branchengruppen) vorzunehmen. Damit können die wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten auch in der kleinräumig abgegrenzten funktionalen Metropolregion und ihren Teilen in großem Detail analysiert werden. Die Informationen der Registerzählung werden daher in weiterer Folge die Grundlage unserer Arbeit bilden.

Beginnt man die empirische Analyse mit einer ersten Sichtung der Wirtschaftsstruktur der Metropolregion und ihrer Teilräume, so zeigt sich zunächst, dass der Agglomerationsraum in seiner Gesamtheit mittlerweile stärker durch Aktivitäten des Dienstleistungsbereichs als des industriell-gewerblichen Sektors geprägt ist. Dies geht aus Übersicht 4.1 hervor, in welcher die Zahl der Beschäftigten, der Beschäftigtenanteil sowie der Lokationsquotient als Maß für die relative Spe-

¹⁴ Für eine nähere Diskussion der Standortbedingungen in Wien und dem größeren Agglomerationsraum vgl. Mayerhofer (2013) oder Mayerhofer – Fritz (2013).

zialisierung auf Branchenebene¹⁵⁾ in sektoral mittlerer Granulation (85 ÖNACE-2-Steller-Bran-
chenabteilungen) für die Metropolregion insgesamt ausgewiesen sind¹⁶⁾.

Danach sind in der Metropolregion, gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze mit Handel (G),
freiberuflich-technisch-wissenschaftlichen Diensten (M) sowie Erziehung und Unterricht (P) mitt-
lerweile drei Branchenabschnitte aus dem Dienstleistungsbereich voran. Dagegen ist die Her-
stellung von Waren als größter Branchengruppe im produzierenden Sektor bei deutlichen De-
Industrialisierungstendenzen (auch) nach der Krise mittlerweile auf Rang 4 zurückgefallen – mit
einem Beschäftigtenstand, der über jenen der öffentlichen Verwaltung bzw. der sonstigen wirt-
schaftlichen Dienstleistungen kaum noch hinausgeht. Tatsächlich sind zum Zeitpunkt der letzten
Registerzählung immerhin 10 der 13 tertiären (1-Steller-)Branchenabschnitte (1-Steller) bzw. 33
der 45 darunter liegenden tertiären (2-Steller-)Branchenabteilungen deutlich auf die Metro-
polregion spezialisiert ($LQ > 1,1$) und weisen auch eine relevante kritische Masse (> 1.000 Be-
schäftigte) auf. Dagegen ist dies für keinen einzigen (der 6) Branchenabschnitte und nur für 2
(der 40) Branchenabteilungen (Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse bzw. sonstiger Fahr-
zeugbau) aus primärem und sekundärem Sektor der Fall.

¹⁵⁾ Der Lokationsquotient wird in der Form $LQ_{ir} = \frac{emp_{ir}}{emp_r} / \frac{emp_i}{emp}$ mit emp der Zahl der Beschäftigten, i der Branchengruppe
und r der Region (hier: Metropolregion; ohne Regionsindex Österreich) als Quotient aus dem Anteil einer Branchen-
gruppe in der Region und dem Anteil derselben Gruppe in Österreich gebildet. Als relatives Konzentrationsmaß nimmt
er bei einer, dem österreichischen Durchschnitt gleichen sektoralen Konzentration den Wert 1 an, Werte > 1 weisen auf
regionale Spezialisierungen, Werte < 1 auf einen regionalen Minderbesatz in der betreffenden Branchengruppe im
Vergleich zu Österreich hin.

¹⁶⁾ Neben diesen Kenngrößen ist in der Übersicht auch die Entwicklung der sektoralen Beschäftigung für die Jahre 2008
bis 2017 auf Basis von Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger ausgewiesen. Diese
Daten liegen nur auf regional höherem Aggregationsniveau (Arbeitsmarktbezirke) vor, was eine nur rudimentäre Ab-
grenzung der Metropolregion und seiner Teilräume (Arbeitsmarktbezirke Wiens als Kernstadt; Arbeitsmarktbezirke Ba-
den, Bruck an der Leitha, Mödling, Schwechat, Wiener Neustadt, Eisenstadt, Mattersburg, Neusiedl am See als südliches
sowie Arbeitsmarktbezirke Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach, St. Pölten und Tulln als nördliches Umland)
erlaubt. Die hierzu präsentierten Ergebnisse sind daher mit Vorsicht zu interpretieren, für einen überblickartigen Ein-
druck zur sektoralen Beschäftigungsdynamik in der Metropolregion sollten sie allerdings ausreichen.

Übersicht 4.1: Wirtschaftsstruktur und Entwicklung: Metropolregion Wien

	Beschäftigte 2011	Anteil in % 2011	LQ 2011	Veränderung 2008/2011 in %	
A01	Landwirtschaft	16.665	1,2	0,34	41,5
A02	Forstwirtschaft	2.279	0,2	0,22	25,5
A03	Fischerei	24	0,0	0,22	451,2
B05	Kohlenbergbau	0	0,0	0,00	
B06	Gewinnung Erdöl/Erdgas	841	0,1	2,31	-17,3
B07	Erzbergbau	0	0,0	0,00	-100,0
B08	Gewinnung Steine/Erden	770	0,1	0,37	-7,9
B09	DL für den Bergbau	40	0,0	1,74	119,5
C10	Hst. Nahrungs-/Futtermittel	16.093	1,2	0,72	3,7
C11	Getränkherstellung	1.803	0,1	0,61	-5,2
C12	Tabakverarbeitung	270	0,0	2,55	-100,0
C13	Hst. Textilien	997	0,1	0,30	-10,3
C14	Hst. Bekleidung	1.909	0,1	0,74	-50,2
C15	Hst. Leder/Schuhe	191	0,0	0,14	-28,4
C16	Hst. Holz-/Korkwaren	2.523	0,2	0,22	-17,6
C17	Hst. Papier/Pappe	2.366	0,2	0,44	-6,7
C18	Hst. Druckerzeugnisse	4.437	0,3	0,96	-40,4
C19	Mineralölverarbeitung	536	0,0	2,72	-13,5
C20	Hst. chemische Erz.	5.069	0,4	0,88	-11,9
C21	Hst. pharmazeutische Erz.	4.820	0,3	1,29	39,3
C22	Hst. Gummi-/Kunststoffwaren	4.854	0,3	0,51	-4,4
C23	Hst. Glas(waren), Verarb. Steine/Erden	3.787	0,3	0,35	-8,1
C24	Metallerzeugung/-bearb.	1.472	0,1	0,14	-2,1
C25	Hst. Metallerzeugnisse	9.266	0,7	0,38	42,2
C26	Hst. DV-Geräte, elektron./opt. Erz.	3.728	0,3	0,56	-27,6
C27	Hst. elektrische Ausrüstungen	11.524	0,8	0,80	-25,8
C28	Maschinenbau	10.250	0,7	0,42	-15,2
C29	Hst. Kraftwagen(teile)	4.178	0,3	0,43	5,2
C30	Sonst. Fahrzeugbau	2.109	0,2	1,15	-8,7
C31	Hst. Möbel	3.107	0,2	0,31	-21,4
C32	Hst. Sonstige Waren	5.742	0,4	0,93	1,8
C33	Installation Maschinen	8.937	0,6	1,02	-9,0
D35	Energieversorgung	10.199	0,7	1,08	-7,6
E36	Wasserversorgung	419	0,0	0,65	-9,7
E37	Abwasserentsorgung	566	0,0	0,50	19,4
E38	Abfallwirtschaft	3.885	0,3	0,86	21,0
E39	Sonstige Entsorgung	219	0,0	2,11	16,7
F41	Hochbau	19.940	1,4	0,87	3,4
F42	Tiefbau	13.953	1,0	0,97	-43,4
F43	Bauinstallation/Ausbaugewerbe	54.716	3,9	0,84	14,0
G45	Handel/Reparatur Kraftfahrzeuge	25.127	1,8	0,92	-4,2
G46	Großhandel (ohne Kfz)	78.148	5,6	1,13	-3,1
G47	Einzelhandel (ohne Kfz)	114.351	8,2	0,98	10,6
H49	Landverkehr	40.103	2,9	0,99	5,2
H50	Schifffahrt	266	0,0	1,33	-20,7
H51	Luftfahrt	6.318	0,5	2,50	0,4
H52	Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	22.671	1,6	1,37	19,2
H53	Postdienste	9.004	0,6	1,07	7,0
I55	Beherbergung	14.250	1,0	0,50	29,2
I56	Gastronomie	61.068	4,4	1,13	24,0
J58	Verlagswesen	7.576	0,5	1,69	3,9
J59	Hst./Verleih/Vertrieb Filme	4.499	0,3	1,76	6,1
J60	Rundfunkveranstalter	3.831	0,3	2,04	-0,9
J61	Telekommunikation	7.055	0,5	1,88	-9,3
J62	Erbr. DL Informationstechnologie	22.899	1,6	1,66	37,0
J63	Informationsdienstleistungen	11.322	0,8	1,70	7,8
K64	Finanzdienstleistungen	32.385	2,3	1,18	-9,3
K65	Versicherungen/Pensionskassen	11.704	0,8	1,28	12,5
K66	Mit FinanzDL verbundene Tätigkeiten	8.427	0,6	1,13	-8,7
L68	Grundstücks-/Wohnungswesen	26.579	1,9	1,17	-10,5
M69	Rechts-/Steuerberatung	25.606	1,8	1,34	18,9

		Beschäftigte 2011	Anteil in % 2011	LQ 2011	Veränderung 2008/2017 in %
M70	Unternehmensberatung/-führung	38.757	2,8	1,46	47,0
M71	Architektur-/Ingenieurbüros	27.620	2,0	1,24	17,0
M72	Forschung und Entwicklung	8.394	0,6	1,67	42,9
M73	Werbung/Marktforschung	19.339	1,4	1,64	9,2
M74	Sonst. freiberufl./wiss./technische Dienste	7.011	0,5	1,41	-3,5
M75	Veterinärwesen	1.214	0,1	0,83	30,7
N77	Vermietung bewegliche Sachen	4.980	0,4	1,17	5,8
N78	Überlassung von Arbeitskräften	39.084	2,8	1,34	13,5
N79	Reisebüros/-veranstalter	5.097	0,4	1,07	-8,2
N80	Wach-/Sicherungsdienste	7.693	0,6	1,57	23,1
N81	Gebäudebetreuung/Gartenbau	36.900	2,7	1,46	38,0
N82	sonstige Unternehmensdienste	10.651	0,8	1,74	-1,1
O84	Öffentliche Verwaltung	109.039	7,9	1,26	-3,1
P85	Erziehung/Unterricht	123.026	8,9	1,11	93,9
Q86	Gesundheitswesen	50.180	3,6	0,82	17,8
Q87	Heime	17.709	1,3	0,86	50,9
Q88	Sozialwesen (ohne Heime)	27.830	2,0	0,92	41,8
R90	Kunst und Unterhaltung	13.701	1,0	1,83	12,4
R91	Bibliotheken/Museen	4.705	0,3	1,50	19,0
R92	Wett-/Lotteriewesen	3.261	0,2	1,49	-5,0
R93	Sport/Unterhaltung/Erholung	9.306	0,7	1,11	18,5
S94	Interessensvertretungen	23.908	1,7	1,29	13,5
S95	Reparatur DV-Geräte/Gebrauchsgüter	2.184	0,2	1,45	-19,5
S96	Erbr. sonst. persönliche Dienste	28.597	2,1	1,08	112,0
A	Land- und Forstwirtschaft	18.968	1,4	0,32	39,8
B	Bergbau	1.651	0,1	0,66	-12,0
C	Herstellung von Waren	109.968	7,9	0,55	-6,1
D	Energieversorgung	10.199	0,7	1,08	-7,6
E	Wasserversorgung und Abfallentsorgung	5.089	0,4	0,79	17,9
F	Bau	88.609	6,4	0,86	4,2
G	Handel	217.626	15,7	1,02	3,2
H	Verkehr	78.362	5,6	1,15	9,3
I	Beherbergung und Gastronomie	75.318	5,4	0,91	25,7
J	Information und Kommunikation	57.182	4,1	1,72	13,7
K	Finanz- und Versicherungsleistungen	52.516	3,8	1,20	-4,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	26.579	1,9	1,17	-10,5
M	Freiberufliche/techn. Dienstleistungen	127.941	9,2	1,40	25,0
N	Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen	104.405	7,5	1,40	18,5
O	Öffentliche Verwaltung	109.039	7,9	1,26	-3,1
P	Erziehung und Unterricht	123.026	8,9	1,11	93,9
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	95.719	6,9	0,85	30,8
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	30.973	2,2	1,46	12,3
S	Sonst. Dienstleistungen	54.689	3,9	1,18	62,5

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Branchenabteilungen sind hervorgehoben, wenn in der Region eine signifikante Spezialisierung (LQ > 1,1) und eine relevante kritische Masse (> 1.000 Beschäftigte) nachweisbar sind.

Untergliedert man die Metropolregion in ihre beiden großen Teilräume (Stadt Wien bzw. übrige Metropolregion; Übersicht 4.2), so zeigt sich freilich, dass diese Spezialisierung des gesamten Agglomerationsraums auf den Tertiärbereich vorrangig von jener der Kernstadt getrieben wird, wobei die jeweilige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur in den beiden Teilräumen – den oben formulierten theoretischen Erwartungen entsprechend – grundsätzlich recht unterschiedlich ist.

Übersicht 4.2: Wirtschaftsstruktur und Entwicklung: Kernstadt und übrige Metropolregion (MR)

	Beschäftigte		Anteil in %		LQ		Veränderung 2008/17	
	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR
A01 Landwirtschaft	1.703	14.962	0,2	3,6	0,05	1,04	41,9	41,5
A02 Forstwirtschaft	161	2.118	0,0	0,5	0,02	0,69	383,2	11,4
A03 Fischerei	14	10	0,0	0,0	0,18	0,31	55,2	667,9
B05 Kohlenbergbau	0	0	0,0	0,0	0,00	0,00		
B06 Gewinnung Erdöl/Erdgas	171	670	0,0	0,2	0,67	6,23	-12,6	-19,5
B07 Erzbergbau	0	0	0,0	0,0	0,00	0,00	-100,0	
B08 Gewinnung Steine/Erden	87	683	0,0	0,2	0,06	1,11	-56,4	-5,1
B09 DL für den Bergbau	23	17	0,0	0,0	1,42	2,50	1558,3	25,1
C10 Hst. Nahrungs-/Futtermittel	7.429	8.664	0,8	2,1	0,47	1,31	11,6	-1,5
C11 Getränkeherstellung	996	807	0,1	0,2	0,48	0,92	-24,1	8,8
C12 Tabakverarbeitung	1	269	0,0	0,1	0,01	8,58	-100,0	
C13 Hst. Textilien	758	239	0,1	0,1	0,33	0,25	-9,0	-12,5
C14 Hst. Bekleidung	729	1.180	0,1	0,3	0,40	1,54	-25,8	-63,4
C15 Hst. Leder/Schuhe	153	38	0,0	0,0	0,16	0,10	-9,8	-57,2
C16 Hst. Holz-/Korkwaren	961	1.562	0,1	0,4	0,12	0,46	-23,3	-14,9
C17 Hst. Papier/Pappe	1.426	940	0,1	0,2	0,37	0,58	-0,8	-11,6
C18 Hst. Druckerzeugnisse	2.460	1.977	0,3	0,5	0,76	1,45	-43,4	-37,3
C19 Mineralölverarbeitung	513	23	0,1	0,0	3,70	0,39	-14,9	-12,6
C20 Hst. chemische Erz.	2.161	2.908	0,2	0,7	0,54	1,71	-17,4	-9,2
C21 Hst. pharmazeutige Erz.	4.130	690	0,4	0,2	1,57	0,62	30,1	139,7
C22 Hst. Gummi-/Kunststoffwaren	1.227	3.627	0,1	0,9	0,18	1,28	-26,5	3,8
C23 Hst. Glas(waren), Verarb. Steine/Erden	908	2.879	0,1	0,7	0,12	0,91	15,1	-13,0
C24 Metallherzeugung/-bearb.	220	1.252	0,0	0,3	0,03	0,39	-16,4	-0,8
C25 Hst. Metallzeugnisse	4.162	5.104	0,4	1,2	0,25	0,72	54,5	29,6
C26 Hst. DV-Geräte, elektron./opt. Erz.	2.981	747	0,3	0,2	0,63	0,38	-34,5	-3,5
C27 Hst. elektrische Ausrüstungen	9.779	1.745	1,0	0,4	0,97	0,41	-39,5	19,7
C28 Maschinenbau	3.745	6.505	0,4	1,6	0,22	0,90	-11,1	-17,0
C29 Hst. Kraftwagen(teile)	2.878	1.300	0,3	0,3	0,42	0,45	-5,3	24,8
C30 Sonst. Fahrzeugbau	1.289	820	0,1	0,2	1,00	1,51	-22,8	11,2
C31 Hst. Möbel	1.085	2.022	0,1	0,5	0,15	0,68	-34,0	-16,5
C32 Hst. Sonstige Waren	3.133	2.609	0,3	0,6	0,72	1,43	-6,0	12,2
C33 Installation Maschinen	7.141	1.796	0,7	0,4	1,16	0,69	-19,4	47,9
D35 Energieversorgung	7.429	2.770	0,8	0,7	1,12	0,99	-9,7	-2,6
E36 Wasserversorgung	8	411	0,0	0,1	0,02	2,17	8,5	-10,0
E37 Abwasserentsorgung	138	428	0,0	0,1	0,17	1,27	160,2	-12,9
E38 Abfallwirtschaft	2.174	1.711	0,2	0,4	0,68	1,28	10,3	26,9
E39 Sonstige Entsorgung	218	1	0,0	0,0	2,98	0,03	-26,1	553,3
F41 Hochbau	13.990	5.950	1,4	1,4	0,87	0,88	4,5	1,5
F42 Tiefbau	9.961	3.992	1,0	1,0	0,98	0,94	-39,2	-53,1
F43 Bauinstallation/Ausbau-gewerbe	33.919	20.797	3,5	5,1	0,74	1,07	11,0	18,2
G45 Handel/Reparatur Kraftfahrzeuge	14.901	10.226	1,5	2,5	0,78	1,26	-7,2	-1,0
G46 Großhandel (ohne Kfz)	51.899	26.249	5,3	6,4	1,06	1,28	-9,8	7,9
G47 Einzelhandel (ohne Kfz)	72.565	41.786	7,4	10,2	0,88	1,21	7,5	15,2
H49 Landverkehr	27.932	12.171	2,9	3,0	0,98	1,01	2,6	11,1
H50 Schifffahrt	222	44	0,0	0,0	1,57	0,74	-29,2	70,4
H51 Luftfahrt	437	5.881	0,0	1,4	0,25	7,87	104,4	-34,1
H52 Lagerei, sonst. DL f. Verkehr	11.595	11.076	1,2	2,7	1,00	2,26	-13,3	64,9
H53 Postdienste	6.214	2.790	0,6	0,7	1,04	1,11	6,8	7,4
I55 Beherbergung	10.016	4.234	1,0	1,0	0,50	0,50	23,2	42,7
I56 Gastronomie	45.512	15.556	4,7	3,8	1,20	0,97	26,7	18,0
J58 Verlagswesen	6.495	1.081	0,7	0,3	2,06	0,81	1,0	24,2
J59 Hst./Verleih/Vertrieb Filme	3.896	603	0,4	0,1	2,16	0,80	9,7	-14,7
J60 Rundfunkveranstalter	3.636	195	0,4	0,0	2,75	0,35	0,0	-17,9
J61 Telekommunikation	6.433	622	0,7	0,2	2,43	0,56	-9,0	-13,5
J62 Erbr. DL Informationstechnologie	19.716	3.183	2,0	0,8	2,03	0,78	36,1	45,5
J63 Informationsdienstleistungen	9.921	1.401	1,0	0,3	2,11	0,71	10,6	-7,4
K64 Finanzdienstleistungen	26.489	5.896	2,7	1,4	1,37	0,73	-8,6	-12,5
K65 Versicherungen/Pensionskassen	9.995	1.709	1,0	0,4	1,56	0,63	8,1	47,0
K66 Mit FinanzDL verbundene Tätigkeiten	6.476	1.951	0,7	0,5	1,24	0,88	-10,8	-0,8
L68 Grundstücks-/Wohnungswesen	20.454	6.125	2,1	1,5	1,28	0,91	-10,0	-12,9

	Beschäftigte		Anteil in %		LQ		Veränderung 2008/17		
	2011		2011		2011		in %		
	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR	Wien	Übrige MR	
M69 Rechts-/Steuerberatung	21.242	4.364	2,2	1,1	1,58	0,77	19,0	18,6	
M70 Unternehmensberatung/-führung	28.470	10.287	2,9	2,5	1,53	1,31	37,9	80,1	
M71 Architektur-/Ingenieurbüros	21.533	6.087	2,2	1,5	1,38	0,93	17,4	16,1	
M72 Forschung und Entwicklung	6.459	1.935	0,7	0,5	1,82	1,30	30,4	108,9	
M73 Werbung/Marktforschung	16.476	2.863	1,7	0,7	1,98	0,82	10,4	2,6	
M74 Sonst. freiberufl./wiss./technische	5.795	1.216	0,6	0,3	1,65	0,82	-2,1	-10,3	
M75 Veterinärwesen	624	590	0,1	0,1	0,60	1,36	17,7	42,3	
N77 Vermietung bewegliche Sachen	3.274	1.706	0,3	0,4	1,09	1,35	-3,1	25,8	
N78 Überlassung von Arbeitskräften	27.927	11.157	2,9	2,7	1,36	1,29	34,5	-24,1	
N79 Reisebüros/-veranstalter	4.207	890	0,4	0,2	1,26	0,63	-9,4	-0,3	
N80 Wach-/Sicherungsdienste	5.217	2.476	0,5	0,6	1,52	1,71	28,1	13,3	
N81 Gebäudebetreuung/Gartenbau	31.345	5.555	3,2	1,4	1,76	0,74	26,8	86,0	
N82 sonstige Unternehmensdienste	8.704	1.947	0,9	0,5	2,02	1,07	0,4	-6,1	
O84 Öffentliche Verwaltung	86.287	22.752	8,8	5,5	1,41	0,89	6,2	-24,6	
P85 Erziehung/Unterricht	91.230	31.796	9,3	7,7	1,17	0,97	102,8	58,5	
Q86 Gesundheitswesen	34.777	15.403	3,6	3,7	0,81	0,85	15,2	23,4	
Q87 Heime	11.502	6.207	1,2	1,5	0,79	1,02	58,3	31,3	
Q88 Sozialwesen (ohne Heime)	21.596	6.234	2,2	1,5	1,01	0,70	42,9	39,7	
R90 Kunst und Unterhaltung	12.168	1.533	1,2	0,4	2,31	0,69	9,8	34,0	
R91 Bibliotheken/Museen	4.047	658	0,4	0,2	1,84	0,71	24,4	-10,5	
R92 Wett-/Lotteriewesen	1.842	1.419	0,2	0,3	1,20	2,19	-20,7	33,9	
R93 Sport/Unterhaltung/Erholung	6.329	2.977	0,6	0,7	1,08	1,20	15,3	24,6	
S94 Interessensvertretungen	20.777	3.131	2,1	0,8	1,59	0,57	12,1	18,4	
S95 Reparatur DV-Geräte/Gebrauchsgüter	1.524	660	0,2	0,2	1,44	1,48	-7,5	-49,0	
S96 Erbr. sonst. persönliche Dienste	18.484	10.113	1,9	2,5	0,99	1,29	80,7	157,2	
A Land- und Forstwirtschaft	1.878	17.090	0,2	4,2	0,05	0,98	58,8	37,6	
B Bergbau	281	1.370	0,0	0,3	0,16	1,85	-13,8	-11,6	
C Herstellung von Waren	60.265	49.703	6,2	12,1	0,43	0,84	-10,6	-1,6	
D Energieversorgung	7.429	2.770	0,8	0,7	1,12	0,99	-9,7	-2,6	
E Wasserversorgung und	2.538	2.551	0,3	0,6	0,56	1,34	21,0	16,5	
F Bau	57.870	30.739	5,9	7,5	0,80	1,01	2,0	7,8	
G Handel	139.365	78.261	14,3	19,0	0,93	1,24	-1,5	10,2	
H Verkehr	46.400	31.962	4,7	7,8	0,97	1,58	2,0	21,2	
I Beherbergung und Gastronomie	55.528	19.790	5,7	4,8	0,96	0,81	25,5	26,3	
J Information und Kommunikation	50.097	7.085	5,1	1,7	2,15	0,72	13,9	11,9	
K Finanz- und Versicherungsleistungen	42.960	9.556	4,4	2,3	1,39	0,73	-5,3	-2,4	
L Grundstücks- und Wohnungswesen	20.454	6.125	2,1	1,5	1,28	0,91	-10,0	-12,9	
M Freiberufliche/techn. Dienstleistungen	100.599	27.342	10,3	6,7	1,57	1,01	21,8	37,0	
N Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen	80.674	23.731	8,3	5,8	1,54	1,08	20,0	14,3	
O Öffentliche Verwaltung	86.287	22.752	8,8	5,5	1,41	0,89	6,2	-24,6	
P Erziehung und Unterricht	91.230	31.796	9,3	7,7	1,17	0,97	102,8	58,5	
Q Gesundheits- und Sozialwesen	67.875	27.844	6,9	6,8	0,86	0,84	30,7	30,8	
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	24.386	6.587	2,5	1,6	1,64	1,05	9,2	25,3	
S Sonst. Dienstleistungen	40.785	13.904	4,2	3,4	1,25	1,01	41,6	108,0	

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Branchenabteilungen sind hervorgehoben, wenn in der Region eine signifikante Spezialisierung (LQ > 1,1) und eine relevante kritische Masse (> 1.000 Beschäftigte) nachweisbar sind.

So zeigt sich schon aus einer Sichtung der übergeordneten Branchenabschnitte, dass die Kernstadt ganz vorrangig auf Bereiche des Tertiärsektors spezialisiert ist, wobei sich vor allem komplexe Dienstleistungen wie Information und Kommunikation (LQ 2,15) oder freiberuflich-technisch-wissenschaftliche Dienste (LQ 1,57) im nationalen Vergleich recht deutlich auf Wien konzentrieren. Dagegen ist das Strukturprofil der übrigen Metropolregion ungleich stärker durch den produzierenden Bereich geprägt, wobei allerdings auch hier Spezialisierungen allein im

Versorgungssektor und in komplementären distributiven Bereichen (Handel, Verkehr) zu finden sind, nicht aber in der eigentlichen Industrie, welche in der Kernstadt relativ nur noch 43% und in der übrigen Metropolregionen 84% des in Österreich typischen Beschäftigtenbesatzes erreicht. Auf der stärker disaggregierten Ebene der Branchenabteilungen zeigt sich dieses Muster in ähnlicher Weise, wobei hier auffällt, dass nur für 6 (der 85) Branchenabteilungen (ausschließlich im Dienstleistungsbereich) Spezialisierungen sowohl in der Kernstadt als auch im Umland identifizierbar sind. Dabei sind 42 Branchenabteilungen nur in einer der beiden Teilregionen spezialisiert – mit wieder klaren räumlichen Schwerpunktunterschieden in Sachgüterproduktion und Dienstleistungsbereich.

4.1.2 *Spezialisierung und komplementäres Branchenumfeld als Determinanten des Entwicklungspotentials: Zur Methodik der verwendeten SWOT-Analyse*

Nun kann eine solche Sichtung von Spezialisierungen und "kritischen Massen" in der Region zwar Aufschluss über die aktuelle Aufstellung der Branchenstruktur der Metropolregion und ihrer Teilräume bieten. Für eine Abgrenzung tragfähiger Stärken- bzw. Chancenfelder reicht dies allerdings nicht aus: Tragfähige regionale Stärken entstehen nach neuen Erkenntnissen der internationalen Literatur vielmehr (erst) dann, wenn starke Branchen (mit relevantem Beschäftigtenbesatz und hohem Spezialisierungsgrad) in ein Umfeld mit dazu komplementären, technologisch bzw. kognitiv "nahen" bzw. "verwandten" Branchen eingebettet sind, sodass sie auf ein funktionierendes industrielles "Ökosystem" (Berger, 2013) am Standort zurückgreifen können, das ihre Entwicklung unterstützt. Ist dies nicht der Fall, wäre eher von einem "Risikobereich" zu sprechen, weil eine Branche mit hohem Beschäftigtenbesatz dann nicht durch ein förderliches Branchenumfeld unterlegt ist. Dies kann ihr Wachstum beeinträchtigen und sie für exogene (branchenspezifische) Schocks anfälliger machen.

Grundlage für diese Betonung kognitiv bzw. technologisch "naher" Branchen als Determinante für den Erfolg von Branchenspezialisierungen ist die Erkenntnis, dass Innovation (und damit Wachstum) durch den Wissensaustausch zwischen Unternehmen vorangetrieben wird. Dabei werden solche "Wissens-Spillovers" vor allem zwischen unterschiedlichen Branchen mit ähnlicher Wissensbasis entstehen. Tatsächlich kommt nach zunehmender empirischer Evidenz¹⁷⁾ ein Wissensaustausch (und damit Innovation) keineswegs vorrangig *innerhalb* von Branchen entlang enger technologischer Bahnen zustande, wie dies traditionelle Ansätze der Agglomerations- und Standorttheorie (beginnend mit Marshall, [1890] 1994; später etwa Arrow, 1962 bzw. Romer, 1986) angenommen haben – und worauf sich eine lange Tradition von "Picking-the-Winner" – Ansätzen zur Identifikation von Branchenstärken bzw. "Leitbranchen" bezog, welche die regionale Wirtschaftspolitik bis in die 1980er-Jahre prägte. Neuere Ergebnisse zeigen vielmehr, dass eher sektorale Vielfalt für Wissens-Spillovers positiv ist, weil ein breites Spektrum an Branchen Zugang zu unterschiedlichen Wissens-Basen bietet und Innovationen nicht zuletzt durch die Anwendung bestehender technologischer Lösungen (aus einer Branche) auf neue Problem-

¹⁷⁾ Für einen Überblick über die Ergebnisse der mittlerweile zahlreichen einschlägigen Arbeiten vgl. etwa Rosenthal – Strange (2004), Baudry – Schiffauerova (2009), Firgo – Mayerhofer (2015) oder Boschma (2017).

bereiche (in einer anderen Branche) – also durch die Rekombination von Wissen aus unterschiedlichen Bereichen – zustande kommen (zunächst *Jacobs, 1969*). Gleichzeitig können Unternehmen neues Wissen aber nur dann auch aufnehmen und verarbeiten, wenn dieses Wissen von der eigenen Wissensbasis nicht zu weit entfernt ist¹⁸). Wissens-Spillovers brauchen also kognitive Nähe zwischen den beteiligten Firmen, um effektive Kommunikation und interaktives Lernen als Grundlage für den Wissenstransfer zu ermöglichen. Gleichzeitig ist allerdings auch eine gewisse kognitive Distanz notwendig, damit (für den Empfänger) überhaupt "neues" Wissen vorliegt und die übertragenen Informationen nicht die Gefahr eines kognitiven "lock-in" in eingefahrenen technologischen Bahnen verstärken (*Grabher, 1993; Martin – Sunley, 2006*)¹⁹).

Empirisch konnten positive Wachstumseffekte aus einer Vielfalt (technologisch bzw. kognitiv) "naher" bzw. "verwandter" Branchen ("related variety") in der Folge vielfach nachgewiesen werden. So wurden erste Belege zur Vorteilhaftigkeit einer solchen sektoralen Ausrichtung im Vergleich zu breit diversifizierten und/oder spezialisierten Strukturen von *Frenken et al. (2007)* für die Regionen der Niederlande erbracht und in der Folge für mehrere Länder und Zeitperioden bestätigt. Zu nennen sind hier etwa *Boschma – Iammarino (2009)* für italienische und *Boschma et al. (2012)* für spanische Regionen, mit Unterschieden nach Branchengruppen und/oder Regionstypen auch *Bishop – Gripaos (2010)* für britische und *Hartog et al. (2012)* für finnische Regionen sowie *Van Oort et al. (2015)* bzw. *Caragliu et al. (2016)* für die Regionen der Europäischen Union²⁰). Auch für Österreich wurden entsprechende Ergebnisse für die kleinräumige Ebene vorgelegt (*Firgo – Mayerhofer, 2015, 2018*). Dabei konnte hier auch gezeigt werden, dass eine solche Vielfalt an technologisch bzw. kognitiv "nahen" Branchen vor allem urbanen Regionen sowie Aktivitäten des Dienstleistungsbereichs zu Gute kommt. Ein reiches Umfeld technologisch bzw. kognitiv "verwandter" Branchen dürfte damit nicht zuletzt auch für die Entwicklung der Metropolregion Wien von hoher Relevanz sein.

Geht man vor diesem Hintergrund davon aus, dass für die Entwicklungspotentiale einer Branche in der Metropolregion (bzw. ihren Teilräumen) nicht nur ihre "kritische Masse" bzw. ihr Spezialisierungsgrad im nationalen Rahmen ausschlaggebend ist, sondern auch das Ausmaß, in welchem sie in der Region auf ein befruchtendes Umfeld komplementärer, (technologisch bzw. kognitiv) "verwandter" Branchen trifft, so wird für die Beurteilung ihres Entwicklungspotentials neben ihrem eigenen Lokationsquotienten (LQ_{ir}) auch ihr Einbettungsgrad in ein solches Umfeld eine Rolle spielen. Dieser Einbettungsgrad kann als

¹⁸) "It is unclear what a pig farmer can learn from a microchip company even though they are neighbours" (*Boschma – Iammarino, 2009, S. 292*).

¹⁹) Nach *Noteboom (2000)* sollten Wissens-Spillovers daher bei einer "mittleren kognitiven Distanz" zwischen Sender und Empfänger besonders groß sein – eine Erwartung, die er später auch empirisch belegt (*Noteboom, 2007*).

²⁰) Gleichzeitig liegt übrigens in zunehmendem Ausmaß systematische Evidenz vor, dass auch der Strukturwandel in entwickelten Ländern vorwiegend über die Diversifizierung bestehender Stärken in technologisch bzw. kognitiv "nahe" Bereiche verläuft (etwa *Boschma – Frenken, 2012; Neffke et al., 2011, Rigby, 2012; Boschma et al., 2013; Essletzbichler, 2015*). In einem Prozess der "verwandten" Diversifizierung ("Regional Branching") entstehen neue Ausrichtungen danach vor allem in technologischer bzw. kognitiver "Nähe" zu bestehenden Spezialisierungen, was die Bedeutung der "Rekombination" bestehender Kompetenzen für neue Lösungen nochmals unterstreicht.

Gleichung 4.1

$$LQ_{ir}^{rel} = \frac{emp_{ir}^{rel}}{emp_r} / \frac{emp_i^{rel}}{emp}$$

mit emp_{ir}^{rel} der Beschäftigung in den mit Branche i (technologisch bzw. kognitiv) "verwandten" Branchen in Region r und emp_i^{rel} der Beschäftigung in diesen zu Branche i "nahen" Branchen in Österreich in ähnlicher Form wie der eigene Lokationsquotient berechnet werden. Ist der Wert dieses Einbettungsgrades > 1 , so ist die Branche i in die regionale Wirtschaft gut eingebettet, da sie auf einen großen Pool an "verwandten" Branchen mit ähnlicher Wissensbasis aufsetzen kann. Werte < 1 bezeichnen dagegen Branchen, die nicht über ein solches regionales "Ökosystem" an verwandten Aktivitäten verfügen, was ihre Stabilität und Resilienz beeinträchtigen kann.

Übersicht 4.3: Kategorien der empirischen SWOT-Analyse

Entwicklungspotentiale nach Spezialisierungs- und Einbettungsgrad

		Regionaler Einbettungsgrad von Branche i	
		niedrig $LQ_{ir}^{rel} < 0,9$	hoch $LQ_{ir}^{rel} > 1,1$
Regionaler Spezialisierungsgrad von Branche i	Niedrig $LQ_{ir} < 0,9$	Schwäche (SW)	Chance (C)
	hoch $LQ_{ir} > 1,1$	Risiko (R)	Stärke (ST)

Q: Otto et al. (2014); WIFO-Darstellung.

Insgesamt sind für eine Einschätzung des Entwicklungspotentials einer Branche damit sowohl ihr Spezialisierungsgrad als auch ihr Einbettungsgrad im regionalen Branchengefüge maßgeblich. In einer empirischen SWOT-Analyse können damit nach Otto et al. (2014) vier unterschiedliche Kategorien unterschieden werden, in welche die einzelnen Branchengruppen in Hinblick auf ihr Entwicklungspotential entsprechend dem für sie errechneten Wert beider Indikatoren einzuordnen sind (Übersicht 4.3)²¹⁾:

- Hat sich die betrachtete Region (also hier die Metropolregion bzw. ihre beiden Teile Stadt Wien bzw. übrige Metropolregion) auf eine Branche besonders spezialisiert ($LQ_{ir} > 1,1$)²²⁾ und ist diese Branche zudem besonders gut in "verwandte" Branchen eingebettet ($LQ_{ir}^{rel} > 1,1$), dürfte die Wahrscheinlichkeit hoch sein, dass sie sich weiter günstig entwickelt. Eine solche Branche ist daher als regionale "Stärke" zu sehen.

²¹⁾ Branchen, welche durch einen unauffälligen Spezialisierungs- und/oder Einbettungsgrad gekennzeichnet sind (Werte jeweils zwischen 0,9 und 1,1), können für eine Region durchaus wichtig sein, ein klares SWOT-Profil kann solchen Branchen allerdings nicht zugeordnet werden. Branchen, auf welche dies (gemessen an ihrer Bedeutung in der regionalen Beschäftigungsstruktur) zutrifft, werden in der folgenden Analyse gesondert benannt.

²²⁾ Zur Abgrenzung signifikant höherer bzw. niedrigerer Werte in beiden Dimensionen werden jeweils Lokationsquotienten $> 1,1$ bzw. $< 0,9$ herangezogen. Für Branchen mit Indikatorwerten zwischen 0,9 und 1,1 wird daher keine ausgeprägte Entwicklungserwartung unterstellt. Sie werden in der folgenden SWOT-Analyse mit einem "NA" (für nicht ausgeprägt) gekennzeichnet.

- Im Gegenteil wird eine Branche mit niedrigem Spezialisierungs- und Einbettungsgrad (LQ_{ir} sowie $LQ^{rel}_{ir} < 0,9$) ceteris paribus ein nur geringes Entwicklungspotential aufweisen. Sie ist daher als regionale "Schwäche" zu betrachten und wird bei strukturpolitischen Initiativen zum Aufbau tragfähiger Stärkefelder kaum im Mittelpunkt stehen.
- Sehr wohl wird dies dagegen bei Branchen der Fall sein, die in der Region noch schwach entwickelt sind ($LQ_{ir} < 0,9$), obwohl für sie ein günstiges regionales Umfeld an technologisch bzw. kognitiv "nahen" Branchen (und damit vielfältige Möglichkeiten der Nutzung einer gemeinsamen Wissensbasis) vorhanden wäre ($LQ^{rel}_{ir} > 1,1$). Solche Branchen werden damit besondere "Chancen" bieten, über strukturpolitische Initiativen neue Stärken zu entwickeln.
- Letztlich stellen Branchen, welche in der Region zwar eine Spezialisierung aufweisen ($LQ_{ir} > 1,1$), aber kaum in komplementäre Branchen am Standort eingebettet sind ($LQ^{rel}_{ir} < 0,9$), tendenziell ein "Risiko" dar, das allein durch die strukturpolitische Stärkung von dazu komplementären Branchen abgebaut werden könnte.

Liegt damit für eine Bewertung des Entwicklungspotentials der einzelnen Branchen in der Metropolregion im Rahmen einer empirischen SWOT-Analyse ein schlüssiges und anwendbares Konzept vor, so erfordert dessen Umsetzung freilich eine klare (und evidenzbasierte) Vorstellung darüber, mit welchen Branchen eine zu analysierende Branche nun technologisch bzw. kognitiv tatsächlich "verwandt" ist, sodass ihre regionale Einbettung in ein Umfeld solcher Branchen ihre Entwicklung begünstigen (bzw. deren Fehlen diese Entwicklung beeinträchtigen) könnte.

In der Literatur wurde zur Identifikation dieser (kognitiven) "Branchennähe" eine Reihe von Ansätzen entwickelt²³⁾. Davon eignen sich allerdings nur wenige für eine Anwendung, wie sie hier angestrebt wird, weil sie Nähebeziehungen meist ausschließlich zwischen den Branchen der Sachgüterproduktion zu identifizieren in der Lage sind, womit sie für die hier vorliegende Konstellation einer stark dienstleistungsorientierten Kernstadt und eines stärker industriell geprägten Umlands kaum tauglich sind. Aus diesem Grund stützen wir uns in der Folge auf einen eher neuen Ansatz, der versucht, "Branchennähe" aus Flow-Daten zwischen dem gesamten Spektrum der Branchen einer Region zu erschließen. Konkret folgen wir einer Arbeit von *Neffke – Henning* (2013), welche die technologische bzw. kognitive "Nähe" von Branchen aus intersektoralen Arbeitsplatzwechseln und damit aus der für Wissens-Spillovers zentralen Arbeitskräfte-mobilität zwischen Branchen ableiten. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Arbeitsplatzwechsel vorrangig zwischen Arbeitsplätzen mit ähnlichen Skill-Anforderungen stattfinden. Dies deshalb, weil das Humankapital der Arbeitskräfte in hohem Maße jobspezifisch ist, sodass sie (notwendig) einen Teil ihres Humankapitals verlieren, wenn sie in eine Branche wechseln, in welcher sie ihr bisher akkumuliertes (job- bzw. branchenspezifisches) Wissen nicht oder kaum verwerten können (*Neal, 1995; Parent, 2000*). Solche Arbeitsplatzwechsel werden daher kaum zustande kommen. Vielmehr wechseln ArbeitnehmerInnen bevorzugt zwischen solchen Bran-

²³⁾ Für eine detailliertere Darstellung dieser Ansätze und ihrer methodischen Vor- bzw. Nachteile vgl. *Firgo – Mayerhofer* (2015).

chen, die über eine gemeinsame Wissensbasis verfügen (also einander technologisch bzw. kognitiv "nahe" sind), weil dort Arbeitskräfte mit ähnlichen Fähigkeiten benötigt werden, sodass sie bei einem Jobwechsel in solche Branchen einen großen Teil ihres Humankapitals transferieren (und so Humankapital- und damit Einkommensverluste vermeiden) können²⁴).

Damit kann der Grad der kognitiven bzw. technologischen "Verwandtschaft" zwischen Branchen – so die Grundidee des hier verwendeten Ansatzes – aus der Größenordnung der Arbeitskräfteströme zwischen diesen Branchen erschlossen werden. Dies setzt freilich vollständige Informationen über alle Jobwechsel zwischen den Branchen auf sehr disaggregierter sektoraler Ebene voraus. Nun wäre die Berechnung solcher Informationen für Österreich auf Basis einer Auswertung des (gesamten) Individualdatensatzes des Hauptverbands zwar möglich. Eine solche Auswertung ist aber komplex und aufwändig und ist daher innerhalb des begrenzten zeitlichen und finanziellen Rahmens unserer Studie nicht realisierbar.

Glücklicherweise können wir aber die Datengrundlagen und Ergebnisse eines großen Forschungsprojektes des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Deutschland nutzen (Neffke *et al.*, 2016; 2017)²⁵), das zum Zweck der Abgrenzung technologisch bzw. kognitiv "nahe" Branchen für Deutschland (hier als "Skill-Relatedness" bezeichnet) die intrasektorale Arbeitskräftemobilität auf stark disaggregierter Ebene²⁶) auf Basis des IAB-Datensatzes zur Beschäftigungshistorik (BeH)²⁷) untersucht hat. Eine Anwendung der hier für Deutschland gewonnenen Erkenntnisse auch für Österreich und die Metropolregion Wien scheint durchaus möglich, weil angenommen werden kann, dass Branchen(gruppen), die sich in Deutschland auf Basis von intra-sektoralen Arbeitsmarktströmen als technologisch bzw. kognitiv "nahe" bzw. "skill-related" erweisen, dies grosso modo auch in Österreich sein werden: Tatsächlich kann eher ausgeschlossen werden, dass sich gleiche Branchen in Deutschland und Österreich – als Länder mit sehr ähnlichem ökonomischem und technologischem Entwicklungsniveau – in Hinblick auf Produktionstechnologie, Qualifikationsstruktur, Input-Output-Verflechtungen etc. so stark voneinander unterscheiden, dass von gänzlich unterschiedlichen Wissensbasen bzw. benötigten Kenntnissen und Fertigkeiten in diesen Branchen auszugehen wäre.

Wir nutzen daher die für Deutschland erzielten Ergebnisse zu intersektoralen Arbeitsplatzwechseln und daraus Branchenzusammenhängen auch für unsere Analyse. Dabei beschränken wir

²⁴) Eine empirische Bestätigung dieser Hypothese liefern Neffke *et al.* (2018) für Deutschland. Sie zeigen, dass sich Jobwechsel zwischen Branchen jeweils auf ein begrenztes Spektrum von Zielbranchen beschränken, welche mit der jeweiligen Herkunftsbranche kognitiv "verwandt" sind.

²⁵) Für die Zurverfügungstellung dieser Grundlagen sowie zusätzlichen Aufbereitungen für die Zwecke unserer Analyse sei Anne Otto vom IAB Nürnberg sehr herzlich gedankt.

²⁶) Grundsätzlich wurden die Ergebnisse auf der Ebene der 4-Steller-Branchenklassen errechnet, für unsere Zwecke wurden diese auf die Ebene der 3-Steller-Branchengruppen aggregiert.

²⁷) Dieser Datensatz (für eine nähere Darstellung etwa Bender *et al.*, 2000) stellt wie der Individualdatensatz des Hauptverbandes in Österreich eine Vollerhebung dar und ist diesem auch in seiner Grundcharakteristik nicht unähnlich. Die Beschäftigtenhistorik enthält jeweils zum Stichtag 30. Juni jeden Jahres umfassende personenbezogene Informationen zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Betrieben in Deutschland. Wie im HV-Satz lassen sich auch hier Angaben zu Beschäftigten und Betrieben anhand anonymisierter Personen- und Betriebsnummern verknüpfen, sodass auf dieser Basis (auch) Arbeitsplatzwechsel von Beschäftigten identifiziert werden können.

uns auf Daten der Periode 2007-2014, in welcher im IAB-Datensatz insgesamt 5,5 Mio. solcher Wechsel auffindbar sind (knapp 790.000 pro Jahr)²⁸⁾. Sektoral unterscheidet das IAB insgesamt 265 Branchengruppen der NACE-Klassifikation (3-Steller), womit in einer symmetrischen Matrix insgesamt über 70.000 Ziel-Quell-Beziehungen zwischen den Branchengruppen abgebildet werden können. Für jede dieser bilateralen Beziehungen wird dabei ein "Skill-Relatedness"-Index (SR_{ij}) gebildet, der die relative Größenordnung des jeweiligen Arbeitskräftestroms zwischen zwei Branchen i und j als Maß für deren "Skill-Relatedness" abbildet. Grundidee ist hier, dass vergleichsweise "große" Arbeitskräfteströme zwischen zwei Branchen ein Hinweis darauf sind, dass Arbeitskräfte aus Branche i eher problemlos in Branche j wechseln und dort ihr Wissen bzw. ihre Fähigkeiten aus der alten Branche i recht gut wiederverwenden können. In diesem Fall ist das betrachtete Branchenpaar als kognitiv/technologisch "nahe" (bzw. "skill-related") zu qualifizieren.

Nun bleibt dabei zunächst unklar, was unter "vergleichsweise groß" zu verstehen ist: Neben ihrer kognitiven Nähe sind für den Umfang von Arbeitsplatzwechseln zwischen zwei Branchen auch andere Faktoren (mit)verantwortlich, vor allem ihre Größe, aber auch ihre Dynamik, ihr Lohnniveau oder ähnliches. Als "verhältnismäßig groß" wird ein beobachtbarer bilateraler Arbeitskräftestrom damit dann (und nur dann) zu bewerten sein, wenn die Zahl der Arbeitsplatzwechsel zwischen den beiden Branchen größer ist, als es unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren zu erwarten gewesen wäre. Folgerichtig vergleicht der "Skill-Relatedness"-Index die tatsächlich gemessenen Arbeitsplatzwechsel mit jenen, welche zustande gekommen wären, wenn Jobwechsel zwischen den Branchen (bei gegebenen Branchencharakteristika) rein zufällig verlaufen wären. Dieser (bei zufälligen Wechseln) "erwartete" Arbeitskräftestrom stellt also die Benchmark zur Einordnung des tatsächlich gemessenen Arbeitskräftestroms dar. Er kann auf wahrscheinlichkeitstheoretischer Basis einfach berechnet werden (vgl. dazu die Ausführungen in Box 1 im Anhang).

Konkret wird der "Skill-Relatedness"-Indikator als Maß für die kognitive "Nähe" zwischen zwei Branchen i und j demnach als

Gleichung 4.2
$$SR_{ij} = \frac{F_{ij}}{\hat{F}_{ij}}$$

berechnet, wobei F_{ij} die beobachteten Jobwechsel zwischen den Branchen i und j , und \hat{F}_{ij} die erwarteten Jobwechsel zwischen den Branchen i und j bezeichnen. Ist dieser "Skill-Relatedness"-Index > 1 , so sind die tatsächlichen Ströme zwischen den beiden Branchen größer, als dies bei rein zufälligen Zu- und Abgängen zu erwarten wäre, womit das Branchenpaar als technologisch bzw. kognitiv "verwandt" oder "skill-related" anzusehen ist. Bei Indexwerten < 1 sind die

²⁸⁾ Insgesamt sind in der Beschäftigungshistorik deutlich mehr Jobwechsel (mehr als 1 Mio. pro Jahr) ausgewiesen. Ein erheblicher Teil davon steht aber mit betrieblichen Umstrukturierungen und/oder einer rein administrativen Neuvergabe von Betriebsnummern in Zusammenhang. Um solche, rein statistische "Jobwechsel" wurde entsprechend bereinigt.

Jobwechsel zwischen den beiden Branchen dagegen seltener als zu erwarten, eine technologische bzw. kognitive "Verwandtschaft" besteht in diesem Fall offenbar nicht²⁹⁾).

Auf Basis der Matrix dieser insgesamt 70.225 Indikatorwerte für die 265 Branchengruppen der ÖNACE-Klassifikation ist es nun möglich, das gesamte Netzwerk kognitiv bzw. technologisch "verwandter" Branchen darzustellen und in weiterer Folge für die Berechnung des "Einbettungsgrads" (siehe oben) als Bestandteil der empirischen SWOT-Analyse für die einzelnen Branchen in der Metropolregion zu verwenden.

4.1.3 SWOT-Profil für die Metropolregion insgesamt: Stärken im Dienstleistungsbereich überwiegen

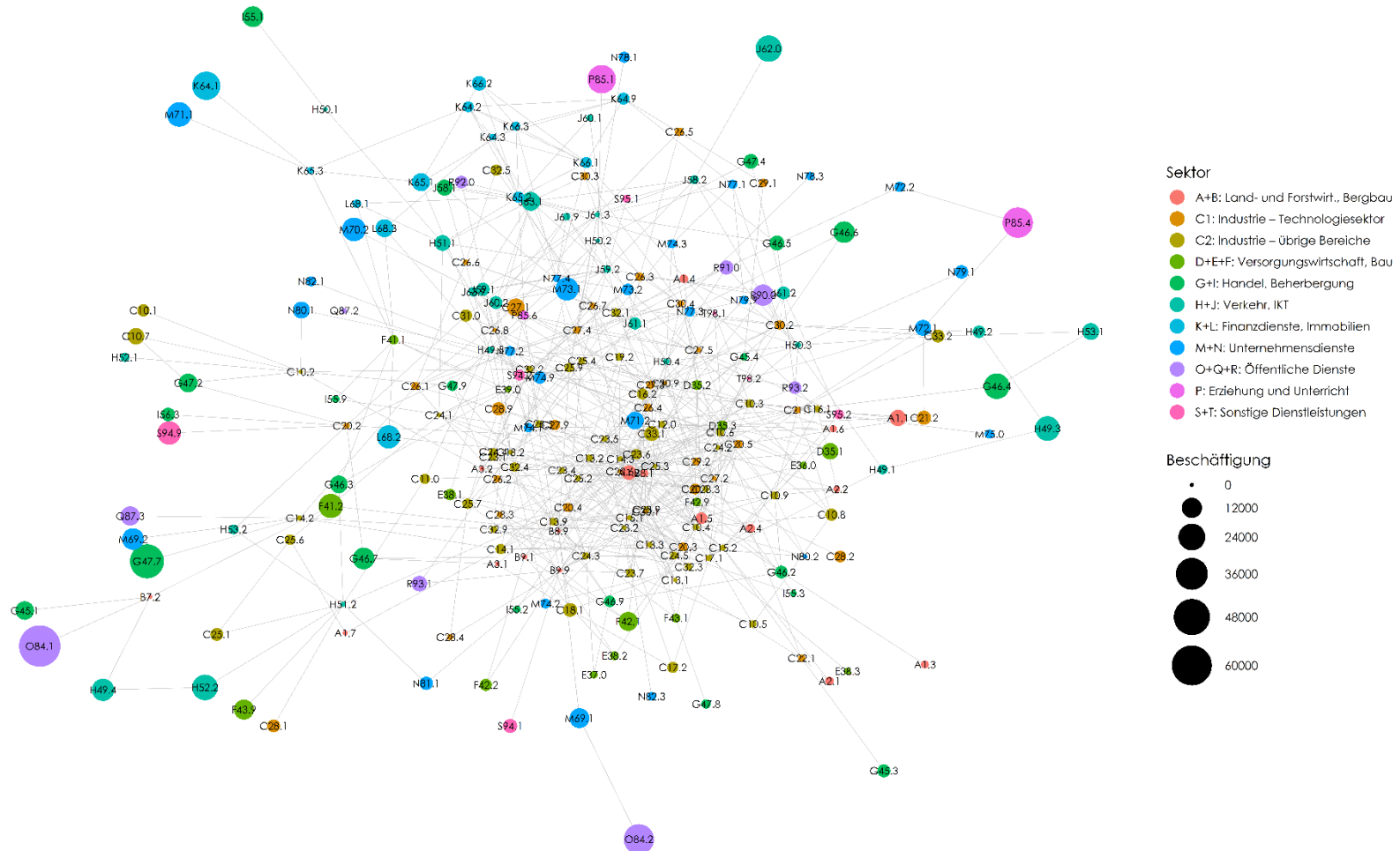
Insgesamt finden sich unter den 70.225 Indikatorwerten 18.273 Werte, die eine statistisch signifikante und positive "Skill-Relatedness"-Beziehung zwischen einem Branchenpaar i und j anzeigen. Die Grundstruktur dieses Netzwerks ist in Abbildung 4.1 in Form eines Netzwerkgraphen dargestellt, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit nur die 3N stärksten "Skill-Relatedness"-Beziehungen zwischen den (N=265) Branchengruppen abgebildet sind³⁰⁾. Dabei sind die Branchengruppen im Netzwerkgraphen (als Knoten im Netzwerk) so angeordnet, dass solche mit vielfältigen "Skill-Relatedness"-Beziehungen in räumlicher Nähe zueinander aufscheinen³¹⁾. Die Identität der jeweiligen Branchengruppe kann in der Graphik über ihren Branchencode (siehe für den Branchennamen Übersicht A.1 im Anhang), ihre Zugehörigkeit zu einem übergeordneten Wirtschaftssektor durch die Farbe des Netzwerkknotens ersehen werden. Die Größe des jeweiligen Netzwerkknotens entspricht der Beschäftigtenzahl der Branchengruppe in der Metropolregion insgesamt laut Registerzählung 2011.

²⁹⁾ In der weiteren Analyse wird ein normierter "Skill-Relatedness"-Index verwendet, der Werte zwischen -1 und +1 annimmt. Positive Werte zeigen damit eine kognitive Nähe, negative Werte dagegen keine solche Nähe an. Vgl. dazu auch Box 1 im Anhang.

³⁰⁾ In alle weiteren Berechnungen, insbesondere jenen im Rahmen der empirischen SWOT-Analyse und der darauffolgenden Sichtung von Branchengruppen mit potentiellen Vorteilen aus der intra-metropolitanen Kooperation, gehen dagegen alle signifikanten positive "Skill-Relatedness"-Beziehungen ein – unabhängig davon, ob sie in den Netzwerkgraphen dargestellt sind.

³¹⁾ Der dazu notwendige Algorithmus ist im Ökonometrie-Software-Paket R implementiert.

Abbildung 4.1: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Metropolregion insgesamt
Darstellung Branchengröße über Anzahl der Beschäftigten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Wie Abbildung 4.1 erkennen lässt, sind gemessen an den 3N (= 795) stärksten "Skill-Relatedness"-Beziehungen zwischen den Branchen der gesamten Metropolregion³²⁾ vor allem die meisten Branchengruppen der Sachgütererzeugung vielfältig vernetzt. Sie bilden im Netzwerk der "verwandten" Branchen des Agglomerationsraums daher den Kern, wobei dies für technologieorientierte wie übrige Bereiche in ähnlichem Maße gilt. Allerdings kommen diese industriellen Branchengruppen, gemessen an ihrer Beschäftigtenzahl nicht an das Gros der Dienstleistungsbereiche heran – namentlich auch nicht an solche, die wie die Öffentliche Verwaltung (O34.1) oder Teile des Unterrichtswesens (P85.1, P85.4) bzw. des Kreditwesens (etwa K64.1) eher am Rand des Netzwerks verortet sind. Einige unternehmensnahe Dienstleistungen (wie M71.2 technische-physikalische Untersuchungen oder M74.1 Design) sowie Branchen des Bergbaus finden sich dagegen durchaus im Zentrum des industriellen Netzwerks. Andere wissensintensive Dienste sind dagegen außerhalb dieses Kerns verortet, nicht zuletzt auch, weil sie vorrangig mit anderen (oft beschäftigungsstarken) Dienstleistungsbereichen "skill-related" sind. Tatsächlich lassen sich bei näherer Betrachtung auch systematische Nähebeziehungen zwischen Dienstleistungsbranchen ähnlicher Ausrichtung orten, etwa zwischen solchen der IKT (im Netzwerk im oberen Teil) oder der Finanzdienstleistungen (oben links). Allerdings zeigen sich neben zahlreichen intra-sektoralen Verbindungen auch viele Querverbindungen zwischen Branchengruppen ganz unterschiedlicher Sektoren – wobei es interessanterweise oft auch kleine Branchen sind, die vielfältig vernetzt sind und damit unterschiedliche Bereiche verbinden.

Nun ist diese Darstellung der wichtigsten "Skill-Relatedness"-Beziehungen zwischen den Branchengruppen der Metropolregion schon für sich interessant. Bedeutend für unsere Analyse ist jedoch vor allem, dass es die Analyse der gesamten Matrix der (mehr als 70.000) bilateralen "Skill-Relatedness"-Indikatoren auch möglich macht, den Einbettungsgrad für jede der 265 Branchengruppen (siehe oben *Gleichung 4.1*) zu berechnen. Damit kann für alle diese Branchengruppen eine empirische SWOT-Analyse durchgeführt werden, welche – wie oben vorgeschlagen – sowohl den Spezialisierungsgrad als auch den Einbettungsgrad als Determinanten für das Entwicklungspotential der jeweiligen Branchengruppe berücksichtigt (siehe Übersicht 4.3 oben).

Die Detailergebnisse einer solchen SWOT-Analyse sind für die Metropolregion insgesamt für alle 265 Branchengruppen in Abbildung A.1 im Anhang zu ersehen³³⁾. Insgesamt können danach unter Berücksichtigung der oben (Übersicht 4.3) definierten Abschneidegrenzen für signifikante Ausprägungen von Spezialisierung und Einbettung (keine signifikant höhere/niedrigere Ausprägung bei Indikatorwerten zwischen 0,9 und 1,1) immerhin 162 der 265 Branchengruppen einer

³²⁾ Für eine Darstellung des "Skill-Relatedness"-Netzwerks für die Branchengruppen der beiden unterschiedenen Territorien der Metropolregion (Stadt Wien und Umland bzw. übrige Metropolregion) vgl. Abbildung A.1 und Abbildung A.2 im Anhang.

³³⁾ Ausgewiesen sind hier für alle 265 Branchengruppen neben Beschäftigtenzahl und -anteil jeweils der eigene Lokationsquotient (LQ; als Maß für die Spezialisierung) sowie der Lokationsquotient der jeweils technologisch bzw. kognitiv "verwandten" Branchen (LQ Rel; als Maß für die Einbettung). Zudem ist die daraus ableitbare Ausprägung im SWOT-Profil (mit SW = Schwäche; ST = Stärke, R = Risiko und C = Chance) angeführt. Leere Zeilen bezeichnen hier jene Branchengruppen, für die kein ausgeprägtes SWOT-Profil identifiziert werden kann.

> 1,1 bzw. < 0,9) eine klare Ausprägung des SWOT-Profiles (Stärke, Schwäche, Risiko oder Chance) identifiziert werden kann.

Hier zeigt sich, dass für eine ganze Reihe (teilweise auch beschäftigungsstarker) handelbarer Branchengruppen (insgesamt 54; unter allen 265 Branchengruppen 103) keine klare Einordnung möglich war, obwohl sie zum Teil klar in der Metropolregion spezialisiert sind (Branchengruppen im oberen Teil der Graphik zwischen den beiden Ordinaten). Für insgesamt 103 handelbare Branchengruppen ist dies allerdings durchaus der Fall, wobei 31 (meist größere) handelbare Bereiche als Stärken und 70 (meist kleinere) Branchengruppen als Schwächen zu klassifizieren sind. Dagegen bleibt die Zahl von (handelbaren) Risiko- wie Chancenbereichen in der Metropolregion mit jeweils 7 überschaubar.

In inhaltlicher Dimension wesentlich (und vielleicht überraschend) scheint dabei, dass auch für die Metropolregion in ihrer Gesamtheit mittlerweile eine klare Dichotomie zwischen Schwächen vorrangig in der Industrie und Stärken vorrangig im (handelbaren) Dienstleistungsbereich sichtbar wird: Offenbar ist der De-Industrialisierungsprozess auch im gesamten Metropolraum mittlerweile so weit fortgeschritten, dass regionale Spezialisierungen in industriellen Branchengruppen bereits selten geworden sind. Vor diesem Hintergrund reichen dann auch die vielfältigen Netzwerkbeziehungen zwischen diesen industriellen Branchengruppen (siehe Abbildung 4.1) wegen ihrer meist geringen Größe nicht mehr aus, um Vorteile aus einem (hohen) Einbettungsgrad zu begründen.

Vielleicht noch pointierter tritt diese ungünstige Position industrieller Bereiche (auch) in der gesamten Metropolregion in Übersicht 4.4 zu Tage, in welcher alle (handelbaren) Branchengruppen mit klarem SWOT-Profil im Agglomerationsraum im Detail aufgelistet sind.

Übersicht 4.4: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Metropolregion insgesamt

	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
C26.3	Hst. Telekommunikationstechnik	1,23	1,28	ST
G46.5	Großhandel Informationstechnik	1,84	1,27	ST
H49.5	Transport in Rohrfernleitungen	2,14	1,15	ST
H50.2	Güterbeförderung Seeschifffahrt	1,50	1,25	ST
H51.1	Personenbeförderung Luftfahrt	2,50	1,12	ST
J58.1	Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	1,70	1,40	ST
J58.2	Verlegen von Software	1,64	1,42	ST
J59.2	Tonstudios/Musikverlage	1,62	1,37	ST
J61.2	Drahtlose Telekommunikation	2,68	1,25	ST
J61.3	Satellitentelekommunikation	3,00	1,22	ST
J61.9	Sonstige Telekommunikation	1,82	1,44	ST
J62.0	DL der Informationstechnologie	1,66	1,40	ST
J63.1	Datenverarbeitung/Hosting	1,70	1,48	ST
K64.1	Kreditinstitute	1,12	1,39	ST
K64.2	Beteiligungsgesellschaften	1,17	1,29	ST
K64.3	Treuhand- und sonstige Fonds	1,60	1,23	ST
K64.9	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	2,39	1,25	ST
K65.1	Versicherungen	1,24	1,38	ST
K65.2	Rückversicherungen	1,38	1,38	ST
K66.1	Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten	1,39	1,34	ST
K66.3	Fondsmanagement	2,53	1,28	ST
M69.1	Rechtsberatung	1,47	1,38	ST
M69.2	Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	1,25	1,36	ST
M70.2	Unternehmensberatung	1,58	1,41	ST
M72.1	F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwissensch./Medizin	1,67	1,23	ST
M72.2	F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwissensch.	1,65	1,31	ST
M73.1	Werbung	1,58	1,47	ST
M73.2	Markt-/Meinungsforschung	2,07	1,42	ST
M74.1	Ateliers f. Design	1,43	1,17	ST
N77.1	Vermietung Kraftwagen	1,41	1,26	ST
N77.4	Leasing	1,70	1,27	ST
B8.1	Natursteine/Kies/Sand/Ton	0,47	0,76	SW
C10.1	Fleischverarbeitung	0,55	0,74	SW
C10.3	Obst-/Gemüseverarbeitung	0,73	0,78	SW
C10.5	Milchverarbeitung	0,28	0,62	SW
C10.6	Mühlen	0,83	0,75	SW
C10.9	Hst. Futtermittel	0,88	0,81	SW
C11.0	Getränkeherstellung	0,61	0,82	SW
C13.1	Spinnerei	0,00	0,83	SW
C13.2	Weberei	0,48	0,84	SW
C13.9	Hst. sonst. Textilwaren	0,28	0,70	SW
C14.3	Hst. Bekleidung aus Stoff	0,21	0,88	SW
C15.1	Hst. Leder(waren)	0,06	0,87	SW
C15.2	Hst. Schuhe	0,31	0,84	SW
C16.1	Sägewerke	0,07	0,70	SW
C16.2	Hst. Sonst. Holz-/Korbwaren	0,29	0,67	SW
C17.1	Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	0,07	0,81	SW
C17.2	Hst. Waren aus Papier/Pappe	0,81	0,79	SW
C20.5	Hst. sonst. chemische Erzeugnisse	0,90	0,83	SW
C20.6	Hst. Chemiefasern	0,00	0,88	SW
C22.1	Hst. Gummiwaren	0,62	0,66	SW
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	0,50	0,68	SW
C23.1	Hst. Glas(waren)	0,15	0,65	SW
C23.2	Hst. feuerfeste keramische Waren	0,07	0,87	SW
C23.3	Hst. keramische Baumaterialien	0,42	0,75	SW
C23.4	Hst. sonst. keramischen Erzeugnissen	0,25	0,71	SW
C23.5	Hst. Zement/Kalk/Gips	0,44	0,90	SW
C23.6	Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	0,49	0,80	SW
C23.7	Be-/Verarb. Natursteine.	0,73	0,78	SW
C23.9	Hst. Schleifmittel	0,14	0,80	SW
C24.1	Erzeugung Eisen/Stahl	0,00	0,77	SW

	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
C24.2	Hst. Stahlrohre	0,02	0,79	SW
C24.3	Sonst. erste Bearb. Eisen/Stahl	0,30	0,81	SW
C24.4	Erz. NE-Metalle	0,27	0,70	SW
C24.5	Gießereien	0,31	0,65	SW
C25.1	Stahl-/Leichtmetallbau	0,45	0,62	SW
C25.2	Hst. Metalltanks/Heizkörper	0,14	0,77	SW
C25.3	Hst. Dampfkessel	0,07	0,85	SW
C25.5	Hst. Schmiede-/Stanzteile	0,22	0,66	SW
C25.6	Oberflächenveredlung/Mechanik a. n. g.	0,43	0,63	SW
C25.7	Hst. Werkzeuge/Beschläge	0,29	0,64	SW
C25.9	Hst. sonstige Metallwaren	0,46	0,61	SW
C27.2	Hst. Batterien	0,10	0,88	SW
C27.3	Hst. Kabel	0,61	0,82	SW
C27.5	Hst. Haushaltsgeräte	0,04	0,87	SW
C27.9	Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	0,67	0,81	SW
C28.1	Hst. nicht wirtschaftszweigspez. Maschinen	0,78	0,75	SW
C28.2	Hst. sonstige Maschinen	0,35	0,75	SW
C28.3	Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	0,07	0,67	SW
C28.4	Hst. Werkzeugmaschinen	0,08	0,65	SW
C28.9	Hst. Maschinen f. sonst. WZweige	0,44	0,70	SW
C29.2	Hst. Karosserien/Anhänger	0,41	0,73	SW
C29.3	Hst. Kfz-Teile/Zubehör	0,76	0,74	SW
C30.9	Hst. Fahrzeuge a. n. g.	0,01	0,80	SW
C31.0	Hst. Möbel	0,31	0,74	SW
C32.3	Hst. Sportgeräte	0,39	0,79	SW
C32.9	Hst. Erzeugnisse a. n. g.	0,55	0,74	SW
G46.2	Großhandel landwirtschaftliche Produkte	0,62	0,80	SW
G46.3	Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	0,86	0,89	SW
C14.1	Hst. Bekleidung	0,83	1,18	C
C18.2	Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger	0,06	1,23	C
C21.1	Hst. pharmazeutische Grundstoffe	0,19	1,18	C
C26.6	Hst. elektromedizinische Geräte	0,15	1,15	C
C26.8	Hst. magnetische/optische Datenträger	0,00	1,11	C
C29.1	Hst. Kraftwagen(motoren)	0,18	1,14	C
G47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	0,72	1,26	C
C20.4	Hst. Wasch-/Körperpflegemittel	1,28	0,89	R
C25.4	Hst. Waffen/Munition	1,14	0,88	R
C27.1	Hst. Elektromotoren/Generatoren	1,12	0,87	R
C32.2	Hst. Musikinstrumente	1,49	0,86	R
C32.4	Hst. Spielwaren	1,95	0,84	R
D35.2	Gasversorgung	1,53	0,81	R
G46.6	Großhandel sonstige Maschinen	1,20	0,86	R

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko.

Danach findet sich unter den 31 als "Stärken" der Metropolregion identifizierbaren Branchengruppen mit der "Herstellung von Telekommunikationstechnik" nur eine einzige (und zudem eher "kleine") Branchengruppe aus dem industriell-gewerblichen Sektor, während solche unter den insgesamt 58 "Schwäche"-Branchengruppen mit 55 (oder fast 95%) eine überwältigende Mehrheit bilden. Dabei ist auffällig, dass sich mit Ausnahme von Teilen des Maschinenbaus industrielle Schwächebereiche tendenziell eher in traditionellen Bereichen finden, während Branchengruppen des industriellen Technologiesektors mehrheitlich kein ausgeprägtes SWOT-Profil zeigen – darunter auch eher "große" und für die Beschäftigung in der Metropolregion durchaus wichtige Industrien wie die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen oder von Schienenfahrzeugen. Zudem finden sich unter den technologieorientierten Industriebranchengruppen

in Hinblick auf ihr technologisch-kognitives Umfeld auch einige Chancenbereiche (etwa die Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen, elektromedizinischen Geräten, optischen Datenträgern und Kraftwagen), während die in der Metropolregion bedeutende Branchengruppe der Erzeugung von Elektromotoren und Generatoren zusammen mit 5 weiteren (kleinen) Industriebereichen unter Einbettungsaspekten eher als Risiko gelten muss.

Im (handelbaren) Dienstleistungsbereich der Metropolregion herrschen unter den Branchengruppen mit klarem SWOT-Profil dagegen Stärkebereiche klar vor, Bereiche mit Schwächen (2), Risiken (1) oder spezifischen Chancen (1) finden sich dagegen kaum. Dabei sind günstige Entwicklungspotentiale allerdings auch hier vorrangig auf wissensintensive Teilbereiche beschränkt, während in traditionellen Bereichen wenig ausgeprägte SWOT-Profile vorherrschen. So finden sich etwa in den Branchenabteilungen Großhandel (G)³⁵⁾ und Verkehr (H) nur in Ausnahmefällen Stärken mit hoher Spezialisierung und Einbettung, während dies in den Branchenabteilungen Information und Kommunikation (J), Finanzdienstleistungen (K) und freiberuflich-technisch-wissenschaftliche Dienstleistungen (M) für die überwiegende Mehrheit der Branchengruppen der Fall ist.

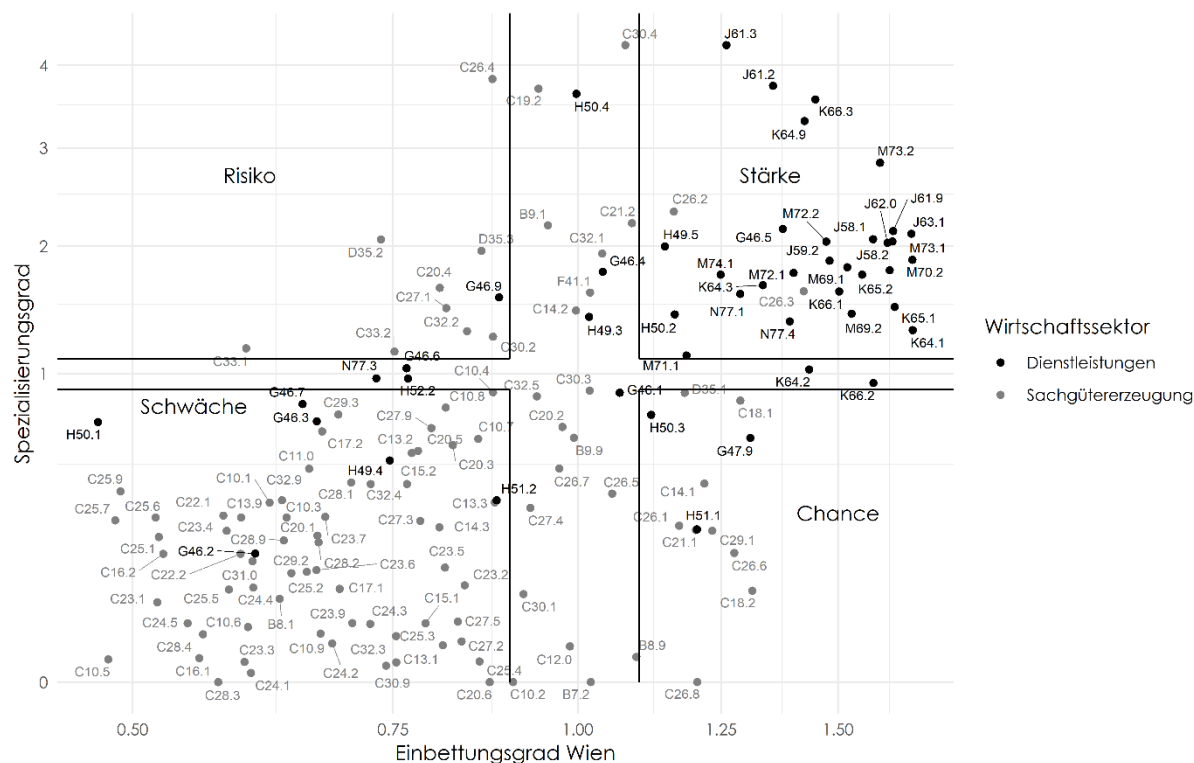
4.1.4 SWOT-Profile in den metropolitanen Teilräumen: Unterschiedliche Stärken sprechen für Möglichkeiten zu Synergien

Insgesamt bestätigt unsere empirische SWOT-Analyse damit in aller Klarheit, dass (auch) die gesamte Metropolregion Wien mittlerweile eher als Dienstleistungsstandort zu qualifizieren ist. Dies gilt auch dann, wenn die in der Region vorfindlichen Branchennetzwerke berücksichtigt und die Bewertung damit auf Basis von Spezialisierungs- und Einbettungsgrad vorgenommen wird. Allerdings zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass diese strukturelle Charakteristik der gesamten Metropolregion vorrangig von jener der Kernstadt Wien ausgeht, während die übrige Metropolregion (also das städtische Umland) ein davon klar unterscheidbares, wenn auch weniger pointiertes SWOT-Profil zeigt.

Dies geht aus einem Vergleich der Abbildung 4.3 und Abbildung 4.4 hervor, in welchen die SWOT-Profile der Branchengruppen in Kernstadt und übriger Metropolregion wiederum in graphischer Form, aber für die beiden Teilräume getrennt ausgewiesen sind.

³⁵⁾ Die beschäftigungsintensiven Branchengruppen des Einzelhandels sind mit Ausnahme des "Einzelhandels nicht in Verkaufsräumen", welcher den Internet-Handel beinhaltet, nicht über Distanz handelbar. Sie fehlen daher in dieser Aufstellung der handelbaren Branchengruppen ebenso wie alle öffentlichen und öffentlich finanzierten Dienstleistungen. Für eine SWOT-Einordnung auch dieser (sowie aller anderer) Bereiche vgl. für die Metropolregion sowie ihre Teilräume die Übersicht A.1 bis Übersicht A.3 im Anhang.

Abbildung 4.3: SWOT-Analyse handelbarer Wirtschaftsbereiche: Stadt Wien



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Für die Stadt Wien (Abbildung 4.3) wird dabei ein besonders klares Standortprofil erkennbar, was angesichts der pointierten Standortvor- und -nachteile in stark verdichteten Strukturen (vgl. Abschnitt 4.1.1) nicht überrascht. Handelbare Branchengruppen ohne sichtbare SWOT-Ausprägung sind hier (mit 34) klar in der Minderheit, für immerhin 123 handelbare Gruppen können klare Einschätzungen zum Entwicklungspotential getroffen werden³⁶). Dabei zeigt sich, dass die Polarisierung in industriell-gewerbliche Schwächen einerseits und Stärken in (vorrangig komplexeren) Dienstleistungsbereichen andererseits in der Kernstadt noch wesentlich stärker ausgeprägt ist als in der Metropolregion insgesamt. Wie eine Auflistung der im SWOT-Profil verortbaren handelbaren Branchengruppen in Wien (Übersicht A.4) erkennen lässt, sind hier für immerhin 63 (von 94) Branchengruppen der Industrie Nachteile in Spezialisierung und Einbettung zu identifizieren. Unter den übrigen handelbaren Bereichen ist dies dagegen nur für 5 Branchengruppen (aus Bergbau, Großhandel und Verkehr) der Fall, wobei diese Bereiche gemessen an der Beschäftigung zudem meist klein sind (Ausnahme Großhandel mit Nahrungsmitteln). Im Gegensatz dazu sind die (31) handelbaren Stärkebereiche in der Kernstadt Wien, gemessen an Zahl

³⁶ Für alle 265 Branchengruppen der Wiener Stadtwirtschaft (also auch die nicht-handelbaren Bereiche) sind die Ergebnisse aus Übersicht A.2 im Anhang zu ersehen. Danach sind von diesen 265 Branchengruppen nur 67 nicht einer konkreten SWOT-Ausprägung zuordenbar; von den übrigen sind 63 als Stärken und 102 als Schwächen zu qualifizieren. Chancen und Risiken zeigen sich auch hier nur in 15 bzw. 18 Branchengruppen.

Im Vergleich zu diesem sehr pointierten SWOT-Profil der Kernstadt ist das Strukturbild für die übrige Metropolregion (Abbildung 4.4) diffuser und ihre branchenweisen Entwicklungspotentiale damit weniger stark ausgeprägt. So ist im Wiener Umland nur für 47 handelbare Branchengruppen (Kernstadt Wien 123) eine klare Zuordnung im SWOT-Profil möglich³⁸), mehr als dreimal so viele Branchengruppen weisen dagegen in Spezialisierungs- und/oder Einbettungsgrad keine Besonderheiten auf. Auch die inhaltlichen Unterschiede zu Wien sind erheblich, was auch aus der Auflistung der Branchengruppen mit klarer SWOT-Ausrichtung in der übrigen Metropolregion im Anhang (Übersicht A.5) hervorgeht. Zum einen streuen die Branchengruppen der Industrie im Wiener Umland danach ungleich stärker über den gesamten Möglichkeitsraum des SWOT-Profiles als in der Kernstadt selbst: Industrielle Branchengruppen finden sich hier (anders als in Wien) in Schwäche-, Stärke-, Risiko- und Chancenbereichen nahezu gleichermaßen, wobei auch keine ausgeprägten Unterschiede für technologieorientierte und andere Industriebereiche sichtbar sind. Zum anderen sind in der übrigen Metropolregion auch im Dienstleistungsbereich andere Schwerpunkte als in Wien erkennbar. So sind es hier nicht komplexe, wissensintensive Branchengruppen, welche (wie in Wien) als Stärkebereiche eine besondere Rolle spielen – im Gegenteil sind etliche dieser Branchengruppen, namentlich aus dem Finanzbereich (hier Banken wie Versicherungen), aber auch aus Information und Kommunikation (etwa Dienstleistungen der Informationstechnologie) sowie den wissenschaftlich-technischen Diensten (wie technische Büros oder sozialwissenschaftliche F&E) im Umland eher als Schwäche zu sehen. Stärken sind in der übrigen Metropolregion dagegen in Teilen des Großhandels sowie der Logistik evident – Bereiche, welche (wie gezeigt) wiederum in Wien eher schwach aufgestellt sind.

4.2 Kooperationsgewinne aus der intra-metropolitanen Zusammenarbeit: Eine Abschätzung

Insgesamt sind die SWOT-Profile zwischen Kernstadt und Umland in der Metropolregion Wien also keineswegs gleichförmig. Im Gegenteil kommen Unterschiede in den Standortbedingungen der beiden Teilräume in durchaus unterschiedlichen Entwicklungspotentialen zum Ausdruck – mit pointierten Stärken in wissensintensiven Dienstleistungen bei gleichzeitig erheblichen De-Industrialisierungsphänomenen in Wien und einer stärker durch industriell-gewerbliche Kerne sowie Stärken bei distributiven Diensten (Logistik, Handel) geprägten Wirtschaftsstruktur in der übrigen Metropolregion. Diese unterschiedlichen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken der beiden metropolitanen Teilräume lassen schon für sich die Vermutung zu, dass eine verstärkte Abstimmung und Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion ein wesentlicher Schlüssel zu einer günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung dieser Teilräume wie auch des gesamten Agglomerationsraums sein dürfte. Mit unserer Methodik der empirischen SWOT-Analyse sind wir nun erstmals in der Lage, dies auch nachzuweisen und zu konkretisieren.

³⁸) Auch hier sind die Ergebnisse zum SWOT-Profil für alle (handelbaren wie nicht-handelbaren) 265 Branchengruppen im Anhang (Übersicht A.3) dokumentiert. Danach sind in der übrigen Metropolregion für 170 Branchengruppen keine spezifischen SWOT-Ausprägungen identifizierbar, wobei sich in den übrigen positive und negative Entwicklungspotentiale eher die Waage halten. So sind hier für 35 Branchengruppen Stärken und für 32 Schwächen zu identifizieren, während für 13 Risiken und für 15 Chancen festgemacht werden können.

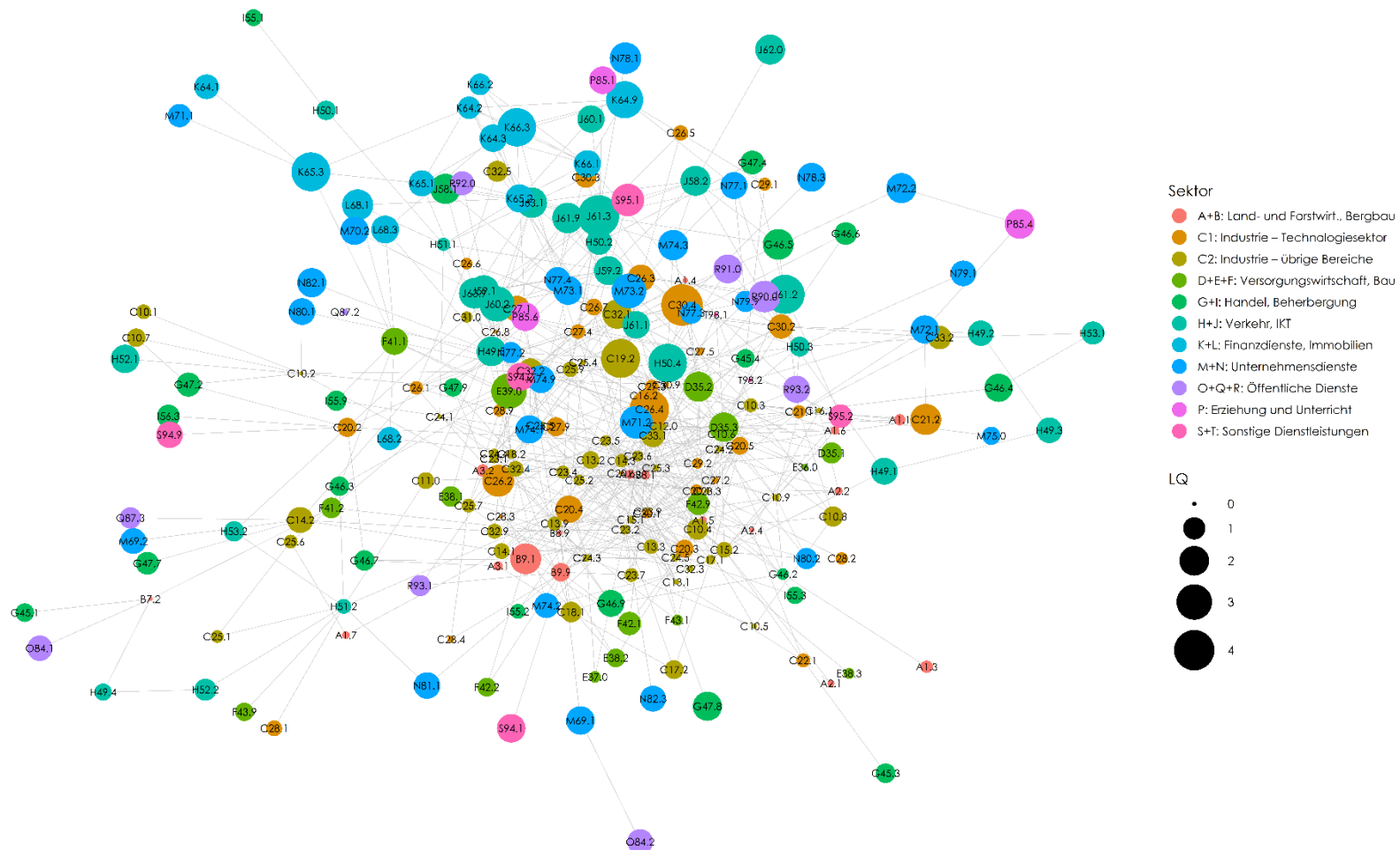
Eine vergleichende Sichtung der Netzwerkgraphen für die Branchengruppen der Kernstadt (Abbildung 4.5) und der übrigen Metropolregion (Abbildung 4.6) macht diese unterschiedlichen, aber letztlich komplementären und durch Kooperation nutzbaren Entwicklungspotentiale in den beiden Teilräumen zunächst nochmals deutlich. Dabei bezeichnet die Größe der Netzwerkknoten hier anders als in Abbildung 4.1 nicht die Beschäftigtenzahl, sondern den Lokationsquotienten (und damit den Spezialisierungsgrad) der jeweiligen Branchengruppe, wodurch Unterschiede zwischen den beiden Teilräumen noch stärker sichtbar werden.

Erkennbar sind hier schon mit freiem Auge ganz unterschiedliche Schwerpunkte im Branchennetzwerk: So sind in der Kernstadt Wien (Abbildung 4.5) Spezialisierungen vor allem im oberen Teil des Netzwerkgraphen erkennbar, wo vorwiegend wissensintensive Dienstleistungen wie weite Bereiche der freiberuflichen, technischen und wissenschaftlichen Dienste (M), der IKT-Dienste (J) und – in der Tendenz als eigener Sub-Cluster – die Finanzdienste (K) verortet sind. Sie bilden ein enges und vernetztes Konglomerat, von welchem wiederum einige (fast ausschließlich) technologieorientierte Industriebereiche profitieren, die sich im Netzwerkgraphen in der Nähe dieser unternehmensbezogenen Dienste finden³⁹⁾. Dagegen zeigt das Branchennetzwerk für die übrige Metropolregion (Abbildung 4.6) eine deutlich größere Bedeutung von Branchengruppen des produzierenden Sektors, sie bilden den Kern eines industriellen Netzwerks im Zentrum des regionalen Netzwerkgraphen. Dagegen sind (vor allem komplexe) Dienstleistungsbereiche im Wiener Umland kaum in relevanter Verdichtung zu identifizieren. Dagegen scheinen hier Branchengruppen aus Handel und Verkehr (mit besonderer Spezialisierung v.a. im Flugverkehr) bedeutend, welche untereinander freilich nur bedingt "skill-related" sein dürften.

Für die Abschätzung und Konkretisierung wechselseitiger Kooperationsgewinne in dieser Gemengelage kann letztlich wieder unsere empirische SWOT-Analyse herangezogen werden. Konkret kann hier angenommen werden, dass Branchengruppen in einer Teilregion immer dann Kooperationsgewinne durch eine Zusammenarbeit bzw. Vernetzung mit Akteuren der jeweils anderen Teilregion erzielen werden, wenn in dieser eine Verdichtung an kognitiv bzw. technologisch "nahen" bzw. "verwandten" Branchengruppen mit ihren Potentialen zu Wissens-Spillovers für die betrachtete Branchengruppe vorhanden ist, die größer ist als in der eigenen Region. In diesem Fall werden durch interregionale Kooperation neue sektorale Entwicklungspotentiale entstehen, weil sich der Einbettungsgrad der jeweils betrachteten Branchengruppe durch die Zusammenarbeit mit der anderen Teilregion verbessert, sodass neue Möglichkeiten zu Innovation und Wachstum entstehen (können). Konkret sind Zugewinne aus Kooperationsbeziehungen auf der Ebene der Branchengruppen damit dann zu erwarten, wenn das jeweilige kognitiv-technologische Umfeld in der anderen Teilregion günstiger ist, was sich in einem höheren Einbettungsgrad für die zu analysierende Branche als in der eigenen Region manifestiert.

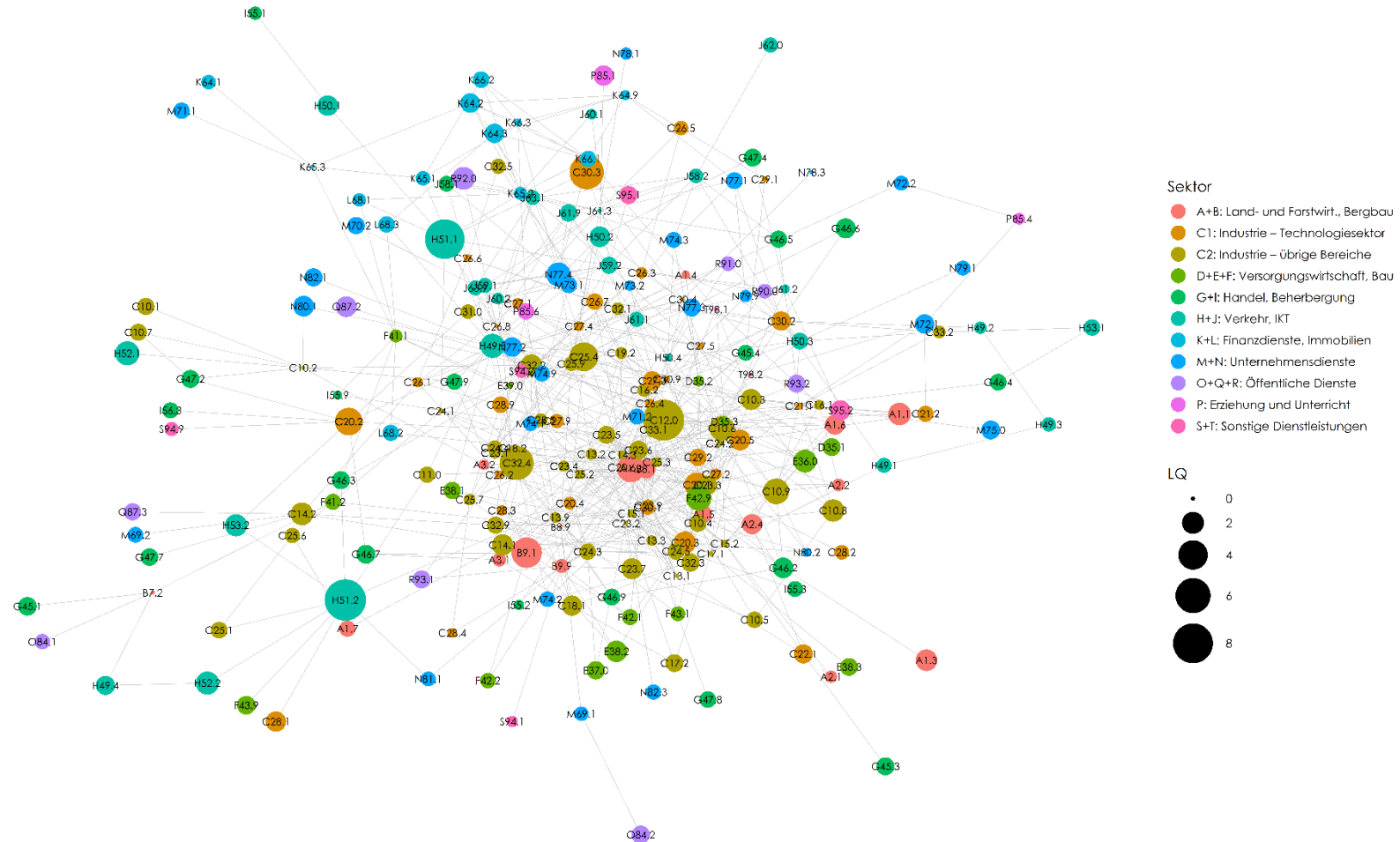
³⁹⁾ Diese sind wiederum unter anderem mit Bildungseinrichtungen verbunden.

Abbildung 4.5: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Kernstadt Wien
Darstellung Branchengröße über Lokationsquotienten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4.6: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der übrigen Metropolregion
Darstellung Branchengröße über Lokationsquotienten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Damit werden Kooperationsgewinne für eine Branchengruppe i in der Teilregion $r1$ dann auftreten, wenn

$$\text{Gleichung 4.3} \quad LQ_{ir1}^{rel} < LQ_{ir2}^{rel}$$

und vice versa. Informationen dazu können also aus einem einfachen Vergleich der branchenspezifischen Einbettungsgrade in den beiden Teilregionen gewonnen werden.

Die Ergebnisse einer solchen Analyse sind für alle 265 Branchengruppen aus Übersicht A.2 und Übersicht A.3 im Anhang zu ersehen, wobei in beiden Übersichten ein + in der Spalte "KOOP+" jeweils Branchengruppen bezeichnet, für die aus der Intensivierung interregionaler Zusammenarbeit in der Metropolregion Kooperationsgewinne entstehen sollten. Danach sind in der Kernstadt Wien (Übersicht A.2) immerhin für 157 (oder knapp 60% aller) Branchengruppen mit in Summe fast 365.000 Beschäftigten Gewinne aus verstärkten Kooperationsbeziehungen mit der übrigen Metropolregion zu erwarten – also für einen durchaus erheblichen Teil der Wiener Stadtwirtschaft mit immerhin 37,4% der in Wien Beschäftigten. Dabei sind es in der Kernstadt – dem hier vorfindlichen SWOT-Profil entsprechend – vor allem weite Teile der regionalen Industrie, welche die schon erheblichen Lücken in den industriell-gewerblichen Netzwerkbeziehungen in der Stadt durch verstärkte intra-metropolitane Zusammenarbeit füllen könnten. Ein breites Spektrum von sektoralen Kooperationsgewinnern findet sich in Wien zudem in der übrigen Sachgüterproduktion (also Versorgungssektor und Bauwesen), aber auch in Handel sowie Verkehr bzw. Logistik. Vereinzelt Branchengruppen in Tourismus, Realitätenwesen und (einfacheren) Unternehmensdiensten kommen hinzu.

In der übrigen Metropolregion (Übersicht A.3) ist die Zahl der von Kooperationsbeziehungen mit der Kernstadt profitierenden Branchengruppen mit 105 (von 265) etwas geringer, der durch intra-metropolitane Zusammenarbeit begünstigte Beschäftigtenanteil liegt hier aber mit 43,8% sogar höher als in der Kernstadt, wie hier davon meist beschäftigungsreichere Branchengruppen (des Dienstleistungsbereichs) profitieren. Dabei sind es im Umland (anders als in Wien) vor allem weite Bereiche in Information und Kommunikation, Finanzdiensten, wissensintensiven Diensten sowie öffentlichen bzw. öffentlich finanzierten Diensten, welche von verstärkten Kooperationsbeziehungen mit der Kernstadt profitieren würden. Dazu kommen vereinzelt distributive Dienste sowie in der Industrie stark technologieorientierte Bereiche, die bisher eher nicht zu den Stärken der übrigen Metropolregion zählen.

Besonders wichtig sind solche Kooperationsgewinne letztlich dann, wenn sie eine grundlegende Verbesserung der SWOT-Position einer Branchengruppe in Richtung Stärke oder Chance anstoßen, was auf Basis unseres Ansatzes ebenfalls identifiziert werden kann. Solche Fälle sind in Übersicht A.2 bzw. Übersicht A.3 für Kernstadt und übrige Metropolregion in der Spalte "KOOPCH" besonders gekennzeichnet, wobei R-ST einen Übergang von Risiko zu Stärke, NA-ST einen solchen von einer nicht signifikanten Ausprägung zur Stärke, SW-C von einer Schwäche zur Chance und NA-C von einer fehlenden Ausprägung zur Chance bezeichnen.

Eine Zusammenstellung dieser Fälle für die Kernstadt und die übrige Metropolregion (Übersicht 4.5) zeigt die sektorale Breite dieser besonderen Kooperationsgewinner in den beiden Teilräumen in aller Klarheit.

Übersicht 4.5: Verbesserung der SWOT-Position durch Kooperation innerhalb der Metropolregion

	Wien	Übrige Stadtregion
	Von Risiko zu Stärkebereich	
F42.1 Bau Straßen/Bahnstrecken (0,78)	R-ST	
G47.2 Einzelhandel Nahrungs-/Genussmittel (0,71)	R-ST	
G46.9 Großhandel ohne Schwerpunkt (0,2)	R-ST	
D35.3 Wärme-/Kälteversorgung (0,15)	R-ST	
H52.1 Lagerei (0,07)	R-ST	
O84.2 Öffentliche Sicherheit (2,12)		R-ST
P85.1 Kindergärten/Vorschulen (1,94)		R-ST
M72.1 Hst. von Druckerzeugnissen (0,48)		R-ST
C18.1 F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwiss./Medizin (0,41)		R-ST
	Von Schwäche zu Chancenbereich	
G47.1 Einzelhandel Waren versch. Art (1,7)	SW-C	
G47.5 Einzelhandel sonst. Haushaltsgeräte/Textilien (0,92)	SW-C	
G46.7 Sonstiger Großhandel (0,87)	SW-C	
H49.4 Güterbeförderung Straßenverkehr (0,73)	SW-C	
G46.3 Großhandel Nahrungsmittel/Getränke (0,5)	SW-C	
C10.7 Hst. Back-/Teigwaren (0,43)	SW-C	
G45.3 Handel mit Kfz-Teilen/-zubehör (0,22)	SW-C	
E38.1 Sammlung von Abfällen (0,17)	SW-C	
C10.8 Hst. sonst. Nahrungsmittel (0,15)	SW-C	
G47.3 Tankstellen (0,11)	SW-C	
C11.0 Getränkeherstellung (0,1)	SW-C	
H53.2 Sonstige Post-/Kurierdienste (0,07)	SW-C	
G46.2 Großhandel landwirtschaftliche Produkte (0,07)	SW-C	
C23.6 Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement (0,04)	SW-C	
F43.1 vorbereitende Baustellenarbeiten (0,03)	SW-C	
C10.3 Obst-/Gemüseverarbeitung (0,02)	SW-C	
C32.4 Hst. Spielwaren (0,02)	SW-C	
C17.1 Hst. Zellstoff/Papier/Pappe (0,02)	SW-C	
A1.3 Baumschulen/Pflanzenzucht (0,01)	SW-C	
E38.3 Rückgewinnung (0,01)	SW-C	
A1.4 Tierhaltung (0,01)	SW-C	
C23.5 Hst. Zement/Kalk/Gips (0)	SW-C	
C10.6 Mühlen (0)	SW-C	
C10.9 Hst. Futtermittel (0)	SW-C	
H51.2 Güterbeförderung Luftfahrt (0)	SW-C	
C24.1 Erzeugung Eisen/Stahl (0)	SW-C	
A1.7 Jagd (0)	SW-C	
C23.3 Hst. keramische Baumaterialien (0)	SW-C	
H50.1 Personenbeförderung Seeschifffahrt (0)	SW-C	
K64.1 Kreditinstitute (1,21)		SW-C
Q86.1 Krankenhäuser (1,05)		SW-C
J62.0 DL der Informationstechnologie (0,77)		SW-C
S94.9 Kirchen/Parteien/sonst. Interessensvertr. (0,62)		SW-C
P85.4 Tertiärer/post-sekundärer Unterricht (0,54)		SW-C
R90.0 Künstlerische/unterhaltende Tätigkeiten (0,37)		SW-C
K65.1 Versicherungen (0,35)		SW-C
O84.3 Sozialversicherung (0,34)		SW-C
J61.1 Leitungsgebundene Telekommunikation (0,11)		SW-C
S94.1 Wirtschaftsverbände/Berufsorganisationen (0,08)		SW-C
C26.1 Hst. elektronische Bauteile (0,04)		SW-C
M74.3 Übersetzen/Dolmetschen (0,04)		SW-C
K64.9 Sonst. Finanzierungsinstitutionen (0,02)		SW-C
J60.1 Hörfunkveranstalter (0,01)		SW-C
C26.6 Hst. elektromedizinische Geräte (0)		SW-C

K66.3	Fondsmanagement (0)	SW-C
K65.3	Pensionskassen/-fonds (0)	SW-C
C26.8	Hst. magnetische/optische Datenträger (0)	SW-C

Von Nicht ausgeprägt zu Stärkebereich

G46.4	Großhandel Gebrauchs-/Verbrauchsgüter (1,78)	NA-ST
H49.3	Sonst. Personenbeförderung Landverkehr (1,68)	NA-ST
C21.2	Hst. Pharmazeutische Erzeugnisse (0,40)	NA-ST
N78.3	Sonstige Überlassung Arbeitskräfte (0,07)	NA-ST
S95.1	Reparatur DV-/Telekom-Geräte (0,06)	NA-ST
E39.0	Sonstige Entsorgung (0,02)	NA-ST
B9.1	DL f. Gew. Erdöl/Erdgas (0)	NA-ST
M70.1	Verwaltung/Führung von Unternehmen (1,63)	NA-ST
H51.1	Personenbeförderung Luftfahrt (1,42)	NA-ST
D35.1	Elektrizitätsversorgung (0,64)	NA-ST
N80.1	Wach-/Sicherheitsdienste (0,58)	NA-ST
C14.1	Hst. Bekleidung (0,28)	NA-ST
N82.9	Sonst. wirtschaftliche Dienste (0,22)	NA-ST
K64.2	Beteiligungsgesellschaften (0,19)	NA-ST
N82.1	Sekretariats-/Schreibdienste/Copy-Shops (0,08)	NA-ST
N77.4	Leasing (0,05)	NA-ST
K64.3	Treuhand- und sonstige Fonds (0,02)	NA-ST

Von Nicht ausgeprägt zu Chancenbereich

G45.1	Handel mit Kraftwagen (0,53)	NA-C
C30.3	Luft-/Raumfahrzeugbau (0,02)	NA-C
O84.1	Öffentliche Verwaltung (3,07)	NA-C
Q88.9	Sonstiges Sozialwesen (1,32)	NA-C
I55.1	Hotels/Gasthöfe/Pensionen (0,97)	NA-C
M69.2	Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung (0,69)	NA-C
M73.1	Werbung (0,67)	NA-C
M69.1	Rechtsberatung (0,37)	NA-C
J63.1	Datenverarbeitung/Hosting (0,3)	NA-C
M71.2	Techn./physikal./chem. Untersuchung (0,26)	NA-C
J58.1	Verlegen von Büchern/sonst. Verlage (0,23)	NA-C
N79.1	Reisebüros/-veranstalter (0,18)	NA-C
R91.0	Bibliotheken/Museen (0,16)	NA-C
N81.1	Hausmeisterdienste (0,16)	NA-C
M74.9	Sonst. freiberufl./wiss./techn. Tätigkeiten (0,14)	NA-C
K66.1	Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten (0,11)	NA-C
H49.2	Güterbeförderung Eisenbahn (0,09)	NA-C
M74.2	Fotografie/Fotolabors (0,07)	NA-C
K65.2	Rückversicherungen (0,07)	NA-C
M72.2	F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwiss. (0,06)	NA-C
N82.3	Messe-/Ausstellungs-/Kongressveranstalter (0,04)	NA-C
J63.9	Sonstige Informationsdienste (0,04)	NA-C
J60.2	Fernsehveranstalter (0,04)	NA-C
M74.1	Ateliers f. Design (0,04)	NA-C
N79.9	Sonstige Reservierungs-DL (0,04)	NA-C
N78.1	Vermittlung Arbeitskräfte (0,04)	NA-C
J58.2	Verlegen von Software (0,03)	NA-C
M73.2	Markt-/Meinungsforschung (0,02)	NA-C
C26.3	Hst. Telekommunikationstechnik (0,02)	NA-C
J61.2	Drahtlose Telekommunikation (0,01)	NA-C
C29.1	Hst. Kraftwagen(motoren) (0,01)	NA-C
C26.2	Hst. Datenverarbeitungsgeräte (0)	NA-C
C18.2	Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger (0)	NA-C

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Werte in Klammer = Anteil in %.

Insgesamt sind es danach in der Kernstadt (Übersicht 4.5; links) immerhin 42 Branchengruppen mit 12,3% der Wiener Beschäftigten, welche durch Kooperationsbeziehungen mit dem Umland

ihr SWOT-Profil signifikant verbessern könnten. Dabei könnten durch interregionale Zusammenarbeit in immerhin 29 Fällen Schwächen beseitigt und in 5 Fällen Risiken abgebaut werden, in immerhin 12 Branchengruppen würden dadurch neue Stärkefelder entstehen. Dabei würden diese kooperationsbedingten Zugewinne an Entwicklungspotential auch durchaus namhafte und beschäftigungsintensive Wiener Branchengruppen betreffen, etwa den Straßenbau bzw. den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln (R-ST), den Einzelhandel mit verschiedenen Waren und Textilien, den sonstigen Großhandel und den Straßengüterverkehr (SW-C), den Großhandel mit Gebrauchsgütern, den Landverkehr und die Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse (NA-ST) sowie den Handel mit Kraftwagen (NA-C).

In der übrigen Metropolregion (Übersicht 4.5; rechts) könnte mit 63 (oder rund einem Viertel) noch eine etwas größere Zahl von Branchengruppen durch intra-metropolitane Zusammenarbeit eine relevante Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition herbeiführen. Hier könnten durch interregionale Kooperation in immerhin 49 Branchengruppen neue Chancen und in 14 neue Stärken entstehen, während in 4 Fällen Risiken abgebaut und in 18 Fällen Schwächen beseitigt werden könnten. Beschäftigungsintensive Bereiche wären von Kooperationsgewinnen im niederösterreichischen und burgenländlichen Teil der Metropolregionen sogar noch stärker betroffen als in der Kernstadt Wien – namentlich die öffentliche Sicherheit bzw. Kindergärten (R-ST), Kreditinstitute, Krankenhäuser und Dienstleistungen der Informationstechnologie (SW-C), Unternehmensführung und Luftfahrt (NA-ST) sowie das sonstige Sozialwesen, die Hotellerie und Steuerberatung bzw. Werbung (NA-C).

Insgesamt scheint die Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten im ökonomischen Bereich damit ein durchaus großer Hebel zu sein, um die Wettbewerbsposition der beiden Teilregionen der Metropolregionen zu verbessern und damit Entwicklungspotentialen in Kernstadt wie Umland stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Dies lässt sich abschließend nochmals anhand der Übersicht 4.6 bzw. Übersicht 4.7 zeigen, in welchen die SWOT-Position und deren Veränderung durch interregionale Kooperation nochmals gesondert für die 25 jeweils größten handelbaren Branchengruppen der beiden Teilräume dargestellt sind.

Übersicht 4.6: SWOT und Kooperationsgewinne: Die TOP 25 handelbaren Branchengruppen in der Stadt Wien

		Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH
K64.1	Kreditinstitute	22.217	2,3	1,30	1,68	0,69	ST		
J62.0	DL der Informationstechnologie	19.716	2,0	2,03	1,62	0,87	ST		
G46.4	Großhandel Gebrauchs-/Verbrauchsgüter	17.364	1,8	1,77	1,04	1,16		+	NA-ST
H49.3	Sonst. Personenbeförderung Landverkehr	16.406	1,7	1,40	1,02	1,26		+	NA-ST
M71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	14.250	1,5	1,12	1,18	0,82	ST		
M70.2	Unternehmensberatung	14.066	1,4	1,78	1,63	0,89	ST		
M73.1	Werbung	13.867	1,4	1,87	1,68	0,97	ST		
M69.2	Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	11.411	1,2	1,43	1,53	0,94	ST		
H52.2	Sonst. DL für den Verkehr	10.888	1,1	0,97	0,77	1,41		+	
M69.1	Rechtsberatung	9.831	1,0	1,81	1,52	1,06	ST		
J63.1	Datenverarbeitung/Hosting	8.738	0,9	2,11	1,68	1,00	ST		
G46.6	Großhandel sonstige Maschinen	8.567	0,9	1,04	0,77	1,09		+	
G46.7	Sonstiger Großhandel	8.517	0,9	0,81	0,65	1,19	SW	+	SW-C
C27.1	Hst. Elektromotoren/Generatoren	7.915	0,8	1,47	0,81	1,01	R	+	
K65.1	Versicherungen	7.561	0,8	1,48	1,64	0,77	ST		
H49.4	Güterbeförderung Straßenverkehr	7.144	0,7	0,52	0,75	1,38	SW	+	SW-C
J58.1	Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	5.562	0,6	2,06	1,58	0,98	ST		
G46.1	Handelsvermittlung	5.524	0,6	0,88	1,07	1,07		+	
G46.3	Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	4.925	0,5	0,71	0,67	1,41	SW	+	SW-C
M72.1	F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwiss./Medizin	4.914	0,5	1,76	1,40	0,84	ST		
D35.1	Elektrizitätsversorgung	4.581	0,5	0,88	1,18	0,90	C		
G46.5	Großhandel Informationstechnik	4.433	0,5	2,16	1,38	1,03	ST		
C10.7	Hst. Back-/Teigwaren	4.247	0,4	0,62	0,86	1,10	SW	+	SW-C
C33.1	Reparatur Maschinen/Ausrüstungen	4.005	0,4	1,17	0,60	0,94	R	+	
C21.2	Hst. pharmazeutische Erzeugnisse	3.920	0,4	2,21	1,08	1,11		+	

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko; Spalte KOOP+: + = Branchengruppe profitiert von Kooperation; Spalte KOOPCH: Kooperation verändert SWOT-Profil, dabei R-ST = von Risiko zu Stärke, SW-C = von Schwäche zu Chance, NA-ST = von nicht ausgeprägt zu Stärke, NA-C = von nicht ausgeprägt zu Chance.

In der Kernstadt Wien (Übersicht 4.6) würde danach immerhin knapp die Hälfte der 25 beschäftigungsstärksten handelbaren Branchengruppen von Kooperation mit der übrigen Metropolregion profitieren. Die übrigen Bereiche finden sämtlich ein günstiges Umfeld komplementärer Branchen auch in Wien selbst vor und sind damit auch ohne interregionale Vernetzung mit nur einer Ausnahme als Stärkefelder der Stadtwirtschaft zu qualifizieren. Von den 12 verbleibenden sektoralen Kooperationsgewinnern können immerhin 7 durch die intra-metropolitane Zusammenarbeit ihr gesamtes SWOT-Profil signifikant verbessern. Dies betrifft vor allem den Großhandel mit Gebrauchsgütern und den Landverkehr, die neben Kreditinstituten und Dienstleistungen der Informationstechnologien die beschäftigungsreichsten Branchengruppen der Stadt darstellen. Auch die in der regionalen Industrie wichtige Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse könnte ein wenig ausgeprägtes SWOT-Profil durch Zusammenarbeit in Richtung Stärke weiterentwickeln. Zudem wäre es in Wien für den sonstigen Großhandel, die Güterbeförderung auf der Straße, den Großhandel mit Nahrungsmitteln und die Herstellung von Backwaren möglich, durch eine stärkere Vernetzung mit komplementären Aktivitäten im Umland Schwächen zu überwinden und sich zu Chancenbereichen der Stadtwirtschaft weiter zu entwickeln.

Übersicht 4.7: SWOT und Kooperationsgewinne: Die TOP 25 handelbaren Branchengruppen in der übrigen Metropolregion

		Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
H52.2	Sonst. DL für den Verkehr	10.664	2,6	2,25	1,41	0,77	ST		
H49.4	Güterbeförderung Straßenverkehr	8.197	2,0	1,41	1,38	0,75	ST		
G46.7	Sonstiger Großhandel	5.911	1,4	1,34	1,19	0,65	ST		
H51.1	Personenbeförderung Luftfahrt	5.839	1,4	7,86	0,93	1,20		+	NA-ST
G46.6	Großhandel sonstige Maschinen	5.534	1,3	1,59	1,09	0,77			
M71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	5.022	1,2	0,94	0,82	1,18		+	
K64.1	Kreditinstitute	4.961	1,2	0,69	0,69	1,68	SW	+	SW-C
G46.4	Großhandel Gebrauchs-/Verbrauchsgüter	4.084	1,0	0,99	1,16	1,04			
M70.2	Unternehmensberatung	3.585	0,9	1,08	0,89	1,63		+	
G46.3	Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	3.501	0,9	1,21	1,41	0,67	ST		
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	3.327	0,8	1,27	0,89	0,59	R		
H49.3	Sonst. Personenbeförderung Landverkehr	3.225	0,8	0,66	1,26	1,02	C		
J62.0	DL der Informationstechnologie	3.183	0,8	0,78	0,87	1,62	SW	+	SW-C
G46.1	Handelsvermittlung	3.121	0,8	1,18	1,07	1,07			
C10.7	Hst. Back-/Teigwaren	2.948	0,7	1,03	1,10	0,86			
M69.2	Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	2.830	0,7	0,84	0,94	1,53		+	NA-C
M73.1	Werbung	2.763	0,7	0,89	0,97	1,68		+	NA-C
G46.2	Großhandel landwirtschaftliche Produkte	2.653	0,6	1,68	1,28	0,61	ST		
D35.1	Elektrizitätsversorgung	2.613	0,6	1,19	0,90	1,18		+	NA-ST
C28.9	Hst. Maschinen f. sonst. WZweige	2.470	0,6	0,98	0,85	0,63			
C25.1	Stahl-/Leichtmetallbau	2.299	0,6	0,99	0,87	0,52			
C28.1	Hst. nicht wirtschaftszweigspez. Maschinen	2.194	0,5	1,63	0,85	0,70	R		
C31.0	Hst. Möbel	2.022	0,5	0,68	1,06	0,60			
C18.1	Hst. Druckerzeugnisse	1.976	0,5	1,61	0,89	1,29	R	+	R-ST
C10.1	Fleischverarbeitung	1.764	0,4	1,06	1,02	0,62			

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko; Spalte KOOP+: + = Branchengruppe profitiert von Kooperation; Spalte KOOPCH: Kooperation verändert SWOT-Profil, dabei R-ST = von Risiko zu Stärke, SW-C = von Schwäche zu Chance, NA-ST = von nicht ausgeprägt zu Stärke, NA-C = von nicht ausgeprägt zu Chance.

Im Wiener Umland (Übersicht 4.7) ist es im Gegenzug immerhin 9 der 25 größten handelbaren Branchengruppen möglich, ihre Wettbewerbsposition durch Kooperation zu verbessern. Dabei dürften durch Zugriff auf ein dafür günstigeres Umfeld in der Kernstadt Wien in immerhin drei großen Branchengruppen der übrigen Metropolregion neue Stärken entstehen, darunter nicht zuletzt im Personenluftverkehr als einem der größten handelbaren Bereiche, aber auch in Elektrizitätsversorgung und bei Druckereien, welche damit von Risikobereichen zu Stärken mutieren. Neue Chancen sind durch Kooperation für 5 der größten 25 Branchengruppen zu erwarten, nicht zuletzt für Architektur- und Ingenieurbüros sowie für Kreditinstitute, Bereiche, die im Wiener Umland jeweils um die 5.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigten.

Insgesamt lässt damit auch unsere Sichtung der SWOT-Profile der Metropolregion und ihrer Teilräume erkennen, dass verstärkte Kooperation innerhalb des Agglomerationsraums und eine forcierte Vernetzung der hier handelnden wirtschaftlichen Akteure erhebliche ökonomische Entwicklungspotentiale freisetzen könnten. Immerhin würden nach unseren Berechnungen in den beiden Teilräumen der Metropolregion Branchengruppen mit insgesamt mehr als einer

halben Million Beschäftigten (544.604 oder 39,3% der gesamten Beschäftigung in diesem Raum) von verstärkter intra-metropolitaner Kooperation profitieren, für Branchengruppen mit rund 222.300 Beschäftigten (rund 16% der Beschäftigten in der Metropolregion) wäre eine signifikante Aufwertung ihrer SWOT-Ausprägung die Folge. Das Heben dieses bedeutenden Potentials könnte für die Agglomeration Wien angesichts ihrer hohen demographischen Dynamik von großer Bedeutung sein, weil eine weitgehend vollständige Teilhabe der (wachsenden) Bevölkerung am Erwerbsleben nur mit einer pointiert produktivitäts- und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zu erreichen sein wird (Mayerhofer et al., 2015). Verstärkte Bemühungen zur Kooperation innerhalb der Metropolregion können in einer solchen wirtschaftspolitischen Ausrichtung wesentlicher Baustein sein.

5. Möglichkeiten intra-metropolitaner Zusammenarbeit in der Metropolregion: Übergeordnete Aspekte

5.1 Vorteile der Kooperation: Internalisierung von externen Effekten; Nutzung von Synergien

Insgesamt haben unsere empirischen Analysen einerseits gezeigt, dass die funktionalen Verflechtungen zwischen Kernstadt und Umland in der Metropolregion Wien mittlerweile eine Intensität angenommen haben, die eine effiziente Politik der beteiligten Gebietskörperschaften allein im eigenen Wirkungsbereich ausschließt (Abschnitt 3): Die Ergebnisse isolierter Entscheidungen werden wegen des erreichten (hohen) Verflechtungsgrads notwendig auch in anderen Gebietskörperschaften spürbar. Eine Abstimmung und Koordination dieser fragmentierten Entscheidungen ist damit notwendig, sollen die potentiellen Agglomerationsvorteile der Metropolregion auch vollständig ihre Wirkung entfalten können (vgl. auch Abschnitt 2). Zum anderen haben unsere Analysen zu den ökonomischen Stärkefeldern und Umfeldbedingungen in Kernstadt und Umland (Abschnitt 4) erkennen lassen, dass Kooperation in wirtschaftlichen Bezügen erhebliche Kooperationsgewinne verspricht. So dürften danach in der Metropolregion Branchengruppen mit mehr als einer halben Million Beschäftigten direkt von verstärkter intra-metropolitaner Kooperation profitieren, für etwa die Hälfte von ihnen ist damit eine signifikante Aufwertung ihres Stärkeprofils verbunden. Auch weitere Vorteile von Kooperation in funktional verflochtenen Stadtregionen sind auf Basis der einschlägigen Literatur (vgl. etwa *Pitlik – Wirth, 2012; OECD, 2013a, 2015; Gutheil-Knopp-Kirchwald – Bröthaler, 2015; Hameter – Paul, 2017; Heyn – Wilbert, 2018*) möglich:

- So können öffentliche Dienstleistungen in vielen Fällen in Kooperation effizienter bereitgestellt werden, weil Doppelgleisigkeiten vermieden, bestehende Einrichtungen besser ausgelastet und (bei gemeinsamem Angebot) Größenvorteile genutzt werden können⁴⁰). Gemeinsame Aufgabenerfüllung verspricht also Kosteneinsparungen und Effizienzgewinne.
- Gleichzeitig kann eine solche Zusammenarbeit beim Angebot öffentlicher Dienste auch Qualitätssteigerungen induzieren: Arbeitsteilung und damit eine höhere Auslastung und Professionalisierung der Fachkräfte werden möglich, auch können Fachkräfte mit hoher Spezialisierung in vielen Fällen erst im Verbund ausgelastet (und deren Dienste damit sinnvoll angeboten) werden. Damit können Kooperation und Zusammenarbeit auch den Handlungsspielraum von (vor allem kleinen) Gebietskörperschaften erhöhen und ihnen ein kontinuierliches Verfolgen strategischer (langfristiger) Ziele erst ermöglichen.
- Ganz generell kann Kooperation zu einer Verbesserung der regionalen Raumstruktur, einer Optimierung der Funktionsteilung zwischen den Teilräumen, aber auch zu Umwelt-

⁴⁰) Größenvorteile in der Produktion und Nutzung öffentlicher Leistungen sind vor allem bei Aufgaben mit kapitalintensiver Produktion (etwa im Infrastrukturbereich) zu erwarten. Dagegen sind arbeitsintensive Dienste (etwa im Sozialbereich) eher durch konstante Skalenerträge gekennzeichnet (*Dollery et al., 2008*).

und Klimaschutz beitragen, indem sie negative Externalitäten individueller Entscheidungen reduziert und eine faire(re) Ressourcen- und Lastenverteilung innerhalb der Region möglich macht. So kann etwa eine abgestimmte Standortplanung zur Verkehrsvermeidung beitragen und Zersiedlung bzw. fragmentierte Raumentwicklung dämpfen. Auch kann eine kooperative (und anreizkompatible) Wirtschaftspolitik die intra-metropolitane Standortkonkurrenz um Steuereinnahmen in geregelte Bahnen lenken und damit deren Konsequenzen etwa in Form exzessiven Landverbrauchs, suboptimaler Flächennutzung und/oder sozioökonomischer Segregation hintanhalten.

- Gemeinsames Vorgehen kann über Ressourcenpooling, Aufgabenteilung und der Abstimmung von Positionen und Argumentationslinien auch zu einer stärkeren Positionierung gegenüber Dritten beitragen. So kann Kooperation die Interessensdurchsetzung im Inneren (v.a. gegenüber übergeordneten Gebietskörperschaften) erhöhen, aber (und vor allem) auch die Außenwahrnehmung stärken und so die Attraktivität für Investoren bzw. die Wettbewerbsfähigkeit in der übergeordneten Standortkonkurrenz erhöhen. Dies durch eine größere Durchschlagskraft von Marketingaktivitäten, aber auch durch eine qualitative wie quantitative Verbesserung des Standortangebots durch Funktionsteilung und eine damit mögliche Optimierung des Angebotsportfolios.
- Nicht zuletzt werden durch Kooperation und gemeinsame Arbeit Schlüsselpersonen zusammengeführt, die für die Entwicklung der Region von Bedeutung sind. Dies ermöglicht Lernprozesse und trägt zur Bildung einer gemeinsamen Wissensbasis über Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen in der Region bei. Gleichzeitig werden durch die vielfältigen und wiederkehrenden Interaktionen und Face-to-Face-Kontakte in Kooperations- und Koordinationsprozessen informelle Beziehungen und kurze Kommunikationswege begünstigt und letztlich eine Vertrauensbasis aufgebaut, welche Konflikte besser bearbeitbar macht. Konkrete (und auch innovative) Lösungen für nur im regionalen Kontext lösbare Probleme werden damit wahrscheinlicher.

Angesichts dieser vielfältigen (potentiellen) Vorteile von intra-metropolitane Zusammenarbeit scheint es durchaus verwunderlich, dass eine explizite "Agglomerationspolitik" als der Arbeit an und der Förderung von regionalen Governance-Systemen und Anreizstrukturen zugunsten interkommunaler Kooperation in Österreich bislang erst in Ansätzen erkennbar ist⁴¹⁾ – anders übrigens als etwa in Frankreich, aber auch in Deutschland und der Schweiz als ebenfalls föderal

⁴¹⁾ Konzeptionelle Grundlagen dafür wurden – nach einer ersten Definition des Handlungsfeldes im Österreichischen Raumordnungskonzept (ÖREK) von 2011 (ÖROK, 2011) – in Form einer umfassenden Agenda (ÖROK, 2016) von der ÖREK-Partnerschaft "Kooperationsplattform Stadtregion" unter breiter Beteiligung relevanter Träger (Städtebund, Bundeskanzleramt, Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg, Gemeindebund, Städte Wien, Graz, Salzburg, Lienz und Ternitz, PGO, Stadt-Umland-Management Wien-Niederösterreich sowie Regionalmanagement Graz/Graz-Umgebung) erarbeitet. Ihre Ergebnisse sind in der Folge in ÖROK-Empfehlungen für eine österreichische Stadtregionspolitik (ÖROK, 2017) eingeflossen. Sie schlagen mit der Zielsetzung eines fairen Interessensausgleichs zwischen Kernstadt und Umland durchaus zielführende und auch innovative Formen der Steuerung und des finanziellen Ausgleichs zugunsten einer kooperativen Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung vor. Obwohl gemeinsam beschlossen, harren diese Vorschläge freilich noch weitgehend ihrer Umsetzung. Eine solche könnte die Voraussetzungen für tragfähige Kooperationen (auch) in der Metropolregion in erheblichem Maße verbessern.

organisierte Bundesstaaten. Auch in der Metropolregion Wien sind in der Frage einer stärkeren intra-metropolitanen Zusammenarbeit in den letzten Jahren allenfalls überschaubare Fortschritte erkennbar.

Vor diesem Hintergrund werden wir in der Folge versuchen, auf Basis einer Sichtung von Ausgangslage und Rahmenbedingungen intra-metropolitaner Kooperation in der Metropolregion Überlegungen anzustellen, wie stärkere Zusammenarbeit und gemeinsame Lösungsansätze im Agglomerationsraum Wien befördert, institutionell unterlegt und auf Basis gemeinsamer Projekte und Initiativen umgesetzt werden könnten. Dabei streben wir nicht an, ein vollständiges Kompendium von möglichen und sinnvollen Maßnahmen zur Stärkung intra-metropolitaner Kooperation zu bieten und/oder weitreichende Vorschläge für ein "optimales" System interregionaler Zusammenarbeit zu entwerfen, deren Umsetzung in der Praxis angesichts der Interessenslagen der handelnden Akteure, historisch gewachsener Planungs- und Politikulturen, aber auch den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen und Kompetenzlagen kaum chancenreich scheint. Vielmehr werden wir pragmatisch einige Wirkungshebel aufzeigen und Ansätze diskutieren, die Potential für eine Stärkung intra-metropolitaner Zusammenarbeit im Großraum Wien versprechen, gleichzeitig aber auch im Rahmen der "Realverfassung" der institutionellen Gegebenheiten und Akteurskonstellationen in der Region als realistisch gelten können. Inhaltlich fußen diese Überlegungen auf den Ergebnissen der nationalen und internationalen Literatur und Erkenntnissen aus "good-practice"-Beispielen aus dem In- und Ausland. Besonders wesentlich dafür sind aber die Ergebnisse einer Reihe von strukturierten Interviews mit hochrangigen Stakeholdern in der Region, die im Rahmen des Forschungsprojektes geführt werden konnten. Ihre große Expertise und Erfahrung in den Bereichen Stadtentwicklung, Raumplanung, Verkehrspolitik, Wirtschafts- und Standortpolitik sowie Arbeitsmarktpolitik war für eine praxisbezogene Sicht auf die Probleme und Lösungsmöglichkeiten intra-metropolitaner Zusammenarbeit in der Metropolregion von unschätzbbarer Bedeutung. Eine Liste der im Rahmen dieser Interviews befragten Persönlichkeiten findet sich im Literaturverzeichnis, ihnen sei an dieser Stelle sehr herzlich für ihre wertvollen Beiträge und Anregungen gedankt.

5.2 Ausgangsbedingungen für stadregionale Zusammenarbeit in der Metropolregion

Zunächst sei unseren Überlegungen die Hypothese vorangestellt, dass die Metropolregion Wien aus einer Reihe von Gründen ein besonders schwieriges Terrain für funktionierende Kooperationsbeziehungen auf stadregionaler Ebene darstellt. Dies mag das oben angesprochene Paradoxon nur schwacher Fortschritte in der stadregionalen Zusammenarbeit trotz ihrer offensichtlichen Vorteile in Teilen erklären. Jedenfalls stellt es ein Charakteristikum des regionalen Kontexts dar, welches in den weiteren Reflexionen zur Wahl und Ausrichtung tragfähiger Maßnahmen und Instrumente zur Stärkung von Kooperationsbeziehungen von Bedeutung sein wird. Die Grundlage für diese Hypothese wird unmittelbar klar, wenn man Erfahrungen zu den Erfolgsfaktoren intra-metropolitaner Kooperation (aus der Literatur und den Ergebnissen der

Stakeholder-Interviews) den spezifischen institutionellen und akteursbezogenen Gegebenheiten in der Metropolregion gegenüberstellt.

5.2.1 *Determinanten intra-kommunaler Kooperationserfolge*

Auch wenn wegen des Einflusses des jeweiligen regionalen Kontexts auf das Ergebnis intrametropolitane Kooperation aus bisherigen Erfahrungen kein "Erfolgsrezept" abgeleitet werden kann, lassen sich doch eine Reihe von Einflüssen abgrenzen, die eine solche Zusammenarbeit typischerweise begünstigen oder behindern:

- a) *Spürbarer Problemlösungsbedarf*: Treibende Kraft für Kooperation ist nach allen Erfahrungen in den meisten Fällen ein konkreter (und spürbarer) Problemdruck – und nicht das Bewusstsein über mögliche Kooperationsgewinne. Kooperationsvoraussetzung ist also die Existenz eines Problems, das als kollektiv erlebt wird sowie eine geteilte Wahrnehmung darüber, dass dieses Problem wegen der funktionalen Verflechtungen im Kooperationsraum nur gemeinsam zu lösen sein wird.
- b) *Gemeinsames Interesse*: Notwendige Voraussetzung vor allem freiwilliger Kooperationen ist vor diesem Hintergrund die Identifikation gemeinsamer Interessen und (längerfristig) die Kompatibilität der Entwicklungsziele der beteiligten Partner. Befördert wird dies durch eine ähnliche Betroffenheit von den, der Zusammenarbeit zugrundeliegenden Problemen, aber auch einem ausreichenden "kulturellen Fit" der Partner in Hinblick auf lokale Identitäten und vorherrschende Lebensbedingungen und -entwürfe.
- c) *"Nettoertrag" der Kooperation*: Notwendige Bedingung für Entstehen wie Bestand von (freiwilligen) Kooperationen ist zudem, dass ihre oft erheblichen (Transaktions-)Kosten ihren (erwarteten) Ertrag bzw. Nutzen nicht übersteigen. Da diese Kosten wiederum von der Komplexität der Partnerstrukturen und -beziehungen im Kooperationsnetz (mit)bestimmt sind, werden Wahrscheinlichkeit und Erfolg der Kooperation ceteris paribus mit der Zahl der einzubeziehenden Gebietskörperschaftsebenen und der Zahl der, für die Zusammenarbeit notwendigen Akteure auf jeder dieser Ebenen abnehmen.
- d) *Machbarkeit*: Insgesamt muss das Potential der Zusammenarbeit als groß genug angesehen werden, um das zugrundeliegende Problem lösen bzw. die gesteckten Ziele erreichen zu können. Dies bedingt einerseits die Klärung latenter Konflikte und Vorbehalte zwischen den Partnern zum Aufbau des notwendigen gegenseitigen Vertrauens. Andererseits ist dazu die tatsächliche Fähigkeit der einzelnen Kooperationspartner notwendig, relevant zur Zielerreichung beitragen zu können – was wiederum die Existenz formaler wie inhaltlicher Kompetenzen, aber auch die Verfügbarkeit wirksamer Instrumente zur Zielerreichung voraussetzt.
- e) *Vollständigkeit und "Augenhöhe" der Partner*: Nicht zuletzt werden die Erfolge einer Kooperation auch dadurch bestimmt sein, inwieweit dabei alle Akteure einbezogen werden können, die das Erreichen der Kooperationsziele in relevantem Umfang unterstützen, aber auch be- oder verhindern können. Gleichzeitig müssen sich diese Partner für

- eine erfolgreiche kooperative Arbeit und Abstimmung auf Augenhöhe begegnen (können).
- f) *"Struktureller Fit" der Partner*: Aus diesem Grund hat sich eine gewisse strukturelle Kongruenz der beteiligten Partner – etwa in Hinblick auf Bevölkerungsgröße, PlanungsKapazitäten und/oder Problemlösungskompetenzen (und damit Durchsetzungsmacht) – als wesentliche Erfolgsdeterminante kooperativer Arbeit erwiesen. Ähnlich wirken vergleichbare institutionelle und legistische Rahmenbedingungen (und damit Entscheidungskompetenzen und -abläufe) hilfreich, in welchen die Kooperationspartner operieren.
 - g) *Vertikale Impulse als Notwendigkeit*: Wie Analysen der OECD (2015, 2017, 2018a) und anderer AutorInnen (etwa Nelles et al., 2018) zeigen, werden regionale Kooperationen in ihrer großen Mehrzahl durch öffentliche (und nicht private) Träger angestoßen, wobei hier vertikale Impulse ("top-down") gegenüber Impulsen auf gleicher (horizontaler) Ebene wegen der hier vorherrschenden Konkurrenzbeziehungen dominieren. Kooperationen, soweit sie über die unmittelbare Projektebene hinausgehen, entstehen also typischerweise nicht "bottom-up", sondern werden "von oben" initiiert – etwa indem die übergeordnete (staatliche oder supranationale) Ebene durch die Förderung kooperativer Modellvorhaben Impulse setzt und so kooperative Formen der Selbststeuerung initiiert oder solche Formen bei schwierigen Themen auch erzwingt.
 - h) *Anreizkompatibilität der fiskalischen Rahmenbedingungen*: Nicht zuletzt können Kooperationen durch fiskalische Anreize unterstützt oder behindert werden, wie sie durch die jeweilige finanzverfassungsrechtliche Situation bzw. die Charakteristika des jeweiligen Finanzausgleichssystems notwendig entstehen. So wird etwa eine Verteilung von Steuereinnahmen nach ihrem lokalen Aufkommen räumlich übergreifenden Kooperationsprojekten eher entgegenstehen. Andererseits kann eine hohe fiskalische Verantwortlichkeit der Gebietskörperschaften (also verstärkte Steuerautonomie) eine kooperative Erstellung öffentlicher Leistungen (aus Kostengründen) anregen. Die Herstellung von Anreizkompatibilität im fiskalischen Rahmen ist also wesentliches Element jeder Politik zur Stärkung intra-metropolitaner Kooperation, auch weil die Wirkungen fiskalischer Anreize für die beteiligten Akteure unmittelbar spürbar sind und deren Handlungsspielraum erheblich beeinflussen.
 - i) *Unterstützung durch die politische Ebene; "Promotoren"*: Letztlich bedürfen alle Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften der Zustimmung bzw. des Wohlwollens der jeweiligen politischen Akteure, wobei dieses Commitment angesichts der zeitlichen Inkongruenz von Wahlzyklen und (meist langfristigen) Kooperationszielen und der geringen "Massentauglichkeit" von Kooperationsthemata nicht automatisch unterstellt werden kann. Erfahrungsgemäß sind für den langfristigen Bestand von Kooperationslösungen zudem "Promotoren" notwendig, also EntscheidungsträgerInnen und/oder VertreterInnen der Fachebene, welche sich das Kooperationsthema zu eigen machen und die Zusammenarbeit durch besonderes Engagement unterstützen.

5.2.2 Institutionell-verfassungsrechtliche Grundaufstellung in der Metropolregion

Stellt man diesen unterstützenden bzw. hemmenden Faktoren für interregionale Zusammenarbeit nun die, aus der Verfassungslage vorgegebene Akteursaufstellung und Kompetenzlage in der Metropolregion gegenüber, so wird klar, dass die Voraussetzungen für kooperatives Arbeiten in der Stadtregion Wien keineswegs günstig sind. Sichtbar wird ein auch durch seinen föderalen Aufbau großes und zersplittertes Governance-System, in dem – bei durchaus sensibler Machtverteilung – gemeinsame Aktivitäten und Initiativen zur räumlichen Entwicklung in der größeren Stadtregion grosso modo nur im Konsens möglich sind. Gleichzeitig sind einige Besonderheiten der Metropolregion Wien (im Vergleich auch zu anderen Stadtregionen) zu identifizieren, aufgrund derer Kooperationsprozesse in diesem Raum noch zusätzlich an Komplexität gewinnen (vgl. dazu schon früh etwa *Antalovsky et al.*, 1994 bzw. *Schindegger*, 1999; später etwa *ÖROK*, 2016 bzw. *Hameter – Paul*, 2018).

- So liegt die Kompetenz für umfassende ("überörtliche") Raumordnung sowie Wirtschaftsentwicklung als zentralen Bereichen mit raumrelevanten externen Effekten (und damit Abstimmungsbedarfen) verfassungsgemäß bei den Ländern. Sie erstellen die Planungsgrundlagen und Entwicklungskonzepte in raumrelevanten Belangen für ihren eigenen Wirkungsbereich. Darüber hinaus verfügen sie allerdings nur über beschränkte raumwirksame Maßnahmenbereiche.
- Für die Umsetzung ihrer Entwicklungsvorstellungen sind die Bundesländer daher einerseits auf den Bund angewiesen: Mehrere Bundesministerien verfügen über wichtige raumwirksame Maßnahmezuständigkeiten und nehmen die dazu notwendigen Fachplanungen vor. Eine Koordination dieser Maßnahmen in räumlicher Hinsicht findet (selbst) auf Bundesebene kaum statt, auch weil die gesetzliche Grundlage dazu fehlt. Formalisierte vertikale Abstimmungsmechanismen zwischen Bund und Ländern (bzw. weiterführend Gemeinden) existieren ebenfalls praktisch nicht.
- Andererseits erfolgt die konkrete Umsetzung der Raumplanung der Länder auf lokaler Ebene vorrangig über das daran geknüpfte Baurecht. Baubehörde ist die Gemeinde, welche im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die örtliche Raumordnung auch Flächen- und Bebauungsplan verantwortet. Dabei ist die Autonomie der Gemeinden stark ausgebaut, und zwischen diesen herrschen in vielen Bereichen Konkurrenzbeziehungen vor, während interkommunale Kooperation in Österreich nur beschränkt Tradition hat.
- Vor dem Hintergrund der genannten Gemeindeautonomie ist zwar eine Durchbindung beschränkender Vorgaben der überörtlichen Raumplanung in die örtlichen Planungsdokumente möglich (wenn auch erst in jüngerer Zeit bzw. nach Bundesländern unterschiedlichen Standards). Eine Implementierung von Vorstellungen der Bundesländer zur Raum- oder Wirtschaftsentwicklung ist gegen individuelle Gemeindeinteressen dagegen nicht möglich. Hier können allein dialogische Formen der Überzeugungsarbeit und/oder die Arbeit mit Anreizen zum Ziel führen, wobei Instrumente dazu teils erst in Ansätzen entwickelt sind.

- Auf der Ebene der Metropolregion sind formal wirkungsmächtige Institutionen, welche verbindliche Planungsgrundlagen für diesen größeren Raum verantworten könnten, inexistent. Eine intra-metropolitane Abstimmung der Politiken ihrer Gebietskörperschaften bleibt damit notwendig informell und freiwillig, was – trotz durchaus funktionierender Plattformen dazu auf nationaler (ÖROK) wie stadtreionaler Ebene (PGO) – umsetzungsrelevante Ergebnisse in konfliktträchtigen Themenfeldern ebenso erschwert wie eine integrierte und gesamthafte Steuerung stadtreionaler Entwicklung.
- Zusätzliche Komplexität für Kooperationsaktivitäten in der Metropolregion geht davon aus, dass die funktionale Stadtregion auch Bundesländergrenzen überschreitet. Zusammenarbeit erfordert damit hier (und nur hier) die Abstimmung und Verschränkung von zwei (engere Stadt-Umland-Region) bzw. drei (gesamte Metropolregion) unterschiedlichen Planungsregimen und Politiksystemen – mit voneinander abweichenden Grundlagen etwa in strategischen Zielsetzungen und Entwicklungsvorstellungen, aber auch der Gesetzgebung und Vollziehung in relevanten Themenbereichen, dem Spektrum an Fördermodellen oder der Trägerschaft von Infrastrukturen.
- Besonderheit in der Metropolregion ist zudem die Stellung der Kernstadt Wien als Land und Gemeinde. Dies reduziert die typischen Abstimmungsprobleme zwischen überörtlicher und örtlicher Entwicklungsplanung (siehe oben) und schafft Potentiale zur Effizienzsteigerung durch verkürzte Instanzenzüge. In stadtreionaler Perspektive wird dadurch aber – bei ungleich geringeren Kompetenzen der Wiener Stadtbezirke im Vergleich zu den niederösterreichischen (und burgenländischen) Gemeinden – auch die Asymmetrie zwischen Kernstadt und Umland in Einwohnerzahl, politischem "Gewicht" und Finanzkraft (und damit Verhandlungsposition) verstärkt, welche Kooperationsbeziehungen in Agglomerationsräumen typischerweise kennzeichnet (und belastet).
- Dies umso mehr, als die kommunale Ebene in der Metropolregion extrem fragmentiert ist: Auf dieser für die konkrete (örtliche) Umsetzung von Entwicklung verantwortlichen Ebene finden sich in der größeren Stadtregion mehr als 270 Gemeinden, im engeren (niederösterreichischen) Stadt-Umland sind es immer noch mehr als 50. Dabei erreichen die Umlandgemeinden in vielen Fällen kaum ein Zehntausendstel der Bevölkerungszahl Wiens.

5.2.3 Inwieweit stimmen die Voraussetzungen für Kooperation? Ansatzpunkte zur Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen

Vergleicht man diese institutionell-verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in der Metropolregion mit den oben skizzierten Determinanten für erfolgreiche stadtreionale Zusammenarbeit, so wird unmittelbar klar, dass intra-metropolitane Kooperation bei vorgegebener Grundaufstellung erheblichen Hindernissen gegenübersteht. Zu deren Überwindung scheint eine Reihe von begleitenden Maßnahmen erforderlich.

Problemlösungsbedarf (a) und gemeinsames Interesse (b)

So fällt schon die Einschätzung zu den oben erstgenannten (und notwendigen) Voraussetzungen für intra-metropolitane Kooperation, nämlich der Existenz eines spürbaren Problemlösungsbedarfs (Determinante a) und eines gemeinsamen Interesses bzw. kompatibler Entwicklungsziele (b) auf Seiten der potentiellen Kooperationspartner bei genauerer Analyse ambivalent aus. Tatsächlich dürfte mangelnder (spürbarer) Problemlösungsbedarf historisch wesentliche Ursache für die nur langsame Entwicklung intra-metropolitane Kooperation in zentralen Themenfeldern gewesen sein: Die Umlandgemeinden und -länder profitierten über lange Jahrzehnte quasi automatisch von Suburbanisierungs- und Dezentralisierungsgewinnen aus der Kernstadt und den damit verbundenen fiskalischen Vorteilen (bevölkerungsbezogene Ertragsanteile; Kommunalsteuererträge nach der lokalen Lohnsumme). Boden war auch im engeren Umland ausreichend verfügbar, was eine weitgehend marktgesteuerte Flächenentwicklung ohne (zunächst spürbare) negative externe Effekte zuließ. In der Kernstadt wiederum hielten – neben einer noch schwachen demographischen Entwicklung – die erwähnten Suburbanisierungs- und Dezentralisierungsprozesse den Bodendruck und Infrastrukturbedarfe in Grenzen. Auch trug die selektive Abwanderung von Betrieben zum hohen Produktivitäts- und damit Lohnniveau in der Stadt bei, was als Anreiz für das Einpendeln von Arbeitskräften aus den Umlandregionen (und damit Voraussetzung für die Nutzung urbaner Agglomerationsvorteile) auch notwendig war.

Allerdings dürfte der Problemdruck als potentieller Auslöser für intra-metropolitane Kooperationsbedarfe mit dem Einsetzen des auch im Vergleich der europäischen Großstadtreionen hohen Bevölkerungswachstums in der Metropolregion⁴²⁾, aber auch den im näheren Stadt-Umland zunehmend sichtbaren Konsequenzen vergangener (Fehl-)Entscheidungen in Siedlungs- und Standortpolitik in den letzten beiden Dekaden deutlich gestiegen sein: Siedlungsdruck und steigende Bodenpreise, Flächenknappheit und Nutzungskonflikte bei fehlenden Möglichkeiten zur Mobilisierung von Bodenreserven, Ballungsprobleme in Verkehr und übrigen Infrastrukturen, aber auch Fragen einer der demographischen Dynamik angemessenen Arbeitsplatz- und Wirtschaftsentwicklung⁴³⁾ werden zunehmend auch in den Umlandregionen virulent. Die Probleme und damit Entwicklungsinteressen von Kernstadt und (stadtnahem) Umland nähern sich damit tendenziell an. Tatsächlich bilden stadtnahe Umlandgemeinden im Zuge dieser Entwicklung auch "urbane" Qualitäten aus, womit (kooperationshemmende) Unterschiede in den Lebenswelten und der "Identität" zwischen "städtischen" Bezirken und "ländlich geprägtem" Umland allmählich an Bedeutung verlieren.

Insgesamt nehmen gemeinsame Probleme und damit der Bedarf an intra-metropolitane Zusammenarbeit und Problemlösung also in der Tendenz zu, was Kooperationsbestrebungen in

⁴²⁾ Vgl. dazu Abschnitt 3.1; für einen internationalen Vergleich etwa Mayerhofer et al. (2015).

⁴³⁾ In einer Reihung der (35) österreichischen NUTS-3-Regionen nach der Entwicklung ihres Bruttoregionalprodukts pro Kopf seit dem Jahr 2000 liegt das Wiener Umland/Nordteil nach Daten von Statistik Austria zuletzt nur auf Platz 31, das Wiener Umland/Südteil sowie die Kernstadt Wien belegen (wie auch gemessen am Wachstum der Arbeitsproduktivität) die letzten Plätze.

der Metropolregion neuen Schwung verleihen kann. Allerdings sind kooperationshemmende Interessensunterschiede auf allen Gebietskörperschaftsebenen weiter bestehen geblieben: So dürfte das fehlende Engagement des Bundes in Fragen stadtreionaler Entwicklung trotz absehbarer, auch nationaler Wachstumsgewinne aus Agglomerationseffekten nicht nur legitime Gründe haben (kein Verfassungsauftrag, fehlendes Bundesraumordnungsgesetz). Vielmehr dürfte es auch daraus folgen, dass eine voll funktionsfähige funktionale Metropolregion einen ökonomisch wie politökonomisch dominierenden Faktor im föderalen Gefüge Österreichs darstellen würde – eine Überlegung, welche nach allen historischen Erkenntnissen ja auch der Genese der derzeit vorfindlichen institutionellen Aufstellung (mit) zugrunde lag. Auf der Ebene der Länder ist wiederum Wien vorrangig an einer gemeinsamen Entwicklung mit den stadtnahen Umlandgemeinden interessiert, während diese Landesteile für Niederösterreich (und das Burgenland) wegen des hier hohen Entwicklungsniveaus und teils drängender (und gänzlich andersgelagerter) Probleme in anderen Landesteilen (etwa alpine Gebiete, ländlich-periphere Regionen an der Außengrenze) nicht notwendig im Fokus der Regionalentwicklung stehen (bzw. politökonomisch stehen können). Auf kommunaler Ebene sind Interessenskonflikte schließlich schon aus den erheblichen strukturellen Unterschieden selbst zwischen räumlich nahen Umlandgemeinden zu erwarten – mit differenzierten Herausforderungen und Entwicklungsvorstellungen von Arbeitsplatzzentren bzw. Wohngemeinden, Gemeinden in den infrastrukturell optimal versorgten Achsen bzw. solchen ohne gute Anbindung, Gemeinden mit tragfähigem Unternehmensbestand und solchen mit wirtschaftlichen Problemen etc.

Es wird daher durchaus notwendig sein, geteilte Notwendigkeiten zur Kooperation und die damit verbundenen Entwicklungsziele in gemeinsamer konzeptioneller Arbeit zu identifizieren und in einem leitbildartigen Dokument außer Streit zu stellen⁴⁴). Vor allem aber wird es erforderlich sein, eine geteilte Problemwahrnehmung in den kooperationsbegründenden Bereichen herzustellen und die, auf dieser Basis definierten Entwicklungsziele zur Sicherung eines ausreichenden Commitments unter politischen Trägern wie der breiteren Bevölkerung aktiv zu kommunizieren und zu diskutieren. All dies wird in unseren weiteren Überlegungen zu berücksichtigen sein.

"Nettoertrag" der Kooperation (c) trotz Notwendigkeit vollständiger Aufstellung (e)

Relevantes Hindernis für ertragreiche Kooperationen dürften angesichts der skizzierten institutionell-verfassungsrechtlichen Grundaufstellung die erheblichen Transaktionskosten sein, welche für Kooperationslösungen als Folge der gezeigten Fragmentierung und Komplexität von Akteursstruktur und Kompetenzlagen in der Metropolregion anfallen. Sie dürften den (auch ökonomischen) Anreiz zur Zusammenarbeit (Determinante c) erheblich vermindern.

So gehen in der Metropolregion vielfältige horizontale und vertikale Abstimmungsnotwendigkeiten aus der gezeigten "Mehrebenenverflechtung" (Benz, 2009) mit oft geteilten Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Vollziehung, beschränkter vertikaler Durchbindungsmacht (bzw. -willen) in Planungsbezügen und teils unterschiedlichen Kompetenzen bei ähnlicher Größe und

⁴⁴) Für eine nähere Analyse der Überschneidungen und Diskrepanzen der strategischen Zielsetzungen der Bundesländer der Metropolregion anhand der relevanten Planungsdokumente vgl. Hameter – Paul (2017).

Problemlage (etwa niederösterreichische Gemeinden vs. Wiener Bezirke) einher. Oft gegenläufige politische Mehrheiten auf der Ebene der beteiligten Gebietskörperschaften kommen hinzu. Dies macht Informations- und Verhandlungsprozesse schwierig (und teuer). Dazu kommt die Notwendigkeit, zur Sicherung des Erfolgs von Kooperations- bzw. Abstimmungsprozessen alle bzw. einen Großteil der dafür ergebnisrelevanten Akteure einzubeziehen (Determinante e), was angesichts der ausufernden Akteursstruktur in der Metropolregion (Bund, 3 Bundesländer, mehr als 270 bzw. 50 Gemeinden in Metropolregion bzw. näherem Umland; in Entwicklungsbezügen auch private Unternehmen und BürgerInnen) Kooperationslösungen mit umfassendem Anspruch nahezu ausschließt. Auch in unseren Überlegungen werden damit vorrangig Lösungen zu finden sein, welche diese Komplexität (bei unveränderter Grundaufstellung) zu reduzieren suchen. Dies dürfte grosso modo nur mit einer, dem konkreten Anlassfall angepassten flexiblen Aufstellung von Kooperationsreichweiten und -inhalten möglich sein.

Partnerschaft auf Augenhöhe (e); "struktureller Fit" der Partner (f)

Während Kooperationen auf der Ebene der Bundesländer kompetenzrechtlich wie faktisch weitgehend "auf Augenhöhe" funktionieren und allenfalls durch strukturelle Unterschiede zwischen den Partnern⁴⁵⁾ beeinträchtigt werden können, stehen interkommunale Kooperationen in der Metropolregion vor ungleich größeren Problemen: Tatsächlich ist hier eine Zusammenarbeit "auf Augenhöhe" zwischen der Gemeinde Wien mit ihren 1,9 Millionen EinwohnerInnen und den, in Bevölkerungszahl wie ökonomischer Potenz oft sehr "kleinen" Umlandgemeinden mit oft nur 100 bis 200 EinwohnerInnen (Minimum im engeren Stadt-Umland: Großhofen mit 98) nur schwer umsetzbar. Dies nicht nur wegen der oft großen Unterschiede in Einwohnerzahl, politischem "Gewicht" und Finanzkraft (und damit Verhandlungsspielraum), sondern auch deshalb, weil kleine (bzw. ökonomisch schwächere) Gemeinden in Hinblick auf den Vorhalt (und die Finanzierung) spezialisierter Fachkräfte für Planungs- und Entwicklungsbelange eng begrenzt sind. "Gleichgewichtige" Partnerschaften sind daher auch angesichts des ungleichen Zugangs der Partner zu hochqualifizierten (Human-)Ressourcen schwierig, was auf Seite der (Klein-)Gemeinden wiederum die Angst vor für sie ungünstigen Verhandlungsergebnissen bzw. Kooperationsbeziehungen begründet. Gleichzeitig kommt eine gemeinsame Finanzierung und Nutzung spezialisierter Planungsressourcen durch die (Klein-)Gemeinden – etwa im Rahmen von verfassungsrechtlich möglichen Planungsverbänden bzw. (Mehr-)Zweckgemeinschaften – in der Praxis kaum zustande, offenbar auch wegen ihrer doch erheblichen strukturellen Unterschiede und damit Entwicklungsinteressen (Determinante f). Unsere Überlegungen werden daher auch die Frage aufgreifen müssen, wie unter diesen Bedingungen Kooperationen auf Augenhöhe gewährleistet werden können – etwa durch die Stärkung der fachlichen Ressourcen in kleinen Gemeinden, ihre Ergänzung durch externes Know-how und/oder Anreize zur stärkeren Zusammenarbeit solcher Gemeinden in Planungs- und Entwicklungsbelangen.

⁴⁵⁾ Zu nennen sind hier Unterschiede in den institutionellen bzw. legislativen Planungsgrundlagen, im zugrundeliegenden Planungsverständnis, aber auch in Entwicklungsprozessen, Finanzierungsgegebenheiten, politischen Mehrheiten und in Fragen der regionalen "Identität".

Machbarkeit von Kooperation (d)

Lösungen dazu sind für die Einschätzung der Möglichkeiten interkommunaler Kooperation in der Metropolregion durchaus konstitutiv, weil sie direkt die Fähigkeit der potentiellen Kooperationspartner beeinflussen, relevant zur Zielerreichung beizutragen. Daher werden Überlegungen anzustellen sein, auf welche Weise latente Konflikte und Vorbehalte zwischen potentiellen Partnerkommunen schon im Vorfeld von Kooperationen ausgeräumt werden können. Auf stärker inhaltlicher Ebene werden Lösungen zu erarbeiten sein, die es BürgermeisterInnen auch von kleinen (bzw. Kleinst-)Gemeinden erlauben, das Spektrum möglicher Zusammenarbeitsformen und deren Konsequenzen für den eigenen Wirkungsbereich trotz beschränkter fachlicher Ressourcen zu erfassen und zu bewerten. Gleichzeitig wird nach Wegen zu suchen sein, die es den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern solcher (kleiner) Gemeinden ermöglichen, trotz der hier (notwendig) geringen Distanz zu Partikularinteressen vor Ort Kooperationen mit (auch) stadtreptionaler Perspektive und Zielsetzung einzugehen. Auch wird zu reflektieren sein, auf welche Weise und mit welchen Mitteln übergeordnete Planungs- und Entwicklungsvorstellungen bei Gemeindeautonomie und der Vielzahl der Akteure in gemeinsame Entwicklungsziele übergeführt und deren Beachtung und Umsetzung auf kommunaler Ebene entsprechend durchgesetzt und gesteuert werden können. Erst dies wird darüber entscheiden, inwieweit eine konzentrierte Entwicklung entlang gut entwickelter Infrastrukturen und/oder eine möglichst hochwertige und strukturierte Nutzung von durch (teils massive) öffentliche Investitionen geschaffenen Standortqualitäten gelingen kann. Dabei wird hier auch die Frage der Verfügbarkeit und des Einsatzes der dazu notwendigen (etwa bodenpolitischen) Instrumente Thema sein, einschließlich der Frage nach (ausgleichenden) Mechanismen, über welche auch solche Akteure zu gemeinsamer Entwicklungsarbeit bewegt werden können, die davon nicht direkt profitieren bzw. im Rahmen der Zusammenarbeit besondere Lasten zu tragen haben.

Vertikale Kooperationsimpulse (g)

Lösungsvorschläge werden zudem für die Problematik zu finden sein, dass stadtreptionale Kooperationen nach aller empirischer Evidenz ganz vorrangig "von oben" angestoßen werden, solche "vertikalen" Impulse aber in der Metropolregion Wien wegen der hier spezifischen institutionellen Aufstellung nur bedingt möglich sind. So kommt eine Rolle als "Treiber" und Anstoßgeber von stadtreptionalen Kooperationen nach allen nationalen und internationalen Erfahrungen typischerweise der Kernstadt eines Agglomerationsraums zu – eine Rolle, die Wien wegen der Bundesländergrenze und damit dem Wirkungsbereich unterschiedlicher Länder schon an der unmittelbaren Stadtgrenze kaum ausfüllen kann. Aus demselben Grund bleibt auch eine Funktion der Bundesländer als Anreizgeber für stadtreptionale Kooperation in der Metropolregion stark unterbelichtet, obwohl vor allem Beispiele aus Deutschland die oft zentrale Rolle der Länder für die Schaffung funktionsfähiger stadtreptionaler Kooperations- und Abstimmungs-

systeme belegen⁴⁶): Eine solche Funktion wird vom jeweils relevanten Bundesland schon in den übrigen Großstadtreionen Österreichs (bei hier deutlich einfacherem "Setting") kaum wahrgenommen; eine Umsetzung in der Metropolregion wäre angesichts der hier notwendigen Abstimmung solcher Anreize zwischen mehreren Ländern nochmals deutlich komplexer und findet daher nicht statt. Damit ist es nicht zuletzt aus der Perspektive der Metropolregion Wien besonders problematisch, dass sich in Österreich auch der Bund traditionell jeder fördernden Rolle zur Stärkung stadtreionaler Zusammenarbeit enthält und auch übergeordnet keinen strukturierten Gebrauch von den Raumwirkungen seiner vielfältigen Förderinstrumente macht. Dies, obwohl das Beispiel der Schweiz zeigt, welche segensreichen Einfluss eine aktive "nationale Agglomerationspolitik" durch die Strukturierung von Wachstumsprozessen und die Internalisierung externer Effekte auf die räumliche Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung haben kann⁴⁷).

⁴⁶) In Deutschland bestehen stadtreionale Kooperationen in institutionalisierter Form in großer Zahl und inhaltlicher Bandbreite, wobei ihre Entstehungsmotive von gesetzlichen Vorgaben der Länder über Anreize der Landesebene bis zu freiwilligen (horizontalen) Kooperationen reichen. Ausgangspunkt sind meist Zweckverbände mit themenspezifischen Aufgaben – traditionell etwa in Verkehrsplanung, Abwasser- und Abfallbeseitigung oder Gewerbeflächenentwicklung, in neuerer Zeit nicht zuletzt in der Planung, Entwicklung, Nutzung und Vermarktung interkommunaler Gewerbegebiete, wobei hier in vielen Fällen auch Gemeinden ohne Flächen mitwirken. Spezifikum sind regionale Kooperationen zur Umsetzung der Regionalplanung, einer Planungsebene über jener der Gemeinden (also zwischen Landesplanung und kommunaler Bauleitplanung). Planungsdokumente für diese (regionale) Ebene werden auf Grundlage der Raumordnungspläne der Länder erstellt und sind Vorgabe für die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Gemeinden, die Organisation dieser Regionalplanung ist in Landesplanungsgesetzen geregelt. Dabei existieren stärker staatlich verfasste Modelle (etwa in Form des Planungsratsmodells in Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Schleswig-Holstein), aber auch (und in der Mehrheit) kommunal dominierte Modelle (als Planungsgemeinschaften von Gemeinden und Kreisen), wobei diese in einigen Fällen weiterentwickelt und um Zuständigkeiten erweitert wurden (etwa Verband Region Stuttgart mit direkt gewählter Regionalversammlung, hervorgegangen aus den Regionalverbänden Stuttgart und Mittlerer Neckar). Einzelne Stadtreionen nutzen den Regionalplan auch zur Erstellung eines gemeinsamen Flächennutzungsplans (zunächst Regionalverband FrankfurtRheinMain, in weiterer Folge etwa Zweckverband Raum Kassel, RV Saarbrücken oder die Nachbarschaftsverbände in Baden-Württemberg, die hier zur besseren Abstimmung in Stadtreionen verpflichtend eingeführt wurden). Zentral für die (Weiter-)Entwicklung dieser Kooperationsstrukturen sind nicht zuletzt Anreize in Form von Förderprogrammen durch das Land. Als Beispiel hat Nordrhein-Westfalen schon 1997 mit der REGIONALE ein Programm etabliert, mit welchem kooperative Aktivitäten zur Stärkung des regionalen Profils durch prioritären Zugang zu bestehenden Förderinstrumenten begünstigt werden. 2016 folgte das wettbewerblich aufgesetzte Programm "StadtUmland.NRW", welches eine integrierte Raum- und Mobilitätsentwicklung von Großstädten und ihren Nachbarkommunen durch die Prämierung kooperativer Regionalkonzepte (bzw. Stadtumlandverbänden) mit besonderem Vorbildcharakter anregen soll.

⁴⁷) Trotz ebenfalls stark föderalem Aufbau sind Planungen und Entwicklungsbemühungen der Gebietskörperschaften in der Schweiz stark vernetzt und räumlich wie thematisch abgestimmt. Grundlage ist das von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam erarbeitete "Raumkonzept Schweiz". Es ist zwar juristisch unverbindlich, gewinnt aber durch die Definition von unterschiedlichen Handlungsräumen (Metropolitanregionen, klein-/mittelstädtisch geprägte Räume, alpine Räume) und den hier problemadäquaten strategischen Stoßrichtungen in der Praxis durchaus Wirkungsmacht. Dies nicht zuletzt, weil die Bundesebene mit ihrer Agglomerationspolitik (AggloPol) sowie der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete (P-LRB) auf dieses Konzept aufsetzt. In der Agglomerationspolitik fördert sie aktiv die Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden, indem finanzielle Förderungen an integrierte (kooperative) Planungen geknüpft werden. So will unter den Instrumenten der AggloPol etwa das "Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr" durch die selektive Finanzierung von Infrastruktur die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich sowie die Koordination raumrelevanter Themen in Agglomerationsräumen vorantreiben. Das "Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung" fördert zugleich (bereits seit 2002) mit großem Erfolg innovative Ansätze und Methoden zur sektorübergreifenden Koordination in der Raumentwicklung. Letztlich hat das "Pilotprojekt Handlungsräume" den Aufbau geeigneter Zusammenarbeitsformen auch auf großräumiger Ebene im Rahmen von Modellvorhaben zum Ziel – eine Initiative, die etwa für das Entstehen der "Metropolitanregion Zürich" von erheblicher Bedeutung war.

Unsere Überlegungen werden daher auch hier Ansätze zur Weiterentwicklung aufzuzeigen versuchen.

Anreizkompatibilität im fiskalischen Rahmen (h)

Letztlich wird in unseren weiteren Überlegungen auch zu bestimmen sein, welche fiskalischen Anreize etwa in Steuersystem und Finanzausgleich stadtreionalen Kooperationen tendenziell entgegenstehen – und welche Möglichkeiten bestehen, eine für intra-metropolitane Zusammenarbeit spieltheoretisch dadurch suboptimale Konstellation durch die Veränderung dieser Anreize in ein "kooperatives Spiel" überzuführen. Dabei wird vor allem an die Schaffung von finanziellen Ausgleichsmechanismen zwischen potentiellen Kooperationspartnern zu denken sein, wobei Möglichkeiten von projektbezogenen, finanziellen Abgeltungen für die, von den einzelnen Kooperationspartnern übernommenen Lasten und der Aufteilung finanzieller Vorteile von Kooperation auf die direkt beteiligten Kooperationspartner bis zur Neugestaltung rechtlicher Bestimmungen im (hier vor allem interkommunalen bzw. Länder-)Finanzausgleich reichen können. Gerade in dieser rechtlich wie finanzwissenschaftlich hoch komplexen Materie können unsere Überlegungen natürlich keine ausgearbeiteten Lösungen im Detail bieten. Sie können aber zeigen, an welchen Stellen solche Lösungen zu erarbeiten sein werden und inwieweit dazu bereits nutzbare Voraussetzungen bestehen.

Unterstützung durch die politische Ebene (i)

Grundsätzlich zeigt sich in der Metropolregion ein spürbares Defizit im Konkretisierungsgrad bzw. in der praktischen Umsetzung stadtreionaler Planungen, ja selbst von Planungen bzw. Entwicklungskonzepten im eigenen Wirkungsbereich der Länder, was bei hohem Problembewusstsein der fachlichen Ebene ebenso für eine nur beschränkte Bedeutung der Thematik kooperativer räumlicher Entwicklung für die politische Ebene spricht wie die Tatsache, dass Institutionen zur intra-metropolitanen Kooperation zwar in Teilen aufgesetzt, aber durchgängig nur gering dotiert sind.

Politökonomisch ist dies insofern verständlich, als die Legitimität politischer Akteure territorial begründet und durch das Wählerverhalten (nur) im eigenen Wirkungsbereich abgesichert ist, während Kooperation eine Handlungsorientierung in Richtung Gemeinwohlperspektive in regionalem Maßstab erfordert. Zudem werden Wahlen vorrangig durch das Lösen von konkreten Problemen bzw. die Durchsetzung der Interessen (allein) des eigenen Elektorats entschieden (Handlungszwänge), während vergebene Entwicklungschancen (also verpasste Handlungsoptionen) dafür kaum ausschlaggebend sind. Vor diesem Hintergrund scheint es zielführend, die Problemwahrnehmung der breiten Bevölkerung für Fragen stadtreionaler Entwicklung und die Bedeutung kooperativen Handelns für das Alltagsleben durch geeignete Kommunikationsformen zu schärfen. Zudem wird über Vernetzungsaktivitäten und dialogische Prozesse zu versuchen sein, ein Netzwerk von "PromotorInnen" aufzubauen, die das Thema vorantreiben und auch in der Öffentlichkeit aktiv bewerben. Dabei können auch regionale Unternehmen eine Rolle spielen, deren Anreizstruktur (da im Wettbewerb stehend) stärker als jene

der politischen Akteure auf die Nutzung von Handlungsoptionen ausgerichtet ist (Fürst, 2007)⁴⁸⁾. Aktivitäten zur Aufwertung (auch) des Kooperationsthemas werden daher in unseren Überlegungen ebenfalls eine Rolle spielen.

Insgesamt macht diese lange Liste von Ansatzpunkten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kooperationsprozesse in der Metropolregion klar, dass die Voraussetzungen für intra-metropolitane Zusammenarbeit im Agglomerationsraum Wien keineswegs günstig sind. Tatsächlich scheinen vielfältige Anstrengungen und Maßnahmen notwendig, um trotz der genannten Defizite in der institutionell-verfassungsrechtlichen Grundaufstellung ein Ausmaß an Abstimmung und Kooperation zwischen den vielfältigen Akteuren im Metropolraum zu ermöglichen, das dem erreichten Verflechtungsgrad in diesem Raum (vgl. Abschnitte 3 und 4) angemessen ist. Sie werden Gegenstand der Abschnitte 6 bis 9 sein.

Da solche Anstrengungen und Maßnahmen in durchaus relevantem Maße Mittel und Ressourcen binden, sei explizit betont, dass zumindest bei weiter zunehmenden funktionalen Verflechtungen innerhalb der Metropolregion auch Korrekturen an der dargestellten institutionell-verfassungsrechtlichen Grundaufstellung kein Tabu sein sollten: Natürlich könnten Gemeindestrukturreformen⁴⁹⁾ das Komplexitätsproblem aus der großen Zahl relevanter Akteure in Kooperationsbeziehungen erheblich reduzieren. Natürlich könnte eine auch institutionell stärker verankerte Abstimmung der Gebietskörperschaften in Fragen der Raum- und Wirtschaftsentwicklung und eine zu diesem Zweck modifizierte Gemeindeautonomie erhebliche Effizienzgewinne auf den Weg bringen. Und natürlich wären Reformbestrebungen mit dem Ziel einer größeren Übereinstimmung des Wirkungsbereichs von Planungs- und Entwicklungskompetenzen in der Stadtregion mit deren funktionaler Form ein großer Schritt zu einer effizienteren Steuerung ihrer Entwicklung.

Allerdings berühren alle diese möglichen Hebel institutionell-verfassungsrechtliche Fragen und sind damit allein im Rahmen einer Föderalismusreform in Österreich zu verhandeln. In unserer Studie, die pragmatisch nach praktikablen und auch zeitnah umsetzbaren Ansatzpunkten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kooperation in der Metropolregion sucht, bleiben sie daher im Hintergrund. Der Hinweis auf sie kann aber verdeutlichen, dass viele der folgenden Handlungsvorschläge nur "second-best"-Lösungen sind, welche zwar die Voraussetzungen für Kooperation und Zusammenarbeit in der Metropolregion verbessern können, die eigentlichen Ursachen für Kooperationsbarrieren aber weitgehend unberührt lassen.

⁴⁸⁾ Dass es möglich ist, die Wahrnehmung eines Problemfelds in der Öffentlichkeit auf diese Weise zu stärken, zeigt das Thema Bodensicherung und Flächensparen, das jahrzehntelang wenig beachtet blieb, in den letzten Jahren aber eine massive Aufwertung in Fachdiskursen wie breiter Öffentlichkeit erfahren hat.

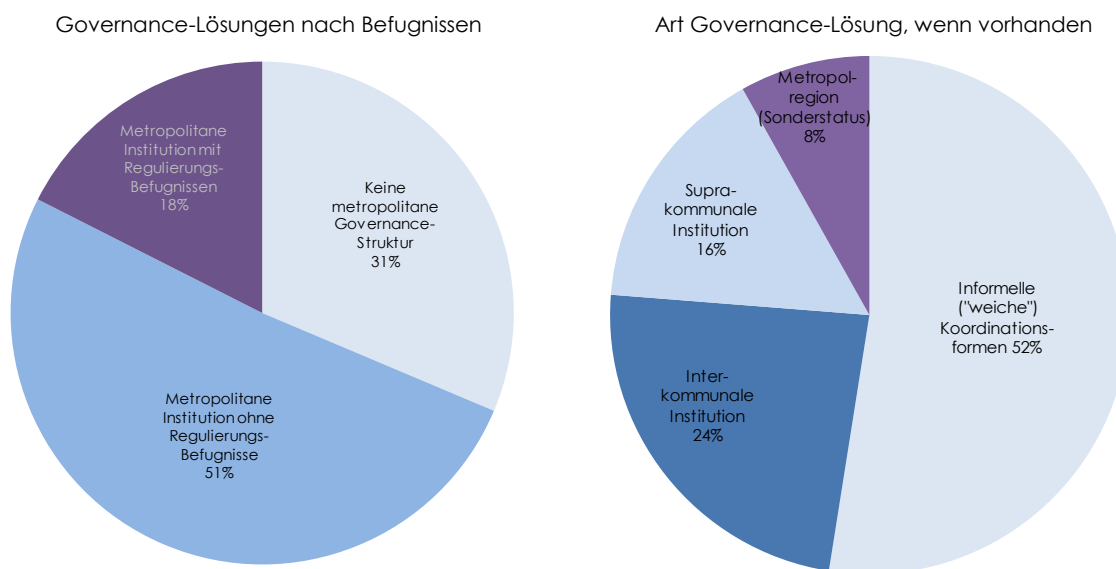
⁴⁹⁾ Für einen Überblick über die theoretischen und empirischen Erkenntnisse zu diesem Thema vgl. etwa Pitlik *et al.* (2010) bzw. zusammenfassend Pitlik – Wirth (2012).

5.3 Fragen der regionalen "Governance"

5.3.1 Mangel an stadtreionalen Institutionen? Zum organisatorischen Rahmen für effiziente intra-metropolitane Zusammenarbeit

Angesichts der Fülle von Initiativen und Maßnahmen, die in Abschnitt 5.2 für ein effizientes Funktionieren intra-metropolitane Zusammenarbeit als notwendig identifiziert wurden, drängt sich zunächst die Frage auf, inwieweit in der Metropolregion Wien überhaupt stadtreional wirk-same Institutionen in ausreichender Zahl und Relevanz existieren, die als organisatorischer Rahmen für metropolregionsweite Kooperation und ihre Weiterentwicklung dienen können. Als Benchmark zur Bewertung der institutionellen Aufstellung für Kooperation in der Metropolregion Wien können dabei die Kernergebnisse einer umfassenden Sichtung der Governance-Struktu-ren in insgesamt 263 Metropolregionen (mit mindestens 500.000 EinwohnerInnen) der hoch ent-wickelten Industriestaaten dienen, die im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprogramms der OECD (2013a, 2014, 2015, 2017; Ahrend et al., 2014, Ahrend – Schumann, 2015) erarbeitet wurden. Danach sind Governance-Strukturen auf der Ebene der (administrative Grenzen über-schreitenden) Stadtregion in den OECD-Metropolregionen durchaus häufig. Allerdings sind sie organisatorisch sehr unterschiedlich aufgestellt und nur in eher seltenen Fällen auch mit Durch-setzungsmacht ausgestattet (Abbildung 5.1, links).

Abbildung 5.1: Formen der Zusammenarbeit in den Metropolregionen der OECD
Anteil Metropolregionen nach Governance-Typus in %



Q: OECD Metropolitan Governance Survey (2014), WIFO-Darstellung. – Sample von 263 OECD-Metropolregionen mit mehr als 500.000 EinwohnerInnen.

Demnach verfügen danach (2014) immerhin 178 der 263 Metropolregionen – also mehr als zwei Drittel – über spezifische Institutionen, welche mit dem Ziel stadtreionaler Entwicklung für die

Organisation bzw. Abstimmung der Aktivitäten und Politiken diverser öffentlicher Träger in der Metropolregion verantwortlich zeichnen (oder solche selbst übernommen haben). Dabei wird anhand des Gründungsjahres dieser Institutionen nach einer ersten Welle in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren ein deutlicher Aufwärtstrend wieder ab den 1990er-Jahren erkennbar, mit einem Höhepunkt an neuen Institutionen nach der Jahrtausendwende. Über eigene Regulierungsbefugnisse verfügt allerdings nur ein Viertel dieser Institutionen (in 18% der Metropolregionen), in mehr als der Hälfte der Metropolregionen (51%) sind stadregionale Institutionen nur auf nicht-hoheitlicher Basis aktiv⁵⁰).

Vor diesem Hintergrund herrschen nach dem Institutionalierungsgrad der vorfindlichen Governance-Strukturen (Abbildung 5.1, rechts) solche mit allein informeller ("weicher") Koordinationsfunktion mit 52% klar vor. Auch interkommunale Institutionen, also (Ein- oder Mehr-)Zweckgemeinschaften zwischen Gemeinden (mit möglicher Beteiligung auch übergeordneter oder sektoraler Akteure), sind mit knapp einem Viertel noch vergleichsweise häufig. Eine neue, den kooperierenden Partnern übergeordnete Ebene ("supra-kommunale Institution") bildet die Governance-Institution allerdings in nur 16% der Fälle, wobei Institutionen mit direkt gewähltem Steuerungsorgan gegenüber solchen mit aus den beteiligten Partnerorganisationen entsandten Mandataren in der Minderheit sind. Nur in 8% der Fälle ist eine solche übergeordnete Institution letztlich mit spezifisch formalem Status ("Metropolregion") ausgestattet und auf diese Weise Gebietskörperschaften der nächsthöheren Ebene auch formal bzw. kompetenzrechtlich gleichgestellt.

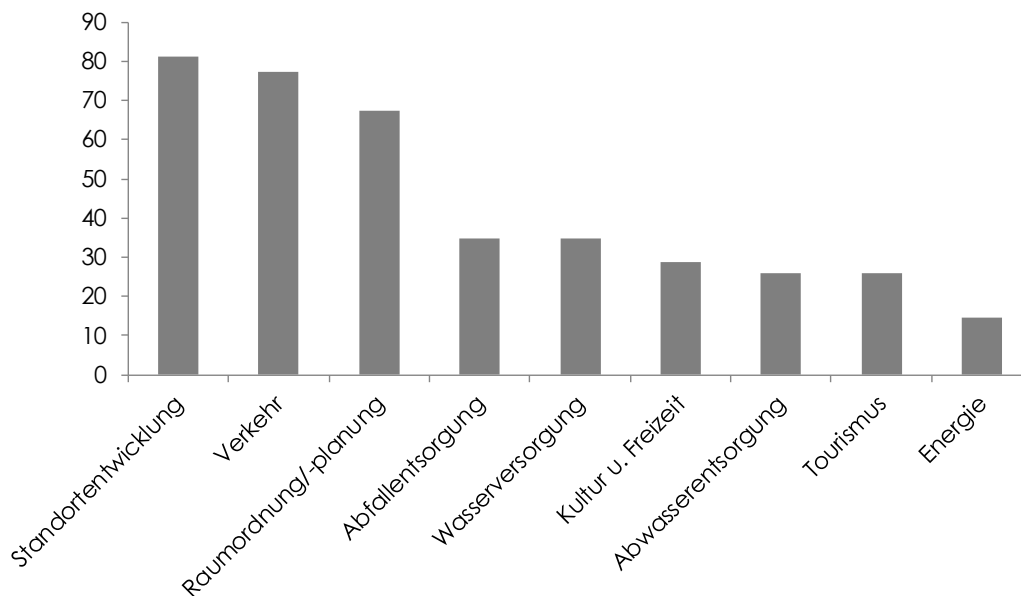
Insgesamt herrscht unter den, von der OECD gesichteten Metropolregionen also die "weichste" Form metropolregionsweiter Governance klar vor, was die Autoren der grundlegenden OECD-Studie (Ahrendt et al., 2014) darauf zurückführen, dass solche informellen Kooperationsformen nur einen minimalen Eingriff in bestehende Institutionen sowie ein geringes Finanzierungsvolumen⁵¹) erfordern, aber dennoch eine flexible Plattform für den intra-metropolitanen Dialog bilden⁵²).

⁵⁰) Dabei nehmen "bindende" Governance-Formen in der Tendenz mit der Bevölkerungsgröße des Metropolraums zu (Ahrendt et al., 2014).

⁵¹) Im Durchschnitt verfügen informelle, "weiche" Kooperationsformen nach OECD-Survey über ein Jahresbudget von nur rund 10 US\$ je EinwohnerIn, bei meist einigen 100 US\$ bei interkommunalen Lösungen und 2.760 US\$ bei formalisiertem Metropolregionsstatus mit weitreichenden Funktionen.

⁵²) Zudem dürften Institutionen, die zusätzlich zur historisch gewachsenen institutionellen Landschaft aufgesetzt sind, ein geringer Rückhalt in der Bevölkerung und Widerstand aus bestehenden Institutionen gewiss sein.

Abbildung 5.2: Thematische Ausrichtung metropolitaner Governance-Institutionen
Anteil an metropolitanen Institutionen mit Aktivität im jeweiligen Politikfeld in %



Q: OECD Metropolitan Governance Survey (2014); WIFO-Darstellung. – Sample von 263 OECD-Metropolregionen mit mehr als 500.000 EinwohnerInnen.

Immerhin zeigen die Ergebnisse des OECD-Surveys auch, dass die gesichteten Institutionen vorrangig durchaus in jenen thematischen Handlungsfeldern aktiv sind, in welchen ihre Arbeit besonders notwendig ist (Abbildung 5.2): Mit Standortentwicklung (einschließlich Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung; mehr als 80% der Fälle), Verkehrsplanung (mehr als 70%) und Raumordnung/Raumplanung (und damit Siedlungsentwicklung; mehr als 60%) liegen unter den von solchen Governance-Institutionen bearbeiteten Handlungsfeldern mit Abstand jene (drei) voran, in welchen Entscheidungen einzelner Gebietskörperschaften besonders stark auf das Ergebnis anderer metropolitaner Gebietskörperschaften durchschlagen, sodass Kooperationsbedarfe zur Internalisierung externer Effekte besonders dringlich sind (vgl. auch Abschnitt 2). In mehr als zwei Drittel der Fälle sind die untersuchten Institutionen sogar in allen drei dieser Felder aktiv.

Stellt man dieser typischen Aufstellung in den OECD-Metropolregionen nun jene in der Stadtregion Wien gegenüber, so zeigt sich, dass auch hier Governance-Institutionen zur Stärkung der intra-metropolitanen Abstimmung und Kooperation aufgesetzt sind, wobei die Tradition kooperativer Institutionen auch hier bis in die frühen 1970er-Jahre zurückreicht⁵³). Wie auch in der Mehrheit der OECD-Metropolregionen verfügt keine dieser Institutionen im Raum Wien über

⁵³ Erster Schritt war hier die Gründung des Vereins Niederösterreich-Wien – Gemeinsame Erholungsräume im Jahr 1974, weitere Meilensteine folgten mit der Gründung der Planungsgemeinschaft Ost (PGO; 1978) bzw. des Verkehrsverbunds Ost Region (VOR; 1984) ebenfalls bereits in den späten 1970er- bzw. frühen 1980er-Jahren. Das Stadt-Umland-Management (SUM) kam als Anlaufstelle für anlassbezogene Abstimmungsprozesse im Jahr 2005 dazu.

Regulierungsbefugnisse, auch weil sie durchgängig als "freiwillige" Kooperationsaktivitäten bestehender Institutionen und Gebietskörperschaften konzipiert sind. Damit setzen sie vorrangig auf informelle ("weiche") Kooperationsformen, während formalisierte, übergeordnete Institutionen ("Metropolregion", "Supra-kommunale Institution") fehlen. Damit ist eine multifunktionale und territorial verankerte Organisation zur Integration verschiedener Funktionsbereiche in der Metropolregion Wien weder in stark formalisierter Form⁵⁴⁾ noch mit zumindest einigem Institutionalierungsgrad (entsprechend der Kategorie der "Interkommunalen Institutionen" nach OECD-Definition) vorhanden. Allerdings finden sich solche einigermaßen institutionalisierte Organisationsformen stadtreionaler Zusammenarbeit in funktional spezialisierter Form, wobei solche Institutionen bemerkenswerterweise (auch) in der Metropolregion Wien in Handlungsfeldern mit bedeutenden externen Effekten implementiert sind, also dort, wo dringender Bedarf nach der strategischen Abstimmung interdependenter Prozesse besteht:

So hat die **Planungsgemeinschaft Ost (PGO)** – 1978 auf Basis einer 15a-Vereinbarung nach BVG gegründet – im Bereich Raumplanung und -ordnung (und damit Siedlungsentwicklung) als prototypischem Bereich mit externen Effekten die Aufgabe, Ziele und Planungen der (überörtlichen) Raumordnung der Länder aufeinander abzustimmen und Forschungsvorhaben in wesentlichen Fragen zu ermöglichen. Ohne eigene Rechtspersönlichkeit⁵⁵⁾ beschäftigt sich die PGO daher traditionell mit Fragen der Siedlungsentwicklung, seit der Implementierung einer Plattform Regionalverkehr als (dialogisches) Kommunikations- und Abstimmungsforum für Verkehrs- und Infrastrukturfragen in den frühen 2000er-Jahren auch mit gemeinsamen Planungen zum Ausbau von Verkehrswegen und zur Sicherung von Grün- und Freiräumen. In neuerer Zeit wurden ähnliche (dialogische) Plattformen auch zu Energie und am aktuellen Rand zu Wirtschaftsagenden implementiert, womit die PGO weitere abstimmungsrelevante Themen ausgreift⁵⁶⁾. Aus der Perspektive der Abstimmung und Steuerung der Entwicklung in der Metropolregion Wien besonders bedeutend sind letztlich die Ergebnisse des von der PGO koordinierten Projektes "Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion", in welchem, basierend auf der Abgrenzung und Analyse der Metropolregion Möglichkeiten, zur zukünftigen Siedlungsentwicklung sowie Handlungsoptionen und Umsetzungsinstrumente dazu dargestellt wurden. Sie sind in eine auf Länderebene abgestimmte Publikation (PGO, 2011) eingeflossen, die eine

⁵⁴⁾ Als Beispiel für ein stark formalisiertes stadtreionales Governance-Modell wäre hier etwa Hannover zu nennen, wo eine demokratisch legitimierte Körperschaft öffentlichen Rechts mit stadtreionalen Aufgaben in vielen Politikfeldern befasst ist. Beispiel für ein weniger formalisiertes, aber dennoch multifunktionales und territorial umfassendes Modell wäre etwa das "Öresund Committee" als Zusammenschluss dänischer und schwedischer Regionen.

⁵⁵⁾ Die Organe der PGO sind aus VertreterInnen der Ämter der Landesregierungen von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland (Geschäftsstelle, Koordinationsorgan) sowie Politikern dieser Länder (Beschlussorgan) zusammengesetzt. In jedem dieser Organe verfügt jedes Land über eine Stimme, Beschlüsse erfordern Einstimmigkeit.

⁵⁶⁾ Allerdings bewegen sich koordinierende Aktivitäten hier noch auf einem eher niederschweligen Niveau (gegenseitige Information, informelle Abstimmung), sodass von einem Wandel der PGO zur multifunktionalen Institution noch nicht wirklich gesprochen werden kann.

gemeinsame Vision entwirft und grundlegende Leitlinien formuliert. Sie fungiert damit in Ansätzen als (allerdings grobes und unverbindliches) "Regionales Leitbild" auf Metropolregionsebene⁵⁷⁾.

Zentrale Koordinationsinstanz im Bereich des (öffentlichen) Verkehrs ist der **Verkehrsverbund Ostregion (VOR)**, der Wien, die angrenzenden niederösterreichischen Bezirke sowie das nördliche Burgenland erfasst und als GmbH auf einem zwischen Bund (50%) und den Bundesländern Wien (30%), Niederösterreich (15%) und Burgenland (5%) abgeschlossenen Grund- und Finanzierungsvertrag von 1984 basiert. Aufgaben sind Planung, Management, Tarifgestaltung und Qualitätssicherung des öffentlichen Verkehrs in der Metropolregion, wobei der VOR die Angebote der Verkehrsunternehmen der Eigentümer (vor allem ÖBB, WLB, WVB) koordiniert, aber auch als Auftraggeber für viele Verkehrsleistungen in Niederösterreich und dem Burgenland (ohne eigene Verkehrsunternehmen) fungiert und als Clearingstelle für die Einnahmenaufteilung auf die Unternehmen im Verbund dient. Neue Themen und Herausforderungen etwa in Hinblick auf die Integration und Koordination auch neuer Verkehrsanbieter und Technologien werden im Rahmen von IST Vienna Region ebenfalls im Rahmen des VOR bearbeitet – etwa durch die Umsetzung von Telematik-Lösungen, die Entwicklung einer App über alle Verkehrsangebote oder der Beteiligung an Forschungsprojekten.

Neben einigen weiteren durchaus erfolgreichen Kooperationslösungen im Bereich Grün- und Freiraumplanung in Teilräumen⁵⁸⁾ und größer ausgreifenden grenzüberschreitenden Kooperationen mit Regionen in den angrenzenden Neuen Mitgliedstaaten (welche in dieser Arbeit nicht im Fokus stehen)⁵⁹⁾, ist als weiterer zentraler Baustein intra-metropolitane Kooperation in der Metropolregion zudem das **Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich (SUM)** zu nennen. Es dient seit 2005 als Ansprechpartner für anlassbezogene Abstimmungsprozesse in den stadtrandnahen Bezirken Wiens und den unmittelbaren Stadt-Umland-Gemeinden.

⁵⁷⁾ Zudem publiziert die PGO Studien zum "Monitoring" der Siedlungsentwicklung in der Metropolregion (*Fassmann et al.*, 2008; *Görgl et al.*, 2016) und aktualisiert zentrale Indikatoren dazu laufend.

⁵⁸⁾ Zu nennen ist hier vor allem der Biosphärenpark Wienerwald, der 51 niederösterreichische Gemeinden und 7 Wiener Bezirke erfasst und Projekte in Regionalentwicklung, Naturschutz sowie anderen Bereichen in dem 2005 in die UNESCO-Liste der Biosphärenparks aufgenommenen Gebiet umsetzt, der Nationalpark Donau-Auen, in welchem seit 1996 9.300 ha Flussauen als Nationalpark bespielt werden sowie der 1993 mit Ungarn gegründete (grenzübergreifende) Nationalpark Neusiedlersee – Seewinkel im südöstlichen Teil der (größeren) Metropolregion.

⁵⁹⁾ Hier haben Kooperationsbeziehungen bislang nicht jenen Umfang und jene inhaltliche Bedeutung erlangt, wie dies nach Ostöffnung bzw. Osterweiterung zunächst erwartet worden war. Nach den Ergebnissen unserer Interviews dürfte dies nicht zuletzt mit häufigen Personalwechseln in den Administrationen der NMS – und damit fehlender Möglichkeiten zum Aufbau starker und stabiler Kommunikationskanäle zwischen den Kooperationspartnern – in Zusammenhang stehen. Immerhin existieren die Euregios Weinviertel-Südmähren-Westslowakei (als Verbund von 4 niederösterreichischen, 4 südmährischen und 3 westungarischen Bezirken) sowie West/Nyugat Pannonia (mit dem Burgenland und 3 westungarischen Komitaten) bereits seit 1997 bzw. 1998. Als großräumige Kooperation unter Beteiligung aller 3 Bundesländer (sowie Westungarns, Südmährens und den slowakischen Kreisen Bratislava und Trnava) folgte 2003 die Central European Region (Centrope), deren Ziel es war, die gemeinsame Region durch Zusammenarbeit in Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Kultur zu einem der stärksten Wirtschaftsräume Europas zu machen. Initiativen zum Aufbau eines Städteternetzwerks im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet (Citynet, 2007) und zu einer Stadt-Umland-Kooperation Bratislava (Kobra+, 2006) schlossen sich an, wobei letzteres mit dem EU-Projekt "Bratislava Umland Management 2020" (baum2020) mittlerweile auch operativ geworden ist.

Eigentlich keine "Governance-Institution" im eigentlichen Sinne, sondern eine Form des "aufsuchenden" Regionalmanagements mit beschränkter Organisationsstruktur und Ressourcenausstattung⁶⁰), werden mittels des, durch die Bundesländer Wien und Niederösterreich initiierten, SUM Akteure vernetzt, Informationen bereitgestellt, konkrete Kooperationsprozesse und -projekte angeregt und in der Anfangsphase begleitet bzw. moderiert. Dabei greift das SUM ausschließlich Projekte auf, die bei gegebenen Mitteln und unter den gegebenen Bedingungen auf Sicht realisierbar scheinen, wobei es in diesen Fällen als Netzwerkbildner und Moderator agiert, die tatsächliche Abstimmung sowie natürlich Entscheidung und Umsetzung aber durch die kooperierenden Akteure selbst erfolgen. Darüber hinaus stellt das SUM mit VIA SUM ein Informationstool bereit, mit dem sich Gemeinden über ihre Vorhaben informieren und (auf freiwilliger Basis) abstimmen können und organisiert jährliche Stadt-Umland-Konferenzen zu metropolregionsspezifischen Themen sowie kleinere Dialogplattformen ("SUM-Foren"), in welchen regionale Strategien und übergreifende Projekte gemeinsam diskutiert werden können.

Ein Vergleich dieser institutionellen Aufstellung in der Metropolregion Wien mit den, durch die OECD erhobenen Gegebenheiten in anderen Großstadtreionen lässt einige für unsere weitere Überlegungen wesentliche Beobachtungen zu:

- Kooperationsinstrumente in der Metropolregion Wien sind (anders als in immerhin einem Drittel der Vergleichsregionen) grundsätzlich vorhanden und scheinen formell wie (vor allem) informell auch vergleichbar gut entwickelt. Zwar herrschen informelle (weiche) Formen der Abstimmung vor und Institutionen mit stadtreionalem Wirkungsgrad können nicht auf eigenständige Regulierungskompetenzen zurückgreifen. Dies ist aber auch für die Mehrzahl der OECD-Metropolregionen der Fall.
- Als Besonderheit gegenüber dem Gros der Vergleichsregionen kann freilich gelten, dass zwar auch in der Metropolregion die stärker formalisierten Governance-Institutionen mit Raumplanung/-ordnung (PGO) und Verkehrsplanung (VOR) in Bereichen mit erheblichen externen Effekten (und damit hohem Kooperations- und Abstimmungsbedarf) verortet sind, eine Organisation mit ähnlichem Institutionalierungs- und Wirkungsgrad in der Standort- bzw. Wirtschaftsentwicklung als drittem Bereich mit solchen Eigenschaften aber fehlt. Zwar ist mit der Vienna Region auch hier eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion zur Abstimmung der Aktivitäten der Wirtschaftsagenturen Wiens und Niederösterreichs existent. Sie ist aber nur in Teilbereichen und auf beschränktem Niveau aktiv (Holding für wenige gemeinsame Immobilienprojekte; Plattform für überregionales Standortmarketing) und kann bisher auch wegen fehlender Festlegungen zu potentiellen Feldern gemeinsamer Wirtschaftspolitik bisher keine vergleichbare Wirkungskraft entfalten. Wir werden darauf in Abschnitt 9 zurückkommen.
- Nicht zuletzt aber ist es bemerkenswertes Charakteristikum der Aufstellung in der Metropolregion Wien, dass alle etablierten (und formalisierten) Governance-Institutionen allein der

⁶⁰) Steuerndes Organ ist ein (politisch besetzter) Beirat aus Bürgermeister und Gemeinderäten der beiden beteiligten Länder, den Vorsitz führen deren Planungsverantwortliche. Der MitarbeiterInnenstab besteht im Wesentlichen nur aus 2 Personen, welche jeweils für das nördliche bzw. südliche Wiener Umland zuständig sind.

Abstimmung der thematischen Politiken der Länder des Großraums dienen, während die Gemeinden weitgehend außen vor bleiben. Dies mag wegen der Vielzahl der Gemeinden selbst im näheren Stadt-Umland aus organisatorischen Gründen verständlich sein. Gleichzeitig dürfte es aber wegen der großen Bedeutung dieser Gebietskörperschaftsebene in der (örtlichen) Umsetzung von Politiken in den kritischen Kooperationsbereichen bei gleichzeitig stark ausgebauter Autonomie der Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich wohl (mit) eine zentrale Ursache für das immer wieder monierte Defizit in der praktischen Umsetzung von Planungen und Entwicklungskonzepten in stadtreionalen Bezügen (etwa ÖROK, 2016) sein.

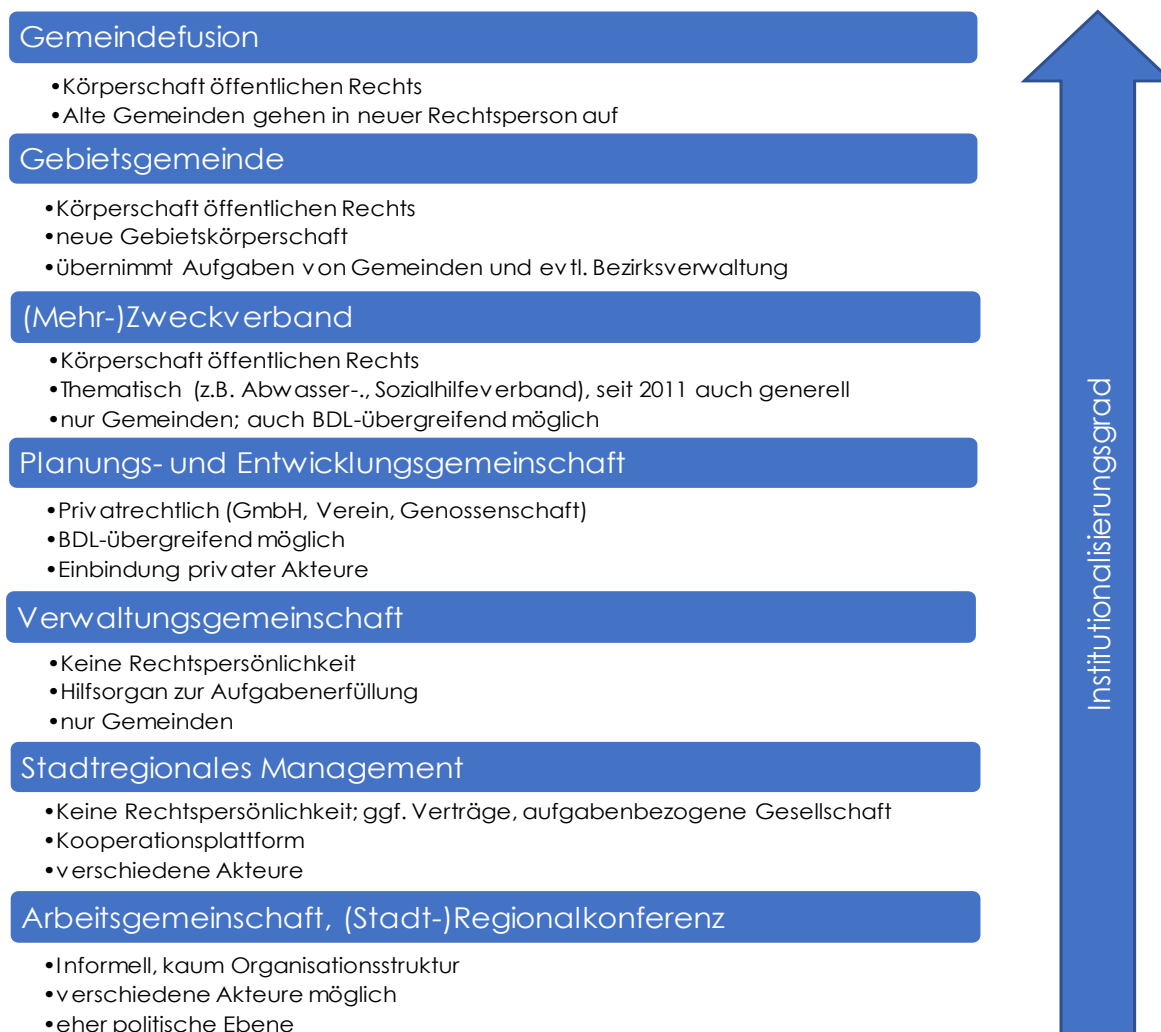
Insgesamt wird zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für effiziente Kooperation in der Metropolregion damit nicht zuletzt eine stärkere Integration (auch) der Gemeinden in gemeinsame Planungs-, Abstimmungs- und Umsetzungsaktivitäten erforderlich sein. Dabei muss zunächst allerdings geklärt werden, ob dazu eine stärkere institutionelle Einbindung notwendig bzw. sinnvoll ist oder ob vorrangig informelle Lösungen als Kooperationsinstrumente zielführend sein werden. Der folgende Abschnitt wird daher die Frage nach den Vor- und Nachteilen von institutionellen bzw. informellen Formen der Zusammenarbeit mit Schwerpunkt auf die Gemeindeebene in kompakter Form beleuchten, wobei auf Erkenntnisse der einschlägigen Literatur (hier für Österreich etwa *Hameter – Paul, 2017* bzw. *Gutheil-Knopp-Kirchwald – Bröthaler, 2015*) ebenso referenziert wird wie auf die durchgeführten Stakeholder-Interviews.

5.3.2 *Institutionalisierte Kooperation oder informelle Abstimmung? Vor- und Nachteile unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit*

Klare Rezepte zum "optimalen" Institutionalierungsgrad von interkommunalen Governance-Strukturen sind a-priori schon deshalb nicht zu erwarten, weil die optimale Gestaltung der Form der Zusammenarbeit durch kontextuelle Faktoren (mit)bestimmt ist: In regionaler Hinsicht sind etwa Größe, Siedlungsstruktur (mono-/polyzentrisch) und politische Bedeutung der Kernstadt (Hauptstadt ja/nein), aber auch die Zahl (und Größe) der Gemeinden in der Metropolregion, ihre Finanzkraft und ihre formalen Kompetenzen im Staatsaufbau für die optimale Aufstellung im Spannungsfeld zwischen Institutionalisierung und "weichen" Kooperationsformen (mit)entscheidend. Funktional wird dafür zudem wesentlich sein, welches Handlungsfeld zu bearbeiten ist und ob im Rahmen der Kooperationslösung auch Entscheidungs- und Vollzugsfunktionen oder allein beratende, moderierende bzw. koordinierende Funktionen erfüllt werden sollen. Nagelprobe für die Tragfähigkeit jeder Governance-Lösung wird angesichts der (notwendigen) vielfältigen räumlichen, funktionalen, sektoralen bzw. politisch-institutionellen Überlagerungen bei metropolregionsweiten Kooperationen jedenfalls sein, inwieweit diese ausreichend tragfähige Verbindungsgelenke zwischen den (hier 3) Ebenen und (hier vielfältigen) Akteuren in der Metropolregion herstellen kann und damit eine kontinuierliche und effiziente Bearbeitung substantieller Themen erlaubt (*Antalovsky et al., 1994*).

Grundsätzlich stehen dazu eine Reihe von möglichen Lösungen zur Verfügung, welche in Abbildung 5.3 in Anlehnung an *Gutheil-Knopp-Kirchwald – Bröthaler (2015)* – gereiht nach ihrem Institutionalierungsgrad – abgebildet sind.

Abbildung 5.3: Organisationsformen intra-metropolitane Zusammenarbeit
Mögliche Formen nach Institutionalierungsgrad und Charakteristika



Q: WIFO-Darstellung unter Verwendung von *Gutheil-Knopp-Kirchwald – Bröthaler (2015)*.

Stärkste Formen institutionalisierter Zusammenarbeit – weil mit staatlichen Durchsetzungsrechten ausgestattet und durch Wahlen legitimiert – sind die Gemeindefusion als Verschmelzung zweier oder mehrerer Gemeinden sowie die Bildung einer Gebietsgemeinde als (neue) regionale Gebietskörperschaft, an welche bestehende Gemeinden Kompetenzen übertragen. Sie können die größten Planungs- und Umsetzungskompetenzen für sich beanspruchen, setzen

aber voraus, dass bestehende Gebietskörperschaften Kompetenzen abgeben oder sogar ihre Existenz verlieren. Entsprechend selten (und umstritten) ist damit ihr Vorkommen in Österreich. Recht häufig sind dagegen regionale Zweckverbände, in welchen sich Gemeinden für bestimmte Aufgaben zusammenschließen, wobei die Steuerung durch VertreterInnen der beteiligten Gemeinden erfolgt. In der Praxis meist aus Gründen der Kostenersparnis bzw. Effizienzsteigerung in der Erbringung spezifischer öffentlicher Leistungen (etwa Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Bauhof, Schulerhalt bei Pflichtschulen, Umweltschutz etc.) implementiert, können solche Verbände als Körperschaften öffentlichen Rechts seit 2011 auch ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zweck (als Mehrzweckverband) gebildet werden. Dabei bleibt diese Möglichkeit allerdings auf die kommunale Ebene beschränkt, ein Verband zwischen Gemeinden unterschiedlicher Bundesländer ist aber möglich (und etwa zwischen oberösterreichischen und Salzburger Gemeinden auch realisiert). Ähnlich etabliert sind (auch in der Metropolregion Wien)⁶¹⁾ privatrechtlich aufgesetzte Planungs- und Entwicklungsgemeinschaften, die ebenfalls bundesländerübergreifend aufgesetzt sein können und auch Länder, Sozialpartner und/oder private Akteure einschließen können. Beide Formen können auch Kooperation bei der Nachfrage nach (Infrastruktur-)Leistungen ermöglichen, indem sie als Plattform zur gemeinsamen Ausschreibung von zu erbringenden Leistungen (etwa Verkehrsleistungen wie beim VOR) dienen.

Ähnliches ist den übrigen Organisationsformen mangels Rechtspersönlichkeit nicht möglich. So haben Regionalkonferenzen als Kooperationsmöglichkeit auch unterschiedlicher Gebietskörperschaften und Träger nur beratende Funktion, indem sie etwa Empfehlungen erarbeiten, die dann in den Parlamenten bzw. Gemeinderäten der beteiligten Träger formalisiert werden (sollen). Flexibelste Form in räumlicher Hinsicht sind letztlich regionale Netzwerke (etwa Arbeitsgemeinschaften), weil ihre geographische Reichweite nach funktionalen Gesichtspunkten festgelegt (bzw. verändert) werden kann. Sie verfügen über keinen festgefügten inhaltlich-organisatorischen Rahmen, werden aber in der Regel durch eine Lenkungsgruppe geführt, welche die gemeinsame Arbeit zeitlich und inhaltlich strukturiert. Als freiwillige Form der Zusammenarbeit mit nur geringer formaler Verankerung basieren sie grosso modo auf der "Selbstbindung" der beteiligten Partner, was für ihre Stabilität und Weiterentwicklung die Akkumulation von gegenseitigem Vertrauen voraussetzt.

In der Praxis ist ohne Zweifel ein Zug zu eher informellen Formen der Zusammenarbeit zu erkennen. Auch in der Metropolregion wurde den stärker institutionalisierten Organisationen (v.a. PGO, VOR) mit dem SUM als (einziger) wesentlicher Neuerung des Governance-Systems seit den 1980er-Jahren ja nicht zufällig eine Organisation an die Seite gestellt, welche vorrangig regionale Netzwerke und darauf aufbauend freiwillige, interkommunale Lösungen auf Basis von Aushandlungsprozessen auf den Weg bringen soll. Dabei wird hier auch nicht die eine (allumfassende) Kooperation angestrebt, sondern mehrere, teils nur locker vernetzte Kooperationen auf (teil-)regionaler Ebene.

⁶¹⁾ Zu nennen sind hier etwa PGO und VOR, aber auch die Wirtschaftsagenturen der drei Bundesländer.

Dieser Trend von stadtreionsweiten zu (teil-)regionalen Lösungen und von institutionellen zu eher informellen Zusammenarbeitsformen ist einerseits wohl daraus erklärbar, dass umfassende und stark institutionalisierte Kooperationslösungen wegen des hier notwendigen Verzichts auf (formale) Kompetenzen für die beteiligten Gebietskörperschaften in föderalen Systemen kaum konsensfähig bzw. konfliktträchtig sind (dazu etwa schon *Brodkin*, 1987) und gleichzeitig nicht notwendig auch eine effizientere Zusammenarbeit versprechen: Auch stark institutionalisierte Governance-Leistungen bleiben typischerweise durch traditionelle territoriale Muster beeinflusst, die tief in der administrativen Kompetenzverteilung wurzeln (*Nelles et al.*, 2018). Damit bleiben Interessensgegensätze bestehen, müssen aber nun innerhalb der Organisation gelöst (oder umschifft) werden⁶²).

Andererseits haben Formen der informellen Zusammenarbeit aber auch deutliche Meriten. So sind regionale Netzwerklösungen offen für wechselnde Themen und Partner und sind damit in Hinblick auf die optimale Aufstellung zur Bewältigung der jeweils definierten Aufgabe(n) in ihrer geographischen Reichweite und den gepflogenen Zusammenarbeitsformen zielgerichtet optimierbar. Damit können sie in räumlicher wie inhaltlicher Hinsicht flexibler und stärker situationsangepasst (re)agieren und müssen nicht alle denkbaren Akteure dauerhaft einbeziehen. Dadurch ist in Zielstellung wie Aufgabenerfüllung keine Reduktion auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" notwendig, auch wird die Gefahr reduziert, dass einzelne Akteure (ohne konkreten Kooperationsertrag) die gemeinsame Arbeit blockieren (können). Letztlich ermöglichen es "weiche" Lösungen nicht zuletzt wegen ihres meist einfachen Aufbaus⁶³) auch innovative Prozesse und Projekte mit geringen Mitteln und vergleichsweise kurzer prozeduraler Anlaufphase in Angriff zu nehmen, gleichzeitig unterstützen deren schlanke Organisationsstrukturen pragmatisches Handeln.

Allerdings kann auf Basis wenig formalisierter (und vielfältiger) Netzwerklösungen "von unten" kein übergeordnet optimal strukturiertes Kooperationsystem in der Metropolregion entstehen, weil solche Netzwerke in variabler Geometrie (und ohne Abstimmung) unterschiedliche Teilfelder und (damit) unterschiedliche Reichweiten abdecken und Entwicklungsziele jeweils entlang des Konsenses ihrer spezifischen (und unterschiedlichen) Akteursgruppen verfolgen. Daher bleibt es wichtig, informelle Kooperationslösungen in einen (leitbildartigen) Rahmen (etwa in Form eines übergeordneten Entwicklungskonzepts) einzubinden, der die dezentralen Kooperationsaktivitäten dieser Netzwerke in Richtung von Zielen und Strategien mit stadtreionaler Perspektive zu lenken imstande ist.

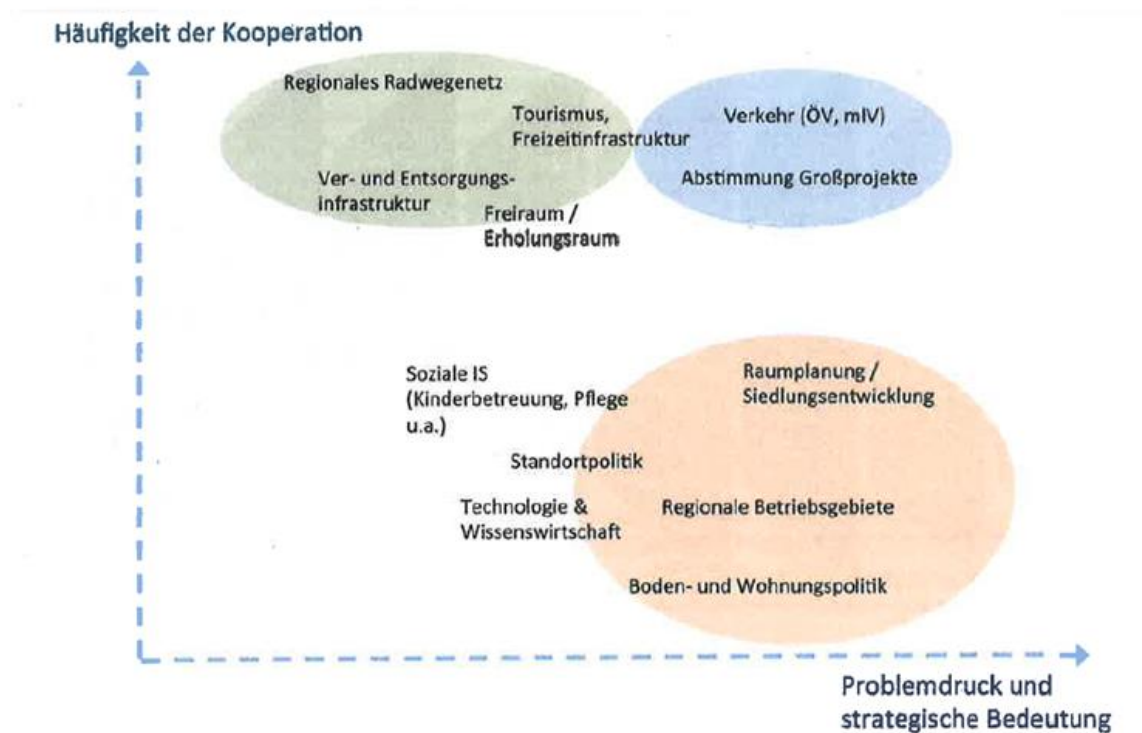
⁶²) Als Beispiel aus Deutschland kann hier Berlin-Brandenburg gelten, wo die beiden Bundesländer (mit massiver Stadt-Umland-Verflechtung) eine gemeinsame Landesplanung aufgesetzt haben. Intern musste diese Institution in Segmente eingeteilt werden, um eine Machtverteilung auf Augenhöhe herzustellen.

⁶³) Typischerweise bestehen informelle (weiche) Kooperationslösungen aus einer steuernden (Kern-)Gruppe, um die sich über die Zeit ein Netzwerk regional relevanter Akteure gruppiert. Sie verständigen sich in Aushandlungsprozessen auf Ziele, Anreizinstrumente und ggf. Ausgleichssysteme.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass rein informelle Kooperationsinstrumente wegen ihrer fehlenden institutionellen Klammer und damit der Abhängigkeit vom (auch kurzfristigen) "goodwill" der beteiligten Partner *ceteris paribus* vergleichsweise wenig stabil (und damit nachhaltig) sein werden (etwa Hameter – Paul, 2017): Bei fehlender Regelbindung besteht für die TeilnehmerInnen immer der Anreiz, auf (suboptimale) bilaterale Lösungen auszuweichen, sobald Abstimmungsprozesse ins Stocken geraten. Damit sind "weiche" Kooperationsformen für kooperative Entwicklungsaktivitäten mit erst langfristig sichtbarem Ertrag nur bedingt geeignet. Gleichzeitig wird eine Korrektur einmal (mühsam) erzielter kooperativer Lösungen in einem solchen Setting entsprechend schwierig sein, was die Vorteile informeller Governance-Lösungen in Flexibilität und situationsbezogener Anpassungsfähigkeit zunichtemachen kann. Auch in wenig institutionalisierten Netzwerklösungen wird daher ein professioneller Organisationskern notwendig sein, der einer solchen Verkrustung entgegenwirkt, bei auftretenden Konflikten Lösungswege sucht und die Arbeit im Netzwerk (sowie das dazu lancierte "Narrativ") entlang auch kurzfristig sichtbarer "Erfolge" strukturiert, um die beteiligten Netzwerkpartner "bei der Stange zu halten".

Nicht zuletzt (und vor allem) scheinen informelle Netzwerke (selbst bei professioneller Moderation) wegen dieser geringen Verbindlichkeit (und Freiwilligkeit) für Handlungsfelder nur bedingt geeignet, in welchen größere gemeinsame Investitionen notwendig sind, die durch einen hohen Kollektivgutanteil gekennzeichnet sind (sodass externe Effekte internalisiert werden müssen) und/oder in welchen auch konfliktträchtige (Verteilungs-)Fragen zu lösen sind. Gerade in solchen Bereichen wären (verbindliche) Kooperationslösungen allerdings besonders dringlich (vgl. Abschnitt 2).

Abbildung 5.4: Stadtrregionale Kooperationen in Österreich
Häufigkeit und Bedeutung nach Aufgabenfeldern



Q: ÖROK (2016) nach ÖROK (2009) bzw. Gutheil-Kirchwald-Knopp – Bröthaler (2015).

Vor diesem Hintergrund kann das klare Vorherrschen "freiwilliger" und wenig institutionalisierter Zusammenarbeit im Bereich interkommunaler Abstimmung in Österreich auch die in vielen Arbeiten (ÖROK, 2009; Gutheil-Knopp-Kirchwald – Bröthaler, 2014; Hameter – Paul, 2017; ÖROK, 2016; daraus Abbildung 5.4) betonte Evidenz erklären, dass funktionierende Kooperationen hier in Bereichen mit unmittelbar sichtbarem Nutzen (etwa durch Kostenersparnis im Infrastrukturbereich) und/oder geringen Kooperationskosten eher häufig sind, während sie in einigen strategisch zentralen Handlungsfeldern mit hohem Problemdruck und einer Tendenz zu interkommunaler Konkurrenz (bzw. Verteilungskonflikten) dünn gesät sind. Gerade in solchen zentralen Handlungsfeldern wären (hinreichend) institutionalisierte Kooperationsformen mit ausreichendem Verbindlichkeitsgrad also notwendig, kommen aber offenbar seltener zustande. Unsere abschließenden Überlegungen zu Ansatzpunkten für eine Verbesserung der intra-metropolitanen Zusammenarbeit in der Metropolregion Wien in den beiden folgenden Abschnitten werden sich daher mit Raumplanung und Siedlungsentwicklung (einschließlich Boden- und Wohnungspolitik) einerseits (Abschnitt 6) sowie Standort- und Wirtschaftspolitik (einschließlich Betriebsansiedlung und der Steuerung des gemeinsamen Arbeitsmarkts) andererseits (Abschnitt 7) diesen zentralen Handlungsfeldern widmen. Dabei werden Vorschläge im Vordergrund stehen, die geeignet scheinen, das genannte Dilemma notwendiger Verbindlichkeit bei

gleichzeitig geringer Umsetzungschance "harter" institutionalisierter Kooperationslösungen aufzulösen.

5.3.3 *Fazit: Prämissen für eine tragfähige Governance-Lösung*

Voraussetzung für sinnvolle Vorschläge dazu ist eine Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten in der Metropolregion Wien, weil der konkrete regionale Kontext – wie oben gezeigt – über Sinn und Unsinn einzelner Governance-Lösungen (mit)entscheiden wird. Daher seien als Abschluss dieses Abschnitts einige aus unserer Sicht zentrale Erkenntnisse zur Situation im Raum Wien benannt, welche als Prämissen für eine tragfähige Governance-Lösung für die Metropolregion unseren abschließenden Überlegungen zugrunde liegen.

- Zentral scheint zunächst die Erkenntnis, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen des föderalen Staatsaufbaus mit hoher Gemeindeautonomie und einer Vielzahl von Akteuren stark formalisierte bzw. institutionalisierte Governance-Lösungen mit Mehrzweckcharakter und Ausrichtung auf die gesamte Stadtregion kaum umsetzbar sein dürften: Gemeindefusionen über Bundesländergrenzen hinweg wären (wie bereits erwähnt) nur im Zuge einer groß angelegten Föderalismus-Reform denkbar und scheinen selbst in diesem Fall außer Reichweite. Die Bildung einer (oder mehrerer) Gebietsgemeinden als stadtregiional agierende Körperschaft(en) scheint wegen der hier notwendigen (freiwilligen!) Übertragung von Kompetenzen auf die übergeordnete Ebene schon mit Blick auf die Vielzahl der Player auf kommunaler Ebene kaum realistisch – die unterschiedlichen strukturellen Bedingungen (und damit Kooperationsbedarfe und Entwicklungsinteressen) der Gemeinden kommen hinzu. Da gleichzeitig offen scheint, ob eine zusätzlich eingezogene Gebietskörperschaftsebene angesichts der schon jetzt stark ausdifferenzierten und komplexen Institutionenlandschaft und Akteursstruktur tatsächlich zu Kooperationsgewinnen führt (oder aber vorrangig neue Kommunikations- und Abstimmungsbedarfe – und damit Transaktionskosten – zur Folge hat), werden solche Lösungen in unseren Vorschlägen nicht im Vordergrund stehen.
- Für die Weiterentwicklung der Kooperation in der Metropolregion und deren Verankerung als erfolgversprechendes Instrument im Bewusstsein der handelnden Akteure scheinen vielmehr (zunächst) informelle Zusammenarbeitsformen zielführend, in welchen durchaus unterschiedliche Akteurskreise in unterschiedlichen Handlungsfeldern und mit auch (teil-)regionalem Fokus kooperative Projekte und gemeinsame Entwicklungsinitiativen ins Werk setzen. Schlüssel für eine Aufwertung und Verdichtung kooperativer Strukturen in der Metropolregion wird es also sein, Möglichkeiten für tragfähige Kooperationsprojekte und -initiativen zu orten, die dazu notwendigen Akteure für die jeweilige Idee zu gewinnen und einen Umsetzungsprozess anzuregen, dessen Erfolg wiederum weitere Kooperationsprojekte (und Erfolge) induzieren kann. Auf diese Weise wird über die Zeit Vertrauen in gemeinsame Lösungen (und die dabei kooperierenden Akteure) aufgebaut, welches letztlich auch den Weg für "größere" Lösungen (mit höherem Institutionalierungsgrad) ebnen kann. Geeignete Organisationsstrukturen und (vertikale) Anreize können dies wirksam unterstützen.

- Tatsächlich scheint es angesichts der Notwendigkeit stabiler und verbindlicher Zusammenarbeitsformen gerade in strategisch wichtigen Kooperationsfeldern zentral, dass sich zunächst "weiche" und stark informelle Netzwerkstrukturen über die Zeit zu stärker institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit mit verbindlicheren Regeln, größerer Legitimation sowie, für strategisch bedeutendere Kooperationen notwendigen, Anreizstrukturen und Ausgleichsmechanismen weiterentwickeln (können). Dies bedingt auch in "weichen" Kooperationslösungen ein professionelles Prozessmanagement als Organisationskern, das die Zusammenarbeit über die Mediation von Konflikten, das Einbringen neuer, weiterführender Ideen und eine Strukturierung der Arbeit entlang messbarer (und kommunizierbarer) Erfolge stabilisiert und die Verständigung der Partner auch über längerfristige Entwicklungsziele und -potentiale sowie die dazu notwendigen Schritte moderiert und vorantreibt.
- Jedenfalls bedarf es zur Strukturierung einer solchen Entwicklung entlang bedarfsgetriebener und dezentral aufgesetzter Kooperationslösungen eines übergeordneten Rahmens, der diese Initiativen bei entsprechender Verbindlichkeit in Richtung gemeinsam vereinbarter stadtreionaler Entwicklungsziele und Aktivitätsschwerpunkte zu lenken imstande ist. Die Erarbeitung eines stadtreional ausgerichteten Leitbilds bzw. strategischen Entwicklungskonzepts (und ein entsprechendes "Commitment" der umsetzungsrelevanten Akteure dazu) scheint daher für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Metropolregion grundlegend.
- Dabei wird eine gleichberechtigte Beteiligung der Gemeindeebene (auch) an der Erstellung stadtreionaler Entwicklungsziele und -konzepte angesichts der Vielfalt der hier vorfindlichen Akteure und deren individuell geringer Größe, Durchschlagskraft und oft auch Planungskompetenz eine erhebliche Herausforderung sein. Jedenfalls scheint dazu eine entsprechende Abstimmung der Gemeinden notwendig, um mit den übrigen Stakeholdern im Entwicklungsprozess (Kernstadt Wien, beteiligte Länder) "auf Augenhöhe" interagieren zu können. Als institutioneller Rahmen dazu scheinen angesichts der Vielzahl der Gemeinden in der Metropolregion teilregionale Lösungen mittleren Institutionalisierungsgrades (etwa Planungsverbände) besser geeignet als eine umfassende Struktur (etwa ein Regionalparlament) mit stadtreionaler Reichweite, aber geringer Verbindlichkeit.
- Jedenfalls werden als Grundlage für eine Weiterentwicklung der intra-metropolitanen Zusammenarbeit in der Stadtregion Wien die derzeit wirkenden ökonomischen Anreizstrukturen für (oder gegen) Kooperation in Finanzverfassung bzw. Finanzausgleich zu sichten und gegebenenfalls anzupassen bzw. über Vertragslösungen positiv zu wenden sein. Ähnliches gilt für jene (etwa bodenpolitischen) Instrumente, welche den handelnden Akteuren zur Steuerung der Entwicklung entlang der gemeinsam festgelegten Ziele zur Verfügung stehen. Nur so scheint eine effiziente Steuerung der stadtreionalen Entwicklung in Kooperation auch in der Praxis umsetzbar.

6. Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation I: Raumplanung und -ordnung und Siedlungspolitik⁶⁴⁾

6.1 Herausforderung und grundsätzliche Stoßrichtung

Im Bereich Raumplanung und -ordnung besteht die Herausforderung nach den Ergebnissen unserer Stakeholder-Interviews, aber auch den Resultaten der ÖREK-Partnerschaft "Kooperationsplattform Stadregionen" (ÖROK, 2016, 2017) vorrangig darin, aufbauend auf den vorfindlichen institutionellen Strukturen⁶⁵⁾ verfügbare Wirkungshebel so zu ergänzen bzw. zu schärfen, dass derzeit bestehende Mängel in der praktischen Umsetzung von Raumplanung und Siedlungspolitik beseitigt werden können. Aufgabe ist es damit, auf Basis verbindlicher Festlegungen eine wirkungsvolle und integrierte Steuerung der Siedlungsentwicklung auch auf stadregionaler Ebene zu ermöglichen. Schlüssel dafür dürfte es sein, die Gemeindeebene stärker in gemeinsame Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse zu involvieren. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, weil hier eine Vielzahl von Akteuren mit strukturell äußerst unterschiedlichen Voraussetzungen zu integrieren ist. Vor allem aber muss dabei die Perspektive der Gesamtregion anhand gemeinsamer Entwicklungsziele mit jener der individuellen Gemeinden verknüpft werden. Schwierig ist dies insofern, als kommunale Entscheidungsträger in ihren Handlungsmöglichkeiten lokalpolitisch eingeschränkt sind, weil ihre Entscheidungen (auch) auf Basis informeller Verantwortlichkeiten und im Wettbewerb mit anderen Gemeinden fallen (Derecchi, 2016; Hameter – Paul, 2017). Effiziente stadregionale Zusammenarbeit erfordert also das gemeinsame Vorgehen einer Vielzahl von Akteuren mit konkurrierenden Zielen und unterschiedlichen individuellen Handlungslogiken.

Dies wird auf Basis der in Abschnitt 5 gewonnenen Erkenntnisse und insbesondere den in Abschnitt 5.3 abgeleiteten Prämissen für eine tragfähige Governance-Lösung in der Metropolregion vorrangig auf Basis eines institutionellen "Dreischritts" gelingen:

- Übergeordnet wäre gemeinsam ein strategisches Planungsdokument mit Leitbildcharakter für die stadregionale Ebene zu erarbeiten und mit entsprechender Verbindlichkeit zu versehen. Es sollte die gemeinsamen Entwicklungsziele zur Raum- und Siedlungsstruktur der Metropolregion definieren und außer Streit stellen. Vor allem aber sollte eine solche Übereinkunft "Potentialräume" definieren, also räumlich konkret verortete Zielgebiete, in welchen eine konzentrierte Entwicklung in Kooperation aus stadregionaler Perspektive als besonders sinnvoll bzw. dringlich erscheint.

⁶⁴⁾ Die in diesem und den folgenden Abschnitten entwickelten Überlegungen zu vielversprechenden Handlungslinien zur Stärkung stadregionaler Kooperation in der Metropolregion Wien profitieren von den durchgeführten Stakeholder-Interviews, aber auch bereits entwickelten Vorschlägen aus der nationalen und internationalen Literatur. Mit Bezug auf die Metropolregion Wien seien hier besonders die einschlägigen Arbeiten der ÖROK (2009, 2015a, 2016, 2017), sowie jene von Fassman – Görgl (2008), Pitlik et al. (2010), Görgl et al. (2016), Heyn – Wilbert (2018) sowie nicht zuletzt Hameter – Paul (2017) hervorgehoben, von welchen unsere Schlussfolgerungen profitieren.

⁶⁵⁾ Genannt seien hier vor allem die jeweils überörtlichen und örtlichen Raumplanungsinstitutionen auf Landes- und Gemeindeebene sowie die PGO als Koordinationsplattform der Bundesländer der Ostregion.

- Für diese Potentialräume wäre unter Einbindung möglichst aller für deren Entwicklung relevanten Akteure eine konkretisierte regionale Leitplanung zu erarbeiten und abzustimmen. Sie hätte horizontale wie vertikale Abstimmungsnotwendigkeiten zur optimalen Entwicklung dieser Gebiete zu berücksichtigen und die Aufgaben und Umsetzungsschritte für eine solche Entwicklung auf der Ebene der beteiligten Akteure zu benennen. Ein dazu erzieltes Commitment wäre in der Folge durch geeignete Vertragslösungen abzusichern.
- Gleichzeitig wären für die benannten Potentialräume konzentriert intensive Maßnahmen des "aufsuchenden" Regionalmanagements und der Netzbildung aufzusetzen, um möglichst viele Akteure auch auf Gemeindeebene "ins Boot zu holen". Sie wären – unterstützt durch den Einsatz vertikaler Anreize und von Mechanismen des Lastenausgleichs – zu konkreten Umsetzungsschritten in Richtung der, in der regionalen Leitplanung skizzierten Entwicklungsziele zu motivieren.

Eine solche räumliche Fokussierung kooperativer Entwicklungsanstrengungen auf (wenige) gemeinsam festgelegte Zielgebiete verspricht Effizienzgewinne, weil dadurch (knappe) verfügbare Ressourcen auf Potentialräume mit besonders hohem (erwarteten) Kooperationsertrag konzentriert werden können. Gleichzeitig wird so auch die hohe Komplexität reduziert, welche bei Kooperationsansätzen mit Reichweite über die gesamte Metropolregion (wegen der hier großen Zahl zu integrierender Akteure) notwendig zu erwarten ist, ohne, angesichts der Abstimmung der regionalen Leitplanungen mit dem übergeordneten strategischen Planungsdokument, auf eine Strukturierung der Entwicklung auf der Ebene der gesamten Stadtregion zu verzichten. Vor allem aber böte ein solcher Ansatz inhaltlich die Chance, die oft mit hohen öffentlichen Investitionen geschaffenen Standortqualitäten in Hochpotentialräumen durch eine (hier) tatsächlich hohe Planungs- und Umsetzungsichte besser zu nutzen. Damit würde ein solcher Ansatz auch das Ergebnis von Monitoring-Studien zur Stadtregion (*Fassmann et al.*, 2010; als Update *Görgl et al.*, 2016) aufnehmen, welche nachweisen, dass die zu erwartende demographische Dynamik in der Region mit Blick auf Baulandreserven bzw. den Erhalt wertvoller Landschaftsräume, aber auch in Hinblick auf Energie- und Ressourceneffizienz sowie die Finanzierung notwendiger Infrastrukturen dann (und nur dann) ohne Probleme zu bewältigen sein wird, wenn die Entwicklung mit geeigneten Steuerungsinstrumenten auf Teilräume mit guter Ausstattung gelenkt wird.

6.2 Sinnvolle Handlungslinien

Stimmt man den oben skizzierten Prämissen für eine tragfähige Governance-Lösung sowie der daraus abgeleiteten Stoßrichtung in Raumplanung und Siedlungsentwicklung zu, so wären also stärker abgestimmte und verbindliche Festlegungen der überörtlichen Raumplanung zur stadtregionalen Entwicklung vonnöten, welche wiederum in der Folge im Rahmen intensiv betreuter regionaler Leitplanungen mit starker Beteiligung der betroffenen Gemeinden umzusetzen wären. Um einem solchen Ansatz auch in der Praxis zum Durchbruch zu verhelfen, sind eine Reihe von Handlungslinien notwendig:

Entwicklung eines gemeinsamen strategischen Entwicklungskonzepts für die Stadtregion mit Verbindlichkeit für die überörtliche Raumplanung

Notwendige Grundlage für eine stärker strukturierte und abgestimmte Entwicklungsarbeit auf stadtreptionaler Ebene scheint zunächst die Erstellung eines strategischen Entwicklungskonzepts für die Stadtregion. In ihm definieren die Bundesländer der Metropolregion als Träger der überörtlichen Raumplanung konkrete Entwicklungsziele für den Agglomerationsraum. Vor allem aber benennen sie in diesem Rahmen Potentialgebiete mit besonderen Entwicklungschancen bzw. -bedarfen, welche als (räumlich konkretisierte) Zielgebiete konzentrierter Planung und Umsetzung prioritär und gemeinsam entwickelt werden sollen. Festlegungen im Konzept wären durch die Länder in die relevanten Planungsdokumente im eigenen Wirkungsbereich (STEP 2025 in Wien, Hauptregionsstrategie 2024 in Niederösterreich, Landesentwicklungsprogramm im Burgenland) aufzunehmen und so mit entsprechender Verbindlichkeit zu versehen.

Ein solcher übergeordneter Rahmen könnte die in ihrer grundlegenden Entwicklungsphilosophie zwar verwandten, aber in Schwerpunkten und Prioritätensetzung unterschiedlichen Planungsgrundlagen der Länder⁶⁶) in stadtreptionaler Hinsicht synchronisieren und damit eine gemeinsame Stoßrichtung sichern. Zudem wird die Stadtregion in den Instrumenten der jeweiligen Landesplanungen erst mit einem solchen Konzept explizit als Planungsraum etabliert, was eine bessere intra-metropolitane Abstimmung der Versorgung mit Infrastrukturen und Freiräumen sowie eine bessere Steuerung von Siedlungsentwicklung und Flächennutzung verspricht⁶⁷).

Die Entwicklung eines solchen strategischen Entwicklungskonzepts kann auf bereits vorliegende leitbildartige Festlegungen für die "Stadtregion Plus" aufsetzen, welche im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost schon vor einigen Jahren erarbeitet wurden (PGO, 2011). Schon hier wurden die Grundprinzipien stadtreptionaler Zusammenarbeit, aber auch Entwicklungsgebiete, Standorträume und schützenswerte Gebiete in der Metropolregion benannt – allerdings nicht in der erforderlichen Konkretisierung in Verantwortlichkeiten und räumlichen Festlegungen. Aufgabe wäre es daher, dieses Leitbild in Hinblick auf die anzustrebenden Entwicklungsziele, vor allem aber in Hinblick auf die räumliche Verortung konzentriert zu entwickelnder Zielgebiete zu schärfen und die getroffenen Festlegungen in die Planungsdokumente der Länder zu übernehmen.

Primär als Instrument zur Abstimmung der Entwicklungsarbeit der überörtlichen Raumplanung konzipiert, wird ein solches stadtreptionales Entwicklungskonzept federführend durch die beteiligten Länder zu erstellen sein. Schon dabei wären aber nach Möglichkeit auch die Gemeinden

⁶⁶) Für eine vergleichende Analyse der einschlägigen Planungsdokumente vgl. etwa Hameter – Paul (2017).

⁶⁷) Letztlich scheint ein solches gemeinsames strategisches Entwicklungskonzept auch eine sinnvolle Reaktion auf den grundlegenden Trade-Off zwischen dem (weitgehend unstrittigen) Bedarf an einem rationalen Plan für die stadtreptionale Ebene einerseits und dem Risiko einer (kontraproduktiven) Vermehrung der Planungsebenen in einer ohnehin schon überladenen Planungslandschaft andererseits: Zwar werden auf seiner Basis bestehende Instrumente aufeinander abgestimmt, eine Vermehrung oder "Doppelung" dieser Instrumente (bzw. des damit verbundenen Abstimmungsbedarfs) wird aber vermieden.

als Träger der örtlichen Raumplanung einzubinden, um ein möglichst breites Commitment zu gewährleisten. Ein dazu aufzusetzender Konsultationsprozess wird daher idealerweise (auch) auf kommunalen Inputs aufbauen – was allerdings voraussetzt, dass das Problem der Vielzahl kommunaler Akteure in der Stadtregion durch institutionelle Lösungen entschärft werden kann (siehe unten).

Sofern hinreichend konkret, kann ein solches gemeinsames Entwicklungskonzept über die dadurch koordinierten Vorgaben der überörtlichen Raumplanungen schon für sich eine lenkende Wirkung (auch) auf die Entwicklungsplanung der Gemeinden entfalten: Zwar haben Vorgaben der überörtlichen Planung vorrangig eine beschränkende und nicht aktivierende Wirkung. Ein Entwicklungsaspekt geht von ihnen aber insofern aus, als diese Vorgaben in Räumen, in denen keine konzentrierte Entwicklung angestrebt wird, restriktiv gestaltet werden können, während sie in den definierten Potentialgebieten größere Freiräume für das Wirken der Marktkräfte eröffnen können. Als Rahmen für die örtliche (kommunale) Planung können derartige Vorgaben also – konsequent umgesetzt – auch gestaltende Wirkung entfalten. Gleichzeitig können sie die BürgermeisterInnen auch von lokalpolitischen Zwängen entlasten, die ihnen eine örtliche Planung unter Berücksichtigung stadtreionaler Aspekte oft schwierig machen.

Festlegungen im strategischen Entwicklungskonzept I: Gemeinsame Zielsetzungen

Die Einigung auf gemeinsame Entwicklungsziele im strategischen Entwicklungskonzept scheint insofern zwingend, als Zielsetzungen, die früheren Kooperationsbestrebungen in der Stadtregion zugrunde lagen, kaum noch als einigende Klammer für die gemeinsame Entwicklungsarbeit tauglich scheinen⁶⁸⁾. Die Festlegung solcher Ziele scheint angesichts unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in den Teilen der Metropolregion⁶⁹⁾ durchaus herausfordernd, sie wird aber dadurch erleichtert, dass sich die Entwicklungsinteressen und Planungsbedarfe zumindest im engeren Stadt-Umland unter den Bedingungen von Suburbanisierung und demographischem Wachstum sukzessive annähern dürften.

Ohne gemeinsamen Festlegungen vorgreifen zu wollen, scheint unter den genannten Rahmenbedingungen jedenfalls eine integrierte und kooperative Steuerung der Raumentwicklung prioritär, welche das demographische Wachstum in Richtung bestehender oder kostengünstig skalierbarer Versorgungs- und Verkehrsinfrastrukturen lenkt und so den Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie die Belastung durch den motorisierten Individualverkehr in Grenzen hält.

⁶⁸⁾ So lag der "ersten Welle" von Kooperationsbestrebungen in den 1970er-Jahren grosso modo das Ziel zugrunde, einen dauerhaften Entwicklungsrückstand der Ostregion gegenüber den Bundesländern im Westen unter den Bedingungen des "Eisernen Vorhangs" zu vermeiden. Später standen die Bewältigung der Ostöffnung und die Nutzung der Chancen der fortschreitenden Ostintegration im Vordergrund – Entwicklungsziele, die mittlerweile ebenfalls erreicht scheinen, auch wenn die Etablierung stabiler Kooperationsbeziehungen im zentraleuropäischen Großraum noch weiterer Anstrengungen bedarf.

⁶⁹⁾ So steht etwa die Kernstadt wegen ihrer Zentrumsfunktion und der sozialen Struktur ihrer Bevölkerung gänzlich anderen Herausforderungen gegenüber als Teilregionen in der Außenzone der Stadtregion. In den unmittelbaren Umlandgemeinden sind wiederum vor allem zusätzlichen Erfordernisse in (auch kostenintensiven) Infrastrukturbereichen (etwa Schulen, Kindergärten) zunehmend virulent, auch schafft der erhöhte Bedarf an Wohnraum hier bauliche bzw. soziale Verdichtungen, die das Ideal der "ländlichen Idylle" unterlaufen (etwa Hameter – Paul, 2017).

Eine solche Stoßrichtung auf, auch in der Zukunft tragfähige, Infrastrukturlösungen, einen effizienten Einsatz von Energie und Ressourcen sowie den Erhalt wertvoller Landschaftsräume wäre in hohem Maße auch mit den Alltagsproblemen der Bevölkerung im Metropolraum (etwa in Hinblick auf ihre Arbeitswege) kongruent. Auch wären eine Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an hochrangigen ÖPNV-Achsen und bestehenden Versorgungsinfrastrukturen sowie klare Kriterien zur Festlegung geeigneter Betriebsstandorte zentrale Schritte zur Bewältigung des Klimawandels – dem wohl dominierenden Zukunftsthema der nächsten Jahrzehnte.

Festlegungen im strategischen Entwicklungskonzept II: Räumlich konkretisierte Zielgebiete

Operational vielleicht noch wichtiger wären Festlegungen im strategischen Entwicklungskonzept darüber, welche räumlich abgegrenzten Potentialgebiete als Fokus gemeinsamer Anstrengungen konzentriert beplant und entwickelt werden sollen. Es sollte sich jedenfalls um funktional zusammenhängende Teilgebiete der Stadtregion handeln, für welche besondere Entwicklungschancen und/oder -bedürfnisse vermutet werden, sodass gemeinsame Qualitätsziele und konzentrierte Planungs- und Umsetzungsaktivitäten erfolgversprechend erscheinen. Dabei wäre konkret zu klären, welche Standorte konzentriert (und gemeinsam) entwickelt werden sollen und welche Bedeutung diesen Standorten im Kontext einer polyzentrischen Gesamtregion letztlich zukommt.

Für die Auswahl solcher Zielgebiete wird sinnvoll an externen Entwicklungen (etwa großen Infrastrukturinvestitionen) anzusetzen sein, welche geeignet sind, das teilregionale Entwicklungspotential in relevantem Ausmaß aufzuwerten und/oder Investitionskosten verursachen, für die sich eine strukturierte Entwicklung zur Optimierung ihrer (gesamtwirtschaftlichen) Erträge als erforderlich erweist⁷⁰⁾. Gleichzeitig werden entsprechende Festlegungen auch die Flächenverfügbarkeit vor Ort zu berücksichtigen haben, aber auch die Frage, inwieweit die Gemeinden in einem potentiellen Zielgebiet zur Mitarbeit an einer solchen konzentrierten Entwicklung motiviert werden können.

Hilfreich bei der Identifikation und Konkretisierung solcher Potentialräume können damit auch regionale Dialoge im Stadtumland sein, in denen Ziele, Handlungsoptionen und Instrumente der Entwicklung auf die regionale Ebene heruntergebrochen und mit den Akteuren im jeweiligen Teilraum intensiv diskutiert werden. Solche Dialoge sollten jedenfalls die Landesgrenzen überschreiten und scheinen im engeren Stadtumland besonders dringlich. Ihre Organisation und Moderation könnte Aufgabe eines verstärkten Regionalmanagements mit

⁷⁰⁾ Beispielhaft sei hier das nördliche Stadt-Umland genannt, das durch neue Verkehrsinfrastrukturen (A5) eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Auf Landesebene hat Niederösterreich darauf mit entsprechenden Planungs- und Entwicklungsaktivitäten (Regionale Leitplanung nördliches Wiener Umland) reagiert; deren Weiterentwicklung in grenzüberschreitender (stadtregionaler) Perspektive wäre der nächste (logische) Schritt. Ähnlich wäre es sinnvoll, die begonnenen Arbeiten an einer Regionalen Leitplanung Marchfeld entlang neuer Infrastrukturen an der östlichen Stadtkante (Donauquerung, zukünftige S1-Trasse) durch kooperative Initiativen zwischen Wien und Niederösterreich zu ergänzen bzw. direkt zu erweitern. Letztlich könnte auch eine konzentrierte Entwicklung der Flughafenregion Wien sinnvoller Ansatzpunkt kooperativer Entwicklungsarbeit sein, zumal hier Fragen der Ertragsteilung angesichts der bestehenden Eigentumsverhältnisse nur in abgeschwächter Form zum Tragen kommen sollten.

stadtregionalen Fokus sein (siehe unten), ihre Ergebnisse könnten wiederum in die Festlegungen des strategischen Entwicklungskonzepts einfließen.

Gemeinsame regionale Leitplanungen für die stadtregionalen Zielgebiete

Für die Umsetzung konzentrierter Planungs- und Entwicklungsaktivitäten in diesen gemeinsam definierten stadtregionalen Zielgebieten bietet sich in der Folge das Instrument der Regionalen Leitplanung an, das in Niederösterreich im eigenen Wirkungsbereich bereits mit einigem Erfolg erprobt wurde (Regionale Leitplanung Mödling, Regionale Leitplanung nördliches Wiener Umland).

Im Kern handelt es sich dabei um einen starken ziel- und ergebnisorientierten Entwicklungsprozess, der die relevanten Akteure in der Teilregion möglichst vollständig erfasst und einbezieht. Seine Aufgabe ist es, die Entwicklungsarbeit dieser Akteure sowohl horizontal (also zwischen den Gemeinden) als auch vertikal (also zwischen Gemeinden und Ländern sowie, wo notwendig, dem Bund) abzustimmen und auf gemeinsame Entwicklungsziele auszurichten. Als Bindeglied zwischen den Planungsebenen dient die regionale Leitplanung dadurch einem gemeinsamen Vorgehen der relevanten Akteure, um planungsrelevante Ziele und Maßnahmen wechselseitig abzustimmen und partnerschaftlich umzusetzen. Dabei kann die notwendige Abstimmung je nach Aufgabenstellung durchaus flexibel und in "variabler Geometrie" erfolgen, sie basiert aber jedenfalls auf verbindlichen Spielregeln und klar definierten Arbeits- und Kommunikationsprozessen und hat letztlich eine schrittweise Institutionalisierung der Kooperation (mit Zugewinnen an Stabilität und Verbindlichkeit) zum Ziel.

Inhaltlich basiert eine Regionale Leitplanung im Idealfall auf einer tiefgehenden Standortanalyse, welche den beteiligten Akteuren Klarheit über ihre Rolle, ihre Aufgaben und ihre Chancen im regionalen Kontext verschafft. Aufbauend darauf wird ein gemeinsames regionales Entwicklungsleitbild erarbeitet, das wiederum in einen Umsetzungsplan für konkrete Entwicklungsprojekte mündet, welche sich an der gemeinsamen Strategie orientieren. Auf diese Weise erfolgt eine systematischere Abstimmung der Raumordnungsaktivitäten mit den strategischen Entwicklungszielen der Länder, aber auch eine bessere Einbindung der kommunalen Interessen sowie stadtregionaler Aspekte in die raumwirksamen Planungen bzw. der Vorhaben von Bund und Ländern. Verbindlichkeit erlangen die Ergebnisse der regionalen Leitplanung durch Verträge zwischen den Gemeinden und den beteiligten Ländern, in denen festgelegt wird, welche Ziele gemeinsam verfolgt werden sollen und welche Maßnahmen dazu in der überörtlichen Planung (Land) bzw. den örtlichen Entwicklungskonzepten⁷¹⁾ und Raumplanungsprogrammen (Gemeinde) umzusetzen sind.

Dabei erleichtert die räumlich fokussierte Ausrichtung der Regionalen Leitplanung mit ihrer Konzentration auf (Teil-)Räume mit spezifischen gemeinsamen Interessen und Entwicklungs Herausforderungen die Entwicklung einer gemeinsamen Sichtweise der beteiligten Akteure.

⁷¹⁾ Örtliche Entwicklungskonzepte wären das geeignetste Instrument zur Ausweisung von Zielgebieten in der örtlichen Raumplanung, sie sind in Niederösterreich seit 2014 aber nicht mehr zwingend zu erstellen.

Gleichzeitig reduziert sie das Problem der Vielfalt der Gemeinden (und ihrer unterschiedlichen Identitäten) in der Stadtregion und macht damit gemeinsame Planungsprozesse unter Einbindung aller relevanten Akteure erst möglich.

Dennoch bleiben die mit einer regionalen Leitplanung verbundenen Abstimmungsprozesse herausfordernd, zumal auch (sektorale) Fachplanungen einzubeziehen sind, die nicht in Raumordnungszuständigkeit liegen⁷²). Auch lässt die grenzüberschreitende Perspektive (mit Beteiligung Wiens als dominierender Kernstadt) eine noch höhere Komplexität erwarten, als dies bei den bisherigen Leitplanungen innerhalb eines Bundeslandes der Fall war. Umso wichtiger wird es sein, bei der Umsetzung der Leitplanungen für stadregionale Zielgebiete auf eine ausgewogene Machtbalance (etwa gleiche Stimmrechte, Vorsitzführung nicht durch Wien) zu achten und begleitende Aktivitäten zur Mobilisierung der Gemeinden mit hoher Intensität zu verfolgen.

Integration der kommunalen Ebene I: Planungsverbände

Wesentliche Grundlage für die Sicherung einer Beteiligung der kommunalen Ebene schon bei der Abstimmung und Erstellung des strategischen Entwicklungskonzepts für die Stadtregion, noch verstärkt aber für eine aktive Rolle der betroffenen Gemeinden im Prozess der regionalen Leitplanung ist – wie bereits erwähnt – deren Fähigkeit, an einschlägigen Konsultations- und Abstimmungsprozessen "auf Augenhöhe" teilnehmen zu können. Dies wird angesichts der Vielzahl der kommunalen Akteure und deren oft geringer Größe (und damit Planungskompetenz) auch institutionelle Vorkehrungen erfordern. Dabei dürfte die Bildung eines "Regionalparlaments" als stark institutionalisierte Lösung für den gesamten Agglomerationsraum angesichts von mehr als 270 Gemeinden in der breit definierten Stadtregion (und noch mehr als 50 Gemeinden im unmittelbaren Stadt-Umland) wenig zielführend sein⁷³).

Tragfähige Möglichkeit dürfte dagegen die Bildung interkommunaler Planungsgruppen bzw. von Zweckverbänden im Planungsbereich sein, welche gemeinsame kommunale Interessen verfolgen. Sie könnten die Durchschlagskraft vor allem kleinerer Gemeinden in Planungsagenten durch die Bündelung der Kräfte sowie Möglichkeiten der Kostenteilung deutlich

⁷²) Hierzu scheint der Aufbau eines Kooperations-Netzwerks zielführend, in dessen Rahmen regionalspezifische fachliche Entwicklungsziele auf der Ebene der unterschiedlichen Fachplanungen abgestimmt werden können.

⁷³) Dies auch, weil unklar bleibt, warum eine solche (drei Bundesländer überspannende) Institution eher imstande sein soll, einen klaren und eindeutigen politischen Willen zu bilden (und zu artikulieren), als dies derzeit auf der Ebene der Gemeinden innerhalb der Länder der Fall ist.

verbessern⁷⁴). Aus diesem Grund wären solche Planungsverbände unter möglichst weitgehender kommunaler Beteiligung jedenfalls in jenen stadtreionalen Zielgebieten anzustreben, in denen eine konzentrierte Entwicklung auf Basis regionaler Leitplanungen umgesetzt werden soll.

Anreize dazu wären sinnvoll auch von der Landesebene zu setzen, weil solche kommunalen Planungsverbände eine Professionalisierung der kommunalen Planung vorantreiben (können) und die für die Gemeindeebene immer wieder konstatierten Vollzugsdefizite (etwa ÖROK, 2009, 2015, 2017) von den verfügbaren Planungskapazitäten nicht unabhängig sind. Entsprechende Hebel dazu liegen auf der Ebene der Länder (etwa in Form des Programms zur Förderung von "Kleinregionen" in Niederösterreich) vor, sie sollten mit entsprechender Konsequenz eingesetzt werden.

Für die Gemeinden könnten solche kooperativen Verbände jedenfalls die Gleichwertigkeit ihrer "Planungsmächtigkeit" sicherstellen. Zudem könnten sie auch die einzelnen BürgermeisterInnen entlasten, die angesichts der Notwendigkeit vielfältiger Entscheidungen bei beschränkter Informationslage einem erheblichen (auch individuellen) Risiko ausgesetzt sind (siehe unten) und wegen der geringen "Flughöhe" zu BürgerInnen und Interessensgruppen in ihrer Gemeinde eine stadtreionale Perspektive oft kaum einnehmen können.

Integration der kommunalen Ebene II: Hilfen im Planungsprozess

Abseits von diesen institutionellen Möglichkeiten scheint es vor dem Hintergrund erheblicher Brüche in der Ausstattung mit planerischen Ressourcen zwischen der Kernstadt und den (kleineren) Umlandgemeinden notwendig, letzteren Hilfen im Planungsprozess anzubieten, welche sie in Form von Informations- und Beratungsleistungen im Bedarfsfall abrufen können.

⁷⁴) Beispiele für solche Zweckverbände finden sich auch in Österreich, wenn auch kaum über Bundesländergrenzen hinweg. So agiert der Regionalverband "Salzburg Stadt und Umlandgemeinden" (RVS) als Gemeindeverband von Kernstadt und 10 benachbarten Gemeinden, wobei die Verbandsversammlung durch die BürgermeisterInnen (mit gleichem Stimmrecht) gebildet wird, Mitgliedsbeiträge aber im Verhältnis der EinwohnerInnenzahl (mit Beitragsdeckung für Salzburg-Stadt) berechnet werden. Der RVS erstellt ein Regionalprogramm mit spezifischer Perspektive auf die Grünflächenentwicklung im Speckgürtel. Zudem erarbeitet er regionale Entwicklungskonzepte, welche wiederum in die Sachprogramme auf Landesebene einfließen (sollen). Der Regionalverband Villach als Kooperation von 20 Gemeinden der Bezirke Villach-Stadt und Villach-Land erstellt bei gleichen kommunalen Stimmgewichten im Geschäftsausschuss ein gemeinsames Leitbild zur räumlichen Entwicklung, wobei er auch mit der Leader Region Villach-Umland zusammenarbeitet (bzw. institutionell verknüpft ist). Kooperation wird auch bei Betriebsansiedlungen angestrebt, wobei ein Regionalmanagement als Clearing-Stelle fungiert. In der Steiermark wurden die Möglichkeiten für Regionalverbände mit der ROG-Novelle 2012 erheblich erweitert. Auf dieser Basis besteht hier die Möglichkeit, vielfältige Organisationen in der jeweiligen Region unter einem Dach zu vereinen und ein umsetzungsstarkes regionales Management zu etablieren. Grundlage der Zusammenarbeit sind jeweils regionale Entwicklungsprogramme, die zwingend zu erstellen sind. In Vorarlberg ist die Rheintalkonferenz als beratendes wie beschließendes Gremium aktiv. Sie wird durch politische VertreterInnen (Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung, Landtagsabgeordnete des Rheintals und VertreterInnen der Gemeinden) gesteuert und hat bereits 2007 einen "regionalen Kontrakt Rheintal" beschlossen, welcher auf Basis eines gemeinsamen räumlichen Leitbilds ein Bekenntnis zur Kooperation zwischen Land und Kommunen festschreibt. Als Beispiel für einen thematisch orientierten Verbund kann letztlich die Energieregion Römerland Carnuntum gelten, welche als Regionalentwicklungsverein mit 27 Gemeinden Aktivitäten im Bereich Energieerzeugung und -versorgung (etwa Energiepark Bruck-Leitha) zum Inhalt hat und eine stärkere Vermarktung des Kooperationsraums als Energieregion anstrebt.

Tatsächlich agieren gerade die BürgermeisterInnen kleiner Gemeinden in einem stark verrechtlichten Umfeld teils unter erheblicher Unsicherheit (und mit auch persönlichem Risiko): Ohne ausgebautem Planungs- bzw. Beratungsstab müssen sie über Expertise in mehreren Bereichen verfügen, etwa der Abwasser- und Abfallentsorgung, im Personalrecht, in der Planung von Kindergartenressourcen, in standortpolitischen Fragestellungen oder (und nicht zuletzt) im Bau- bzw. Raumordnungsrecht. Entsprechende Hilfen können sie dabei allenfalls in der Betriebsansiedlung durch die (Landes-)Wirtschaftsagenturen in Anspruch nehmen, im Planungsbereich bleiben solche bisher auf einige Schulungsangebote (etwa des Gemeindebundes) beschränkt.

Es scheint daher geboten, den BürgermeisterInnen kleinerer Gemeinden in ihren Planungsgängen Hilfe von Landesseite an die Hand zu geben, die es ihnen erlaubt, die prinzipiell zur Verfügung stehende "Toolbox" an planerischen und rechtlichen Instrumenten besser zu überblicken und zur Lösung ihrer (praktischen) Probleme optimal einzusetzen. Neben der anteiligen Übernahme von Planungskosten und/oder der temporären Bereitstellung von PlanungsexpertInnen aus der Landesverwaltung scheint dazu der Aufbau eines Informations- und Beratungssystems sinnvoll, in welchem ExpertInnen den BürgermeisterInnen bei konkreten Problemen (mit gewisser Hemdsärmeligkeit) an die Hand gehen, mögliche Lösungsoptionen aufzeigen und Hilfe bei deren Bewertung und Auswahl leisten.

Der Aufbau eines solchen Beratungssystems wäre wohl mit relevanten Kosten verbunden, weil ein Pool entsprechend kompetenter ExpertInnen erst aufgebaut werden müsste. Gleichzeitig könnte ein solches System über die Bereitstellung relevanter Informationen und fachlicher Planungsgrundlagen aber zu einer stärkeren Abstimmung der Sichtweisen von überörtlicher und örtlicher Planung beitragen. Dies könnte faktisch lenkende Wirkung in Richtung stärker integrierter Planungsprozesse über die Gebietskörperschaftsebenen entfalten.

Stärkung des stadtreionalen Regionalmanagements

Zentrale Grundlage für eine Umsetzung regionaler Leitplanungen in den definierten stadtreionalen Zielgebieten ist letztlich die ausreichende Aktivierung ihrer kommunalen Akteure. Hierzu scheint eine deutliche Verstärkung von Aktivitäten des "aufsuchenden" Regionalmanagements notwendig. Seine Aufgabe wäre es, potentielle Akteure auf kommunaler Ebene zu kontaktieren, zu kooperativer Arbeit im Rahmen der Leitplanungen zu motivieren und in operative Netzwerke einzubinden. Auch sollte ein solches Management in weiterer Folge dazu beitragen, Impulse durch die Leitplanungen "auf den Boden zu bringen" und durch die Anregung konkreter Entwicklungsprojekte zu unterlegen.

Eine solche Rolle ist in der vorgeschlagenen Aufstellung zentral, weil Kooperationen typischerweise von einzelnen Akteuren (Promotoren) getragen und durch erfolgreiche Projekte vorangetrieben und stabilisiert werden. Damit kann der Aufbau stabiler Akteursnetzwerke und das "Einfädeln" bzw. Begleiten konkreter Projekte als notwendige Bedingungen für den Erfolg regionaler Zusammenarbeit gelten.

Institutionelle Strukturen dazu sind in der Stadtregion mit dem Stadt-Umland-Management (SUM) aufgesetzt und leisten nach Ansicht zahlreicher Interview-PartnerInnen in Netzwerkbildung wie Projektbegleitung gute Arbeit. Allerdings ist diese Arbeit durchaus zeitintensiv, was in der derzeitigen Ressourcenausstattung des SUM (mit nur zwei operativ tätigen Personen) keinen Niederschlag findet. Es wird daher einer relevanten Aufwertung und Höherdotierung solcher Regionalmanagementstrukturen bedürfen, sollen sie in der Lage sein, ihre (wichtige) Rolle in der Integration kommunaler Akteure in stadtrregionale Kooperationsaktivitäten bzw. in der Umsetzung regionaler Leitplanungen auszufüllen.

Konkrete gemeinsame Projekte als Grundlage langfristiger Kooperationsbeziehungen

Die Arbeit des stadtrregionalen Regionalmanagements in der Identifikation und Umsetzung gemeinsamer Projekte scheint nicht zuletzt deshalb wesentlich, weil ein stark praxis- und erfolgsorientierter Zugang, in welchem funktionale Themenstellungen in überschaubaren Projekten abgearbeitet werden, für den Erfolg von Kooperationsaktivitäten von großer Bedeutung ist. Dies deshalb, weil netzwerkartige Kooperationen durch eine positive "Tauschhistorie" verstetigt werden können (*Hameter – Paul, 2017*): Auch Erfolge in kleineren gemeinsamen Projekten können Motivation und Anstoß für weitere Kooperationsprojekte sein und tragen so zur Vertrauensbildung und dem Aufbau eines positiven "Kooperationsklimas" bei (das in der Folge wieder ambitioniertere Kooperationsvorhaben ermöglicht).

Gemeinsame Projekterfolge und ihre Inszenierung sind damit wichtiger Baustein in einer Strategie, welche eine schrittweise Verstärkung und Verstetigung von Kooperationsbeziehungen anstrebt. Daher scheint es wichtig, erfolgversprechende Projekte aktiv zu identifizieren und als Kooperationsgegenstand aufzusetzen. In der Phase der Umsetzung wären die Kooperationspartner über Abläufe und erzielte Ergebnisse im Projekt laufend zu informieren. Dabei wird die Projektarbeit entlang von Meilensteinen zu strukturieren sein, um den schrittweisen Erfolg sichtbar zu machen. Einem zielorientierten Management käme damit nicht zuletzt auch die Aufgabe zu, Bündnisse zugunsten kooperativer Projekte entsprechend zu "inszenieren", um die Motivation der Beteiligten aufrechtzuerhalten.

In der Sondierung potentieller Kooperationsprojekte wird neben dem stadtrregionalen Management auch den institutionalisierten Kooperationsgremien auf Landesebene eine entscheidende Rolle zukommen. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Arbeit von der gegenseitigen Information über Projekte im eigenen Wirkungsbereich zur Initiierung gemeinsamer Projekte (etwa im Rahmen der thematischen Plattformen der PGO) scheint daher geboten. Auch wäre die Suche nach kooperativen Projektideen in den jeweiligen Landesorganisationen zu forcieren, die regelmäßigen Treffen der Wirtschaftsagenturen (EcoPlus, Wien Agentur) zur Definition gemeinsamer Projekte scheint hier ein wichtiger Schritt.

Dialogische Formate

Wesentlich zur besseren Verankerung des Kooperationsthemas im Alltagshandeln der Akteure scheint zudem die Organisation von Gelegenheiten zum Diskurs und zum Erfahrungs- bzw. Wissensaustausch in stadtregionalen Belangen.

Hier bieten sich zum einen kleinere Plattformen an, in welchen Projektideen lanciert und konkrete Probleme besprochen und bearbeitet werden können. Einschlägige Formate sind hier etwa mit den thematischen Plattformen in der PGO auf Länderebene sowie den SUM-Foren zu räumlichen Fragestellungen auf kommunaler Ebene bereits aufgesetzt. Diese sollten weiter forciert werden, nach Aufsetzen der vorgeschlagenen regionalen Leitplanungen auch in stärkerer Institutionalisierung und mit zielgebietspezifischer Ausrichtung.

Zum anderen scheinen allerdings auch verstärkt größere Formate wie Konferenzen bzw. Stadtregionstage sinnvoll, um Kooperationserfolge breit zu kommunizieren und stadtregionale Bedarfe und Herausforderungen stärker in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Solche Veranstaltungen, wie sie auf der Ebene der Metropolregion etwa mit den jährlichen SUM-Konferenzen mit wechselnden Themen und großem TeilnehmerInnenkreis bereits durchgeführt werden, können – professionell aufbereitet und medial unterlegt – dazu beitragen, kooperationsaffine Narrative zu lancieren und die Bedeutung stadtregionalen Agierens für die Lösung von Alltagsproblemen einer breiteren Bevölkerung nahezubringen. Zudem scheinen solche Events nicht zuletzt notwendig, um das "Commitment" der relevanten politischen Akteure zu sichern, welches unabdingbar ist, um Kooperationsstrukturen auch längerfristig (und über Wahlzyklen hinweg) stabil aufrechterhalten zu können.

Aktive Rolle der Sozialpartner; Einbindung von privatem Sektor und Zivilgesellschaft

Nicht zuletzt scheinen systematische dialogische Prozesse und Konsultationsmechanismen auch hilfreich, um den privaten Sektor bzw. die Zivilgesellschaft frühzeitig in kooperative Entwicklungsvorhaben einzubinden. So können Unternehmen ihre konkreten Bedarfe einbringen und damit kooperative Reformen anregen, auch scheinen Bürgerbeteiligungsprozesse sinnvoll, um Präferenzen der lokalen Bevölkerung in Entscheidungsprozessen entsprechend berücksichtigen zu können. Dabei sollten auch neue IKT-Lösungen und "Open-Government"-Methoden zum Einsatz kommen, um eine breite Beteiligung zu sichern und eine effiziente Abwicklung zu ermöglichen.

Eine besondere Rolle als Akteure in stadtregionalen Kooperationsprozessen könnten nicht zuletzt die Sozialpartnerorganisationen (v.a. Arbeiterkammern und Wirtschaftskammern) einnehmen. Sie sind in den steuernden Gremien vieler kooperationsrelevanter Organisationen auf Landesebene vertreten und verfügen durch ihre tägliche Arbeit nicht nur über gute Arbeitsbeziehungen in den jeweiligen Themenbereichen, sondern haben auch einen einzigartigen Überblick über die Präferenzen und Probleme ihrer Mitglieder, aber auch die Möglichkeiten und Grenzen des politischen Handelns im föderalen System.

Aus diesem Grund und wegen ihrer organisatorischen Aufstellung mit starken Einheiten in allen beteiligten Bundesländern könnten die Sozialpartner wesentliche Treiber stadtreionaler Zusammenarbeit sein, indem sie kooperationsrelevante Themen setzen und vorantreiben und Kooperationsblockaden im jeweiligen Wirkungsbereich aufzulösen helfen. Allerdings scheinen sie diese Rolle derzeit nur in Teilen ausfüllen zu können, weil auch innerhalb der Sozialpartnerorganisationen durchaus inhaltliche Unterschiede entlang territorialer Linien bestehen, welche ein gemeinsames Vorgehen mit entsprechender Durchschlagskraft erschweren. Es scheint daher sinnvoll, (auch) innerhalb der Sozialpartnerorganisationen eine gemeinsame, stadtreionale Agenda zu entwickeln und gemeinsame Projekte zu definieren, welche in der Folge unter Beteiligung der betroffenen Landeskammern umgesetzt werden. Dies würde es den Organisationen ermöglichen, ihre potentielle Rolle als wichtige Klammer in der stadtreionalen Kooperation auch vollständig wahrnehmen zu können.

Datenorientiertes Monitoring

Als Grundlage für Entscheidungsprozesse auf stadtreionaler Ebene und deren Monitoring scheint letztlich der Auf- bzw. Ausbau einer harmonisierten Datenbasis wesentlich, welche relevante Daten zur Stadtregion, etwa zur Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, aber auch zu Flächenwidmung, Fördermöglichkeiten, Erreichbarkeiten etc. verfügbar und dezentral zugänglich macht. Der Aufbau eines solchen stadtreionalen Informationssystems und des darauf aufsetzenden Monitorings könnte bereits bestehende Datenzugänge auf der Ebene der beteiligten Bundesländer nutzen, kann jedenfalls aber auch auf Informationen aus evidenzbasierten Monitoring-Studien aufbauen, welche die PGO in den letzten Jahren in regelmäßigen Abständen beauftragt hat.

Eine Weiterentwicklung dieses stadtreionalen Monitorings, das bisher im Wesentlichen Daten zur demographischen Entwicklung und zur Siedlungsentwicklung beigetragen hat, scheint einerseits in Hinblick auf die (Entwicklung der) Arbeitsplatzversorgung und des Strukturprofils der Teilgebiete der Stadtregion erforderlich. Vor allem aber werden Indikatoren zu Bedarf und Angebot an Flächen für Wirtschafts- und Wohnzwecke zu ergänzen sein, die als Ergebnis regionaler Bedarfs- und Angebotsanalysen (auch über zielgruppenspezifische Angebots- und Nachfragestrukturen, Preisentwicklungen etc.) regionale Handlungsbedarfe offenlegen können. Jedenfalls sollte ein so erweitertes Monitoring dazu geeignet sein, den jeweiligen Versorgungsgrad mit leistbarem Wohnraum, sozialer Infrastruktur und/oder Arbeitsplätzen in den Teilregionen aufzuzeigen und politisch bearbeitbar zu machen.

Die Ergebnisse eines solchen Monitorings könnten wiederum als Diskussionsgegenstand in die oben angedachten Dialogformate eingebracht werden. Auch könnten in einen solchen Diskurs die Ergebnisse quantitativer Wirkungsanalysen einfließen, welche zum Ziel haben, die Vorteile und Kosten stadtreionaler Kooperationslösungen in konkreter Durchrechnung zu bewerten und damit die auch ökonomischen Konsequenzen von (Nicht-)Kooperation greifbar zu machen.

Räumliche Strategie in den nationalen Sektorpolitiken

Letztlich sei darauf hingewiesen, dass eine konzentrierte und kooperative Entwicklung stadtre-gionaler Potentialgebiete erheblich durch eine strukturierte Agglomerationsstrategie (auch) des Bundes unterstützt werden könnte. Sie fehlt in Österreich mit dem Argument fehlender na-tionaler Raumordnungskompetenzen in der Bundesverfassung – übrigens im Gegensatz zu den ebenfalls föderal verfassten Nachbarländern Österreichs (etwa Deutschland und vor allem der Schweiz) – derzeit gänzlich. Zwar wurde im Rahmen der ÖROK mit der ÖREK-Partnerschaft "Stadtregionen" und den durch sie erarbeiteten Empfehlungen ein erster wesentlicher Schritt in Richtung einer österreichischen Agglomerationspolitik gesetzt. Obwohl konzeptionell gelungen und mit erheblichem Anspruch, blieb die hier erarbeitete Agenda aber bislang ohne wesentli-chen praktischen Impact – auch weil selbst die beteiligten Akteure die erarbeiteten Empfeh-lungen im eigenen Wirkungsbereich oft nicht umsetzten. Eine Wiederaufnahme entsprechen-der Bemühungen mit starkem Fokus auf eine praktische Umsetzung scheint daher geboten.

Jedenfalls ist eine Stärkung der Abstimmung der (horizontalen) Sektorpolitiken in räumlicher Hin-sicht anzustreben, welche derzeit innerhalb des Bundes, aber auch im Kontext der Fachpoliti-ken der übrigen Gebietskörperschaftsebene kaum ausgebildet ist. In unserem Kontext würde dies eine explizite Verankerung der Koordinationszuständigkeit für Stadt(regions)entwicklung im Bundesministeriengesetz erfordern. Generell scheint eine stärkere Befassung der sektoralen Fachpolitiken mit der regionalen Handlungsebene auch unter Effizienzgesichtspunkten dring-lich, weil zunehmend internationale empirische Evidenz vorliegt, die darauf hindeutet, dass (ho-rizontale) Sektorpolitiken besser funktionieren, wenn sie den jeweiligen regionalen Kontext in Ausrichtung wie Instrumentenmix berücksichtigen. Auch vor diesem Hintergrund regt die ÖROK (2016) zu Recht eine kritische Prüfung der sektoralen Politiken des Bundes, aber auch der Län-der dahingehend an, inwieweit sie stadtre-gionale Politik befördern oder behindern ("Raumver-träglichkeits-Screening").

Jedenfalls wird es im Rahmen der kooperativen Entwicklung stadtre-gionaler Potentialgebiete unabdingbar sein, die relevanten sektoralen Fachpolitiken stark in die regionalen Leitplanun-gen einzubinden, um die notwendige Abstimmung dieser Politiken mit den angestrebten Ent-wicklungszielen zu erreichen. Ziel könnten hier Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sein, bestimmte Investitionen an den in den Leitplanungen entwickelten Rahmenkonzepte zu orientieren.

Abstimmung von raum- und verkehrsplanerischen Initiativen in der Metropolregion

Eine solche (auch vertikale) Abstimmung sektoraler Politiken scheint vor allem für die Bereiche Verkehrs- und Raumplanung dringlich, weil sie unter Entwicklungsaspekten hoch komplemen-täre Politikbereiche darstellen. Gleichzeitig sind die Verantwortlichkeiten hier breit über die Ge-bietskörperschaften (Bund, Bundesländer, Gemeinden) alloziert und Entscheidungen

unterliegen unterschiedlichen Rahmenbedingungen⁷⁵⁾ und Zeithorizonten⁷⁶⁾. Unter diesen Bedingungen wäre für diese Bereiche eine kohärente (und multimodale) mehrjährige gemeinsame Planung für die Stadtregion notwendig, während sich die Koordinationsarbeit in der Praxis oft auf die ex-post-Zusammenstellung individueller Pläne beschränkt⁷⁷⁾ – mit der Gefahr von Kosten der Nicht-Koordination etwa in Form von Verkehrsstaus und/oder der Fehlnutzung von Flächen, aber auch einer verstärkten Autoabhängigkeit und suboptimalen Verbindungen zwischen Kernstadt und Umland bzw. zwischen Umland und Umland.

Koordinierende Aktivitäten an der Schnittstelle von Raum- und Verkehrsplanung werden daher zu verstärken sein, wobei unter Entwicklungsaspekten vor allem Vereinbarungen mit dem Bund wegen dessen Zuständigkeit für die hochrangigen Netze besonders bedeutend sein werden. Hier konnten durch Initiativen der ÖROK zur Abstimmung von Mindeststandards in der ÖV-Erschließung (ÖV-Güteklassen) zuletzt Fortschritte in der Abstimmung dieser Netze (bzw. ihrer Haltestellen und Verknüpfungen) mit der Siedlungsentwicklung erzielt werden. Weitere koordinierende Schritte werden aber notwendig sein. Vor allem wird hier einer strukturierten Einbindung des Bundes in die für stadtrregionale "Potentialgebiete" angedachten regionalen Leitplannungen besondere Bedeutung zukommen, um in ihrem Rahmen angedachte Entwicklungsprojekte auch infrastrukturell unterlegen zu können.

Gleichzeitig werden auch die Diskussions- und Abstimmungsprozesse in den dafür bereits aufgesetzten Gremien (etwa der Plattform "Regionalverkehr" in der PGO) zu intensivieren sein, wobei hier wegen der steigenden Bedeutung von Klimaschutz und Ressourceneffizienz auch Einsatz und Abstimmung von Instrumenten der nutzungsabhängigen Anlastung von Mobilitätskosten bzw. der ÖV-Finanzierung (auch) durch städtebauliche Verträge verstärkt Thema sein könnten⁷⁸⁾.

Nicht zuletzt werden im Diskurs zwischen Planung und Verkehrssektor bzw. der interessierten Öffentlichkeit schon jetzt kooperative Entwicklungen zu reflektieren bzw. vorzubereiten sein, welche die Verkehrssituation in der Metropolregion auf mittlere bzw. längere Frist entscheidend beeinflussen werden. Zu denken ist hier etwa an eine (gemeinsam finanzierte) Verlängerung von Teilen des Wiener U-Bahn-Systems über die Stadtgrenze. Sie verspricht bei weiterem

⁷⁵⁾ Während die Verkehrsinfrastruktur weitgehend öffentlich bereitgestellt wird und einen der größten Hebel des öffentlichen Sektors zur Steuerung der Raum- und Wirtschaftsentwicklung darstellt, wird die Bodennutzung weitgehend durch den privaten Sektor (also durch den Markt) bestimmt und durch öffentliche Regelwerke allenfalls reglementiert.

⁷⁶⁾ Während Bodennutzungsentscheidungen oft rasch umgesetzt werden (können), werden (große) Transportinfrastrukturen mit langem Zeithorizont geplant und sind zudem schwer revidierbar.

⁷⁷⁾ Innerhalb des Bereichs des öffentlichen (Personen-)Verkehrs besteht im Gegensatz dazu mit dem VOR eine durchaus tragfähige Kooperationslösung. Auch sie steht angesichts neuer Mobilitätsangebote und (damit verbunden) einer Vielzahl potentieller neuer Akteure allerdings vor einigen Herausforderungen.

⁷⁸⁾ So besteht bereits seit 1999 für Gemeinden die Möglichkeit, von großen Verkehrserzeugern (wie etwa Einkaufszentren) eine Verkehrsanschlussabgabe zu erheben, mit welcher eine Erschließung im öffentlichen Verkehr finanziert werden kann. Ihr Einsatz scheiterte bisher an rechtlichen Bedenken sowie (nicht zuletzt) negativen Anreizen aus der Standortkonkurrenz, eine bessere Abstimmung könnte hier Abhilfe schaffen. Ähnliches gilt für städtebauliche Vereinbarungen zwischen Gemeinden und Projektbetreibern, in welchen die, durch eine Neuentwicklung induzierten, Verkehrsvolumina begrenzt und, für den Fall einer Überschreitung des Limits, finanzielle Sanktionen oder Verpflichtungen zu Korrekturmaßnahmen vereinbart werden ("Fahrtenmodell").

demographischem Wachstum der Metropolregion zunehmend Vorteile, weil sie die Kontaktvorteile in der Agglomeration weiter stärken, und intermodale Lösungen im Pendelverkehr attraktiver machen könnte⁷⁹⁾. Auch wäre ein verstärkter Diskurs über Art und Finanzierung einer verbesserten Schienenquerung Wiens zu führen, weil eine weitere Verdichtung des Personenverkehrs auf der Wiener Stammstrecke schon derzeit kaum noch möglich ist und im querenden Güterverkehr bereits Kapazitätsprobleme spürbar sind.

⁷⁹⁾ So könnte es eine solche Verlängerung erlauben, Park & Ride-Anlagen tatsächlich außerhalb des verdichteten Stadtkerns vorzusehen und damit auch für das engere Stadt-Umland intermodale Lösungen anzubieten, wie sie für entferntere Lagen mit den weiträumigen Pendlerknoten (etwa Baden, Tullnerfeld) bestehen.

7. Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadtrregionale Kooperation II: Anreize und Instrumente

7.1 Herausforderung

Wesentlich für das Design kooperationsfreundlicher Rahmenbedingungen ist die schon von *Antalovsky et al.* (1994) betonte Erkenntnis, dass nicht automatisch von Kooperationsbedarfen und -bereitschaft unter den handelnden Akteuren in der Metropolregion auszugehen ist: Planungs- und Entwicklungsaktivitäten mit steuernder Wirkung bedeuten notwendig Eingriffe in die Allokation der Ressourcen mit (potentiell) umverteilender Wirkung. Je nach Interessenslage der relevanten Akteure werden damit Kooperation oder Konkurrenz im Mittelpunkt ihres Planens und Handelns stehen.

Für die erfolgreiche Umsetzung stadtrregionaler Kooperationen sind vor diesem Hintergrund zwei zentrale Voraussetzungen zu benennen, deren Fehlen auch bereits etablierte Koordinationsmechanismen scheitern lassen können:

- a) Zum einen müssen ökonomische Anreizstrukturen vorherrschen, welche eine Zusammenarbeit der relevanten Akteure befördern oder zumindest nicht behindern. Zudem müssen Möglichkeiten bestehen, relevante Akteure ohne erkennbare Kooperationsgewinne über gezielte Anreize zur Zusammenarbeit zu bewegen.
- b) Zum anderen müssen die kooperierenden Akteure über wirksame Instrumente verfügen, die es ihnen erlauben, gemeinsam definierte Entwicklungsziele auch effizient umzusetzen.

In Hinblick auf die erste **Voraussetzung (a)** zeigen neuere Arbeiten (etwa *Bartolini*, 2013; *OECD*, 2015), dass Formen des Koordinationsversagens auf regionaler Ebene nicht nur durch fehlende Awareness der Akteure über potentielle Kooperationsgewinne und/oder fehlende Kapazitäten zur Umsetzung von Kooperationsvorhaben entstehen können, sondern auch durch spieltheoretische Probleme, die aus Anreizen zum "Free-Riding" in Kooperationen folgen: Kooperierende Akteure stehen dem strategischen Risiko gegenüber, bei Nicht-Kooperation anderer Akteure die vollen Kooperationskosten tragen zu müssen, ohne die vollen Kooperationserträge lukrieren zu können.

Vor diesem Hintergrund wird es nicht ausreichen, Kooperationen zu initiieren und motivierende Aktivitäten zur Teilnahme der dazu notwendigen Akteure zu setzen. Wesentlich scheint es vielmehr, Regelungen und Wirkungsmechanismen zu identifizieren, welche bei (individuell rationalen) Entscheidungsprozessen dieser Akteure zu Konkurrenz (statt Kooperation) führen. Auf dieser Basis wäre in der Folge zu versuchen, anreizkompatible Lösungen zu implementieren, welche die grundlegende Anreizstruktur durch die Beseitigung oder (vertragliche) Neutralisierung dieser Kooperationshemmnisse in Richtung eines "kooperativen Spiels" verändern. Dies würde auch bedeuten, Anreize zur Mitwirkung an Kooperationen für potentielle "Verlierer" zu setzen, wobei solche Anreize groß genug sein müssen, um die (Netto-)Kosten aus der Teilnahme an der Kooperation für diese Akteure zu kompensieren.

Sinnvolle Vorgangsweise zur Stärkung stadtreionaler Kooperationen nach dem in Abschnitt 6 skizzierten Ansatz wird es damit sein,

- zunächst zu analysieren und im strategischen Entwicklungskonzept festzulegen, welche stadtreionalen Entwicklungsziele verfolgt werden sollen und wo konzentrierte kooperative Entwicklung in der Metropolregion sinnvoll aufzusetzen sein werden,
- auf dieser Basis zu analysieren, welche Regelungen und (damit verbunden) Akteursinteressen diesen angestrebten Entwicklungen zuwiderlaufen, und
- letztlich Ausgleichsmechanismen zu finden, welche negative Anreize abfedern und damit eine Umsetzung der angestrebten Entwicklungsziele ermöglichen.

Wesentlicher Ansatzpunkt dabei werden Wirkungsmechanismen im System des Finanzausgleichs sein, welcher nach den Ergebnissen der durchgeführten Stakeholder-Interviews wenige Anreize für, aber erhebliche Anreize gegen kooperative Aktivitäten auf stadtreionaler Ebene bietet. Dabei dürften Handlungsmöglichkeiten im bundeseinheitlichen Finanzausgleich äußerst beschränkt sein, weil Regeländerungen hier die Zustimmung der FAG-Verhandler voraussetzen, was schwer zu erreichen sein wird. Spielraum ist allerdings bei Regelungen des interkommunalen bzw. des Landes-Finanzausgleichs zu vermuten, vor allem aber beim Einsatz korrigierender Vertragslösungen und von Förderanreizen.

In Hinblick auf die Notwendigkeit effizienter Instrumente zur Umsetzung der Entwicklungsziele regionaler Zusammenarbeit (**Voraussetzung (b)**) scheint es letztlich vor allem sinnvoll, den kooperierenden Gemeinden zur gemeinsamen Steuerung der Raumentwicklung in Richtung der vereinbarten Ziele wirksame bodenpolitische Instrumente an die Hand zu geben. Tatsächlich birgt die angedachte Festlegung räumlich verorteter "Potentialgebiete" als Zielgebiete konzentrierter gemeinsamer Entwicklungsarbeit die Gefahr von Anreizen zur Bodenspekulation. Sie kann über steigende Bodenpreise in den ausgewiesenen Gebieten wiederum den Handlungsspielraum der kooperierenden (öffentlichen) Akteure empfindlich einschränken. Um dies zu verhindern, werden informelle Instrumente der Bewusstseinsbildung, Schulung und Beratung, wie sie beim grundlegenden Umgang mit dem Thema Bodenverbrauch durchaus erfolgreich sein können, nicht mehr ausreichen. Vielmehr werden dazu auch "harte" bodenpolitische Instrumente einzusetzen sein, welche planerisch weitgehend unstrittig, aber politökonomisch schwer umsetzbar sind. Vor diesem Hintergrund werden solche Instrumente trotz bestehender legislatischer Voraussetzungen auch in den Bundesländern der Ostregion bislang vor allem in den westlichen Bundesländern eingesetzt, wo der Druck auf bestehende Bodenressourcen und Flächenreserven wegen topographischer Beschränkungen in der Siedlungsentwicklung größer ist. Dies sollte sich ändern.

7.2 Sinnvolle Handlungslinien

Vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen werden zur Sicherung anreizkompatibler Rahmenbedingungen für kooperative Aktivitäten und zur Sicherung des bodenpolitischen Aktionsspielraums der kooperierenden Akteure auf der Ebene der Metropolregion auch

im Bereich ökonomischer Anreizmechanismen eine Reihe von Handlungslinien zu verfolgen sein:

Abbau legislativer Kooperationsbarrieren

Zunächst wird es Aufgabe aller beteiligter Gebietskörperschaftsebenen sein, die einschlägigen legislativen Grundlagen (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) in ihrem eigenen Wirkungsbereich in regelmäßigen Abständen auf (implizite) Erschwernisse für stadregionale Kooperation zu durchforsten und, wo notwendig, entsprechende Adaptionen vorzunehmen.

Solche potentiellen Kooperationshindernisse können steuerliche Barrieren (etwa im Bereich der Umsatzsteuerpflicht bzw. des Vorsteuerabzugs bei Kooperationsgeschäften) ebenso betreffen wie uneinheitliche rechtliche Bestimmungen zwischen den Ländern (etwa in planungsrechtlichen Standards, der Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften in der interkommunalen Aufgabenerfüllung oder den erforderlichen Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechten angrenzender Gemeinden bei kommunalen Entwicklungsschritten).

Nicht zuletzt werden Kooperationsbarrieren aus rechtlichen Unklarheiten zu beseitigen sein, wie sie etwa zu Haftungsfragen und neuen Rechtsformen in Kooperationslösungen, aber auch zur gerichtlichen Praxis in der Bewertung von bisher wenig erprobten Formen der Vertragsraumordnung und der aktiven Bodenpolitik nach wie vor bestehen.

Verstärkte Anwendung verfügbarer Instrumente der Ertragsteilung bei kooperativen Entwicklungsprojekten

Zentraler Hebel zum Abbau ökonomischer Kooperationshindernisse wird dabei der verstärkte Einsatz von Vertragslösungen zur Teilung steuerlicher Erträge bei kooperativen Projekten sein – ein durchaus mächtiges Instrument, das geeignet ist, negative steuerliche Anreize für die Zusammenarbeit kommunaler Akteure (auch) auf stadregionaler Ebene aufzulösen, aber auch die ökonomischen Grundlagen für "größere" Kooperationslösungen zwischen den Bundesländern zu legen.

Kernstück sind hier anreizkompatible Lösungen für die Verteilung der Kommunalsteuer. Sie ist für die Gemeinden eine zentrale Einnahmequelle und stellt über ihre Zuweisung nach der lokalen Lohnsumme traditionell eine erhebliche Barriere für kommunale Zusammenarbeit vor allem in Wirtschaftsbelangen dar. Wesentliche rechtliche Weichenstellungen zur Überwindung negativer Kooperationsanreize daraus wurden allerdings hier mit der Möglichkeit einer Teilung von Kommunalsteuererträgen bereits im FAG 2005 getroffen. Danach können Gemeinden freiwillig vereinbaren, Einnahmen aus der Kommunalsteuer, die etwa auf Basis interkommunaler Betriebsansiedlungsprojekte, aber auch aus anderen kooperativen Aktivitäten resultieren, nicht (nur) der Betriebsstätten-Gemeinde (als Ort des Anfalls der Lohnsumme) zukommen zu lassen, sondern auf die kooperierenden Gemeinden aufzuteilen.

Positive Erfahrungen mit der Anwendung dieses Instruments liegen mittlerweile auch in Österreich bzw. der Metropolregion Wien aus zahlreichen Beispielen vor allem in Betriebsansiedlung

und Standortentwicklung vor⁸⁰). Ein verstärkter Einsatz von Mechanismen der Ertragsteilung wird daher wesentlicher Baustein in Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Kooperationsgrundlagen in der Metropolregion Wien unter ökonomischen Gesichtspunkten sein.

Mechanismen der umfassenderen Nutzen- und Lastenteilung zur Integration von "Kooperationsverlierern"

Allerdings beseitigt die verstärkte Nutzung von Instrumenten der Ertragsteilung zwar zentrale ökonomische Kooperationshemmnisse, stellt für sich aber noch keinen (positiven) Anreiz zur stadtreionalen Zusammenarbeit dar – nicht zuletzt für jene (kommunalen) Akteure, welche aus einer solchen Zusammenarbeit durch besondere Kooperationslasten (netto) Nachteile zu erwarten haben. Da für den Erfolg konzentrierter gemeinsamer Entwicklungen im Rahmen der regionalen Leitplanungen allerdings möglichst alle relevanten Akteure zur Mitarbeit an gemeinsamen Entwicklungsschritten motiviert (oder zumindest vom aktiven Widerstand gegen solche Schritte abgehalten) werden müssen, scheinen Mechanismen der umfassenderen Nutzen- und Lastenteilung notwendig, um auch potentiellen "Kooperationsverlierern" die Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten schmackhaft zu machen.

Es werden daher Ausgleichsmodelle zu finden sein, welche solche Akteure durch Kompensationsmaßnahmen bzw. den Ausgleich nicht abgegoltener Sonderbelastungen entschädigen⁸¹). Dabei scheint es wichtig, im Rahmen solcher Ansätze auch nicht-monetäre Leistungen und Belastungen "in Wert zu setzen" und Ausgleichsmaßnahmen nicht notwendig im selben Bereich, sondern eventuell in ganz anderen Bereichen durchführen zu können.

Grundlage für solche Modelle sind (freiwillige oder auferlegte) horizontale Transfers zwischen den Gemeinden zur Abgeltung unterschiedlicher Lasten, für welche in Österreich bisher nur in einzelnen Bereichen (etwa im Pflichtschulbereich über Kostenersätze oder in der Betriebsansiedlung über Ausgleichsmechanismen bei gemeinsamer Aufschließung) praktische

⁸⁰) Auf der Ebene der Metropolregion wird das Instrument der Ertragssteuerteilung etwa im Rahmen der Regelungen zum Biosphärenpark (hier als Lastenausgleich für Gemeinden, die auf Betriebsansiedlung verzichten) angewandt. Auch der beginnenden Partnerschaft von (8) Marchfeld-Gemeinden in der Betriebsansiedlung aus Anlass des geplanten S1-Abschnitts Ost liegt ein (einfaches) Ertragsteilungsmodell zugrunde. In Österreich sind Beispiele für gemeinsame Betriebsflächenaufschließungen mit Ertragsteilung zahlreich, wobei Oberösterreich mit der Initiative INKOBA mit 28 Kooperationsgemeinschaften und 303 beteiligten Gemeinden eine Vorreiterrolle einnimmt. Hier wurde im Rahmen des Regionalverbandes Urfahr-West auch ein besonders ausgefeiltes Finanzierungsmodell implementiert. Es sieht neben einer interkommunalen Aufteilung der Kommunalsteuererträge auch die Dotierung eines "Zukunftsfonds" vor, der wiederum für die Entwicklung neuer Betriebsgebiete, aber auch für Maßnahmen in Standortmarketing, Raumordnung und Arbeitsmarktpolitik verwendet wird. Dabei ist der Aufteilungsschlüssel in hohem Ausmaß anreizkompatibel, weil Kommunalsteuereinnahmen aus neuen (durch den Verband durchgeführten) Aufschließungen vorrangig (zu 95%) an die Gemeinden (nach der Einwohnerzahl) ausgeschüttet werden, während der Zukunftsfonds aus den Erträgen von Bestandsflächen (20% der Erträge; 50% für die Sitzgemeinde, 30% für die anderen Verbandsgemeinden nach Einwohnerzahl) gespeist wird.

⁸¹) Als Beispiel seien hier etwa Gemeinden genannt, die sich im Rahmen der Umsetzung des grenzüberschreitenden Biosphärenparks Wienerwald zum Verzicht auf Betriebsansiedlungsaktivitäten verpflichtet haben, und dafür entsprechend entschädigt werden mussten. Ähnlich werden in den angedachten kooperativ zu entwickelnden "Potentialgebieten" Gemeinden zu kompensieren sein, welche als Logistikstandorte negative externe Effekte (etwa durch erhöhte Verkehrsbelastung etc.) zu gewärtigen haben.

Erfahrungen akkumuliert werden konnten. Instrumente zum "In-Wert-Setzen" auch immaterieller Leistungen oder der interkommunalen Abgeltung (positiver oder negativer) externer Effekte wurden in Österreich bisher noch gar nicht erprobt, was wohl auch mit deren teils komplexen Umsetzung in Zusammenhang stehen dürfte⁸²⁾.

Fortschritte in der Anwendung von derartigen Instrumenten des Nutzen- und Lastenausgleichs scheinen dennoch dringend notwendig – nicht zuletzt, um eine hohe Beteiligung relevanter Akteure an Kooperationen auch in (oft strategisch besonders relevanten) Handlungsfeldern zu erreichen, in welchen der Nutzen von Zusammenarbeit ungleich verteilt ist und/oder die mit der Zusammenarbeit verbundenen Kosten ein relevantes Ausmaß erreichen (vgl. dazu auch Abschnitt 5.3.2).

Vertikale Anreize I: Bedarfszuweisungen als Steuerungsinstrument

Zentral für das optimale Design von Initiativen zur Stärkung kooperativer Aktivitäten in der Metropolregion scheint auch die nahezu einhellige empirische Evidenz (etwa *OECD*, 2015, 2017, 2018; *Nelles et al.*, 2018), wonach erfolgreiche stadtreionale Kooperationen vorrangig "von oben" angestoßen werden (können), während Impulse auf horizontaler Ebene (konkurrenzbedingt) gering bleiben (vgl. die Abschnitte 5.2.1 bzw. 5.2.3). Tatsächlich zeigen die Erfahrungen Deutschlands und der Schweiz mit Landes- bzw. Bundesinitiativen zugunsten kooperativer Entwicklungsschritte in Stadtreionen, dass eine "Einmischung" der übergeordneten Gebietskörperschaftsebenen in diesem Bereich gerade in förderalen Systemen äußerst fruchtbar sein kann.

Dennoch wurden vertikale Anreizsysteme, mit welchen Kooperationen auf stadtreionaler Ebene angestoßen werden könnten, in Österreich bisher kaum aufgesetzt. Dabei ist hier im Vergleich mit den genannten Nachbarländern wie anderen europäischen Staaten vor allem die fast gänzliche Absenz des Bundes auffällig, auch Anreize der Landesebene sind bisher allerdings recht schwach geblieben⁸³⁾.

⁸²⁾ Als Beispiel sei hier der auch in der Metropolregion Wien angedachte Ansatz des "regionalen Landschaftskontos" erwähnt. Es sieht vor, Auflagen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, wie sie im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen oder anderen Projektgenehmigungsverfahren ausgesprochen werden, aufeinander abzustimmen, um so regionalen Mehrwert zu schaffen. Konkret ist im rezenten Wiener Stadtentwicklungsplan (STEP 2025) vorgesehen, solche umweltrechtlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen mit der Einrichtung eines derartigen Landschaftskontos auf strategische Punkte im stadtreionalen Grünraumnetz zu lenken. Dabei soll die Auswahl prioritärer Flächen durch Wien und Niederösterreich erfolgen, wobei Flächen aus dem Landschaftskonto sofort für nicht ortsgebundene Ausgleichs- bzw. Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung stünden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass eine stringente stadtreionale Landschaftsplanung schon im Vorfeld regionale Leitprojekte als "Landschaftskontoprojekte" definiert, entsprechende Flächen sichert, die Bereitstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel abstimmt und den ökologischen Wert bestehender bzw. durch Kompensationsmaßnahmen neu zu gestaltender Landschaftsteile konkret bewertet. Diese Herausforderungen haben eine Umsetzung dieses Konzepts bislang verhindert.

⁸³⁾ So wurde in Niederösterreich zwar bereits Mitte der 1980er-Jahre das Programm der "Kleinregionen" implementiert, das kommunale Zusammenarbeit im Einzelfall anstoßen soll. Auch unterstützt die überörtliche Raumordnung gemeinsame Planungen für Infrastrukturprojekte, ebenso werden Beratungsressourcen der Landesagenturen (etwa der Eco-Plus) verstärkt für Kooperationsprojekte eingesetzt. In ihrem Umfang blieben diese Aktivitäten allerdings offenbar zu beschränkt, um relevante Anreizwirkungen zu erzielen.

Dies überrascht, weil Bund wie Länder durch ihre (Mit-)Finanzierung von Aktivitäten der Gemeinden – etwa in Form von Bedarfszuweisungen – grundsätzlich über einen durchaus relevanten Hebel verfügen, um Impulse in Richtung kommunaler Zusammenarbeit in der öffentlichen Leistungserbringung und Infrastrukturbereitstellung zu setzen.

Eine stärkere Nutzung solcher Möglichkeiten wäre daher anzudenken, wobei sich entsprechende Überlegungen nicht nur auf verstärkte (Anschub-)Finanzierungen für die (erstmalige) Bildung von Kooperationen oder die laufende Ko-Finanzierung bestehender institutioneller Kooperationslösungen beschränken sollten. Vielmehr wäre etwa auch anzudenken, eine Prüfung regionaler Kooperationsmodelle als Konditionalität für Gemeindebedarfszuweisungen zu implementieren und kommunale Kooperationsbestrebungen damit zur Bedingung von Finanzierungen zu machen. Auch scheint es vorstellbar, kooperativ durchgeführte Infrastrukturprojekte der kommunalen Ebene gegenüber solchen einzelner Gemeinden finanziell zu begünstigen oder infrastrukturelle Bedarfszuweisungen an eine bestimmte Versorgungsreichweite (etwa nach versorgter EinwohnerInnenzahl) zu binden – mit weitgehender Autonomie der Gemeinden in der konkreten organisatorischen Umsetzung.

Jedenfalls sollten derartige Ansätze vertikaler Kooperationsanreize einer näheren Machbarkeitsprüfung unterzogen werden. Sollte sich dabei die Tragfähigkeit eines Modells erweisen, könnte sein Einsatz erhebliche Anreize zur Zusammenarbeit generieren und gleichzeitig zu einer effizienteren Leistungserbringung im öffentlichen Bereich beitragen. Für eine Stärkung (auch) stadtreionaler Kooperationen wäre hierbei freilich auch eine Abstimmung der Bundesländer der Ostregion über das konkret umzusetzende Modell vonnöten, ergänzt um Bemühungen, auch den Bund zu ähnlichen Initiativen zu motivieren.

Vertikale Anreize II: Nutzung bestehender Förderungen; neues Förderprogramm zur Unterstützung innovativer Modellvorhaben.

Wesentliche (vertikale) Anreize zugunsten kooperativ zu erreichender stadtreionaler Entwicklungsziele wären bei weitgehend unverändertem Mittelaufwand auch erzielbar, wenn es gelänge, zumindest Teile des großen und ausdifferenzierten Fördersystems in Österreich in Hinblick auf ihre Wirkung auf die räumliche Entwicklung in der Stadtregion zu optimieren. Tatsächlich sind alle (sektoralen) Förderprogramme – egal ob solche der Wirtschafts-, Wohnbau-, Landwirtschafts-, Infrastruktur-, Innovations- oder Arbeitsmarktpolitik – in der einen oder anderen Form raumwirksam, ohne dass dies in ihrer Ausrichtung derzeit explizit berücksichtigt oder gar zur Erreichung von (sekundären) Zielen genutzt werden würde ("Raumblindheit" der Förderung). Damit stehen Förderbestimmungen in vielen Fällen sogar im Widerspruch zu siedlungspolitischen Zielen⁸⁴).

⁸⁴) Beispiele dafür sind etwa die Förderbestimmungen beim Bau kommunaler Wasser- und Abwassereinrichtungen, aber natürlich auch jene der Wohnbauförderung: Sie haben fördertechnisch zwar einige Korrekturen in Richtung verdichteter Bauformen erfahren, unterstützen insgesamt aber noch immer baulandintensive Siedlungsformen – auch weil sie weiterhin Anreize für BewohnerInnen der dicht besiedelten Kernstadt bieten, Wohnraum in vergleichsweise lockerer Bebauung im Umland zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, die (sektoralen) Förderprogramme des Bundes und der Länder zu durchforsten und bei dafür geeigneten Programmen Entwicklungsziele und Inhalte der angedachten kooperativen regionalen Leitplanungen in den Katalog der Förderkriterien aufzunehmen. Gleichzeitig könnte ein "Kooperationsbonus" in Förderprogrammen auf Projektebene sinnvoll sein, welcher gewährt wird, wenn im zu fördernden Projekt Akteure aus unterschiedlichen Teilregionen der Metropolregion (etwa aus Kernstadt und Umland) zusammenarbeiten⁸⁵⁾⁸⁶⁾.

Angesichts der guten Erfahrungen mit einem solchen Instrument in Deutschland und (vor allem) der Schweiz⁸⁷⁾ wäre neben diesem Einsatz bestehender Förderansätze allerdings auch ein eigenständiges Förderprogramm zu fordern, mit welchem die übergeordnete Gebietskörperschaftsebene strategische Planungsprozesse und innovative Modellvorhaben im Bereich kooperativer stadtreionaler Entwicklung unterstützt. Eine solche Förderung könnte wettbewerblich in Form von "Calls" vergeben werden und sollte neue innovative Lösungen im Bereich stadtreionaler Kooperation prämiieren und in der Folge als "best-practice" auf breiter Ebene diffundieren. Voraussetzung für eine Einreichung (bzw. Prämierung) sollte dabei jedenfalls sein, dass das eingereichte Modellvorhaben auf einem partizipativ erstellten Leitbild fußt und die kooperierenden Akteure eine klare Übereinkunft über die Verantwortlichkeiten in dessen Umsetzung nachweisen.

Ein solches Förderprogramm wäre wegen der besonderen Konstellation in der Metropolregion Wien optimalerweise in Kooperation zwischen den Bundesländern der Metropolregion (oder des engeren Stadtumlands) und dem Bund umzusetzen. Ersatzweise (oder ergänzend) könnten dazu aber auch Fördermöglichkeiten angesprochen werden, welche im Rahmen der

⁸⁵⁾ Die Gewährung von Förderboni ist im heimischen Unterstützungssystem mit anderen thematischen Zielsetzungen durchaus üblich. Ihre Anwendung auch für den hier angestrebten Zweck dürfte damit kaum mit Implementierungsproblemen verbunden sein.

⁸⁶⁾ In Österreich sind in dieser Hinsicht vor allem die Förderrichtlinien des Landes Vorarlberg bemerkenswert, in welchen bereits seit 2011 Anreize zugunsten von Gemeindekooperation implementiert sind. Sie sehen die gezielte Förderung gemeindeübergreifender Projekte durch den Vorarlberger Strukturfonds und auf Basis von Bedarfszuweisungen vor, aber auch erhöhte Zinszuschüsse für gemeindeübergreifenden Grunderwerb in öffentlichem Interesse. Dazu kommen erhöhte Fördersätze für Personalkosten bei interkommunaler Zusammenarbeit in Kinder- bzw. SchülerInnenbetreuung und Altenpflege, sowie Kooperationsanreize im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

⁸⁷⁾ In Deutschland fördert der Bund im Rahmen des Aktionsprogramms "Modellvorhaben der Raumordnung" (MORO) bereits seit 1992 die Umsetzung innovativer Ansätze und Instrumente in der Raumordnung, die in Modellregionen praktisch erprobt und als "best-practices" kommuniziert werden. Auf Länderebene ist vor allem das Programm der "stadtREGIONALE" Nordrhein-Westfalen zu nennen. Es erlaubt den kooperierenden Regionen, ihr strukturpolitisches Profil zu schärfen und – etwa im Kontext internationaler Bauausstellungen wie der IBA Emscher Park – gemeinsam zu vermarkten. In der Schweiz wird die Förderung von "Modellvorhaben nachhaltiger Raumentwicklung" vom Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung koordiniert. Sie basiert auf dem "Raumkonzept Schweiz", das, als Kerninstrument der politischen Steuerung von Siedlungsentwicklung, einen Rahmen für die (differenzierte) Politik des Bundes in Agglomerationen, ländlichen Räumen und Berggebieten vorgibt. Im Rahmen des Förderprogramms werden Pilotprojekte unterstützt, die neue Ansätze für verbesserte (vertikale und horizontale) Zusammenarbeit im Bereich nachhaltiger Raumentwicklung erproben. Prämierte Modellvorhaben reichen dabei vom Aufbau regionaler Gemeindeverbände und der Gründung von Regionalkonferenzen bis zur Ausarbeitung von Agglomerationsprogrammen.

europäischen ESI-Fonds für integrierte Stadtregionsentwicklung abrufbar sind⁸⁸). Trotz des (verständlichen) Bedarfs der Bundesländer an einer möglichst unkomplizierten Abwicklung der ESI-Förderungen scheint es daher sinnvoll, eine auch in der neuen Programmperiode zu erwartende Förderschiene für innovative bzw. Integrative Agglomerationspolitik entsprechend zu nutzen, um eine verstärkte Unterstützung innovativer Ansätze in der stadtreionalen Kooperation auf den Weg zu bringen.

Bodenpolitische Instrumente I: Vermeidung von Entwicklungsblockaden durch Bodenspekulation

Wie bereits ausgeführt, werden beim Versuch einer konzentrierten Entwicklung von "Potentialgebieten" in der Metropolregion (Abschnitt 6) Vorkehrungen zu treffen sein, die verhindern, dass dadurch ausgelöste Zukunftserwartungen zu (stark) steigenden Bodenpreisen führen, welche wiederum den Handlungsspielraum kooperativer Entwicklungsarbeit einschränken (können).

Wesentliche Grundlage dafür sind Möglichkeiten eines vorausschauenden Flächenmanagements, welche die kooperierenden Akteure in die Lage versetzen, für die geplante Entwicklung benötigte Flächen rechtzeitig anzukaufen (oder bei Verfügbarkeit eines eigenen Flächenportfolios einzutauschen) und damit eine, der gemeinsamen Planung entsprechende, Bodennutzung sicherzustellen. Hier verfügt Wien mit dem Bodenfonds – der zudem Flächen nicht zuletzt in Stadtrandlagen enthält – über ein Instrument, das die Möglichkeiten zu strukturierten Entwicklungen für Stadtplanung wie Wirtschaftsagentur zweifellos vergrößert. Obwohl Diskussionen dazu bis Mitte der 1990er-Jahre zurückreichen, wurde ein solcher Fonds in Niederösterreich bislang nicht aufgesetzt. Dies dürfte neben finanziellen Gründen wohl auch darauf zurückzuführen sein, dass das Management eines solchen Fonds nicht zuletzt in Hinblick auf die Sicherung eines ausgewogenen Flächenportefeuilles in einem großen Flächenbundeslandes mit 573 Gemeinden ungleich schwieriger sein dürfte als in einem verdichteten Stadtraum mit seinen überschaubaren Flächenreserven. Dennoch sollten wegen des dadurch verbesserten Potentials zur siedlungspolitischen Steuerung Möglichkeiten eines Bodenfonds auch im stadtreionalen Umland weiter geprüft werden – jedenfalls für die angedachten "Potentialgebiete" und eventuell auch in stadtreionaler Kooperation.

Zentrales Problem in der angesprochenen Bodenpreisproblematik scheint zudem, dass in Österreich derzeit praktisch keine Bestimmungen für den Umgang mit Widmungsgewinnen bzw. -verlusten existieren, wie sie durch Veränderungen in der Flächenwidmung oftmals entstehen. Hier könnte das Instrument des Planwertausgleichs sinnvoll sein, welches in einer Reihe von Nachbarregionen Österreichs (etwa Südtirol, Bayern oder Teilen der Schweiz) bereits seit Jahrzehnten mit großem Erfolg angewandt wird (und dort erheblich zur Finanzierung der Gemeinden beiträgt). Dabei werden Grundeigentümer bei planungsbedingten Wertverlusten

⁸⁸) In der laufenden Förderperiode 2014-2020 waren immerhin 5% der Mittel des EFRE für integrative Stadtentwicklungsmaßnahmen reserviert. Einreichungen betrafen stadtreionale Projekte aus den westlichen Bundesländern, nicht aber aus der Metropolregion Wien.

entschädigt, andererseits werden aber auch planungsbedingte Wertgewinne durch entsprechende Abgaben abgeschöpft, was den Anreiz zu Bodenspekulation deutlich reduziert. Ein Einsatz dieses Instruments auch in der Metropolregion wäre daher anzudenken, wobei Erfahrungen aus ersten Anwendungen in Tirol berücksichtigt werden könnten.

Bodenpolitische Instrumente II: Bodenmobilisierung

Wesentliches Element sowohl zur Vermeidung von Bodenspekulation als auch zur Sicherung der für geplante Entwicklungen erforderlichen Bodenressourcen scheinen letztlich Instrumente, welche Anreize zur widmungsgemäßen Flächennutzung durch die Grundeigentümer schaffen. Hier haben sich bei Neuwidmungen Instrumente der Vertragsraumordnung bzw. städtebaulicher Verträge bewährt, mit welchen Baulandwidmungen über privatrechtliche Vereinbarungen zwischen Gemeinde und Grundeigentümern an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. In den Raumordnungsgesetzen der Bundesländer der Metropolregion bereits verankert, können mit diesem Instrument Grundeigentümern, welche eine Neuwidmung beantragen, bestimmte Pflichten⁸⁹⁾ übertragen werden. Vor allem aber können Widmungsbefristungen vereinbart werden, welche eine (entschädigungslose) Rückwidmung durch die Gemeinde erlauben, sofern in einem festgelegten Zeitraum (meist 5 Jahre) keine widmungsgemäße Nutzung erfolgt. Bei Neuwidmungen bereits vielfach angewandt, wird dieses Instrument weiter zu forcieren sein, wobei seine Wirkung freilich nicht zuletzt davon abhängen wird, inwieweit bei Verletzung der Auflagen die vereinbarten Konsequenzen durch die widmende Gemeinde auch tatsächlich gezogen werden. Dies wird durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen sein, um eine auch langfristige Wirksamkeit des Instruments zu erreichen.

Schwieriger gestalten sich legislativ wie politökonomisch Maßnahmen zur Mobilisierung von Flächenreserven bzw. der Sicherung ihrer widmungsgemäßen Nutzung bei bereits bestehenden Widmungen, wobei funktionierende Lösungen hier gemessen an den bestehenden Größenordnungen freilich einen ungleich größeren Beitrag leisten könnten. Hierzu schlägt etwa die ÖROK (2016) vor, Widmungsbefristungen nicht nur bei Neuwidmungen, sondern auch bei Überarbeitungen des Flächenwidmungsplans zu implementieren. Auch werden vor allem seitens der Gemeinden Möglichkeiten ventiliert, nicht widmungsgemäß verwendete Flächen mit entsprechenden Abgaben zu belasten (Baulandmobilisierungsabgabe, Infrastrukturkostenbeitrag o.ä.). Initiativen dazu werden auf ihre legislative Machbarkeit und ökonomische Tragfähigkeit zu prüfen und – sofern politökonomisch durchsetzbar – zu implementieren sein.

Legistisch wohl noch schwieriger, aber ebenfalls anzudenken wären letztlich Möglichkeiten eines Eingriffs in die Eigentumsrechte, wie sie etwa für die Entwicklung zentraler Verkehrsinfrastrukturen gängig sind, bei konzentrierten Entwicklungen im Siedlungs- bzw. Raumordnungsbereich aber bisher nicht angewandt werden. Ökonomisch scheint hier die Anwendung des Instruments der Enteignung (mit Entschädigung zu marktüblichen Bedingungen) etwa in Fällen sinn-

⁸⁹⁾ Diese können beispielhaft etwa Finanzierungsbeiträge zur Errichtung begleitender materieller und/oder sozialer Infrastrukturen durch den Projektwerber beinhalten oder auch solche zur Ortskernbelebung bzw. zur Sicherung des Rückbaus errichteter Bauten nach Ende der Nutzung, wie sie etwa bei Einkaufszentren angewandt werden.

voll, in denen konzentrierte und strukturierte Entwicklungen im Umfeld großer (und teurer) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen umgesetzt werden sollen und alle "gelinderen" Mittel zur Sicherung der dazu notwendigen Flächen ausgeschöpft sind. Legistisch werden solche Eingriffe freilich nur bei Nachweis eines erheblichen öffentlichen Interesses und im Einzelfall argumentierbar sein, weil die Notwendigkeit einer Entwicklung an einem konkreten Standort im Fall von Entwicklungsprojekten schwerer zu argumentieren ist als bei der Errichtung von Verkehrsinfrastrukturen. Dennoch wäre es sinnvoll, die legistischen Möglichkeiten für Weiterentwicklungen im Umgang mit Grundstückseigentum in solchen Fragen vertieft abzuklären und damit Rechtssicherheit für die Gemeinden zu schaffen.

8. Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadtrregionale Kooperation III: Gemeinsamer Arbeitsmarkt

Wie unsere Bestandsaufnahme in Abschnitt 3 gezeigt hat, ist die Metropolregion Wien – bei aller internen Heterogenität – grundlegend durch ein erhebliches demographisches Wachstum und sehr enge Pendelbeziehungen gekennzeichnet. Die Region ist damit weitgehend als ein einziger funktionaler Arbeitsmarkt zu betrachten, der einer entsprechend engen Koordination der Arbeitsmarktpolitik bedarf. Dies betrifft sowohl die Koordination der bundesländerübergreifenden Vermittlung von Arbeitslosen, als auch den Einsatz und die Ausgestaltung einzelner Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

8.1 Herausforderungen und institutionelle Voraussetzungen

Die Ziele und Zielgruppen der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik werden – ebenso wie die Bedingungen für überregionale (bundesländerübergreifende) Vermittlung – stark durch nationale Zielsysteme und Bestimmungen beeinflusst, deren Umsetzung nach § 1 des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG) dem AMS Österreich obliegt⁹⁰⁾. Die Möglichkeit einer regional differenzierten Arbeitsmarktpolitik wird hingegen in § 12 AMSG normiert, laut welchem die Entwicklung arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen für den Bereich eines Bundeslandes, die Koordination der Aktivitäten des AMS mit anderen Trägern der Wirtschaftspolitik des Landes (Landesregierung und Interessensvertretungen) sowie die Festlegung der Zahl, Standorte und Ausstattung der regionalen Geschäftsstellen Aufgaben der Landesorganisation sind. In der Praxis bedeutet dies, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik österreichweit gleichermaßen genutzt werden können, aber hinsichtlich ihrer quantitativen Bedeutung und (bei einzelnen Maßnahmen) auch in Hinblick auf die von den Landesgeschäftsstellen festgelegten Förderhöhen über die Bundesländer variieren können⁹¹⁾.

Die regionalen Geschäftsstellen (als unterste regionale Einheit des AMS Österreich) übernehmen hingegen die Konkretisierung, Umsetzung und Durchführung der Arbeitsmarktpolitik (§ 19 AMSG). Sie sind in erster Linie für die Betreuung von Arbeitslosen bei der Arbeitssuche (in den sogenannten Services für Arbeitssuchende) und von Betrieben bei der Suche nach Arbeitskräften (im Rahmen der Services für Unternehmen) sowie für die Beratung von Personen hinsichtlich ihrer Aus- und Weiterbildung (im Rahmen von Berufsinformationszentren - BIZ) zuständig.

⁹⁰⁾ Im eigenen Bereich ist das AMS Österreich dabei vor allem für die kostenlose Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen (§ 32 AMSG) sowie die Auszahlung von Beihilfen für z. B. Aus- und Weiterbildung sowie (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt (siehe §§ 33-35 AMSG) verantwortlich. Im übertragenen Wirkungsbereich übernimmt es darüber hinaus die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und einer Reihe weiterer Sozialleistungen (siehe § 42 AMSG). Zudem hat das AMS beratende Funktion, indem es Vorschläge zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik unterbreitet (§ 4 AMSG).

⁹¹⁾ Zum Beispiel werden in den westlichen Bundesländern, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, Maßnahmen der arbeitsplatznahen Qualifizierung deutlich öfter in Anspruch genommen als in Wien, während hier wiederum aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der problematischeren Struktur der Arbeitslosen Förderbeträge für betriebliche Eingliederungsbeihilfen (relativ) höher sind.

Auf dem Gebiet der Metropolregion Wien sind dabei drei AMS-Landesgeschäftsstellen (Burgenland, Niederösterreich und Wien) für die Umsetzung der regionalen Arbeitsmarktpolitik verantwortlich. Diese betreiben auf dem Gebiet der Metropolregion jeweils 28 Services für Arbeitssuchende und Unternehmen (12 im niederösterreichischen Teil der Metropolregion, 3 im burgenländischen Teil sowie 13 in Wien), dazu kommen 17 berufliche Informationszentren.

Darüber hinaus übernimmt in jedem Bundesland auch das Land im Rahmen spezifischer Vereinbarungen und Kooperationen wichtige Funktionen in der Arbeitsmarktpolitik: So ist etwa in Wien der Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) vor allem für die vom Land finanzierten arbeitsmarktrelevanten Förderungen für Berufstätige sowie Stiftungen und einige andere landesfinanzierte Förderungen zuständig. In Niederösterreich werden die arbeitsmarktrelevanten Förderungen des Landes hingegen im Rahmen einer Übereinkunft des Landes mit dem AMS und anderen PartnerInnen (dem sogenannten TEP Niederösterreich) abgewickelt, während im Burgenland der sogenannte "Pakt für Beschäftigung" für die Abwicklung der arbeitsmarktrelevanten Förderungen des Landes verantwortlich ist.

Neben den Landesorganisationen des AMS und dem Land sind zudem auch die auf Länderebene organisierten Interessensvertretungen (insbesondere Arbeiter- und Wirtschaftskammer) als wichtige regionale arbeitsmarktpolitische Akteure zu nennen. Sie haben in allen Bundesländern wichtige Positionen in den Entscheidungsgremien der jeweiligen AMS-Landesorganisationen inne und verfügen über einen erheblichen Einfluss auf die arbeitsmarktpolitisch relevanten Entscheidungen des Landes aus.

In ihren Zielgruppen unterscheiden sich diese Akteure dabei recht deutlich. So ist für die jeweilige Landes- bzw. Bezirksorganisation des AMS Österreich bei der Betreuung der Arbeitslosen aufgrund der Tatsache, dass Personen an ihrem Wohnort arbeitslos gemeldet sind, die Bevölkerung am Wohnort relevant, während bei der Betreuung der Betriebe der Ort der jeweiligen Arbeitsstätte maßgeblich ist. Die arbeitsmarktrelevanten Organisationen des Landes stellen mit ihrem Betreuungsangebot für Beschäftigte wie Arbeitslose wiederum auf die in ihrem Bundesland wohnhafte Bevölkerung ab. Betriebsräte und auch ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen vertreten demgegenüber die Interessen der am Arbeitsort Beschäftigten, deren Wohnort durchaus auch in anderen Bundesländern als dem des Arbeitsortes liegen kann.

In Hinblick auf die Rahmenbedingungen stadtreionaler Zusammenarbeit bedeutet dies, dass insbesondere Kooperationen zwischen AMS oder Landesorganisationen und ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen immer auf diese unterschiedlichen Zielgruppen der beteiligten Partnerorganisationen Rücksicht nehmen müssen. Dies erschwert es etwa, Förderungen für Berufstätige – wie sie in Wien vom WAFF und in Niederösterreich und dem Burgenland vom Land angeboten werden – über Betriebsräte und ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen zu bewerben, weil sie nur für einen Teil ihrer Klientel tatsächlich zugänglich sind.

Ähnlich erhöht diese Diskrepanz in den Zielgruppen auch den notwendigen Verhandlungsaufwand bei diversen Maßnahmen im Zusammenhang mit betrieblichen Restrukturierungen, etwa bei der Organisation von Sozialplänen. Obwohl nur selten als wirklich schwerwiegendes Problem wahrgenommen, hängen hier doch die jeweiligen Förderzugänge vom Wohnort der

Beschäftigten ab, womit entsprechende Vereinbarungen nur mit der Zustimmung der jeweils zuständigen Landesorganisationen getroffen werden können. Ein Beispiel sind etwa Stiftungen, bei welchen die in Wien wohnhaften Arbeitskräfte eines Unternehmens eine über den Stiftungsbeitrag dieses Unternehmens hinausgehende Förderung von der Stadt Wien erhalten, während dies für in anderen Bundesländern wohnende Arbeitskräfte im selben Unternehmen nicht automatisch der Fall ist⁹²⁾. In Einzelfällen kann dies also bedeuten, dass Personen bei gleichem Arbeitsort je nach Wohnort recht unterschiedlichen Fördervoraussetzungen gegenüberstehen – insbesondere in Bereichen, in denen Beschäftigte die Zielgruppe einer Maßnahme darstellen. So können z. B. in Wien wohnhafte Beschäftigte – unabhängig davon, ob sie in Wien oder Niederösterreich arbeiten – die Förderprogramme des WAFF in Anspruch nehmen, während in Niederösterreich oder im Burgenland wohnhafte Personen am selben Arbeitsort auf die Förderungen ihrer jeweiligen Bundesländer angewiesen sind.

Während diese unterschiedlichen Zuständigkeiten die administrativen Abläufe aus Sicht der Betroffenen nicht erleichtern, verhindern sie freilich auch nicht, dass selbst in den administrativ komplexesten Bereichen bundesländerübergreifender Kooperation von ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen und arbeitsmarktpolitischen Akteuren immer wieder gemeinsame Initiativen gesetzt werden. Ein rezentes Beispiel hierfür ist die von AK Wien und WAFF gemeinsam finanzierte sogenannten "digi-Winner"-Förderung, die dem Aufbau bzw. der Erweiterung der digitalen Kompetenzen der Beschäftigten dient. Im Rahmen dieser Förderungen ist es gelungen, über eine Übereinkunft, die auch die Arbeiterkammer Niederösterreich miteinbezieht, sicherzustellen, dass alle Personen mit Wohnort Wien (unabhängig von ihrem Arbeitsort) Zugang zu einer einheitlichen Förderung erhalten. Insgesamt scheinen die institutionellen Rahmenbedingungen für Kooperation in der Arbeitsmarktpolitik im Metropolraum zwar nicht gänzlich unproblematisch, stellen aber zumindest keine unüberwindbare Barriere für eine pragmatische Zusammenarbeit dar.

Ob eine solche Zusammenarbeit tatsächlich zustande kommt oder nicht, hängt allerdings stark von den Kooperationsanreizen der verschiedenen Institutionen ab. Grundsätzlich bestehen in der föderalen Struktur Österreichs ganz offensichtlich nur wenige Anreize für die Bundesländer, Förderungen an Personen zu vergeben, die nicht im jeweiligen Bundesland wohnen. Dies auch deshalb, weil es auch von übergeordneten Gebietskörperschaften kaum nennenswerte spezifische Förderungen für innovative bundesländerübergreifende Initiativen in der aktiven oder präventiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer gibt – ein Problem fehlender vertikaler Kooperationsanreize (vor allem auf Bundesebene), das ja auch schon in anderen Bereichen ähnlich zu konstatieren war (vgl. etwa Abschnitt 7.2).

Innerhalb des AMS bestehen allerdings im Rahmen der AMS-internen Steuerungsmechanismen durchaus auch bundesweite Koordinationsmechanismen. So werden die AMS-Geschäftsstellen auf Grundlage verschiedener Indikatoren in einem kompetitiven Prozess einem "Benchmarking"-Prozess unterzogen und auch (z. B. über die Dissemination von "best-practice"-

⁹²⁾ Dementsprechend werden bei in den Wiener Insolvenzstiftungen nur in Wien wohnhafte Arbeitskräfte gefördert.

Beispielen) dazu ermutigt, einen Erfahrungsaustausch hinsichtlich besonders wirksamer Politiken zu betreiben. Auf diese Weise entstehen Anreize für eine effiziente regionsübergreifende Vermittlung von Arbeitslosen aus der eigenen Region in andere Gebiete der Metropolregion, aber kaum solche für die Vermittlung von Arbeitslosen aus diesen übrigen Regionen des Agglomerationsraums auf offene Stellen im eigenen Wirkungsbereich.

Darüber hinaus zeigen gerade die in den letzten Monaten stark intensivierten Bemühungen des Wiener AMS, Arbeitssuchende in das Wiener Umland oder in noch weiter entfernt gelegene Regionen zu vermitteln, dass der Erfolg solcher Initiativen stark von einer Gesamtlösung abhängt, und daher von einer Reihe von Faktoren (wie etwa der Erreichbarkeit der Arbeitsstätte im öffentlichen Nahverkehr, vorhandenen Wohnungs- bzw. Kinderbetreuungsangeboten etc.) beeinflusst wird. Insbesondere im unmittelbaren Umland Wiens kommt dabei auch dem öffentlichen Verkehrsangebot eine wichtige Rolle zu, da die Erreichbarkeit der Arbeitsstätte für die Vermittlung von Arbeitssuchenden wesentliche Voraussetzung ist und (insbesondere in Wien) ein zunehmender Anteil der Arbeitssuchenden über keinen Führerschein oder kein eigenes Auto verfügt.

Letztlich kann als relevantes Charakteristikum in den Rahmenbedingungen für Kooperation am gemeinsamen Arbeitsmarkt gelten, dass in der Arbeitsmarktpolitik – im Gegensatz etwa zur Raumplanungs- oder Verkehrspolitik – auf der Ebene der Metropolregion keine spezifischen Institutionen eingerichtet sind, welche sich mit der bundesländerübergreifenden Koordination im Großraum vertieft beschäftigen. Zumeist findet eine solche Koordination in bundesweiten Gremien statt. Im Bereich des AMS werden die Aktivitäten im Rahmen der gemeinsamen nationalen Arbeitsplanung des AMS Österreich festgelegt, wobei diese Planungen verbindlichen Charakter haben, aber auf den erhöhten Koordinationsbedarf in der Metropolregion nicht spezifisch eingehen. Eine Koordination der Förderungen der Bundesländer findet ebenfalls nur rudimentär in informellen österreichweiten Koordinationstreffen statt, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Verbreitung von "best-practice"-Beispielen dienen. Insbesondere der Bereich der Erwachsenenbildung, in welchen auch die Qualifizierung von Beschäftigten fällt, bleibt in Österreich – von einzelnen Ausnahmen wie den Initiativen zum Nachholen von Schulabschlüssen – institutionell stark fragmentiert und nur wenig reguliert, was in einer Reihe von Studien und ExpertInnenbefragungen nicht nur für die Metropolregion als problematisch angesehen wird (etwa *Diesenreiter*, 2015).

8.2 Sinnvolle Handlungslinien

Insgesamt ist die Arbeitsmarktpolitik in der Metropolregion damit nur schwach koordiniert, dies wird auch in der öffentlichen Debatte als nur wenig prioritär gesehen. Insbesondere bestehen hier – im Gegensatz zu Verkehrs- oder Raumplanung – keine spezifischen Institutionen, welche sich um eine bundesländerübergreifende Koordination arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten in stadtreionaler Perspektive kümmern. Zudem sind die Kompetenzen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik im Vergleich zu den meisten anderen in dieser Studie behandelten Politikfeldern wesentlich stärker auf Bundesebene konzentriert, wobei mit dem AMS Österreich eine

bundesweit organisierte Institution besteht, die über erhebliche finanzielle Ressourcen und ein breites und ausdifferenziertes Instrumentarium verfügt. Dennoch sind auch hier sinnvolle Handlungslinien zur Stärkung stadtreionaler Kooperation auszumachen:

Definition von Zielsetzungen und Inhalten einer möglichen Kooperation

So wären auch in der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere in jenen Bereichen, in denen die Bundesländer Kompetenzen übernehmen, verstärkte Kooperationsaktivitäten anzustreben. Wobei hierzu zunächst wohl die Ziele einer solchen Koordination auf der Ebene der Metropolregion konkretisiert werden müssten.

Wichtig wäre hier zunächst eine weitere Vertiefung des bestehenden Informationsaustausches über den Einsatz des bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums in der Metropolregion, der bisher vor allem im Rahmen von bundesweiten Gremien geleistet wird. Hier könnten sich die Akteure z. B. zum Ziel setzen, einen intensiveren Informationsaustausch zwischen den einzelnen mit der Durchführung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beauftragten Institutionen auf Länderebene zu organisieren, um damit als erstem Schritt zumindest sicherzustellen, dass die verschiedenen Akteure wechselseitig über die unterschiedlichen Fördermaßnahmen und -strategien informiert sind. Mögliche Instrumente hierfür reichen von spezifischen Koordinationstreffen über die wechselseitige Teilnahme an Sitzungen der diversen Steuerungsgremien (etwa als beratendes Mitglied) bis zur Schaffung einer eigenen institutionellen Lösung als Informations- und Diskussionsplattform auf der Ebene der Metropolregion.

Weiterführend könnte danach getrachtet werden, bestehende Instrumente und Fördermaßnahmen auf Länderebene verstärkt zu koordinieren. Prioritär wäre eine solche inhaltliche Koordination dabei vor allem in jenen Bereichen, in welchen die Zielgruppe einer Maßnahme beschäftigte Personen (und damit potentiell Pendler und Pendlerinnen innerhalb der Metropolregion) sind, da hier die auffälligsten (und gegenüber den potentiell Begünstigten kaum argumentierbare) Unterschiede in den Förderbedingungen bestehen. Längerfristig könnte zudem versucht werden (z. B. durch die Forcierung bundesländerübergreifender Fördermaßnahmen wie im erwähnten Projekt "Digi-winner") verstärkt gemeinsame Projekt- und Fördermaßnahmen zu entwerfen, sowie bestehende Maßnahmen so aufeinander abzustimmen, dass gleiche Förderzugänge für Pendler und Pendlerinnen hergestellt und Synergien genutzt werden können.

Jedenfalls wird es Aufgabe sein, die Information und Betreuung von Pendlern und Pendlerinnen in der Region durch eine stärkere Kooperation in den angebotenen Beratungsleistungen zu verbessern. Dabei wäre danach zu trachten, dass die Fördereinrichtungen der einzelnen Bundesländer (ähnlich einem One-Stop-Shop) ihre KundInnen auch über Fördermöglichkeiten in den anderen Bundesländern der Metropolregion beraten und sie bei der Beantragung solcher Förderungen entsprechend unterstützen können.

Verbesserung der Anreize für eine Vertiefung der Zusammenarbeit

Wie auch in anderen Kooperationsbereichen werden zum Entstehen solcher Kooperationen die Anreizmechanismen für die handelnden Akteure zu optimieren sein. Wesentlich ist es dabei,

negative Anreize für Zusammenarbeit zu vermeiden und positive Kooperationsanreize zu schaffen. So bestehen – wie bereits erwähnt – für die einzelnen Bundesländer der Metropolregion aus verständlichen Gründen kaum Anreize, ihre (aus Ländermitteln finanzierten) arbeitsmarktpolitischen Instrumente auch Personen aus anderen Bundesländern zugutekommen zu lassen.

Allerdings könnte man versuchen, das Thema der überregionalen Koordination der regionalen Arbeitsmarktpolitik verstärkt in nationalen oder EU-weiten Programmen zu verankern. Dabei könnte – in Ergänzung zu bestehenden Politikansätzen – hier vor allem ein Fokus auf innovative und integrierte Lösungen gelegt werden. So könnte z. B. versucht werden, über einzelne Projekte die Voraussetzungen für bundesländergrenzüberschreitende Vermittlung zu verbessern, indem ganzheitliche Lösungen, welche auch die Themen Wohnen, Verkehrsangebot und Betreuung integrieren, entworfen werden. Auch könnte es sinnvoll sein, über gemeinsam durch die Bundesländer der Metropolregion ausgeschriebene (und in Wettbewerbsverfahren vergabene) Förderprogramme zusätzliche Anreize für eine bundesländerübergreifende Zusammenarbeit zu schaffen. Dies könnte z. B. über einen von den Bundesländern gemeinsam geschaffenen Kleinprojektfonds finanziert werden.

Daneben könnte überprüft werden, inwieweit die im Bereich des AMS Österreich bestehenden Koordinationsmechanismen den erhöhten Kooperationsbedürfnissen innerhalb der Metropolregion Rechnung tragen. Insbesondere könnte hier im Rahmen der vom AMS Österreich laufend betriebenen Verbesserung der internen Steuerungsmechanismen überlegt werden, ob und wie auf Ebene der in verschiedenen Bundesländern gelegenen regionalen Geschäftsstellen Anreize für die Vermittlung von Arbeitslosen aus anderen Teilregionen der Metropolregion im eigenen Wirkungsraum gesetzt werden könnten.

Abgrenzung eines Kooperationsraumes und Betonung von integrierten Lösungen

Abgesehen von ihrer inhaltlichen Ausrichtung wäre bei einer intensivierten Kooperation in der Stadtregion auch der konkrete Kooperationsraum festzulegen. Inhaltlich böten sich hier wegen der eher geringen räumlichen Ausdehnung von Arbeitsmärkten, Koordinationsräume an, die einer üblichen Pendeldistanz (mit Fahrzeiten zwischen 60 bis 90 Minuten) entsprechen.

Eine solche Abgrenzung hätte freilich den Nachteil, dass sie wegen der institutionellen Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich, in welcher vor allem Organisationen der Bundes- und Länderebene ausgeprägte Kompetenzen besitzen, die maßgeblichen Stellen zur Gestaltung der regionalen Arbeitsmarktpolitik nicht berücksichtigen könnte. Dementsprechend scheint eine Kooperation zwischen den Bundesländern mit Blick auf die vorfindlichen Kompetenzregelungen sinnvoller. Innerhalb einer solchen, wäre eine regionale Fokussierung auf den Pendeleinzugsbereich der Kernstadt Wien – und damit eine Schwerpunktsetzung auf das engere Stadt-Umland – zielführend.

Wichtig wäre es auch bei einer solchen Aufstellung, zu beachten, dass regionsübergreifende Arbeitsmarktpolitik und insbesondere Bemühungen zugunsten einer höheren Effizienz der bundesländerübergreifenden Vermittlung vor allem auf Basis integrierter Lösungen Erfolg versprechen, welche die Bereiche Wohnen und Erreichbarkeit einbeziehen und auch potentielle

Vermittlungshindernisse daraus ansprechen. So stellt z. B. die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung für die Vermittlung von Arbeitslosen dar. Dementsprechend stark wird die überregionale Vermittelbarkeit von Arbeitslosen auch durch das vorhandene Angebot an (öffentlichen) Verkehrsangeboten bestimmt. Ähnlich ist bei einer Arbeitsaufnahme über größere Distanzen auch eine Wohnortverlagerung vonnöten, womit auch das Wohnangebot in der Nähe des potentiellen Arbeitsplatzes für den Vermittlungserfolg relevant wird. Eine Intensivierung der Kooperation in diesen Bereichen kann somit ebenfalls erheblich zu einer Steigerung der Effizienz der regionalen Arbeitsmarktpolitik in der Metropolregion beitragen.

9. Hebel zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für stadregionale Kooperation IV: Gemeinsame Wirtschaftsentwicklung

9.1 Herausforderung

Erhebliche Kooperationsgewinne verspricht letztlich eine verstärkte stadregionale Zusammenarbeit auch in Betriebsansiedlung, Flächenmanagement und Standortvermarktung, bzw. übergeordnet der regionalen Wirtschafts- und Standortpolitik. Wie unsere empirische Analyse in Abschnitt 4 gezeigt hat, dürften Branchengruppen mit mehr als einer halben Million Beschäftigten in Kernstadt und Umland von der Möglichkeit einer verstärkten Interaktion mit (technologisch bzw. kognitiv) "verwandten" Aktivitäten im jeweils anderen Teil der Metropolregion profitieren, solchen mit mehr als 220.000 Beschäftigten dürfte die stadregionale Zusammenarbeit sogar eine signifikante Aufwertung ihres Wettbewerbsprofils erlauben. Tatsächlich können durch ein kooperatives standort- und wirtschaftspolitisches Vorgehen im stadregionalen Rahmen die unterschiedlichen Flächenwertigkeiten in der Metropolregion besser genutzt werden, was es erlaubt, die gemeinsame Standortregion entlang der unterschiedlichen Spezialisierungschancen ihrer Teilregionen optimal zu entwickeln. Dabei kann die empirisch gezeigte Heterogenität dieser Teilräume der Metropolregion ein Vorteil sein, weil unterschiedliche Teile des Agglomerationsraums unterschiedliche Standortvorteile (und -nachteile) bieten, was sie wiederum für jeweils bestimmte (und unterschiedliche) Branchen und Funktionen zum optimalen Standort macht. Eine bessere Abstimmung und Bündelung dieser Angebote in Kooperation kann damit ein attraktiveres Angebotsportefeuille im internationalen Standortwettbewerb um Ansiedlungen und Investitionen bedeuten.

Dennoch sind institutionelle Kooperationslösungen in der Metropolregion im Wirtschaftsbereich noch nicht in einem Umfang aufgesetzt, wie dies etwa in der Raum- oder Verkehrsplanung (mit PGO und VOR) der Fall ist. Dies, obwohl (oder weil) erfolgreiche Kooperationsarbeit in Wirtschaftsbelangen vielleicht noch schwieriger ist als in diesen Bereichen⁹³). Grosso modo versuchen die Gemeinden nach wie vor, im eigenen Wirkungsbereich und ohne Abstimmung Unternehmen (und damit Steuereinnahmen) zu attrahieren. Gleichzeitig werden übergeordnete standort- und flächenpolitische Aufgaben in der ökonomisch stark verflochtenen Metropolregion nach wie vor durch drei voneinander unabhängige Wirtschaftsagenturen (Wirtschaftsagentur Wien, WIBAG, Ecoplus) wahrgenommen. Sie gehen zwar partiell gemeinsam vor, folgen aber keinem gemeinsamen Konzept und unterliegen Anreizstrukturen, welche derzeit nur beschränkten Spielraum für Kooperation bieten. Damit können potentielle Standortvorteile im

⁹³) So dürfte bei kooperativen Entwicklungsprojekten im Wirtschaftsbereich die Zahl der relevanten Akteure angesichts der Vielfalt an privaten Grundeigentümern und Developern noch größer sein als in vielen Projekten der Verkehrs- oder Raumplanung. Damit ist die Gefahr eines Scheiterns (an privaten Interessen) hier auch dann erheblich, wenn alle Gebietskörperschaften und öffentlichen Agenturen eine einhellige Stoßrichtung verfolgen. Auch dürfte im Wirtschaftsbereich die Frage der Motivation kommunaler Akteure oft besonders virulent sein, weil nicht die Lösung (oft drängender) Probleme aus Siedlungs- oder Verkehrsentwicklung, sondern Fragen der Einkommenserzielung im Vordergrund stehen. Diese dürften gerade "reichen" (Umland-)Gemeinden mit bereits hohen Einnahmen oft wenig Anreiz zu gemeinsamer Entwicklungsarbeit bieten.

internationalen Standortwettbewerb, welche aus den im Vergleich europäischer Verdichtungsräume eher großen Flächenreserven in der Stadtregion (etwa *Mayerhofer – Fritz*, 2013) und den erwähnten unterschiedlichen Standortvorteilen ihrer Teilräume folgen, derzeit kaum genutzt werden.

Allerdings sind institutionelle Ansatzpunkte für Kooperation bereits aufgesetzt, und vor allem auf stärker informeller Ebene sind einige Fortschritte in stadtreionaler Perspektive durchaus erkennbar (wenn auch ausbaufähig). Als institutionalisierte Kooperationslösung ist vor allem die "Vienna Region" als gesellschaftsrechtliche Verschränkung der Bundesländer der Metropolregion (mit Beteiligung der drei Bundesländer und ihrer Wirtschaftsagenturen) zu erwähnen, welche die kooperative Vermarktung der Metropolregion als Wirtschaftsstandort zum Ziel hat (allerdings derzeit nur sporadisch aktiviert wird). Auch besteht mit der "Vienna Airport Region"⁹⁴) ein institutioneller Rahmen für die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung eines besonders zukunftssträchtigen (wie sensiblen) stadtreionalen Standortraum. Als Fortschritt im institutionellen Rahmen ist letztlich die rezente Einrichtung einer thematischen Plattform (auch) zu Fragen der Wirtschaft in der PGO zu sehen. Damit wurde ein Diskussionsforum geschaffen, in welchem Fragen an der Schnittstelle von Raumplanung und Wirtschaft behandelt, und Informationen über Wirtschaftsprojekte mit gegenseitigem Interesse ausgetauscht werden. Auf stärker informeller Ebene scheinen die mittlerweile regelmäßigen Treffen von Vertretern der Wirtschaftsagenturen und Landesplanungen Wiens und Niederösterreichs wichtig, in welchen Potentialräume für kooperative Entwicklungen identifiziert und konkrete Pilotprojekte im Bereich Betriebsansiedlung bzw. Standortentwicklung mit guten Chancen einer Umsetzung definiert werden sollen. Letztlich kann auch das rezente (und erstmalige) Zustandekommen einer hochrangig besetzten gemeinsamen Wirtschaftsdelegation Wiens und Niederösterreichs zur Anwerbung internationaler Ansiedlungen als Indiz gewertet werden, dass die Bedeutung kooperativen Vorgehens für eine erfolgreiche Entwicklung des Standorts auch von den politischen Akteuren mittlerweile stärker Beachtung findet.

All diese Fortschritte scheinen allerdings auch dringend notwendig, weil kaum Zweifel bestehen, dass die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der Metropolregion weiter zunehmen werden, was die Bedeutung kooperativer Aktivitäten noch erhöhen dürfte: Zum einen lassen neue IKT-Lösungen eine immer stärkere (auch räumliche) Fragmentierung der unternehmerischen Wertschöpfungsketten zu – mit der Konsequenz immer dichterem interregionaler Netzwerkbeziehungen. Zum anderen werden Markterfolge in einer wissensbasierten Wirtschaft zunehmend nicht mehr allein mit Produkten erzielt, sondern mit "Gesamtlösungen" mit hohem Dienstleistungsanteil, in welchen "Hardware"- und "Software"-Komponenten verknüpft sind. "Hybride" Produktionsweise mit enger Verknüpfung von produzierenden Aktivitäten und komplementären (komplexen) Dienstleistungen werden damit zunehmend Standard (*Mayerhofer*,

⁹⁴) Sie ist als Verein mit Beteiligung des Flughafens Wien und der anliegenden Umlandgemeinden aufgesetzt, im erweiterten Vorstand sind auch Vertreter der Bundesländer Wien und Niederösterreich, die Sozialpartner und private Unternehmen vertreten. Ziel sind kooperative Aktivitäten in Betriebsansiedlung, Immobilienverwertung und "nachhaltiger Stadtentwicklung".

2013), was angesichts der nach unserer empirischen Analyse (Abschnitt 4) stark unterschiedlichen Spezialisierung von Kernstadt (überwiegend wissensintensive Dienstleistungen) und übriger Metropolregion (überwiegend technologiebasierte Produktion) im Fall abgestimmter Standortentwicklung erhebliche Synergien und die Möglichkeit zu (auch internationalen) Wettbewerbsvorteilen verspricht.

Gerade in der Metropolregion Wien mit ihren wirtschaftsstrukturellen Unterschieden wird verstärkte Wirtschaftskooperation also sowohl Notwendigkeit als auch Chance sein, wobei sich eine Zusammenarbeit freilich nicht auf den (kleinteiligen) operativen Bereich (etwa die gemeinsame Entwicklung einzelner Betriebsgebiete) wird beschränken können. Notwendig scheint vielmehr auch eine Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der stadtreionalen Bundesländer in stadtreionaler Perspektive, zumal lokale Initiativen auf kleinräumiger Ebene immer auch die Gefahr unproduktiver Konkurrenzbeziehungen in sich bergen.

9.2 Sinnvolle Handlungslinien

Vor diesem Hintergrund wird gerade im Wirtschaftsbereich eine stark integrierte Politik zu verfolgen sein, welche alle für die ökonomische Entwicklung relevanten Politikbereiche (namentlich Ansiedlungs-, Flächen- und Standortpolitik, aber auch Struktur-, Infrastruktur-, Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik) einbezieht, und auf Entwicklungsziele im gemeinsamen Wirtschaftsraum ausrichtet. Dabei können auch hier eine Reihe von Handlungslinien benannt werden, welche die Rahmenbedingungen für stadtreionale Wirtschaftskooperation verbessern könnten.

Gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie für den Metropolraum

Zunächst wäre, wie bereits erwähnt, die Entwicklung einer übergeordneten Strategie (auch für den gemeinsamen Wirtschaftsraum hilfreich – auch um die Nachteile von unabgestimmten Initiativen, Vorschlägen und/oder Aktivitäten⁹⁵⁾ zu minimieren, welche das Bild der Metropolregion zumindest kommunikationstechnisch derzeit oft prägen (und das Kooperationsklima belasten). Dabei wäre nicht notwendig an einen groß angelegten Strategieprozess zu denken, sondern an eine Einigung auf zentrale Entwicklungsziele, an denen die beteiligten Bundesländer ihre Wirtschaftspolitik im Metropolraum ausrichten, aber auch auf "No-Go's" im operativen Bereich, welche für darauf aufbauende Einzelinitiativen in der Region als Rahmen und Leitlinie dienen können. Eine solche Strategie könnte im Rahmen der Wirtschaftsplattform in der PGO abgestimmt werden, wobei es unerheblich scheint, ob sie als eigenständiges Wirtschaftsleitbild oder als Bestandteil des in Abschnitt 6 angeregten strategischen Entwicklungskonzepts für die Metropolregion aufgesetzt wird.

⁹⁵⁾ Zu denken ist hier etwa an das aktive "Abwerben" von Bestandsunternehmen zwischen den Teilen der Metropolregion. Ein solches Vorgehen ist angesichts der massiven Vorleistungs- und Absatzverflechtungen innerhalb der Stadtreion auch individuell nur noch bedingt rational. Jedenfalls bindet es Ressourcen, die für die Werbung potentiell ansprechbarer Ansiedler bzw. Investoren auf überregionaler bzw. internationaler Ebene (besser) eingesetzt werden könnten.

Inhaltlich sollten solche Festlegungen für eine stärker abgestimmte, gemeinsame Wirtschaftspolitik jedenfalls an den strukturellen Gegebenheiten in der Metropolregion ansetzen, aber auch neue Notwendigkeiten berücksichtigen, welche aus der erwähnten Fragmentierung der Wertschöpfungsketten in Hinblick auf die (auch) funktionale Spezialisierung der Teilregionen, aber auch die Organisation der regionalen Unternehmen folgen: So tendiert gerade der produzierende Bereich im neuen Paradigma nach rezenten Analysen (etwa *Van Winden et al.*, 2011; *Berger*, 2005, 2013, 2013a) zu kleineren, auf spezifische Funktionen bzw. Produktionsteile spezialisierten Einheiten, die in Netzwerken arbeiten, und daher stärker als traditionelle Betriebe auf ein funktionierendes "industrielles Öko-System" angewiesen sind. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wäre es daher zunehmend, die Aktivitäten der fragmentierten Akteure in einer Rolle als Ermöglicher, Anstoßgeber und Katalysator so zu beeinflussen, dass insgesamt gute Standortbedingungen für diese (Netzwerk-)Unternehmen entstehen. Zudem werden Aktivitäten der Netzbildung und -förderung naturgemäß zentrale Komponenten einer solchen Politik sein, ebenso wie die Sicherung moderner IKT- und Transportinfrastrukturen, welche in einem durch "lean production" und "just-in-time"-Systeme geprägten Fertigungssystem von erheblicher Bedeutung sind. All dies ist nur in Kooperation zwischen den stadtreionalen Bundesländern und in Abstimmung ihrer Politik zu erreichen.

Überlegungen zur Standortspezialisierung innerhalb der Metropolregion

Zumindest mittelfristig wäre auf Basis konzeptioneller Überlegungen auch eine Übereinkunft in Hinblick auf eine abgestimmte Spezialisierungsstrategie für die Metropolregion und ihre Teilräume anzustreben. Dies deshalb, weil erst eine solche Standortspezialisierung sicherstellt, dass einem potentiellen Investor auf Basis eines verbesserten und die ganze Stadtregion erfassenden Flächenmanagements tatsächlich ein für ihn optimaler Standort angeboten werden kann. Nur so sind Produktivitätsgewinne zu erzielen, da Unternehmen in der Metropolregion verstärkt "am richtigen Standort" lozieren.

Eine solche Übereinkunft über eine sinnvolle Spezialisierung der Teilräume wird nicht einfach zu erzielen sein. Jedenfalls bedarf es dazu überzeugender empirischer Grundlagen für deren Abstimmung und einer verstärkten Anwendung von Instrumenten der Ertragssteuerverteilung in ihrer praktischen Umsetzung. Eine Realisierung scheint daher ein allenfalls mittelfristiges Projekt.

Schon in kürzerer Frist (und als Einstieg) wäre allerdings eine stärkere Abstimmung der Aktionsprogramme der regionalen Wirtschaftsagenturen zu realisieren, mit dem Ziel, durch eine stärkere Schwerpunktsetzung auf die in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich vorfindlichen spezifischen Standortvorteile (und die davon angesprochenen Zielgruppen) potentielle Konfliktfelder zwischen den Agenturen zu minimieren. Schon eine solche Schärfung der (Teil-)Profile der einzelnen Teile der Metropolregion könnte zu einem überzeugenderen Gesamtportefeuille des stadtreionalen Angebots im internationalen Standortwettbewerb beitragen.

Gleichzeitig könnte eine solche Arbeit auch zu einer stärkeren Abstimmung der in den Bundesländern der Ostregion betriebenen thematischen Stärkefelder beitragen, was nicht nur zu

klarerer USPs der Teilgebiete der Metropolregion führen könnte, sondern auch Synergien in der Umsetzung der verfolgten Stärkefelder verspricht⁹⁶).

Integration der kommunalen Ebene in Fragen der gemeinsamen Wirtschaftsentwicklung

Problematisch in der derzeitigen Aufstellung stadtreregionaler Initiativen zur Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion ist ohne Zweifel, dass die bislang initiierten institutionellen Kooperationslösungen im übergeordneten Bereich (vorrangig "Vienna Region" bzw. die Wirtschaftsplattform in der PGO) allein die Landesebene einbeziehen. Dagegen werden entscheidende Schritte zur Umsetzung gemeinsamer Anstrengungen im Wirtschaftsbereich von den Gemeinden im Rahmen ihrer Betriebsansiedlungsbemühungen zu setzen sein. Maßnahmen zur Integration (auch) der kommunalen Ebene in kooperative Initiativen, wie sie in Abschnitt 7 für Raumplanung und Siedlungsentwicklung vorgeschlagen wurden, wird daher im Wirtschaftsbereich eine noch verstärkte Bedeutung zukommen.

Ansatzpunkte dazu sind (auch) hier durchaus gegeben. So verfolgt Niederösterreich mit dem Ansatz der regionalen Wirtschaftskooperationen das Ziel, die Gemeinden des Landes zu kooperativen Lösungen in der Betriebsansiedlung zu bewegen – auch mit der Idee, auf diese Weise eine abgestimmte Sichtweise der kommunalen Ebene in Wirtschaftsbelangen anzustreben und es betroffenen Gemeinden so zu ermöglichen, auch in diesen Fragen mit Wien eine Zusammenarbeit "auf Augenhöhe" einzugehen. Erste Erfolge dieses Bemühens sind mit einer mittlerweile zweistelligen Zahl interkommunaler Betriebsgebiete (mit Ertragsteilung) durchaus sichtbar, auch wenn die dazu implementierten Anreize noch ausbaufähig scheinen⁹⁷). Sinnvoll wäre es, bei regionalen Wirtschaftskooperationen mit offensichtlich stadtrégionalem Bezug nun auch den "zweiten Schritt" zu tun, und Vereinbarungen zu einer abgestimmten Vorgehensweise auch grenzüberschreitend anzustreben. Prototypisch könnte ein solches Vorgehen bei der nun anlaufenden Wirtschaftskooperation Marchfeld⁹⁸) Synergien eröffnen, indem gemeinsame Betriebsansiedlungsbemühungen an der künftigen S1 Ost mit nahen Entwicklungen in der

⁹⁶) So werden in Wien derzeit Stärkefelder in den Bereichen Life Sciences und Smart-City-Technologien unterstützt, zudem werden im laufenden Entwicklungsprozess zur neuen Wirtschafts- und Innovationsstrategie Wien 2030 weitere Stärkefelder identifiziert, welche in der Folge zur Weltspitze ausgebaut werden sollen. Gleichzeitig betreibt die EcoPlus in Niederösterreich 5 Clusterinitiativen (Bau, Energie, Umwelt, Lebensmittel, Kunststoff, Mechatronik, e-mobil in Niederösterreich), dazu kommen 4 Technopolen (Krems, Tulln, Wiener Neustadt und Wieselburg), mit Technologie- und Forschungszentren an diesen Standorten (sowie in Seibersdorf und im ISTA-Park) als Kernstück. Die Suche nach Synergien und deren Nutzung im stadtrégionalen Kontext wäre daher schon für sich eine lohnende Aufgabe.

⁹⁷) Großer Anreiz könnte hier etwa eine Vorgabe der überörtlichen Raumordnung sein, welche einen Ausweis von Betriebsbaugebieten durch die örtliche Planungsebene ab einer gewissen Größe nur noch interkommunal zulässt. Auch die vielfältigen Beratungsaktivitäten der EcoPlus für die Gemeinden könnten (noch) verstärkt in diese Richtung gelenkt werden.

⁹⁸) Hier haben 8 niederösterreichische Gemeinden zur gemeinsamen Nutzung der verkehrstechnischen Aufwertung des stadtnahen Marchfeld-Gebietes einen Wirtschaftsverband gegründet, der auch eine Aufteilung von (Kommunal-) Steuererträgen vorsieht. Konkret sollen zunächst Erträge aus Widmungsréserven, die aus der Ansiedlung von Betrieben mit erheblichem Flächenbedarf (> 10.000 m²) entstehen, im Verhältnis 80% zu 20% zwischen Standortgemeinde und den übrigen Partnern aufgeteilt werden. Nach Fertigstellung der neuen Verkehrsinfrastruktur ist auch an die gemeinsame Entwicklung von zwei oder drei Betriebsgebieten (mit Ertragsteilung) gedacht.

Kernstadt (neue Donauquerung, Seestadt Aspern) in einen gemeinsamen Kontext gesetzt und gegebenenfalls auch gemeinsam vermarktet werden.

Jedenfalls wird es sinnvoll sein, in den in Abschnitt 6 angeregten regionalen Leitplanungen zur konzentrierten Entwicklung vielversprechender stadtreionaler Zielgebiete stark (auch) auf kooperative Aktivitäten im Wirtschaftsbereich abzustellen, und die dabei vorgesehenen Bemühungen eines "aufsuchenden" Regionalmanagements zur Aktivierung potentieller kommunaler Akteure auch in diesem Bereich zu forcieren. Dies wird eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Landeswirtschaftsagenturen voraussetzen, aber auch gemeinsame Initiativen zwischen diesen und einem (aufgewerteten) Stadt-Umland-Management.

Schrittweise Institutionalisierung von Kooperationslösungen

Ein solches Vorgehen scheint gerade im Wirtschaftsbereich zwingend, weil hier (wie gezeigt) der Institutionalisierungsgrad stadtreionaler Kooperation im Vergleich zu Raumplanung oder Verkehrsbereich noch gering ist, und dessen Weiterentwicklung im Rahmen einer "großen" Lösung auch wegen der besonderen Herausforderungen für kooperative Lösungen in diesem Bereich (vgl. Abschnitt 9.1) zumindest kurzfristig kaum chancenreich erscheint⁹⁹⁾. Gerade im Bereich der ökonomischen Entwicklung dürfte daher ein stärker inkrementaler Ansatz zielführend sein, der eine schrittweise Verstärkung und Verstetigung von Kooperationsbeziehungen (und deren letztlich Institutionalisierung) auf Basis konkreter gemeinsamer Entwicklungsprojekte anstrebt.

Damit kommt den im Kontext des neuen Wiener Fachkonzepts "produktive Stadt" auch von der politischen Ebene angeregten regelmäßigen Treffen von Wiener Wirtschaftsagentur und Eco-plus einige Bedeutung zu¹⁰⁰⁾, in welchen versucht wird, Potentiale für kooperative Entwicklungen auszuloten und in konkrete Pilotprojekte überzuführen. Entsprechende Anstrengungen werden mit Nachdruck fortzusetzen, und die so gefundenen Projekte mit entsprechender Aufmerksamkeit umzusetzen sein – auch um jene Erfolgserlebnisse zu erzielen, welche für den

⁹⁹⁾ Als mögliche Lösung für existierende stadtreionale Konkurrenzbeziehungen wird hier im öffentlichen Diskurs immer wieder die Bildung einer gemeinsamen Standortagentur ins Spiel gebracht, welche die bisher drei Wirtschaftsagenturen in der Metropolregion ersetzen sollte. Als langfristige Vision ohne Zweifel bestechend, hat ein solches Vorhaben neben einer tragfähigen Übereinkunft zur Ertragssteuerteilung (welche machbar wäre) freilich auch einen klaren politischen Willen zur weitreichenden stadtreionalen Kooperation zur Voraussetzung – eine Bedingung, welche derzeit nicht erfüllt scheint. Wie das Beispiel der wenig geglückten Fusion der Planungsinstitutionen von Berlin und Brandenburg (als Überbleibsel der letztlich abgebrochenen Bemühungen zur Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes) lehrt, löst die Bildung einer gemeinsamen Institution das Konkurrenzproblem in einem solchen Fall nicht, weil die ihm zugrundeliegenden Interessensgegensätze ja bestehen bleiben. Die Arbeit dieser Institution wird dadurch erschwert (und belastet).

¹⁰⁰⁾ Das Fachkonzept "produktive Stadt" versucht erstmals, Betriebsflächen im Stadtraum verbindlich zu sichern, und damit der Verdrängung gewerblicher Nutzungen durch Wohnbauprojekte in der demographisch wachsenden Stadt entgegen zu wirken. Während in seinem Rahmen der Wiener Wirtschaftsagentur erstmals eine explizite Rolle in Umwidmungsverfahren (Stellungnahme) zugebilligt wurde, flossen stadtreionale Aspekte in das Konzept nur in der Datenanalyse ein. Zu einer auch inhaltlichen Zusammenarbeit der relevanten Akteure in Wien und Niederösterreich kam es im Zuge seiner Erstellung nicht, allerdings erteilte der Wiener Gemeinderat bei Beschlussfassung des Konzepts den Auftrag, Kooperationsmöglichkeiten mit den Umlandgemeinden in der Nutzung von Betriebsflächen auszuloten.

Aufbau eines stabilen Kooperationsklimas (und als Grundlage für eine mittelfristig stärkere Institutionalisierung der Zusammenarbeit) wichtig sind. Dabei werden solche Entwicklungspotentiale angesichts naturräumlicher Beschränkungen im Westen (Wienerwald) und Nordwesten (v. a. Biosphärenpark), aber auch der räumlichen Verortung der derzeit virulenten Infrastrukturentwicklungen wohl vor allem im (Nord-)Osten und (kleinteiliger) im Süden und Südosten des engeren Stadt-Umlands zu finden sein, auch die "Vienna Airport Region" bietet sich für gemeinsame Entwicklungsanstrengungen schon wegen organisatorischer Vorteile an¹⁰¹⁾.

Optimierung der Anreizstrukturen

Noch stärker als in anderen Bereichen wird erfolgreiche Zusammenarbeit in der stadtreionalen Wirtschaftsentwicklung eine Optimierung der Anreizstrukturen für Kooperation entlang der in Abschnitt 7 dargestellten Handlungslinien bedingen, ist doch gerade hier eine spieltheoretisch suboptimale Konstellation im Status Quo offensichtlich: Gerade im Bereich Betriebsansiedlung und Standortentwicklung sind die größten Erträge unstrittig bei gemeinsamem Vorgehen zu erzielen, weil in diesem Fall jedes Unternehmen (bei gemeinsamer Standortwerbung) am jeweils optimalen Standort angesiedelt werden kann. Obwohl dies alle Akteure wissen, kommt Zusammenarbeit bei gegebenen Regeln kaum zustande, weil – nicht zuletzt steuerliche – Anreize für alle handelnden Akteure existieren, eine Ansiedlung in jedem Fall auf "eigenem Territorium" zu verorten. Insgesamt führt dies zu geringeren Erträgen und einer Ansiedlung von Betrieben (auch) an für sie suboptimalen Standorten.

Lösung zu Sicherung der Anreizkompatibilität kooperativer Aktivitäten kann hier allein die seit 2005 bestehende Möglichkeit einer Teilung der Erträge aus interkommunalen Betriebsansiedlungen sein – mit innovativen Varianten etwa in Form einer Verwendung (von Teilen) dieser Erträge zur Dotierung eines gemeinsamen Fonds, aus welchem wiederum begleitende Maßnahmen der Standortentwicklung (wie die Erstellung von Entwicklungskonzepten, die Umsetzung von Umweltmaßnahmen oder Initiativen der gemeinsamen Standortvermarktung) finanziert werden können¹⁰²⁾. Eine praktikable Lösung zu dieser Frage wird daher Grundlage jeder erfolgreichen Wirtschaftskooperation auf stadtreionaler Ebene sein, wobei deren konkrete Ausgestaltung etwa in Hinblick auf die Intensität der Kooperation¹⁰³⁾, dem konkreten

¹⁰¹⁾ Als Vorteil ist hier zu werten, dass eine institutionelle Kooperationslösung mit dem Verein "Vienna Airport Region" bereits besteht, und eine tragfähige Lösung zur Ertragsteilung schon wegen der Eigentümerstruktur des Flughafens (mit Beteiligung der Bundesländer Wien und Niederösterreich) vergleichsweise einfach zu erzielen sein dürfte. Allerdings könnten vergangene Erfahrungen mit der Teilung von Steuererträgen aus den am Flughafen Beschäftigten bzw. der (Nicht-)Abgeltung von (negativen) externen Effekten die Kooperationsbereitschaft angrenzender Gemeinden belasten, auch sind die im weiteren Umfeld des Flughafens (vor allem in den 1970er und 1980er-Jahren) gewidmeten Betriebsgebiete verkehrlich nicht immer gut erschlossen.

¹⁰²⁾ Vgl. hier etwa das Finanzierungsmodell des Regionalverbands Urfahr-West (Abschnitt 7.2).

¹⁰³⁾ Möglichkeiten reichen hier von der gemeinsamen Vermarktung ansonsten getrennt ausgewiesener bzw. aufgeschlossener Flächen, über die gemeinsame Entwicklung eines Betriebsgebietes mit Beteiligung anderer Kommunen an Kosten und Erträgen, bis zur Etablierung eines "regionalen Gewerbeflächenpools", in welchen die beteiligten Gemeinden ihre (monetär bewerteten) Flächen einbringen und gemeinsam vermarkten – mit einer Teilung der Erträge nach dem jeweiligen Pool-Anteil (Krumm, 2008).

Betreibermodell¹⁰⁴) und nicht zuletzt dem konkreten Aufteilungsschlüssel der ansiedlungsbedingten Steuereinnahmen¹⁰⁵) durchaus konfliktrichtig sein kann. Notwendig scheint daher eine Prüfung potentiell anwendbarer Modelle auf ihre Tauglichkeit im Einzelfall, wofür konkrete Informations- und Beratungsangebote bzw. die Diffusion von "best-practices" durch die übergeordneten Ebene (etwa die Landeswirtschaftsagenturen) sinnvoll sein könnten.

Sollen Mechanismen der Ertragsteilung letztlich auch zur Stärkung der Tragfähigkeit von Kooperationen zwischen den Bundesländern beitragen – was etwa für die erfolgreiche Umsetzung eines gemeinsamen Flächenmanagements im Metropolraum notwendig sein wird – nimmt die Komplexität ihrer Implementierung noch dadurch zu, dass standortbezogene Steuererträge von Betriebsgebieten der Gemeinde- und nicht der Landesebene zufallen. Eine Einigung über die (anreizkompatible) Aufteilung solcher Erträge auf Bundesländerebene wird mit Ausnahme des Sonderfalls Wien (als Land und Gemeinde) damit auch Aushandlungsprozesse mit den jeweiligen Gemeinden erfordern. Sie könnten angesichts der hohen Zahl kommunaler Akteure in der Stadtregion schwer umzusetzen sein – weiteres Argument für ein Konzept der konzentrierten Entwicklung ausgewählter "Potentialgebiete" anhand regionaler Leitplanungen (Abschnitt 6.2).

Gemeinsames Flächenmanagement als mittelfristiges Ziel

Diese Schwierigkeit dürfte (mit) auch Grund dafür sein, dass Ansätze eines grenzüberschreitenden, stadtreionalen Flächenmanagements in der Metropolregion Wien – mit Ausnahme eines einschlägigen Informationsaustauschs im Rahmen der PGO – bislang fehlen. Ein solches wäre allerdings mittelfristig durchaus anzustreben, weil es in regionaler Perspektive ein stärker ausdifferenziertes Flächenangebot und damit ein besseres "Matching" mit den konkreten Bedarfen differenzierter Nachfrager ermöglichen, Vorteile in der überregionalen Vermarktung generiert, und eine optimalere Nutzung verfügbarer Flächen mit Potentialen zu Kosteneinsparungen (aus angepassten Infrastrukturen und Effizienzgewinnen in der Erschließung) verspricht. Eine geringere "Erpressbarkeit" durch wichtige Nachfrager und eine "Risikoausgleichsfunktion" kommen aus der Perspektive der einzelnen Gemeinde dazu.

Der Weg zu einem solchen gemeinsamen Flächenmanagement sollte jedenfalls über eine verstärkte Informationsgewinnung führen: Auch weil derzeit keine (gegenseitige) Einbindung in die Erstellung einschlägiger Fachkonzepte auf der Ebene der Bundesländer erfolgt, fehlen strukturierte (und ausreichend differenzierte) Daten zu (mobilisierbaren) Flächenreserven und

¹⁰⁴) Möglich ist hier die Geschäftsführung durch eine Gemeinde oder auch deren Teilung zwischen einer größeren (inhaltsliche Aufgaben) und kleineren Gemeinde (juristische Geschäftsführung). Oft wird aber auch die Gründung einer Betreibergesellschaft sinnvoll sein, welche wiederum als Zweckverband oder als privatwirtschaftliche Entwicklungsgesellschaft organisiert sein kann.

¹⁰⁵) In der Praxis besonders konfliktrichtig, wird dieses Problem in der Praxis oft überschätzt, weil Einnahmen aus der Kooperation zunächst mit deren Ausgaben gegengerechnet werden müssen, und diese wegen der zu erbringenden Vorleistungen (etwa Flächenankauf, Erschließung, Zinsbelastung) zunächst überwiegen. In der Praxis gängig sind Aufteilungen nach dem Flächenanteil oder dem Wert der eingebrachten Betriebsgebiete, aber auch nach dem Bevölkerungs- oder Beschäftigtenanteil der jeweiligen Gemeinde bzw. deren Anteil an den übrigen Steuereinnahmen. Auch eine gleichmäßige Teilung der Erträge ist denkbar.

aktuellen wie zu erwartenden Flächenbedarfen in der Stadtregion bzw. dem engere Stadt-Umland derzeit weitgehend¹⁰⁶). Ihre verstärkte Bereitstellung wird daher nicht zuletzt die Aufgabe eines verbesserten datenorientierten Monitorings auf der Ebene der Metropolregion sein (vgl. Abschnitt 6.2). Dies auch, weil solche Informationen wesentliche Grundlage für eine evidenzbasierte Infrastrukturbereitstellung sind, welche – vor allem in Hinblick auf die Sicherung der überregionalen Akzessibilität – auch unter neuen Produktionsbedingungen nichts an Bedeutung verloren hat¹⁰⁷).

Verstärkung des gemeinsamen Standortmarketings

Letztlich werden für sichtbare Erfolge kooperativer Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion auch Aktivitäten des Standortmarketings für diesen Raum zu verstärken sein. Hierzu ist mit der "Vienna Region Marketing" bereits eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion der drei Bundesländer der Ostregion und ihrer Wirtschaftsagenturen etabliert. Ihr scheint es freilich derzeit nur bedingt zu gelingen, die größeren Möglichkeiten einer gemeinsamen Vermarktung vollständig auszuschöpfen, und die Metropolregion als Marke sowohl am internationalen Standortmarkt als auch im Bewusstsein der regionalen Akteure mit entsprechender Nachhaltigkeit zu verankern.

Dies dürfte einerseits daran liegen, dass die Ressourcenausstattung stadtreionalen Marketings im Raum Wien im Vergleich zu vielen anderen (konkurrierenden) Metropolregionen in Europa als gering einzustufen ist. Eine Aufwertung der "Vienna Region" als Standortmarke scheint also nicht zuletzt eine Frage der verfügbaren Mittel (und des sich darin manifestierenden politischen Willens). Andererseits dürften in dieser nur beschränkten Durchschlagskraft kooperativen Marketings für die Metropolregion auch jene Defizite zum Ausdruck kommen, welche oben mit fehlenden erprobten Routinen in der Ertragsteilung, einer ausstehenden Übereinkunft in Richtung intraregionaler Standortspezialisierung, und der Absenz eines gemeinsamen Flächenmanagements (und damit eines attraktiveren Angebotsportefeuilles) bereits umrissen wurden. Tatsächlich scheint es in dieser Konstellation durchaus rational, die Arbeit der "Vienna Region Marketing" allein auf die übergeordnete Standortwerbung zu beschränken, und alle konkreteren Aktivitäten in Richtung Ansiedlung ihren jeweiligen Müttern zu überantworten. Nun ist ein solches "Meta-Marketing" eine wichtige Aufgabe. Eine solche Lösung gebiert aber erhebliche Anreize für die beteiligten Partner, eigenständige internationale Vermarktungsaktivitäten (nur) für

¹⁰⁶) Verfügbar sind allein Daten zum Angebot an (eigenen und Dritt-)Flächen am Markt, welche von den Wirtschaftsagenturen auch entsprechend aufbereitet und in Form elektronischer Plattformen diffundiert werden. Beispielhaft sei hier der Standort-Kompass der EcoPlus genannt, welcher hoch qualitative Informationen bietet.

¹⁰⁷) Vielmehr nimmt bei zunehmend (auch räumlich) fragmentierter Fertigung die Bedeutung hochrangiger Personenverkehrsinfrastrukturen (etwa Flughafen Wien, schnelle Bahnverbindungen) eher zu, weil die Arbeit in Netzwerken und die weiträumige Zusammenarbeit in unternehmerischen Entwicklungsprojekten face-to-face-Kontakte erfordert. Gleichzeitig verlieren überregionale (Güterverkehrs-)Verbindungen zu den angrenzenden Regionen der neuen Mitgliedstaaten als Grundlage grenzüberschreitender Arbeitsteilung nichts an Bedeutung, auch werden gemeinsame Investitionen in die Multi- bzw. Intermodalität in der Stadtregion (etwa Güterverkehrszentren) zunehmend wichtig, mit Problemlösungen nicht zuletzt an den Schnittstellen hochrangiger Verbindungen mit dem innerstädtischen öffentlichen Verkehr.

ihren Teil der Metropolregion parallel und in Konkurrenz aufzusetzen. Individuell rational, dürfte ein solches Neben- (bzw. auch Gegen-)einander internationaler Vermarktungsanstrengungen ein klares und eindeutiges Narrativ zur Attraktivität des Standortraums auf internationaler Ebene erschweren, von den damit verbundenen Parallelstrukturen und ihren Kosten (bei insgesamt geringer Dotierung) zu Schweigen. Eine zumindest mittelfristige Beseitigung der genannten Defizite könnte damit auch ein wesentlicher Schlüssel sein, um eine bessere Vermarktung des gemeinsamen Standortraums zu gewährleisten.

A Anhang

A.1 Berechnung der technologischen bzw. kognitiven Nähe ("Skill-Relatedness") zwischen Branchen

Der "Skill-Relatedness"-Index misst die kognitive bzw. technologische "Nähe" zwischen den Branchenpaaren i und j über die relative Größenordnung der Arbeitsmarktströme zwischen den beiden Branchen. Dabei wird angenommen, dass eine solche Nähe (bzw. "Skill-Relatedness") dann besteht, wenn die gemessenen Arbeitsplatzwechsel zwischen diesen Branchen größer sind als jene, welche bei rein zufälligen Jobwechseln zu erwarten gewesen wären.

In einem ersten Schritt ist daher diese Benchmark der zu erwartenden Arbeitskräftewechsel zwischen allen Branchenpaaren i und j zu berechnen. Bezeichnet F_{ij} die beobachtbaren Ströme zwischen den Branchen i und j (einseitig gerichtete Abgänge von i nach j), so ist $F_i = \sum_j F_{ij}$ die Summe aller beobachteten Abgänge der Branche i , $F_j = \sum_i F_{ij}$ die Summe aller betrachteten Zugänge in Branche j und F die Summe der Arbeitskräfteströme zwischen allen Branchenpaar-kombinationen i und j . Sind die Arbeitskräfteströme zwischen den Branchenpaaren i und j rein zufällig, so ist zu erwarten, dass ein Anteil von F_i/F aller Abgänge von der Branche i ausgeht, während ein Anteil F_j/F aller Zugänge auf die Branche j entfällt. Unter der Annahme rein zufälliger Branchenwechsel wird die Abgangswahrscheinlichkeit eines Beschäftigten der Branche i damit F_i/F , und die Zugangswahrscheinlichkeit, mit der ein Beschäftigter in Branche j wechselt, F_j/F sein. Bei vollständiger Zufälligkeit sind diese beiden Wahrscheinlichkeiten voneinander unabhängig.

Vor diesem Hintergrund kann die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Arbeitnehmer bzw. eine Arbeitnehmerin von Branche i nach Branche j wechselt, als Produkt der beiden Wahrscheinlichkeit $P(i \rightarrow j) = \frac{F_i}{F} * \frac{F_j}{F}$ berechnet werden. Da insgesamt F ArbeitnehmerInnen zwischen Branchen wechseln, ergibt sich für den erwarteten Arbeitskräftestrom von Branche i zu Branche j insgesamt eine Größenordnung von

$$\text{Gleichung A.1} \quad \hat{F}_{ij} = F * P(i \rightarrow j) = F * \frac{F_i}{F} * \frac{F_j}{F} = \frac{F_i F_j}{F}.$$

In Hinblick auf die kognitive "Nähe" bzw. "Skill-Relatedness" zweier Branchen kann nun angenommen werden, dass sie umso größer sein wird, je größer der Unterschied zwischen dem nach dieser Berechnung zu erwartenden Arbeitskräftestrom zwischen den Branchen i und j und dem zwischen diesem Branchenpaar tatsächlich beobachteten Arbeitskräftestrom ist. Daher wird der "Skill-Relatedness"-Indikator als Maß für die technologische bzw. kognitive Branchennähe als

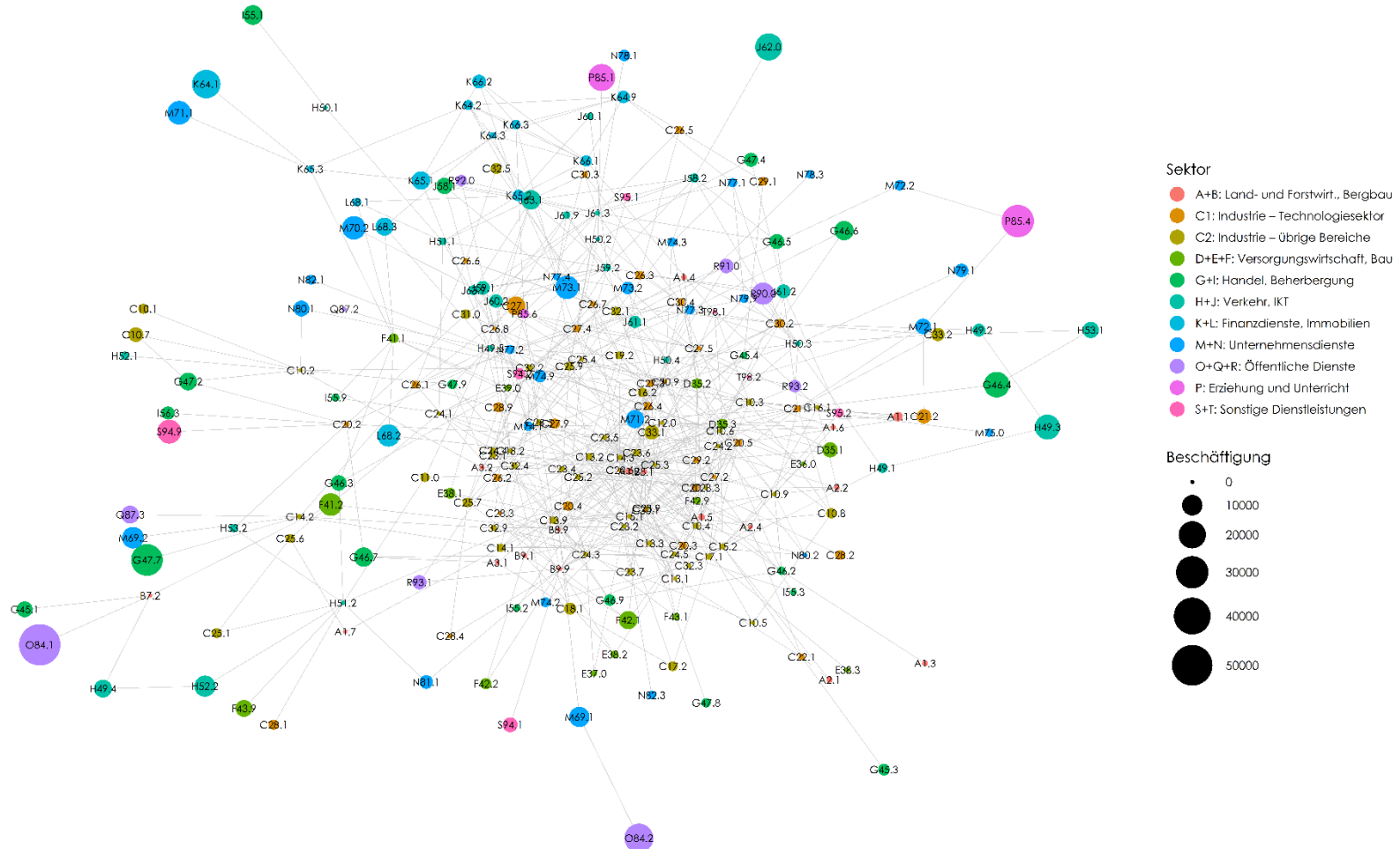
$$\text{Gleichung A.2} \quad SR_{ij} = \frac{F_{ij}}{\hat{F}_{ij}}$$

gebildet, wobei Branchenpaare mit einem Indexwert größer 1 als "skill-related" aufgefasst werden. Da der Indikator in dieser Form Werte zwischen 0 und unendlich annehmen kann und damit eine sehr rechtsschiefe Verteilung aufweist, wird er in den Berechnungen in der Form

Gleichung A.3 $SR_{ij}^* = \frac{SR_{ij}-1}{SR_{ij}+1}$

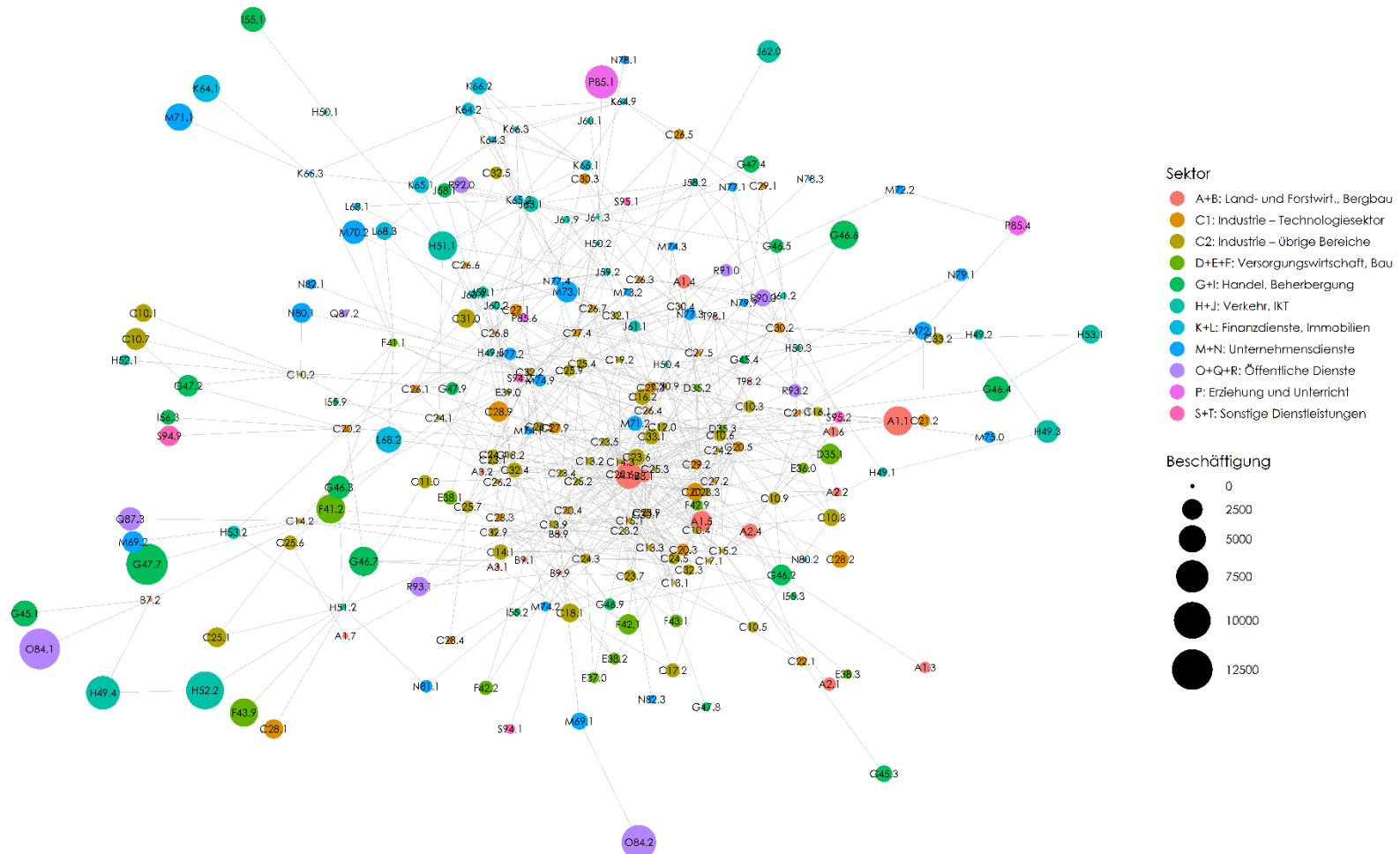
transformiert. Hier sind alle Branchenpaare mit einem positiven Indexwert als "skill-related" und alle Branchenpaare mit einem negativen Indexwert als unverbunden zu betrachten. Für nähere Erläuterungen vgl. etwa *Neffke et al. (2018)* bzw. *Otto et al. (2014)*.

Abbildung A.1: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Kernstadt Wien
Darstellung Branchengröße über die Anzahl der Beschäftigten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Abbildung A.2: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der übrigen Metropolregion
Darstellung Branchengröße über Anzahl der Beschäftigten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Übersicht A.1: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Metropolregion insgesamt

	Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
A1.1	Anbau einjährige Pflanzen	6.890	0,50	0,73	0,68	SW
A1.2	Anbau mehrjährige Pflanzen	5.044	0,36	1,09	0,75	
A1.3	Baumschulen/Pflanzenzucht	597	0,04	0,72	0,76	SW
A1.4	Tierhaltung	936	0,07	0,04	0,80	SW
A1.5	Gemischte Landwirtschaft	2.737	0,20	0,35	0,68	SW
A1.6	Erbr. landwirtschaftliche DL	439	0,03	0,51	0,73	SW
A1.7	Jagd	22	0,00	0,29	0,72	SW
A2.1	Forstwirtschaft	892	0,06	0,14	0,85	SW
A2.2	Holz einschlag	244	0,02	0,16	0,89	SW
A2.4	DL für Forstwirtschaft	1.126	0,08	0,48	0,77	SW
A3.1	Fischerei	4	0,00	0,21	0,77	SW
A3.2	Aquakultur	20	0,00	0,22	0,84	SW
B7.2	NE-Metallerzbergbau	0	0,00	0,00	1,01	
B8.1	Natursteine/Kies/Sand/Ton	768	0,06	0,47	0,76	SW
B8.9	Sonstiger Bergbau	2	0,00	0,00	1,08	
B9.1	DL f. Gew. Erdöl/Erdgas	33	0,00	2,83	1,01	
B9.9	DL f. sonstigen Bergbau	7	0,00	0,62	1,02	
C10.1	Fleischverarbeitung	3.102	0,22	0,55	0,74	SW
C10.2	Fischverarbeitung	0	0,00	0,00	0,96	
C10.3	Obst-/Gemüseverarbeitung	825	0,06	0,73	0,78	SW
C10.4	Hst. Öle und Fette	211	0,02	0,94	0,92	
C10.5	Milchverarbeitung	442	0,03	0,28	0,62	SW
C10.6	Mühlen	625	0,05	0,83	0,75	SW
C10.7	Hst. Back-/Teigwaren	7.195	0,52	0,74	0,93	
C10.8	Hst. Sonst. Nahrungsmittel	3.038	0,22	1,17	0,93	
C10.9	Hst. Futtermittel	655	0,05	0,88	0,81	SW
C11.0	Getränkherstellung	1.803	0,13	0,61	0,82	SW
C12.0	Tabakverarbeitung	270	0,02	2,55	1,00	
C13.1	Spinnerei	1	0,00	0,00	0,83	SW
C13.2	Weberei	399	0,03	0,48	0,84	SW
C13.3	Veredlung Textilien/Bekleidung	102	0,01	0,31	0,90	
C13.9	Hst. sonst. Textilwaren	495	0,04	0,28	0,70	SW
C14.1	Hst. Bekleidung	1.761	0,13	0,83	1,18	C
C14.2	Hst. Pelzwaren	55	0,00	1,65	1,01	
C14.3	Hst. Bekleidung aus Stoff	93	0,01	0,21	0,88	SW
C15.1	Hst. Leder(waren)	53	0,00	0,06	0,87	SW
C15.2	Hst. Schuhe	138	0,01	0,31	0,84	SW
C16.1	Sägewerke	248	0,02	0,07	0,70	SW
C16.2	Hst. Sonst. Holz-/Korbwaren	2.275	0,16	0,29	0,67	SW
C17.1	Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	180	0,01	0,07	0,81	SW
C17.2	Hst. Waren aus Papier/Pappe	2.186	0,16	0,81	0,79	SW
C18.1	Hst. Druckerzeugnisse	4.408	0,32	1,06	1,17	
C18.2	Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger	29	0,00	0,06	1,23	C
C19.2	Mineralölverarbeitung	536	0,04	2,72	0,95	
C20.1	Hst. chemische Grundstoffe/Düngemittel	2.025	0,15	0,94	0,76	
C20.2	Hst. Pflanzenschutzmittel	150	0,01	1,51	0,99	
C20.3	Hst. Farben	973	0,07	1,02	0,90	
C20.4	Hst. Wasch-/Körperpflegemittel	1.160	0,08	1,28	0,89	R
C20.5	Hst. sonst. chemische Erzeugnisse	761	0,05	0,90	0,83	SW
C20.6	Hst. Chemiefasern	0	0,00	0,00	0,88	SW
C21.1	Hst. pharmazeutische Grundstoffe	231	0,02	0,19	1,18	C
C21.2	Hst. pharmazeutische Erzeugnisse	4.589	0,33	1,83	1,09	
C22.1	Hst. Gummiwaren	449	0,03	0,62	0,66	SW
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	4.405	0,32	0,50	0,68	SW
C23.1	Hst. Glas(waren)	467	0,03	0,15	0,65	SW
C23.2	Hst. feuerfeste keramische Waren	21	0,00	0,07	0,87	SW
C23.3	Hst. keramische Baumaterialien	138	0,01	0,42	0,75	SW
C23.4	Hst. sonst. keramischen Erzeugnissen	131	0,01	0,25	0,71	SW
C23.5	Hst. Zement/Kalk/Gips	150	0,01	0,44	0,90	SW
C23.6	Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	1.834	0,13	0,49	0,80	SW
C23.7	Be-/Verarb. Natursteine.	880	0,06	0,73	0,78	SW
C23.9	Hst. Schleifmittel	166	0,01	0,14	0,80	SW

	Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
C24.1	Erzeugung Eisen/Stahl	17	0,00	0,00	0,77	SW
C24.2	Hst. Stahlrohre	24	0,00	0,02	0,79	SW
C24.3	Sonst. erste Bearb. Eisen/Stahl	312	0,02	0,30	0,81	SW
C24.4	Erz. NE-Metalle	539	0,04	0,27	0,70	SW
C24.5	Gießereien	580	0,04	0,31	0,65	SW
C25.1	Stahl-/Leichtmetallbau	3.522	0,25	0,45	0,62	SW
C25.2	Hst. Metalltanks/Heizkörper	133	0,01	0,14	0,77	SW
C25.3	Hst. Dampfkessel	7	0,00	0,07	0,85	SW
C25.4	Hst. Waffen/Munition	362	0,03	1,14	0,88	R
C25.5	Hst. Schmiede-/Stanzteile	433	0,03	0,22	0,66	SW
C25.6	Oberflächenveredlung/Mechanik a. n. g.	1.869	0,13	0,43	0,63	SW
C25.7	Hst. Werkzeuge/Beschläge	1.717	0,12	0,29	0,64	SW
C25.9	Hst. sonstige Metallwaren	1.223	0,09	0,46	0,61	SW
C26.1	Hst. elektronische Bauteile	668	0,05	0,25	1,09	
C26.2	Hst. Datenverarbeitungsgeräte	425	0,03	1,67	1,09	
C26.3	Hst. Telekommunikationstechnik	783	0,06	1,23	1,28	ST
C26.4	Hst. Unterhaltungselektronik	696	0,05	2,75	0,91	
C26.5	Hst. Messinstrumente/Uhren	868	0,06	0,46	1,02	
C26.6	Hst. elektromedizinische Geräte	101	0,01	0,15	1,15	C
C26.7	Hst. optische/fotographische Geräten	187	0,01	0,62	0,98	
C26.8	Hst. magnetische/optische Datenträger	0	0,00	0,00	1,11	C
C27.1	Hst. Elektromotoren/Generatoren	8.556	0,62	1,12	0,87	R
C27.2	Hst. Batterien	17	0,00	0,10	0,88	SW
C27.3	Hst. Kabel	692	0,05	0,61	0,82	SW
C27.4	Hst. Lampen/Leuchten	408	0,03	0,28	0,92	
C27.5	Hst. Haushaltsgeräte	51	0,00	0,04	0,87	SW
C27.9	Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	1.800	0,13	0,67	0,81	SW
C28.1	Hst. nicht wirtschaftszweigspez. Maschinen	3.538	0,25	0,78	0,75	SW
C28.2	Hst. sonstige Maschinen	2.699	0,19	0,35	0,75	SW
C28.3	Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	140	0,01	0,07	0,67	SW
C28.4	Hst. Werkzeugmaschinen	143	0,01	0,08	0,65	SW
C28.9	Hst. Maschinen f. sonst. WZweige	3.730	0,27	0,44	0,70	SW
C29.1	Hst. Kraftwagen(motoren)	845	0,06	0,18	1,14	C
C29.2	Hst. Karosserien/Anhänger	528	0,04	0,41	0,73	SW
C29.3	Hst. Kfz-Teile/Zubehör	2.805	0,20	0,76	0,74	SW
C30.1	Schiff-/Bootsbau	18	0,00	0,26	0,95	
C30.2	Schienenfahrzeugbau	1.170	0,08	1,31	0,90	
C30.3	Luft-/Raumfahrzeugbau	582	0,04	2,30	1,08	
C30.4	Hst. militärische Kampffahrzeuge	334	0,02	3,00	1,06	
C30.9	Hst. Fahrzeuge a. n. g.	5	0,00	0,01	0,80	SW
C31.0	Hst. Möbel	3.107	0,22	0,31	0,74	SW
C32.1	Hst. Münzen/Schmuck	858	0,06	1,49	1,04	
C32.2	Hst. Musikinstrumente	426	0,03	1,49	0,86	R
C32.3	Hst. Sportgeräte	443	0,03	0,39	0,79	SW
C32.4	Hst. Spielwaren	1.305	0,09	1,95	0,84	R
C32.5	Hst. Medizinische Apparate	2.369	0,17	0,83	0,95	
C32.9	Hst. Erzeugnisse a. n. g.	341	0,02	0,55	0,74	SW
C33.1	Reparatur Maschinen/Ausrüstungen	5.273	0,38	1,09	0,70	
C33.2	Installation Maschinen/Ausrüstungen	3.664	0,26	0,94	0,79	
D35.1	Elektrizitätsversorgung	7.194	0,52	0,97	1,10	
D35.2	Gasversorgung	1.489	0,11	1,53	0,81	R
D35.3	Wärme-/Kälteversorgung	1.516	0,11	1,45	0,93	
E36.0	Wasserversorgung	419	0,03	0,65	0,88	SW
E37.0	Abwasserentsorgung	566	0,04	0,50	0,91	
E38.1	Sammlung von Abfällen	2.565	0,18	0,91	0,77	
E38.2	Abfallbehandlung	1.002	0,07	1,01	0,85	
E38.3	Rückgewinnung	318	0,02	0,44	0,73	SW
E39.0	Sonstige Entsorgung	219	0,02	2,11	0,97	
F41.1	Erschließung Grundstücke	1.270	0,09	1,27	1,02	
F41.2	Bau Gebäude	18.670	1,35	0,85	0,77	SW
F42.1	Bau Straßen/Bahnstrecken	10.106	0,73	1,05	0,78	
F42.2	Leitungstiefbau/Kläranlagenbau	2.874	0,21	0,69	0,79	SW
F42.9	Sonstiger Tiefbau	973	0,07	1,55	0,87	R
F43.1	vorbereitende Baustellenarbeiten	1.053	0,08	0,31	0,84	SW

		Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. MR	SWOT
F43.2	Bauinstallation	25.244	1,82	0,94	0,84	
F43.3	Sonstiger Ausbau	16.804	1,21	0,80	0,76	SW
F43.9	Sonst. spezialisierte Bautätigkeiten	11.615	0,84	0,82	0,67	SW
G45.1	Handel mit Kraftwagen	9.704	0,70	0,84	1,02	
G45.2	Reparatur von Kraftwagen	11.353	0,82	1,04	0,86	
G45.3	Handel mit Kfz-Teilen/-zubehör	3.605	0,26	0,88	0,91	
G45.4	Handel mit Krafträdern	465	0,03	0,71	0,89	SW
G46.1	Handelsvermittlung	8.645	0,62	0,97	1,07	
G46.2	Großhandel landwirtschaftliche Produkte	3.302	0,24	0,62	0,80	SW
G46.3	Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	8.426	0,61	0,86	0,89	SW
G46.4	Großhandel Gebrauchs-/Verbrauchsgüter	21.448	1,55	1,54	1,08	
G46.5	Großhandel Informationstechnik	5.353	0,39	1,84	1,27	ST
G46.6	Großhandel sonstige Maschinen	14.101	1,02	1,20	0,86	R
G46.7	Sonstiger Großhandel	14.428	1,04	0,97	0,81	
G46.9	Großhandel ohne Schwerpunkt	2.445	0,18	1,40	1,00	
G47.1	Einzelhandel Waren versch. Art	28.083	2,02	0,87	0,94	
G47.2	Einzelhandel Nahrungs-/Genussmittel	9.809	0,71	1,20	0,90	
G47.3	Tankstellen	2.402	0,17	0,63	0,95	
G47.4	Einzelhandel Informationstechnik	5.258	0,38	1,17	1,29	ST
G47.5	Einzelhandel sonst. Haushaltsgeräte/Textilien	17.316	1,25	0,91	0,89	
G47.6	Einzelhandel Verlagsprodukte/Sport-/Spielwaren	6.583	0,47	0,95	1,11	
G47.7	Einzelhandel sonstige Güter	41.806	3,01	1,08	0,99	
G47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen	1.231	0,09	1,63	0,87	R
G47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	1.863	0,13	0,72	1,26	C
H49.1	Personenbeförderung Eisenbahn	1.580	0,11	1,33	1,03	
H49.2	Güterbeförderung Eisenbahn	3.240	0,23	1,10	1,16	
H49.3	Sonst. Personenbeförderung Landverkehr	19.631	1,41	1,18	1,09	
H49.4	Güterbeförderung Straßenverkehr	15.341	1,11	0,78	0,93	
H49.5	Transport in Rohrfernleitungen	311	0,02	2,14	1,15	ST
H50.1	Personenbeförderung Seeschifffahrt	2	0,00	1,00	0,69	
H50.2	Güterbeförderung Seeschifffahrt	3	0,00	1,50	1,25	ST
H50.3	Personenbeförderung Binnenschifffahrt	115	0,01	0,82	1,06	
H50.4	Güterbeförderung Binnenschifffahrt	146	0,01	2,58	1,02	
H51.1	Personenbeförderung Luftfahrt	6.272	0,45	2,50	1,12	ST
H51.2	Güterbeförderung Luftfahrt	46	0,00	2,82	0,99	
H52.1	Lügerei	1.119	0,08	2,01	0,96	
H52.2	Sonst. DL für	21.552	1,55	1,35	0,96	
H53.1	Postdienste Universalanbieter	7.522	0,54	1,05	1,27	
H53.2	Sonstige Post-/Kurierdienste	1.482	0,11	1,17	1,02	
I55.1	Hotels/Gasthöfe/Pensionen	12.999	0,94	0,51	1,08	
I55.2	Ferienunterkünfte	501	0,04	0,31	0,81	SW
I55.3	Campingplätze	203	0,01	0,63	0,92	
I55.9	Sonst. Beherbergungsstätten	547	0,04	0,59	0,97	
I56.1	Restaurants/Gaststätten	50.823	3,66	1,11	0,84	R
I56.2	Caterer/Verpflegungsdienste	6.103	0,44	1,55	1,02	
I56.3	Ausschank Getränke	4.142	0,30	1,01	1,02	
J58.1	Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	6.514	0,47	1,70	1,40	ST
J58.2	Verlegen von Software	1.062	0,08	1,64	1,42	ST
J59.1	Hst./Verleih/Vertrieb Filme/Kinos	3.926	0,28	1,78	1,52	ST
J59.2	Tonstudios/Musikverlage	573	0,04	1,62	1,37	ST
J60.1	Hörfunkveranstalter	333	0,02	1,22	1,46	ST
J60.2	Fernsehveranstalter	3.498	0,25	2,18	1,53	ST
J61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	2.963	0,21	1,39	1,20	ST
J61.2	Drahtlose Telekommunikation	3.534	0,25	2,68	1,25	ST
J61.3	Satellitentelekommunikation	21	0,00	3,00	1,22	ST
J61.9	Sonstige Telekommunikation	537	0,04	1,82	1,44	ST
J62.0	DL der Informationstechnologie	22.899	1,65	1,66	1,40	ST
J63.1	Datenverarbeitung/Hosting	9.963	0,72	1,70	1,48	ST
J63.9	Sonstige Informationsdienste	1.359	0,10	1,72	1,21	ST
K64.1	Kreditinstitute	27.178	1,96	1,12	1,39	ST
K64.2	Beteiligungsgesellschaften	2.073	0,15	1,17	1,29	ST
K64.3	Treuhand- und sonstige Fonds	259	0,02	1,60	1,23	ST
K64.9	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	2.875	0,21	2,39	1,25	ST
K65.1	Versicherungen	9.001	0,65	1,24	1,38	ST

	Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
K65.2	Rückversicherungen	2.420	0,17	1,38	1,38	ST
K65.3	Pensionskassen/-fonds	283	0,02	2,60	1,18	ST
K66.1	Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten	2.343	0,17	1,39	1,34	ST
K66.2	Mit Versicherungs-DL verb. Tätigkeiten	5.051	0,36	0,94	1,36	
K66.3	Fondsmanagement	1.033	0,07	2,53	1,28	ST
L68.1	Kauf/Verkauf Immobilien	865	0,06	1,72	0,97	
L68.2	Vermietung Immobilien	16.792	1,21	1,04	0,99	
L68.3	Vermittlung Immobilien	8.922	0,64	1,48	1,14	ST
M69.1	Rechtsberatung	11.365	0,82	1,47	1,38	ST
M69.2	Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	14.241	1,03	1,25	1,36	ST
M70.1	Verwaltung/Führung von Unternehmen	21.106	1,52	1,38	1,21	ST
M70.2	Unternehmensberatung	17.651	1,27	1,58	1,41	ST
M71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	19.272	1,39	1,07	1,08	
M71.2	Techn./physikal./chem. Untersuchung	8.348	0,60	2,02	1,14	ST
M72.1	F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwiss./Medizin	6.619	0,48	1,67	1,23	ST
M72.2	F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwiss.	1.775	0,13	1,65	1,31	ST
M73.1	Werbung	16.630	1,20	1,58	1,47	ST
M73.2	Markt-/Meinungsforschung	2.709	0,20	2,07	1,42	ST
M74.1	Ateliers f. Design	1.224	0,09	1,43	1,17	ST
M74.2	Fotografie/Fotolabors	1.454	0,10	1,16	1,17	ST
M74.3	Übersetzen/Dolmetschen	1.116	0,08	1,72	1,27	ST
M74.9	Sonst. freiberufl./wiss./techn. Tätigkeiten	3.217	0,23	1,44	1,34	ST
M75.0	Veterinärwesen	1.214	0,09	0,83	0,90	
N77.1	Vermietung Kraftwagen	1.184	0,09	1,41	1,26	ST
N77.2	Vermietung Gebrauchsgüter	1.592	0,11	1,07	0,97	
N77.3	Vermietung Maschinen/Geräte	1.697	0,12	1,04	0,88	
N77.4	Leasing	507	0,04	1,70	1,27	ST
N78.1	Vermittlung Arbeitskräfte	2.194	0,16	1,73	1,22	ST
N78.2	Befristete Überlassung Arbeitskräfte	36.160	2,61	1,32	0,64	R
N78.3	Sonstige Überlassung Arbeitskräfte	730	0,05	1,30	1,09	
N79.1	Reisebüros/-veranstalter	4.048	0,29	1,21	1,34	ST
N79.9	Sonstige Reservierungs-DL	1.049	0,08	0,76	1,31	C
N80.1	Wach-/Sicherheitsdienste	7.414	0,53	1,60	1,24	ST
N80.2	Sicherheitsdienste mit Überwachungssystemen	18	0,00	0,67	1,03	
N80.3	Detekteien	261	0,02	1,14	1,03	
N81.1	Hausmeisterdienste	4.006	0,29	1,28	1,08	
N81.2	Reinigung Gebäude/Straßen/Verkehrsmittel	28.409	2,05	1,49	1,01	
N81.3	Garten-/ Landschaftsbau, Gärtner	4.485	0,32	1,44	0,74	R
N82.1	Sekretariats-/Schreibdienste/Copy-Shops	1.588	0,11	1,71	1,23	ST
N82.2	Call Centers	3.409	0,25	1,99	1,19	ST
N82.3	Messe-/Ausstellungs-/Kongressveranstalter	944	0,07	1,25	1,13	ST
N82.9	Sonst. wirtschaftliche Dienste	4.710	0,34	1,72	1,31	ST
O84.1	Öffentliche Verwaltung	64.976	4,68	1,21	1,08	
O84.2	Öffentliche Sicherheit	31.840	2,29	1,36	1,31	ST
O84.3	Sozialversicherung	12.223	0,88	1,28	1,15	ST
P85.1	Kindergärten/Vorschulen	27.512	1,98	1,67	1,05	
P85.2	Grundschulen/Volksschulen	8.338	0,60	0,80	1,04	
P85.3	Weiterführende Schulen	38.225	2,75	0,81	1,18	C
P85.4	Tertiärer/post-sekundärer Unterricht	32.010	2,31	1,52	1,16	ST
P85.5	Sonstiger Unterricht	15.704	1,13	1,05	0,96	
P85.6	Dienstleistungen für den Unterricht	1.237	0,09	1,55	1,07	
Q86.1	Krankenhäuser	12.681	0,91	0,53	1,07	
Q86.2	Arzt-/Zahnarztpraxen	26.275	1,89	1,04	0,71	
Q86.9	Gesundheitswesen a. n. g.	11.224	0,81	0,92	0,84	
Q87.1	Pflegeheime	3.915	0,28	0,59	0,90	SW
Q87.2	Stationäre psychosoz. Betreuung	70	0,01	0,52	0,94	
Q87.3	Altenheime/Behindertenwohnheime	10.580	0,76	0,96	0,95	
Q87.9	Sonstige Heime	3.144	0,23	1,13	1,03	
Q88.1	Soz. Betreuung älterer Menschen/Behinderter	5.443	0,39	0,82	0,89	SW
Q88.9	Sonstiges Sozialwesen	22.387	1,61	0,95	1,07	
R90.0	Künstlerische/unterhaltende Tätigkeiten	13.701	0,99	1,83	1,18	ST
R91.0	Bibliotheken/Museen	4.705	0,34	1,50	1,18	ST
R92.0	Spiel-/Wett-/Lotteriewesen	3.261	0,23	1,49	0,98	
R93.1	Dienstleistungen des Sports	6.041	0,44	0,98	0,86	

	Beschäftigte	Anteil in %	LQ	LQ Rel. MR	SWOT	
R93.2	Sonst. DL d. Unterhaltung/Erholung	3.265	0,24	1,50	0,74	R
S94.1	Wirtschaftsverbände/Berufsorganisationen	4.559	0,33	1,38	1,06	
S94.2	Arbeitnehmervereinigungen	2.089	0,15	1,38	0,97	
S94.9	Kirchen/Parteien/sonst. Interessensvertr.	17.260	1,24	1,26	1,11	ST
S95.1	Reparatur DV-/Telekom-Geräte	723	0,05	2,09	1,12	ST
S95.2	Reparatur Gebrauchsgüter	1.461	0,11	1,26	0,95	
S96.0	Sonstige persönliche Dienstleistungen	28.597	2,06	1,08	0,68	
T97.0	Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00	0,00	0,83	SW
T98.1	Hst. von Waren durch private Haushalte	0	0,00	0,00	0,86	SW
T98.2	DL durch private Haushalte	0	0,00	0,00	1,04	
U99.0	Exterritoriale Organisationen	0	0,00	0,00	0,95	

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko.

Übersicht A.2: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Stadt Wien

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH	
A1.1	Anbau einjährige Pflanzen	999	0,10	0,15	0,54	1,02	SW	+	
A1.2	Anbau mehrjährige Pflanzen	268	0,03	0,08	0,66	0,96	SW	+	
A1.3	Baumschulen/Pflanzenzucht	122	0,01	0,21	0,58	1,18	SW	+	SW-C
A1.4	Tierhaltung	68	0,01	0,00	0,61	1,25	SW	+	SW-C
A1.5	Gemischte Landwirtschaft	209	0,02	0,04	0,55	1,01	SW	+	
A1.6	Erbr. landwirtschaftliche DL	35	0,00	0,06	0,60	1,05	SW	+	
A1.7	Jagd	2	0,00	0,04	0,32	1,70	SW	+	SW-C
A2.1	Forstwirtschaft	113	0,01	0,02	0,81	0,95	SW	+	
A2.2	Holzeinschlag	44	0,00	0,04	0,85	1,00	SW	+	
A2.4	DL für Forstwirtschaft	4	0,00	0,00	0,72	0,90	SW	+	
A3.1	Fischerei	1	0,00	0,08	0,74	0,85	SW	+	
A3.2	Aquakultur	13	0,00	0,20	0,82	0,90	SW	+	
B7.2	NE-Metallerzbergbau	0	0,00	0,00	1,02	0,99			
B8.1	Natursteine/Kies/Sand/Ton	85	0,01	0,07	0,63	1,08	SW	+	
B8.9	Sonstiger Bergbau	2	0,00	0,01	1,10	1,04			
B9.1	DL f. Gew. Erdöl/Erdgas	18	0,00	2,19	0,95	1,13		+	NA-ST
B9.9	DL f. sonstigen Bergbau	5	0,00	0,63	0,99	1,09		+	
C10.1	Fleischverarbeitung	1.338	0,14	0,34	0,62	1,02	SW	+	
C10.2	Fischverarbeitung	0	0,00	0,00	0,90	1,09		+	
C10.3	Obst-/Gemüseverarbeitung	226	0,02	0,29	0,64	1,13	SW	+	SW-C
C10.4	Hst. Öle und Fette	139	0,01	0,88	0,88	1,03	SW	+	
C10.5	Milchverarbeitung	6	0,00	0,01	0,48	0,95	SW	+	
C10.6	Mühlen	17	0,00	0,03	0,60	1,12	SW	+	SW-C
C10.7	Hst. Back-/Teigwaren	4.247	0,43	0,62	0,86	1,10	SW	+	SW-C
C10.8	Hst. Sonst. Nahrungsmittel	1.443	0,15	0,79	0,81	1,21	SW	+	SW-C
C10.9	Hst. Futtermittel	13	0,00	0,02	0,67	1,14	SW	+	SW-C
C11.0	Getränkeherstellung	996	0,10	0,48	0,66	1,21	SW	+	SW-C
C12.0	Tabakverarbeitung	1	0,00	0,01	0,99	1,02		+	
C13.1	Spinnerei	1	0,00	0,00	0,75	1,02	SW	+	
C13.2	Weberei	323	0,03	0,55	0,77	1,02	SW	+	
C13.3	Veredlung Textilien/Bekleidung	79	0,01	0,34	0,88	0,96	SW	+	
C13.9	Hst. sonst. Textilwaren	355	0,04	0,28	0,59	0,96	SW	+	
C14.1	Hst. Bekleidung	617	0,06	0,41	1,22	1,09	C		
C14.2	Hst. Pelzwaren	34	0,00	1,45	1,00	1,04		+	
C14.3	Hst. Bekleidung aus Stoff	78	0,01	0,25	0,81	1,07	SW	+	
C15.1	Hst. Leder(waren)	23	0,00	0,04	0,79	1,07	SW	+	
C15.2	Hst. Schuhe	130	0,01	0,41	0,77	1,01	SW	+	
C16.1	Sägewerke	16	0,00	0,01	0,55	1,04	SW	+	
C16.2	Hst. Sonst. Holz-/Korbwaren	945	0,10	0,17	0,52	1,00	SW	+	
C17.1	Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	176	0,02	0,09	0,69	1,11	SW	+	SW-C
C17.2	Hst. Waren aus Papier/Pappe	1.250	0,13	0,66	0,67	1,07	SW	+	
C18.1	Hst. Druckerzeugnisse	2.432	0,25	0,83	1,29	0,89	C		
C18.2	Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger	28	0,00	0,09	1,31	1,03	C		
C19.2	Mineralölverarbeitung	513	0,05	3,70	0,94	0,96		+	
C20.1	Hst. chemische	341	0,03	0,23	0,67	0,99	SW	+	
C20.2	Hst. Pflanzenschutzmittel	48	0,00	0,68	0,98	1,04		+	
C20.3	Hst. Farben	398	0,04	0,59	0,82	1,08	SW	+	
C20.4	Hst. Wasch-/Körperpflegemittel	1.040	0,11	1,63	0,81	1,08	R	+	
C20.5	Hst. sonst. chemische Erzeugnisse	334	0,03	0,56	0,78	0,95	SW	+	
C20.6	Hst. Chemiefasern	0	0,00	0,00	0,87	0,90	SW	+	
C21.1	Hst. pharmazeutische Grundstoffe	210	0,02	0,24	1,20	1,11	C		
C21.2	Hst. pharmazeutische Erzeugnisse	3.920	0,40	2,21	1,09	1,09		+	
C22.1	Hst. Gummiwaren	149	0,02	0,29	0,58	0,85	SW	+	
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	1.078	0,11	0,17	0,59	0,89	SW	+	
C23.1	Hst. Glas(waren)	145	0,01	0,07	0,52	0,96	SW	+	
C23.2	Hst. feuerfeste keramische Waren	21	0,00	0,10	0,84	0,93	SW	+	
C23.3	Hst. keramische Baumaterialien	1	0,00	0,00	0,59	1,11	SW	+	SW-C
C23.4	Hst. sonst. keramischen Erzeugnissen	88	0,01	0,24	0,58	1,01	SW	+	
C23.5	Hst. Zement/Kalk/Gips	33	0,00	0,14	0,81	1,10	SW	+	SW-C
C23.6	Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	347	0,04	0,13	0,67	1,13	SW	+	SW-C
C23.7	Be-/Verarb. Natursteine.	243	0,02	0,29	0,67	1,04	SW	+	

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH
C23.9 Hst. Schleifmittel	30	0,00	0,04	0,70	1,03	SW	+	
C24.1 Erzeugung Eisen/Stahl	3	0,00	0,00	0,60	1,19	SW	+	SW-C
C24.2 Hst. Stahlrohre	13	0,00	0,02	0,68	1,04	SW	+	
C24.3 Sonst. erste Bearb. Eisen/Stahl	26	0,00	0,04	0,72	1,02	SW	+	
C24.4 Erz. NE-Metalle	130	0,01	0,09	0,60	0,92	SW	+	
C24.5 Gießereien	48	0,00	0,04	0,54	0,90	SW	+	
C25.1 Stahl-/Leichtmetallbau	1.223	0,13	0,22	0,52	0,87	SW	+	
C25.2 Hst. Metalltanks/Heizkörper	85	0,01	0,13	0,66	1,05	SW	+	
C25.3 Hst. Dampfkessel	1	0,00	0,01	0,81	0,95	SW	+	
C25.4 Hst. Waffen/Munition	1	0,00	0,00	0,86	0,94	SW	+	
C25.5 Hst. Schmiede-/Stanzteile	127	0,01	0,09	0,58	0,86	SW	+	
C25.6 Oberflächenveredlung/Mechanik a.	869	0,09	0,28	0,52	0,90	SW	+	
C25.7 Hst. Werkzeuge/Beschläge	1.147	0,12	0,28	0,49	1,02	SW	+	
C25.9 Hst. sonstige Metallwaren	709	0,07	0,38	0,49	0,89	SW	+	
C26.1 Hst. elektronische Bauteile	484	0,05	0,26	1,17	0,90	C		
C26.2 Hst. Datenverarbeitungsgeräte	416	0,04	2,33	1,16	0,92	ST		
C26.3 Hst. Telekommunikationstechnik	720	0,07	1,61	1,42	0,93	ST		
C26.4 Hst. Unterhaltungselektronik	681	0,07	3,82	0,88	1,00	R	+	
C26.5 Hst. Messinstrumente/Uhren	494	0,05	0,37	1,06	0,92			
C26.6 Hst. elektromedizinische Geräte	84	0,01	0,18	1,28	0,86	C		
C26.7 Hst. optische/fotographische Geräten	102	0,01	0,48	0,97	0,98		+	
C26.8 Hst. magnetische/optische	0	0,00	0,00	1,20	0,89	C		
C27.1 Hst. Elektromotoren/Generatoren	7.915	0,81	1,47	0,81	1,01	R	+	
C27.2 Hst. Batterien	2	0,00	0,02	0,83	1,00	SW	+	
C27.3 Hst. Kabel	220	0,02	0,27	0,78	0,90	SW	+	
C27.4 Hst. Lampen/Leuchten	323	0,03	0,32	0,93	0,91			
C27.5 Hst. Haushaltsgeräte	35	0,00	0,04	0,83	0,96	SW	+	
C27.9 Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	1.284	0,13	0,68	0,80	0,84	SW	+	
C28.1 Hst. nicht wirtschaftszweigspez.	1.344	0,14	0,42	0,70	0,85	SW	+	
C28.2 Hst. sonstige Maschinen	1.109	0,11	0,21	0,67	0,96	SW	+	
C28.3 Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	0	0,00	0,00	0,57	0,90	SW	+	
C28.4 Hst. Werkzeugmaschinen	32	0,00	0,02	0,56	0,88	SW	+	
C28.9 Hst. Maschinen f. sonst. WZweige	1.260	0,13	0,21	0,63	0,85	SW	+	
C29.1 Hst. Kraftwagen(motoren)	809	0,08	0,24	1,23	0,93	C		
C29.2 Hst. Karosserien/Anhänger	113	0,01	0,12	0,64	0,94	SW	+	
C29.3 Hst. Kfz-Teile/Zubehör	1.956	0,20	0,75	0,69	0,86	SW	+	
C30.1 Schiff-/Bootsbau	4	0,00	0,08	0,92	1,04		+	
C30.2 Schienenfahrzeugbau	791	0,08	1,25	0,88	0,96	R	+	
C30.3 Luft-/Raumfahrzeugbau	159	0,02	0,89	1,02	1,23		+	NA-C
C30.4 Hst. militärische Kampffahrzeuge	334	0,03	4,27	1,08	1,03			
C30.9 Hst. Fahrzeuge a. n. g.	1	0,00	0,00	0,74	0,95	SW	+	
C31.0 Hst. Möbel	1.085	0,11	0,15	0,60	1,06	SW	+	
C32.1 Hst. Münzen/Schmuck	780	0,08	1,93	1,04	1,04		+	
C32.2 Hst. Musikinstrumente	261	0,03	1,29	0,84	0,90	R	+	
C32.3 Hst. Sportgeräte	18	0,00	0,02	0,75	0,89	SW	+	
C32.4 Hst. Spielwaren	194	0,02	0,41	0,72	1,11	SW	+	SW-C
C32.5 Hst. Medizinische Apparate	1.729	0,18	0,86	0,94	0,99		+	
C32.9 Hst. Erzeugnisse a. n. g.	151	0,02	0,35	0,63	0,99	SW	+	
C33.1 Reparatur Maschinen/Ausrüstungen	4.005	0,41	1,17	0,60	0,94	R	+	
C33.2 Installation Maschinen/Ausrüstungen	3.136	0,32	1,15	0,75	0,87	R	+	
D35.1 Elektrizitätsversorgung	4.581	0,47	0,88	1,18	0,90	C		
D35.2 Gasversorgung	1.409	0,14	2,06	0,74	0,99	R	+	
D35.3 Wärme-/Kälteversorgung	1.439	0,15	1,96	0,86	1,11	R	+	R-ST
E36.0 Wasserversorgung	8	0,00	0,02	0,87	0,90	SW	+	
E37.0 Abwasserentsorgung	138	0,01	0,17	0,92	0,91			
E38.1 Sammlung von Abfällen	1.650	0,17	0,84	0,60	1,17	SW	+	SW-C
E38.2 Abfallbehandlung	453	0,05	0,65	0,74	1,10	SW	+	
E38.3 Rückgewinnung	71	0,01	0,14	0,56	1,14	SW	+	SW-C
E39.0 Sonstige Entsorgung	218	0,02	2,98	0,91	1,10		+	NA-ST
F41.1 Erschließung Grundstücke	1.121	0,11	1,59	1,02	1,02			
F41.2 Bau Gebäude	12.869	1,32	0,83	0,68	0,99	SW	+	
F42.1 Bau Straßen/Bahnstrecken	7.627	0,78	1,13	0,62	1,15	R	+	R-ST
F42.2 Leitungstiefbau/Kläranlagenbau	1.886	0,19	0,65	0,70	1,01	SW	+	

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH
F42.9 Sonstiger Tiefbau	448	0,05	1,01	0,82	1,00		+	
F43.1 vorbereitende Baustellenarbeiten	336	0,03	0,14	0,71	1,14	SW	+	SW-C
F43.2 Bauinstallation	17.076	1,75	0,90	0,79	0,96		+	
F43.3 Sonstiger Ausbau	10.429	1,07	0,70	0,67	0,98	SW	+	
F43.9 Sonst. spezialisierte Bautätigkeiten	6.078	0,62	0,61	0,59	0,88	SW	+	
G45.1 Handel mit Kraftwagen	5.201	0,53	0,64	0,91	1,28		+	NA-C
G45.2 Reparatur von Kraftwagen	7.273	0,74	0,94	0,73	1,15		+	
G45.3 Handel mit Kfz-Teilen/-zubehör	2.134	0,22	0,74	0,81	1,14	SW	+	SW-C
G45.4 Handel mit Krafträdern	293	0,03	0,63	0,84	1,00	SW	+	
G46.1 Handelsvermittlung	5.524	0,57	0,88	1,07	1,07		+	
G46.2 Großhandel landwirtschaftliche	649	0,07	0,17	0,61	1,28	SW	+	SW-C
G46.3 Großhandel	4.925	0,50	0,71	0,67	1,41	SW	+	SW-C
G46.4 Großhandel Gebrauchs-	17.364	1,78	1,77	1,04	1,16		+	NA-ST
G46.5 Großhandel Informationstechnik	4.433	0,45	2,16	1,38	1,03	ST		
G46.6 Großhandel sonstige Maschinen	8.567	0,88	1,04	0,77	1,09		+	
G46.7 Sonstiger Großhandel	8.517	0,87	0,81	0,65	1,19	SW	+	SW-C
G46.9 Großhandel ohne Schwerpunkt	1.920	0,20	1,56	0,88	1,26	R	+	R-ST
G47.1 Einzelhandel Waren versch. Art	16.570	1,70	0,73	0,84	1,20	SW	+	SW-C
G47.2 Einzelhandel Nahrungs-/Genussmittel	6.941	0,71	1,21	0,74	1,28	R	+	R-ST
G47.3 Tankstellen	1.087	0,11	0,41	0,87	1,13	SW	+	SW-C
G47.4 Einzelhandel Informationstechnik	3.687	0,38	1,17	1,35	1,14	ST		
G47.5 Einzelhandel sonst.	8.993	0,92	0,67	0,79	1,12	SW	+	SW-C
G47.6 Einzelhandel Verlagsprodukte/Sport-	4.387	0,45	0,90	1,06	1,22		+	
G47.7 Einzelhandel sonstige Güter	28.738	2,94	1,05	0,87	1,27		+	
G47.8 Einzelhandel an Verkaufsständen	1.014	0,10	1,91	0,79	1,05	R	+	
G47.9 Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	1.148	0,12	0,63	1,31	1,14	C		
H49.1 Personenbeförderung Eisenbahn	1.316	0,13	1,58	1,01	1,06		+	
H49.2 Güterbeförderung Eisenbahn	2.862	0,29	1,38	1,18	1,10	ST		
H49.3 Sonst. Personenbeförderung	16.406	1,68	1,40	1,02	1,26		+	NA-ST
H49.4 Güterbeförderung Straßenverkehr	7.144	0,73	0,52	0,75	1,38	SW	+	SW-C
H49.5 Transport in Rohrfernleitungen	204	0,02	2,00	1,15	1,17	ST	+	
H50.1 Personenbeförderung Seeschifffahrt	1	0,00	0,71	0,47	1,21	SW	+	SW-C
H50.2 Güterbeförderung Seeschifffahrt	2	0,00	1,42	1,16	1,45	ST	+	
H50.3 Personenbeförderung	74	0,01	0,75	1,12	0,93	C		
H50.4 Güterbeförderung Binnenschifffahrt	145	0,01	3,64	1,00	1,08		+	
H51.1 Personenbeförderung Luftfahrt	433	0,04	0,25	1,20	0,93	C		
H51.2 Güterbeförderung Luftfahrt	4	0,00	0,35	0,88	1,25	SW	+	SW-C
H52.1 Lagerei	707	0,07	1,80	0,79	1,37	R	+	R-ST
H52.2 Sonst. DL für	10.888	1,11	0,97	0,77	1,41		+	
H53.1 Postdienste Universalanbieter	5.504	0,56	1,09	1,41	0,95			
H53.2 Sonstige Post-/Kurierdienste	710	0,07	0,79	0,88	1,33	SW	+	SW-C
I55.1 Hotels/Gasthöfe/Pensionen	8.995	0,92	0,50	1,14	0,96	C		
I55.2 Ferienunterkünfte	392	0,04	0,35	0,82	0,80	SW		
I55.3 Campingplätze	121	0,01	0,53	0,88	1,02	SW	+	
I55.9 Sonst. Beherbergungsstätten	508	0,05	0,78	1,01	0,85			
I56.1 Restaurants/Gaststätten	37.058	3,79	1,14	0,87	0,78	R		
I56.2 Caterer/Verpflegungsdienste	5.380	0,55	1,94	1,01	1,03		+	
I56.3 Ausschank Getränke	3.074	0,31	1,06	1,02	1,00			
J58.1 Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	5.562	0,57	2,06	1,58	0,98	ST		
J58.2 Verlegen von Software	933	0,10	2,04	1,63	0,92	ST		
J59.1 Hst./Verleih/Vertrieb Filme/Kinos	3.431	0,35	2,21	1,65	1,21	ST		
J59.2 Tonstudios/Musikverlage	465	0,05	1,87	1,48	1,11	ST		
J60.1 Hörfunkveranstalter	312	0,03	1,63	1,70	0,89	ST		
J60.2 Fernsehveranstalter	3.324	0,34	2,94	1,76	0,98	ST		
J61.1 Leitungsgebundene	2.494	0,26	1,66	1,35	0,84	ST		
J61.2 Drahtlose Telekommunikation	3.475	0,36	3,74	1,36	0,99	ST		
J61.3 Satellitentelekommunikation	21	0,00	4,27	1,26	1,11	ST		
J61.9 Sonstige Telekommunikation	443	0,05	2,14	1,63	0,98	ST		
J62.0 DL der Informationstechnologie	19.716	2,02	2,03	1,62	0,87	ST		
J63.1 Datenverarbeitung/Hosting	8.738	0,89	2,11	1,68	1,00	ST		
J63.9 Sonstige Informationsdienste	1.183	0,12	2,13	1,33	0,94	ST		
K64.1 Kreditinstitute	22.217	2,27	1,30	1,68	0,69	ST		
K64.2 Beteiligungsgesellschaften	1.285	0,13	1,03	1,43	0,94			

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH
K64.3 Treuhand- und sonstige Fonds	189	0,02	1,66	1,33	0,97	ST		
K64.9 Sonst. Finanzierungsinstitutionen	2.798	0,29	3,31	1,42	0,82	ST		
K65.1 Versicherungen	7.561	0,77	1,48	1,64	0,77	ST		
K65.2 Rückversicherungen	2.151	0,22	1,75	1,56	0,96	ST		
K65.3 Pensionskassen/-fonds	283	0,03	3,69	1,31	0,87	ST		
K66.1 Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten	1.901	0,19	1,60	1,50	0,94	ST		
K66.2 Mit Versicherungs-DL verb. Tätigkeiten	3.550	0,36	0,94	1,58	0,82			
K66.3 Fondsmanagement	1.025	0,10	3,57	1,45	0,88	ST		
L68.1 Kauf/Verkauf Immobilien	786	0,08	2,22	0,91	1,10		+	
L68.2 Vermietung Immobilien	12.438	1,27	1,09	1,01	0,92			
L68.3 Vermittlung Immobilien	7.230	0,74	1,70	1,24	0,91	ST		
M69.1 Rechtsberatung	9.831	1,01	1,81	1,52	1,06	ST		
M69.2 Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	11.411	1,17	1,43	1,53	0,94	ST		
M70.1 Verwaltung/Führung von	14.404	1,47	1,34	1,34	0,90	ST		
M70.2 Unternehmensberatung	14.066	1,44	1,78	1,63	0,89	ST		
M71.1 Architektur- und Ingenieurbüros	14.250	1,46	1,12	1,18	0,82	ST		
M71.2 Techn./physikal./chem. Untersuchung	7.283	0,75	2,50	1,22	0,96	ST		
M72.1 F&E Natur-/Ingenieur-	4.914	0,50	1,76	1,40	0,84	ST		
M72.2 F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwiss.	1.545	0,16	2,04	1,47	0,91	ST		
M73.1 Werbung	13.867	1,42	1,87	1,68	0,97	ST		
M73.2 Markt-/Meinungsforschung	2.609	0,27	2,83	1,60	0,98	ST		
M74.1 Ateliers f. Design	1.050	0,11	1,74	1,25	0,99	ST		
M74.2 Fotografie/Fotolabors	1.161	0,12	1,32	1,21	1,07	ST		
M74.3 Übersetzen/Dolmetschen	950	0,10	2,08	1,43	0,89	ST		
M74.9 Sonst. freiberufl./wiss./techn.	2.634	0,27	1,67	1,51	0,94	ST		
M75.0 Veterinärwesen	624	0,06	0,60	0,97	0,75			
N77.1 Vermietung Kraftwagen	934	0,10	1,58	1,29	1,20	ST		
N77.2 Vermietung Gebrauchsgüter	937	0,10	0,89	0,95	1,01		+	
N77.3 Vermietung Maschinen/Geräte	1.115	0,11	0,97	0,73	1,24		+	
N77.4 Leasing	288	0,03	1,37	1,39	1,00	ST		
N78.1 Vermittlung Arbeitskräfte	2.039	0,21	2,28	1,28	1,09	ST		
N78.2 Befristete Überlassung Arbeitskräfte	25.158	2,58	1,31	0,53	0,89	R	+	
N78.3 Sonstige Überlassung Arbeitskräfte	730	0,07	1,84	1,08	1,11		+	NA-ST
N79.1 Reisebüros/-veranstalter	3.328	0,34	1,41	1,46	1,05	ST		
N79.9 Sonstige Reservierungs-DL	879	0,09	0,90	1,46	0,97			
N80.1 Wach-/Sicherheitsdienste	5.044	0,52	1,55	1,33	1,04	ST		
N80.2 Sicherheitsdienste mit	17	0,00	0,90	1,03	1,05		+	
N80.3 Detekteien	156	0,02	0,97	1,03	1,02			
N81.1 Hausmeisterdienste	3.356	0,34	1,52	1,15	0,93	ST		
N81.2 Reinigung	25.179	2,58	1,87	1,07	0,88			
N81.3 Garten-/ Landschaftsbau, Gärtner	2.810	0,29	1,28	0,62	1,05	R	+	
N82.1 Sekretariats-/Schreibdienste/Copy-	1.248	0,13	1,91	1,30	1,04	ST		
N82.2 Call Centers	2.884	0,30	2,39	1,30	0,92	ST		
N82.3 Messe-/Ausstellungs-	766	0,08	1,44	1,22	0,93	ST		
N82.9 Sonst. wirtschaftliche Dienste	3.806	0,39	1,97	1,45	0,97	ST		
O84.1 Öffentliche Verwaltung	52.367	5,36	1,38	1,12	1,00	ST		
O84.2 Öffentliche Sicherheit	23.109	2,37	1,41	1,56	0,70	ST		
O84.3 Sozialversicherung	10.811	1,11	1,60	1,29	0,80	ST		
P85.1 Kindergärten/Vorschulen	19.557	2,00	1,69	1,14	0,83	ST		
P85.2 Grundschulen/Volksschulen	4.931	0,50	0,68	1,08	0,95			
P85.3 Weiterführende Schulen	24.761	2,53	0,74	1,33	0,83	C		
P85.4 Tertiärer/post-sekundärer Unterricht	29.801	3,05	2,01	1,27	0,90	ST		
P85.5 Sonstiger Unterricht	11.162	1,14	1,06	1,03	0,80			
P85.6 Dienstleistungen für den Unterricht	1.018	0,10	1,82	1,14	0,90	ST		
Q86.1 Krankenhäuser	8.347	0,85	0,50	1,17	0,82	C		
Q86.2 Arzt-/Zahnarztpraxen	18.615	1,91	1,04	0,69	0,74		+	
Q86.9 Gesundheitswesen a. n. g.	7.815	0,80	0,91	0,86	0,81			
Q87.1 Pflegeheime	2.187	0,22	0,47	0,94	0,81			
Q87.2 Stationäre psychosoz. Betreuung	1	0,00	0,01	0,97	0,85			
Q87.3 Altenheime/Behindertenwohnheime	7.071	0,72	0,91	1,02	0,79			
Q87.9 Sonstige Heime	2.243	0,23	1,14	1,07	0,95			
Q88.1 Soz. Betreuung älterer	4.644	0,48	0,99	0,90	0,87			
Q88.9 Sonstiges Sozialwesen	16.952	1,74	1,02	1,13	0,94			

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Wien	LQ Rel. übrige MR	SWOT	KOOP+	KOOPCH
R90.0 Künstlerische/unterhaltende	12.168	1,25	2,31	1,30	0,89	ST		
R91.0 Bibliotheken/Museen	4.047	0,41	1,84	1,28	0,94	ST		
R92.0 Spiel-/Wett-/Lotteriewesen	1.842	0,19	1,20	0,97	0,99		+	
R93.1 Dienstleistungen des Sports	3.836	0,39	0,88	0,87	0,84	SW		
R93.2 Sonst. DL d. Unterhaltung/Erholung	2.493	0,26	1,62	0,64	0,97	R	+	
S94.1 Wirtschaftsverbände/Berufsorganisati	4.239	0,43	1,83	1,17	0,83	ST		
S94.2 Arbeitnehmervereinigungen	1.835	0,19	1,72	0,99	0,92			
S94.9 Kirchen/Parteien/sonst.	14.703	1,51	1,52	1,20	0,89	ST		
S95.1 Reparatur DV-/Telekom-Geräte	599	0,06	2,46	1,08	1,20		+	NA-ST
S95.2 Reparatur Gebrauchsgüter	925	0,09	1,14	0,93	0,99		+	
S96.0 Sonstige persönliche Dienstleistungen	18.484	1,89	0,99	0,62	0,83		+	

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko; Spalte KOOP+: + = Branchengruppe profitiert von Kooperation; Spalte KOOPCH: Kooperation verändert SWOT-Profil, dabei R-ST = von Risiko zu Stärke, SW-C = von Schwäche zu Chance, NA-ST = von nicht ausgeprägt zu Stärke, NA-C = von nicht ausgeprägt zu Chance.

Übersicht A.3: SWOT-Analyse nach 3-Steller-Branchengruppen: Übrige Metropolregion

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
A1.1	Anbau einjährige Pflanzen	5.891	1,43	2,11	1,02	0,54		
A1.2	Anbau mehrjährige Pflanzen	4.776	1,16	3,47	0,96	0,66		
A1.3	Baumschulen/Pflanzenzucht	475	0,12	1,92	1,18	0,58	ST	
A1.4	Tierhaltung	868	0,21	0,12	1,25	0,61	C	
A1.5	Gemischte Landwirtschaft	2.528	0,62	1,08	1,01	0,55		
A1.6	Erbr. landwirtschaftliche DL	404	0,10	1,59	1,05	0,60		
A1.7	Jagd	20	0,00	0,89	1,70	0,32	C	
A2.1	Forstwirtschaft	779	0,19	0,40	0,95	0,81		
A2.2	Holzeinschlag	200	0,05	0,45	1,00	0,85		
A2.4	DL für Forstwirtschaft	1.122	0,27	1,63	0,90	0,72		
A3.1	Fischerei	3	0,00	0,54	0,85	0,74	SW	
A3.2	Aquakultur	7	0,00	0,26	0,90	0,82		
B7.2	NE-Metallerzbergbau	0	0,00	0,00	0,99	1,02		+
B8.1	Natursteine/Kies/Sand/Ton	683	0,17	1,40	1,08	0,63		
B8.9	Sonstiger Bergbau	0	0,00	0,00	1,04	1,10		+
B9.1	DL f. Gew. Erdöl/Erdgas	15	0,00	4,35	1,13	0,95	ST	
B9.9	DL f. sonstigen Bergbau	2	0,00	0,60	1,09	0,99		
C10.1	Fleischverarbeitung	1.764	0,43	1,06	1,02	0,62		
C10.2	Fischverarbeitung	0	0,00	0,00	1,09	0,90		
C10.3	Obst-/Gemüseverarbeitung	599	0,15	1,80	1,13	0,64	ST	
C10.4	Hst. Öle und Fette	72	0,02	1,09	1,03	0,88		
C10.5	Milchverarbeitung	436	0,11	0,94	0,95	0,48		
C10.6	Mühlen	608	0,15	2,71	1,12	0,60	ST	
C10.7	Hst. Back-/Teigwaren	2.948	0,72	1,03	1,10	0,86		
C10.8	Hst. Sonst. Nahrungsmittel	1.595	0,39	2,08	1,21	0,81	ST	
C10.9	Hst. Futtermittel	642	0,16	2,90	1,14	0,67	ST	
C11.0	Getränkeherstellung	807	0,20	0,92	1,21	0,66		
C12.0	Tabakverarbeitung	269	0,07	8,58	1,02	0,99		
C13.1	Spinnerei	0	0,00	0,00	1,02	0,75		
C13.2	Weberei	76	0,02	0,31	1,02	0,77		
C13.3	Veredlung Textilien/Bekleidung	23	0,01	0,24	0,96	0,88		
C13.9	Hst. sonst. Textilwaren	140	0,03	0,27	0,96	0,59		
C14.1	Hst. Bekleidung	1.144	0,28	1,83	1,09	1,22		+
C14.2	Hst. Pelzwaren	21	0,01	2,13	1,04	1,00		NA-ST
C14.3	Hst. Bekleidung aus Stoff	15	0,00	0,12	1,07	0,81		
C15.1	Hst. Leder(waren)	30	0,01	0,11	1,07	0,79		
C15.2	Hst. Schuhe	8	0,00	0,06	1,01	0,77		
C16.1	Sägewerke	232	0,06	0,21	1,04	0,55		
C16.2	Hst. Sonst. Holz-/Korbwaren	1.330	0,32	0,58	1,00	0,52		
C17.1	Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	4	0,00	0,00	1,11	0,69	C	
C17.2	Hst. Waren aus Papier/Pappe	936	0,23	1,18	1,07	0,67		
C18.1	Hst. Druckerzeugnisse	1.976	0,48	1,61	0,89	1,29	R	+
C18.2	Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger	1	0,00	0,01	1,03	1,31		+
C19.2	Mineralölverarbeitung	23	0,01	0,39	0,96	0,94		R-ST NA-C
C20.1	Hst. chemische	1.684	0,41	2,65	0,99	0,67		
C20.2	Hst. Pflanzenschutzmittel	102	0,02	3,46	1,04	0,98		
C20.3	Hst. Farben	575	0,14	2,03	1,08	0,82		
C20.4	Hst. Wasch-/Körperpflegemittel	120	0,03	0,45	1,08	0,81		
C20.5	Hst. sonst. chemische Erzeugnisse	427	0,10	1,71	0,95	0,78		
C20.6	Hst. Chemiefasern	0	0,00	0,00	0,90	0,87		
C21.1	Hst. pharmazeutische Grundstoffe	21	0,01	0,06	1,11	1,20	C	+
C21.2	Hst. pharmazeutische Erzeugnisse	669	0,16	0,90	1,09	1,09		
C22.1	Hst. Gummiwaren	300	0,07	1,39	0,85	0,58	R	
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	3.327	0,81	1,27	0,89	0,59	R	
C23.1	Hst. Glas(waren)	322	0,08	0,35	0,96	0,52		
C23.2	Hst. feuerfeste keramische Waren	0	0,00	0,00	0,93	0,84		
C23.3	Hst. keramische Baumaterialien	137	0,03	1,40	1,11	0,59	ST	
C23.4	Hst. sonst. keramischen Erzeugnissen	43	0,01	0,28	1,01	0,58		
C23.5	Hst. Zement/Kalk/Gips	117	0,03	1,16	1,10	0,81	ST	
C23.6	Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	1.487	0,36	1,34	1,13	0,67	ST	
C23.7	Be-/Verarb. Natursteine.	637	0,16	1,79	1,04	0,67		

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
C23.9 Hst. Schleifmittel	136	0,03	0,40	1,03	0,70			
C24.1 Erzeugung Eisen/Stahl	14	0,00	0,01	1,19	0,60	C		
C24.2 Hst. Stahlrohre	11	0,00	0,03	1,04	0,68			
C24.3 Sonst. erste Bearb. Eisen/Stahl	286	0,07	0,93	1,02	0,72			
C24.4 Erz. NE-Metalle	409	0,10	0,70	0,92	0,60			
C24.5 Gießereien	532	0,13	0,96	0,90	0,54			
C25.1 Stahl-/Leichtmetallbau	2.299	0,56	0,99	0,87	0,52			
C25.2 Hst. Metalltanks/Heizkörper	48	0,01	0,17	1,05	0,66			
C25.3 Hst. Dampfkessel	6	0,00	0,20	0,95	0,81			
C25.4 Hst. Waffen/Munition	361	0,09	3,83	0,94	0,86			
C25.5 Hst. Schmiede-/Stanzteile	306	0,07	0,52	0,86	0,58	SW		
C25.6 Oberflächenveredlung/Mechanik a.	1.000	0,24	0,78	0,90	0,52			
C25.7 Hst. Werkzeuge/Beschläge	570	0,14	0,33	1,02	0,49			
C25.9 Hst. sonstige Metallwaren	514	0,13	0,66	0,89	0,49	SW		
C26.1 Hst. elektronische Bauteile	184	0,04	0,23	0,90	1,17	SW	+	SW-C
C26.2 Hst. Datenverarbeitungsgeräte	9	0,00	0,12	0,92	1,16		+	NA-C
C26.3 Hst. Telekommunikationstechnik	63	0,02	0,33	0,93	1,42		+	NA-C
C26.4 Hst. Unterhaltungselektronik	15	0,00	0,20	1,00	0,88			
C26.5 Hst. Messinstrumente/Uhren	374	0,09	0,67	0,92	1,06		+	
C26.6 Hst. elektromedizinische Geräte	17	0,00	0,08	0,86	1,28	SW	+	SW-C
C26.7 Hst. optische/fotographische Geräten	85	0,02	0,95	0,98	0,97			
C26.8 Hst. magnetische/optische	0	0,00	0,00	0,89	1,20	SW	+	SW-C
C27.1 Hst. Elektromotoren/Generatoren	641	0,16	0,28	1,01	0,81			
C27.2 Hst. Batterien	15	0,00	0,31	1,00	0,83			
C27.3 Hst. Kabel	472	0,11	1,39	0,90	0,78			
C27.4 Hst. Lampen/Leuchten	85	0,02	0,20	0,91	0,93		+	
C27.5 Hst. Haushaltsgeräte	16	0,00	0,04	0,96	0,83			
C27.9 Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	516	0,13	0,65	0,84	0,80	SW		
C28.1 Hst. nicht wirtschaftszweigspez.	2.194	0,53	1,63	0,85	0,70	R		
C28.2 Hst. sonstige Maschinen	1.590	0,39	0,70	0,96	0,67			
C28.3 Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	140	0,03	0,25	0,90	0,57	SW		
C28.4 Hst. Werkzeugmaschinen	111	0,03	0,20	0,88	0,56	SW		
C28.9 Hst. Maschinen f. sonst. WiZweige	2.470	0,60	0,98	0,85	0,63			
C29.1 Hst. Kraftwagen(-motoren)	36	0,01	0,03	0,93	1,23		+	NA-C
C29.2 Hst. Karosserien/Anhänger	415	0,10	1,09	0,94	0,64			
C29.3 Hst. Kfz-Teile/Zubehör	849	0,21	0,78	0,86	0,69	SW		
C30.1 Schiff-/Bootsbau	14	0,00	0,68	1,04	0,92			
C30.2 Schienenfahrzeugbau	379	0,09	1,43	0,96	0,88			
C30.3 Luft-/Raumfahrzeugbau	423	0,10	5,65	1,23	1,02	ST		
C30.4 Hst. militärische Kampffahrzeuge	0	0,00	0,00	1,03	1,08		+	
C30.9 Hst. Fahrzeuge a. n. g.	4	0,00	0,03	0,95	0,74			
C31.0 Hst. Möbel	2.022	0,49	0,68	1,06	0,60			
C32.1 Hst. Münzen/Schmuck	78	0,02	0,46	1,04	1,04			
C32.2 Hst. Musikinstrumente	165	0,04	1,95	0,90	0,84			
C32.3 Hst. Sportgeräte	425	0,10	1,25	0,89	0,75	R		
C32.4 Hst. Spielwaren	1.111	0,27	5,61	1,11	0,72	ST		
C32.5 Hst. Medizinische Apparate	640	0,16	0,76	0,99	0,94			
C32.9 Hst. Erzeugnisse a. n. g.	190	0,05	1,04	0,99	0,63			
C33.1 Reparatur Maschinen/Ausrüstungen	1.268	0,31	0,88	0,94	0,60			
C33.2 Installation Maschinen/Ausrüstungen	528	0,13	0,46	0,87	0,75	SW		
D35.1 Elektrizitätsversorgung	2.613	0,64	1,19	0,90	1,18		+	NA-ST
D35.2 Gasversorgung	80	0,02	0,28	0,99	0,74			
D35.3 Wärme-/Kälteversorgung	77	0,02	0,25	1,11	0,86	C		
E36.0 Wasserversorgung	411	0,10	2,17	0,90	0,87	R		
E37.0 Abwasserentsorgung	428	0,10	1,27	0,91	0,92		+	
E38.1 Sammlung von Abfällen	915	0,22	1,10	1,17	0,60	ST		
E38.2 Abfallbehandlung	549	0,13	1,86	1,10	0,74			
E38.3 Rückgewinnung	247	0,06	1,15	1,14	0,56	ST		
E39.0 Sonstige Entsorgung	1	0,00	0,03	1,10	0,91	C		
F41.1 Erschließung Grundstücke	149	0,04	0,50	1,02	1,02		+	
F41.2 Bau Gebäude	5.801	1,41	0,89	0,99	0,68			
F42.1 Bau Straßen/Bahnstrecken	2.479	0,60	0,87	1,15	0,62	C		
F42.2 Leitungstiefbau/Kläranlagenbau	988	0,24	0,81	1,01	0,70			

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
F42.9 Sonstiger Tiefbau	525	0,13	2,82	1,00	0,82			
F43.1 vorbereitende Baustellenarbeiten	717	0,17	0,72	1,14	0,71	C		
F43.2 Bauinstallation	8.168	1,99	1,03	0,96	0,79			
F43.3 Sonstiger Ausbau	6.375	1,55	1,02	0,98	0,67			
F43.9 Sonst. spezialisierte Bautätigkeiten	5.537	1,35	1,32	0,88	0,59	R		
G45.1 Handel mit Kraftwagen	4.503	1,10	1,31	1,28	0,91	ST		
G45.2 Reparatur von Kraftwagen	4.080	0,99	1,26	1,15	0,73	ST		
G45.3 Handel mit Kfz-Teilen/-zubehör	1.471	0,36	1,21	1,14	0,81	ST		
G45.4 Handel mit Krafträdern	172	0,04	0,88	1,00	0,84			
G46.1 Handelsvermittlung	3.121	0,76	1,18	1,07	1,07			
G46.2 Großhandel landwirtschaftliche	2.653	0,65	1,68	1,28	0,61	ST		
G46.3 Großhandel	3.501	0,85	1,21	1,41	0,67	ST		
G46.4 Großhandel Gebrauchs-	4.084	0,99	0,99	1,16	1,04			
G46.5 Großhandel Informationstechnik	920	0,22	1,07	1,03	1,38		+	
G46.6 Großhandel sonstige Maschinen	5.534	1,35	1,59	1,09	0,77			
G46.7 Sonstiger Großhandel	5.911	1,44	1,34	1,19	0,65	ST		
G46.9 Großhandel ohne Schwerpunkt	525	0,13	1,01	1,26	0,88			
G47.1 Einzelhandel Waren versch. Art	11.513	2,80	1,21	1,20	0,84	ST		
G47.2 Einzelhandel Nahrungs-/Genussmittel	2.868	0,70	1,19	1,28	0,74	ST		
G47.3 Tankstellen	1.315	0,32	1,17	1,13	0,87	ST		
G47.4 Einzelhandel Informationstechnik	1.571	0,38	1,18	1,14	1,35	ST	+	
G47.5 Einzelhandel sonst.	8.323	2,03	1,48	1,12	0,79	ST		
G47.6 Einzelhandel Verlagsprodukte/Sport-	2.196	0,53	1,07	1,22	1,06			
G47.7 Einzelhandel sonstige Güter	13.068	3,18	1,14	1,27	0,87	ST		
G47.8 Einzelhandel an Verkaufsständen	217	0,05	0,97	1,05	0,79			
G47.9 Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	715	0,17	0,93	1,14	1,31		+	
H49.1 Personenbeförderung Eisenbahn	264	0,06	0,75	1,06	1,01			
H49.2 Güterbeförderung Eisenbahn	378	0,09	0,43	1,10	1,18		+	NA-C
H49.3 Sonst. Personenbeförderung	3.225	0,78	0,66	1,26	1,02	C		
H49.4 Güterbeförderung Straßenverkehr	8.197	1,99	1,41	1,38	0,75	ST		
H49.5 Transport in Rohrfernleitungen	107	0,03	2,49	1,17	1,15	ST		
H50.1 Personenbeförderung Seeschifffahrt	1	0,00	1,69	1,21	0,47	ST		
H50.2 Güterbeförderung Seeschifffahrt	1	0,00	1,69	1,45	1,16	ST		
H50.3 Personenbeförderung	41	0,01	0,99	0,93	1,12		+	
H50.4 Güterbeförderung Binnenschifffahrt	1	0,00	0,06	1,08	1,00			
H51.1 Personenbeförderung Luftfahrt	5.839	1,42	7,86	0,93	1,20		+	NA-ST
H51.2 Güterbeförderung Luftfahrt	42	0,01	8,69	1,25	0,88	ST		
H52.1 Lagerei	412	0,10	2,50	1,37	0,79	ST		
H52.2 Sonst. DL für	10.664	2,59	2,25	1,41	0,77	ST		
H53.1 Postdienste Universalanbieter	2.018	0,49	0,95	0,95	1,41		+	
H53.2 Sonstige Post-/Kurierdienste	772	0,19	2,05	1,33	0,88	ST		
I55.1 Hotels/Gasthöfe/Pensionen	4.004	0,97	0,53	0,96	1,14		+	NA-C
I55.2 Ferienunterkünfte	109	0,03	0,23	0,80	0,82	SW	+	
I55.3 Campingplätze	82	0,02	0,85	1,02	0,88			
I55.9 Sonst. Beherbergungsstätten	39	0,01	0,14	0,85	1,01	SW	+	
I56.1 Restaurants/Gaststätten	13.765	3,35	1,01	0,78	0,87		+	
I56.2 Caterer/Verpflegungsdienste	723	0,18	0,62	1,03	1,01			
I56.3 Ausschank Getränke	1.068	0,26	0,88	1,00	1,02		+	
J58.1 Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	952	0,23	0,84	0,98	1,58		+	NA-C
J58.2 Verlegen von Software	129	0,03	0,67	0,92	1,63		+	NA-C
J59.1 Hst./Verleih/Vertrieb Filme/Kinos	495	0,12	0,76	1,21	1,65	C	+	
J59.2 Tonstudios/Musikverlage	108	0,03	1,03	1,11	1,48		+	
J60.1 Hörfunkveranstalter	21	0,01	0,26	0,89	1,70	SW	+	SW-C
J60.2 Fernsehveranstalter	174	0,04	0,37	0,98	1,76		+	NA-C
J61.1 Leitungsgebundene	469	0,11	0,74	0,84	1,35	SW	+	SW-C
J61.2 Drahtlose Telekommunikation	59	0,01	0,15	0,99	1,36		+	NA-C
J61.3 Satellitentelekommunikation	0	0,00	0,00	1,11	1,26	C	+	
J61.9 Sonstige Telekommunikation	94	0,02	1,08	0,98	1,63		+	
J62.0 DL der Informationstechnologie	3.183	0,77	0,78	0,87	1,62	SW	+	SW-C
J63.1 Datenverarbeitung/Hosting	1.225	0,30	0,70	1,00	1,68		+	NA-C
J63.9 Sonstige Informationsdienste	176	0,04	0,75	0,94	1,33		+	NA-C
K64.1 Kreditinstitute	4.961	1,21	0,69	0,69	1,68	SW	+	SW-C
K64.2 Beteiligungsgesellschaften	788	0,19	1,50	0,94	1,43		+	NA-ST

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
K64.3 Treuhand- und sonstige Fonds	70	0,02	1,46	0,97	1,33		+	NA-ST
K64.9 Sonst. Finanzierungsinstitutionen	77	0,02	0,22	0,82	1,42	SW	+	SW-C
K65.1 Versicherungen	1.440	0,35	0,67	0,77	1,64	SW	+	SW-C
K65.2 Rückversicherungen	269	0,07	0,52	0,96	1,56		+	NA-C
K65.3 Pensionskassen/-fonds	0	0,00	0,00	0,87	1,31	SW	+	SW-C
K66.1 Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten	442	0,11	0,89	0,94	1,50		+	NA-C
K66.2 Mit Versicherungs-DL verb. Tätigkeiten	1.501	0,37	0,95	0,82	1,58		+	
K66.3 Fondsmanagement	8	0,00	0,07	0,88	1,45	SW	+	SW-C
L68.1 Kauf/Verkauf Immobilien	79	0,02	0,53	1,10	0,91			
L68.2 Vermietung Immobilien	4.354	1,06	0,91	0,92	1,01		+	
L68.3 Vermittlung Immobilien	1.692	0,41	0,95	0,91	1,24		+	
M69.1 Rechtsberatung	1.534	0,37	0,67	1,06	1,52		+	NA-C
M69.2 Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	2.830	0,69	0,84	0,94	1,53		+	NA-C
M70.1 Verwaltung/Führung von	6.702	1,63	1,48	0,90	1,34		+	NA-ST
M70.2 Unternehmensberatung	3.585	0,87	1,08	0,89	1,63		+	
M71.1 Architektur- und Ingenieurbüros	5.022	1,22	0,94	0,82	1,18		+	
M71.2 Techn./physikal./chem. Untersuchung	1.065	0,26	0,87	0,96	1,22		+	NA-C
M72.1 F&E Natur-/Ingenieur-	1.705	0,41	1,45	0,84	1,40	R	+	R-ST
M72.2 F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwiss.	230	0,06	0,72	0,91	1,47		+	NA-C
M73.1 Werbung	2.763	0,67	0,89	0,97	1,68		+	NA-C
M73.2 Markt-/Meinungsforschung	100	0,02	0,26	0,98	1,60		+	NA-C
M74.1 Ateliers f. Design	174	0,04	0,69	0,99	1,25		+	NA-C
M74.2 Fotografie/Fotolabors	293	0,07	0,79	1,07	1,21		+	NA-C
M74.3 Übersetzen/Dolmetschen	166	0,04	0,86	0,89	1,43	SW	+	SW-C
M74.9 Sonst. freiberufl./wiss./techn.	583	0,14	0,88	0,94	1,51		+	NA-C
M75.0 Veterinärwesen	590	0,14	1,36	0,75	0,97	R	+	
N77.1 Vermietung Kraftwagen	250	0,06	1,01	1,20	1,29		+	
N77.2 Vermietung Gebrauchsgüter	655	0,16	1,48	1,01	0,95			
N77.3 Vermietung Maschinen/Geräte	582	0,14	1,20	1,24	0,73	ST		
N77.4 Leasing	219	0,05	2,47	1,00	1,39		+	NA-ST
N78.1 Vermittlung Arbeitskräfte	155	0,04	0,41	1,09	1,28		+	NA-C
N78.2 Befristete Überlassung Arbeitskräfte	11.002	2,68	1,36	0,89	0,53	R		
N78.3 Sonstige Überlassung Arbeitskräfte	0	0,00	0,00	1,11	1,08	C		
N79.1 Reisebüros/-veranstalter	720	0,18	0,72	1,05	1,46		+	NA-C
N79.9 Sonstige Reservierungs-DL	170	0,04	0,41	0,97	1,46		+	NA-C
N80.1 Wach-/Sicherheitsdienste	2.370	0,58	1,73	1,04	1,33		+	NA-ST
N80.2 Sicherheitsdienste mit	1	0,00	0,13	1,05	1,03			
N80.3 Detekteien	105	0,03	1,55	1,02	1,03		+	
N81.1 Hausmeisterdienste	650	0,16	0,70	0,93	1,15		+	NA-C
N81.2 Reinigung	3.230	0,79	0,57	0,88	1,07	SW	+	
N81.3 Garten-/Landschaftsbau, Gärtner	1.675	0,41	1,82	1,05	0,62			
N82.1 Sekretariats-/Schreibdienste/Copy-	340	0,08	1,24	1,04	1,30		+	NA-ST
N82.2 Call Centers	525	0,13	1,04	0,92	1,30		+	
N82.3 Messe-/Ausstellungs-	178	0,04	0,80	0,93	1,22		+	NA-C
N82.9 Sonst. wirtschaftliche Dienste	904	0,22	1,11	0,97	1,45		+	NA-ST
O84.1 Öffentliche Verwaltung	12.609	3,07	0,79	1,00	1,12		+	NA-C
O84.2 Öffentliche Sicherheit	8.731	2,12	1,26	0,70	1,56	R	+	R-ST
O84.3 Sozialversicherung	1.412	0,34	0,50	0,80	1,29	SW	+	SW-C
P85.1 Kindergärten/Vorschulen	7.955	1,94	1,63	0,83	1,14	R	+	R-ST
P85.2 Grundschulen/Volksschulen	3.407	0,83	1,11	0,95	1,08		+	
P85.3 Weiterführende Schulen	13.464	3,28	0,96	0,83	1,33		+	
P85.4 Tertiärer/post-sekundärer Unterricht	2.209	0,54	0,35	0,90	1,27	SW	+	SW-C
P85.5 Sonstiger Unterricht	4.542	1,11	1,03	0,80	1,03		+	
P85.6 Dienstleistungen für den Unterricht	219	0,05	0,93	0,90	1,14		+	
Q86.1 Krankenhäuser	4.334	1,05	0,62	0,82	1,17	SW	+	SW-C
Q86.2 Arzt-/Zahnarztpraxen	7.660	1,86	1,02	0,74	0,69			
Q86.9 Gesundheitswesen a. n. g.	3.409	0,83	0,95	0,81	0,86		+	
Q87.1 Pflegeheime	1.728	0,42	0,88	0,81	0,94	SW	+	
Q87.2 Stationäre psychosoz. Betreuung	69	0,02	1,72	0,85	0,97	R	+	
Q87.3 Altenheime/Behindertenwohnheime	3.509	0,85	1,07	0,79	1,02		+	
Q87.9 Sonstige Heime	901	0,22	1,09	0,95	1,07		+	
Q88.1 Soz. Betreuung älterer	799	0,19	0,40	0,87	0,90	SW	+	
Q88.9 Sonstiges Sozialwesen	5.435	1,32	0,78	0,94	1,13		+	NA-C

	Beschäftigte 2011	Anteil in %	LQ	LQ Rel. Übrige MR	LQ Rel. Wien	SWOT	KOOP+	KOOPCH
R90.0 Künstlerische/unterhaltende	1.533	0,37	0,69	0,89	1,30	SW	+	SW-C
R91.0 Bibliotheken/Museen	658	0,16	0,71	0,94	1,28		+	NA-C
R92.0 Spiel-/Wett-/Lotteriewesen	1.419	0,35	2,19	0,99	0,97			
R93.1 Dienstleistungen des Sports	2.205	0,54	1,21	0,84	0,87	R	+	
R93.2 Sonst. DL d. Unterhaltung/Erholung	772	0,19	1,19	0,97	0,64			
S94.1 Wirtschaftsverbände/Berufsorganisati	320	0,08	0,33	0,83	1,17	SW	+	SW-C
S94.2 Arbeitnehmervereinigungen	254	0,06	0,57	0,92	0,99		+	
S94.9 Kirchen/Parteien/sonst.	2.557	0,62	0,63	0,89	1,20	SW	+	SW-C
S95.1 Reparatur DV-/Telekom-Geräte	124	0,03	1,21	1,20	1,08	ST		
S95.2 Reparatur Gebrauchsgüter	536	0,13	1,57	0,99	0,93			
S96.0 Sonstige persönliche Dienstleistungen	10.113	2,46	1,29	0,83	0,62	R		

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko; Spalte KOOP+: + = Branchengruppe profitiert von Kooperation; Spalte KOOPCH: Kooperation verändert SWOT-Profil, dabei R-ST = von Risiko zu Stärke, SW-C = von Schwäche zu Chance, NA-ST = von nicht ausgeprägt zu Stärke, NA-C = von nicht ausgeprägt zu Chance.

Übersicht A.4: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Stadt Wien

	LQ	LQ Rel Wien	SWOT
C26.2 Hst. Datenverarbeitungsgeräte	2,33	1,16	ST
C26.3 Hst. Telekommunikationstechnik	1,61	1,42	ST
G46.5 Großhandel Informationstechnik	2,16	1,38	ST
H49.5 Transport in Rohrfernleitungen	2,00	1,15	ST
H50.2 Güterbeförderung Seeschifffahrt	1,42	1,16	ST
J58.1 Verlegen von Büchern/sonst. Verlage	2,06	1,58	ST
J58.2 Verlegen von Software	2,04	1,63	ST
J59.2 Tonstudios/Musikverlage	1,87	1,48	ST
J61.2 Drahtlose Telekommunikation	3,74	1,36	ST
J61.3 Satellitentelekommunikation	4,27	1,26	ST
J61.9 Sonstige Telekommunikation	2,14	1,63	ST
J62.0 DL der Informationstechnologie	2,03	1,62	ST
J63.1 Datenverarbeitung/Hosting	2,11	1,68	ST
K64.1 Kreditinstitute	1,30	1,68	ST
K64.3 Treuhand- und sonstige Fonds	1,66	1,33	ST
K64.9 Sonst. Finanzierungsinstitutionen	3,31	1,42	ST
K65.1 Versicherungen	1,48	1,64	ST
K65.2 Rückversicherungen	1,75	1,56	ST
K66.1 Mit Finanz-DL verbundene Tätigkeiten	1,60	1,50	ST
K66.3 Fondsmanagement	3,57	1,45	ST
M69.1 Rechtsberatung	1,81	1,52	ST
M69.2 Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung	1,43	1,53	ST
M70.2 Unternehmensberatung	1,78	1,63	ST
M71.1 Architektur- und Ingenieurbüros	1,12	1,18	ST
M72.1 F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwiss./Medizin	1,76	1,40	ST
M72.2 F&E Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwiss.	2,04	1,47	ST
M73.1 Werbung	1,87	1,68	ST
M73.2 Markt-/Meinungsforschung	2,83	1,60	ST
M74.1 Ateliers f. Design	1,74	1,25	ST
N77.1 Vermietung Kraftwagen	1,58	1,29	ST
N77.4 Leasing	1,37	1,39	ST
B8.1 Natursteine/Kies/Sand/Ton	0,07	0,63	SW
C10.1 Fleischverarbeitung	0,34	0,62	SW
C10.3 Obst-/Gemüseverarbeitung	0,29	0,64	SW
C10.4 Hst. Öle und Fette	0,88	0,88	SW
C10.5 Milchverarbeitung	0,01	0,48	SW
C10.6 Mühlen	0,03	0,60	SW
C10.7 Hst. Back-/Teigwaren	0,62	0,86	SW
C10.8 Hst. Sonst. Nahrungsmittel	0,79	0,81	SW
C10.9 Hst. Futtermittel	0,02	0,67	SW
C11.0 Getränkeherstellung	0,48	0,66	SW
C13.1 Spinnerei	0,00	0,75	SW
C13.2 Weberei	0,55	0,77	SW
C13.3 Veredlung Textilien/Bekleidung	0,34	0,88	SW
C13.9 Hst. sonst. Textilwaren	0,28	0,59	SW
C14.3 Hst. Bekleidung aus Stoff	0,25	0,81	SW
C15.1 Hst. Leder(waren)	0,04	0,79	SW
C15.2 Hst. Schuhe	0,41	0,77	SW
C16.1 Sägewerke	0,01	0,55	SW
C16.2 Hst. Sonst. Holz-/Korbwaren	0,17	0,52	SW
C17.1 Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	0,09	0,69	SW
C17.2 Hst. Waren aus Papier/Pappe	0,66	0,67	SW
C20.1 Hst. chemische Grundstoffe/Düngemittel	0,23	0,67	SW
C20.3 Hst. Farben	0,59	0,82	SW
C20.5 Hst. sonst. chemische Erzeugnisse	0,56	0,78	SW
C20.6 Hst. Chemiefasern	0,00	0,87	SW
C22.1 Hst. Gummiwaren	0,29	0,58	SW
C22.2 Hst. Kunststoffwaren	0,17	0,59	SW

	LQ	LQ Rel Wien	SWOT
C23.1 Hst. Glas(waren)	0,07	0,52	SW
C23.2 Hst. feuerfeste keramische Waren	0,10	0,84	SW
C23.3 Hst. keramische Baumaterialien	0,00	0,59	SW
C23.4 Hst. sonst. keramischen Erzeugnissen	0,24	0,58	SW
C23.5 Hst. Zement/Kalk/Gips	0,14	0,81	SW
C23.6 Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	0,13	0,67	SW
C23.7 Be-/Verarb. Natursteine.	0,29	0,67	SW
C23.9 Hst. Schleifmittel	0,04	0,70	SW
C24.1 Erzeugung Eisen/Stahl	0,00	0,60	SW
C24.2 Hst. Stahlrohre	0,02	0,68	SW
C24.3 Sonst. erste Bearb. Eisen/Stahl	0,04	0,72	SW
C24.4 Erz. NE-Metalle	0,09	0,60	SW
C24.5 Gießereien	0,04	0,54	SW
C25.1 Stahl-/Leichtmetallbau	0,22	0,52	SW
C25.2 Hst. Metalltanks/Heizkörper	0,13	0,66	SW
C25.3 Hst. Dampfkessel	0,01	0,81	SW
C25.4 Hst. Waffen/Munition	0,00	0,86	SW
C25.5 Hst. Schmiede-/Stanzteile	0,09	0,58	SW
C25.6 Oberflächenveredlung/Mechanik a. n. g.	0,28	0,52	SW
C25.7 Hst. Werkzeuge/Beschläge	0,28	0,49	SW
C25.9 Hst. sonstige Metallwaren	0,38	0,49	SW
C27.2 Hst. Batterien	0,02	0,83	SW
C27.3 Hst. Kabel	0,27	0,78	SW
C27.5 Hst. Haushaltsgeräte	0,04	0,83	SW
C27.9 Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	0,68	0,80	SW
C28.1 Hst. nicht wirtschaftszweigspez. Maschinen	0,42	0,70	SW
C28.2 Hst. sonstige Maschinen	0,21	0,67	SW
C28.3 Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	0,00	0,57	SW
C28.4 Hst. Werkzeugmaschinen	0,02	0,56	SW
C28.9 Hst. Maschinen f. sonst. WiZweige	0,21	0,63	SW
C29.2 Hst. Karosserien/Anhänger	0,12	0,64	SW
C29.3 Hst. Kfz-Teile/Zubehör	0,75	0,69	SW
C30.9 Hst. Fahrzeuge a. n. g.	0,00	0,74	SW
C31.0 Hst. Möbel	0,15	0,60	SW
C32.3 Hst. Sportgeräte	0,02	0,75	SW
C32.4 Hst. Spielwaren	0,41	0,72	SW
C32.9 Hst. Erzeugnisse a. n. g.	0,35	0,63	SW
G46.2 Großhandel landwirtschaftliche Produkte	0,17	0,61	SW
G46.3 Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	0,71	0,67	SW
G46.7 Sonstiger Großhandel	0,81	0,65	SW
H49.4 Güterbeförderung Straßenverkehr	0,52	0,75	SW
H50.1 Personenbeförderung Seeschifffahrt	0,71	0,47	SW
H51.2 Güterbeförderung Luftfahrt	0,35	0,88	SW
C14.1 Hst. Bekleidung	0,41	1,22	C
C18.1 Hst. Druckerzeugnisse	0,83	1,29	C
C18.2 Vervielf. Ton-/Bild-/Datenträger	0,09	1,31	C
C21.1 Hst. pharmazeutische Grundstoffe	0,24	1,20	C
C26.1 Hst. elektronische Bauteile	0,26	1,17	C
C26.6 Hst. elektromedizinische Geräte	0,18	1,28	C
C26.8 Hst. magnetische/optische Datenträger	0,00	1,20	C
C29.1 Hst. Kraftwagen(motoren)	0,24	1,23	C
D35.1 Elektrizitätsversorgung	0,88	1,18	C
G47.9 Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	0,63	1,31	C
H50.3 Personenbeförderung Binnenschifffahrt	0,75	1,12	C
H51.1 Personenbeförderung Luftfahrt	0,25	1,20	C
C20.4 Hst. Wasch-/Körperpflegemittel	1,63	0,81	R
C26.4 Hst. Unterhaltungselektronik	3,82	0,88	R
C27.1 Hst. Elektromotoren/Generatoren	1,47	0,81	R
C30.2 Schienenfahrzeugbau	1,25	0,88	R
C32.2 Hst. Musikinstrumente	1,29	0,84	R
C33.1 Reparatur Maschinen/Ausrüstungen	1,17	0,60	R

	LQ	LQ Rel Wien	SWOT
C33.2 Installation Maschinen/Ausrüstungen	1,15	0,75	R
D35.2 Gasversorgung	2,06	0,74	R
D35.3 Wärme-/Kälteversorgung	1,96	0,86	R
G46.9 Großhandel ohne Schwerpunkt	1,56	0,88	R

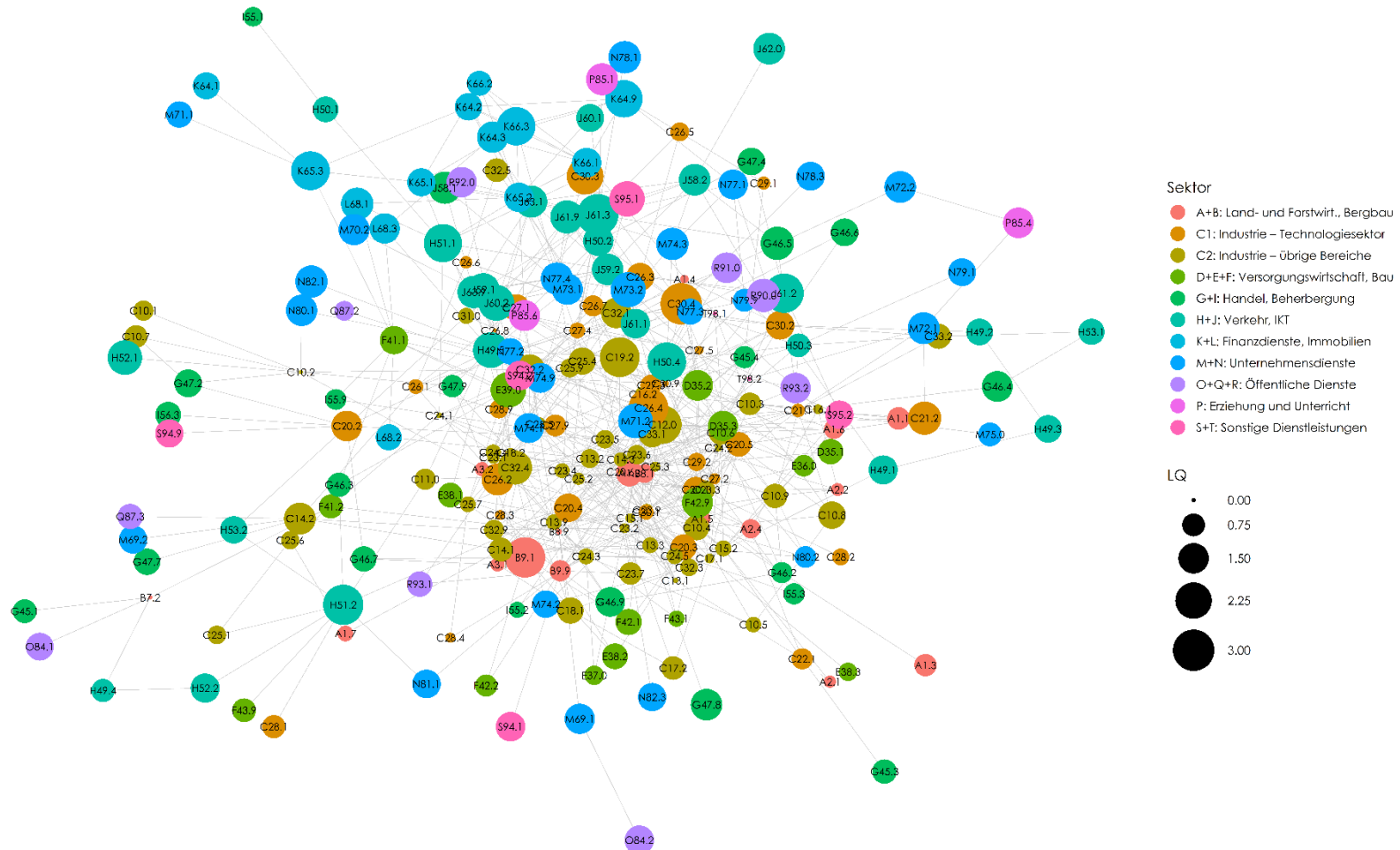
Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbegriffsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko.

Übersicht A.5: SWOT-Analyse handelbarer Branchengruppen: Übrige Metropolregion

		LQ	LQ Rel. übrige Metropolregion	SWOT
B9.1	DL f. Gew. Erdöl/Erdgas	4,35	1,13	ST
C10.3	Obst-/Gemüseverarbeitung	1,80	1,13	ST
C10.6	Mühlen	2,71	1,12	ST
C10.8	Hst. Sonst. Nahrungsmittel	2,08	1,21	ST
C10.9	Hst. Futtermittel	2,90	1,14	ST
C23.3	Hst. keramische Baumaterialien	1,40	1,11	ST
C23.5	Hst. Zement/Kalk/Gips	1,16	1,10	ST
C23.6	Hst. Erzeugnisse aus Beton/Zement	1,34	1,13	ST
C30.3	Luft-/Raumfahrzeugbau	5,65	1,23	ST
C32.4	Hst. Spielwaren	5,61	1,11	ST
G46.2	Großhandel landwirtschaftliche Produkte	1,68	1,28	ST
G46.3	Großhandel Nahrungsmittel/Getränke	1,21	1,41	ST
G46.7	Sonstiger Großhandel	1,34	1,19	ST
H49.4	Güterbeförderung Straßenverkehr	1,41	1,38	ST
H49.5	Transport in Rohrfernleitungen	2,49	1,17	ST
H50.1	Personenbeförderung Seeschifffahrt	1,69	1,21	ST
H50.2	Güterbeförderung Seeschifffahrt	1,69	1,45	ST
H51.2	Güterbeförderung Luftfahrt	8,69	1,25	ST
H52.2	Sonst. DL für	2,25	1,41	ST
N77.3	Vermietung Maschinen/Geräte	1,20	1,24	ST
C25.5	Hst. Schmiede-/Stanzteile	0,52	0,86	SW
C25.9	Hst. sonstige Metallwaren	0,66	0,89	SW
C26.1	Hst. elektronische Bauteile	0,23	0,90	SW
C26.6	Hst. elektromedizinische Geräte	0,08	0,86	SW
C26.8	Hst. magnetische/optische Datenträger	0,00	0,89	SW
C27.9	Hst. sonstige elektrische Ausrüstungen	0,65	0,84	SW
C28.3	Hst. land-/forstwirtschaftl. Maschinen	0,25	0,90	SW
C28.4	Hst. Werkzeugmaschinen	0,20	0,88	SW
C29.3	Hst. Kfz-Teile/Zubehör	0,78	0,86	SW
C33.2	Installation Maschinen/Ausrüstungen	0,46	0,87	SW
J62.0	DL der Informationstechnologie	0,78	0,87	SW
K64.1	Kreditinstitute	0,69	0,69	SW
K64.9	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	0,22	0,82	SW
K65.1	Versicherungen	0,67	0,77	SW
K66.3	Fondsmanagement	0,07	0,88	SW
C17.1	Hst. Zellstoff/Papier/Pappe	0,00	1,11	C
C21.1	Hst. pharmazeutische Grundstoffe	0,06	1,11	C
C24.1	Erzeugung Eisen/Stahl	0,01	1,19	C
D35.3	Wärme-/Kälteversorgung	0,25	1,11	C
H49.3	Sonst. Personenbeförderung Landverkehr	0,66	1,26	C
J61.3	Satellitentelekommunikation	0,00	1,11	C
C18.1	Hst. Druckerzeugnisse	1,61	0,89	R
C22.1	Hst. Gummiwaren	1,39	0,85	R
C22.2	Hst. Kunststoffwaren	1,27	0,89	R
C28.1	Hst. nicht wirtschaftszweigspez. Maschinen	1,63	0,85	R
C32.3	Hst. Sportgeräte	1,25	0,89	R
M72.1	F&E Natur-/Ingenieur-/Agrarwiss./Medizin	1,45	0,84	R

Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Einbettungsgrad auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen. Spalte SWOT: SW = Schwäche, ST = Stärke, C = Chance, R = Risiko.

Abbildung A.3: Netzwerk verbundener Branchengruppen in der Metropolregion insgesamt
Darstellung Branchengröße über Lokationsquotienten



Q: Statistik Austria (Registerzählung 2011), Ergebnisse zum Branchennetzwerk auf Basis von Daten zur Beschäftigtenhistorik des IAB, WIFO-Berechnungen.

Literaturhinweise

- Ahlfeld, G., Pietrostefani, E., Schumann, A., Matsumoto, T., "Demystifying compact Urban Growth. Evidence from 300 Studies across the World", Regional Development Working Papers, 2018/03, OECD Publishing, Paris, 2017.
- Ahrend, R., Farchy, E., Kaplanis, I., Lembcke, A.C., "What makes Cities more productive? Agglomeration Economies and the Role of Urban Governance: Evidence from 5 OECD Countries", *Journal of Regional Science*, 57(3), 2017, 385-410.
- Ahrend, R., Glocker, D., "Stadt-Land-Partnerschaften", *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 2016, 625-638.
- Ahrend, R., Gamper, C., Schumann, A., "The OECD Metropolitan Governance Survey: A quantitative Description of Governance Structures in large urban Agglomerations", OECD Regional Development Working Papers, 2014/04, OECD Publishing, Paris, 2014.
- Ahrend, R., Schumann, A., "Approaches to Metropolitan Area Governance. A Country Overview", OECD Regional Development Working Papers, 2014/03, OECD Publishing, Paris, 2014.
- Akai, N., Sakata, M., "Fiscal Decentralization contributes to Economic Growth: Evidence from State-Level Cross-section Data for the United States", *Journal of Urban Economics*, 52, 2002, 93-108.
- Amable, B., "International Specialisation and Growth", *Structural Change and Economic Dynamics*, 11, 2000, 413-431.
- Antalovsky, E., Sapper, A., Schadt, G., "Organisationsaspekte regionaler Kooperation", Studie des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums im Auftrag der Kammern für Arbeiter und Angestellte für Wien, für Niederösterreich und für das Burgenland, Wien, 1994.
- Arrow, K., "Economic Welfare and the Allocation of Resources for Invention", in Nelson, R., *The Rate and Direction of Inventive Activity*, Princeton University Press, 1962, S. 609-625.
- Audretsch, D. B., Feldman, M. P., "Innovative Clusters and the Industry Live-Cycle", *Review of Industrial Organisation*, 11, 1996, S. 253-273.
- Audretsch, D.B., "Agglomeration and the Location of Innovative Activity", CEPR Discussion Paper, 1974, London, 1998.
- Banko, G., Weiß, M., "Gewidmetes, nicht bebautes Bauland. Erstellung von Auswertungen für Österreich", Umweltbundesamt, Wien, 2016.
- Bartolini, D., "Municipal Fragmentation and Economic Performance of OECD TL2 Regions", OECD Regional Development Working Papers, 2015/02, OECD Publishing, Paris, 2015.
- Bartolini, D., "The Role of Incentives in Co-operation Failures", OECD Regional Development Working Papers, 2013/09, OECD Publishing, Paris, 2013.
- Baudry, C., Schiffauerova, A., "Who's right, Marshall or Jacobs? The Localization versus Urbanization Debate", *Research Policy*, 38, 2009, S. 318-337.
- Baum-Snow, N., Pavan, R., "Understanding the City Size Wage Gap", *Review of Economics Studies*, 79(1), 2012, 88-127.
- Bayer, P., MacMillan, R., "Choice and Competition in Local Education Markets", NBER Working Paper, 1108, Cambridge, MA., 2005.
- Bender, S., Haas, A., Klose, C., "The IAB Employment Subsample 1975-1995", *Schmollers Jahrbuch*, 120(4), 2000, 649-662.
- Benz, A., "Politik im Mehrebenensystem", VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.
- Benz, A., Fürst, D., "Region – 'Regional Governance' – Regionalentwicklung", in Adamaschek, B., Pröhl, M. (Hg.), *Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2003.
- Berger, S., "How we compete: What Companies around the World are doing to make it in Today's Global Economy", MIT Industrial Performance Center, New York, 2005.
- Berger, S., "A Preview of the MIT Taskforce on Innovation and Production Report", MIT Press, Cambridge, MA., 2013.
- Berger, S. (2013a), "Making in America. From Innovation to Market", MIT Press, Cambridge, MA., 2013.
- Berry, C., Glaeser, E.L., "The Divergence of Human Capital Levels across Cities", *Regional Science*, 84(3), 2005, 407-444.
- Bishop, P., Grippaios, P., "Spatial Externalities, Relatedness and Sector Employment Growth in Great Britain", *Regional Studies*, 44(4), 2010, S. 443-454.
- Bock-Schappelwein, J., Huber, P., Nowotny, K., Streicher, G., *Auswirkungen des Grenzgängerabkommens und des Praktikantenabkommens auf den burgenländischen Arbeitsmarkt*, WIFO Monographien, Wien, 2011.

- Boschken, H.L., "Aligning a Multi-Government Network with Situational Context: Metropolitan Governance as an Organizational Systems Problem", *American Review of Public Administration*, 2016, 1-20.
- Boschma, R.A., "Relatedness as Driver of regional Diversification: A Research Agenda", *Regional Studies*, 51(3), 2017, 351-364.
- Boschma, R., Frenken, K., "Technological Relatedness and Regional Branching", in Bathelt, H. et al. (eds.), *Dynamic Geographies of Knowledge Creation, Diffusion and Innovation*, Routledge, London, 2012, S. 64-81.
- Boschma, R., Iammarino, S., "Related Variety, Trade Linkages, and regional Growth in Italy", *Economic Geography*, 85(3), 2009, S. 289-311.
- Boschma, R. A., Martin, R., "Constructing and evolutionary Economic Geography", *Journal of Economic Geography*, 7(5), 2007, S. 537-548.
- Boschma, R., Minondo, A., Navarro, M., "Related Variety and regional Growth in Spain", *Papers in Regional Science*, 91(2), 2012, S. 241-256.
- Boschma, R. Minondo, A., Navarro, M., "The Emergence of New Industries at the regional Level in Spain: A Proximity Approach based on Product Relatedness", *Economic Geography*, 89(1), 2013, S. 29-51.
- Brachert, M., Kubis, A., Titze, M., "Related Variety, unrelated Variety and regional Functions: A Spatial Panel Approach", *Papers in Evolutionary Economic Geography*, 13.01, Utrecht University, Utrecht, 2013.
- Brakman, S., Garretsen, H., Van Marrewijk, C., "An Introduction to Geographical Economics", 3rd Ed., Cambridge University Press, Cambridge, UK, 2003.
- Brenner, N., "Cities and Territorial Competitiveness", in Rumford, Ch. (ed.), *The SAGE Handbook of European Studies*, Los Angeles, 2009, S. 442-463.
- Brenner, N., "Metropolitan institutional Reform and the Rescaling of State Space in contemporary Western Europe", *European Urban and Regional Studies*, 10(4), 2003, 297-324.
- Brodkin, E.Z., "Policy Politics: If we can't govern, can we manage?", *Political Science Quarterly*, 102(4), 1987, 571-587.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.), "Metropolregionen – Kooperation und Wettbewerb in Deutschland und Europa", *Informationen zur Raumentwicklung*, 5.2016, Stuttgart, 2016.
- Caragliu, A., De Dominicis, L., De Groot, H., "Both Marshall and Jacobs were right!", *Economic Geography*, 92(1), 2016, 87-111.
- Cheshire, P.C., Gordon, I.R., "Territorial Competition and the Predictability of Collective (In)Action", *International Journal of Urban and Regional Research*, 20(3), 1996, 383-399.
- Cheshire, P.C., Magrini, S., "Urban Growth Drivers in a Europe of sticky People and implicit Boundaries", *Journal of Economic Geography*, 9, 2009, 85-115.
- Cohen, J.P., Morrison, P.C., "Agglomeration, Productivity and Regional Growth: Production Theory Approaches", in Cappello, R., Nijkamp, P. (eds.), *Handbook of Regional Growth and Development Theories*, Edward Elgar, Cheltenham, 2009, 101-117.
- Combes, P.P., Duranton, G., Gobillon, L., "Spatial Wage Disparities: Sorting Matters!", *Journal of Urban Economics*, 63(2), 2008, 723-742.
- Combes, P.P., Duranton, G., Gobillon, L., "The Identification of Agglomeration Economies", *Journal of Economic Geography*, Vol.11, 2011, 253-266.
- D'Albergo, E., Lefèvre, C., "Constructing Metropolitan Scales: Economic, political and discursive Determinants", *Territory, Politics, Governance*, 6(2), 2018, 147-158.
- Dahlum, B, Laursen, K., Verspagen, B., "Does Specialisation matter for Growth?", *TEIS Working Paper*, 5, MERIT, University of Maastricht, Maastricht, 1996.
- Derecchi, L.U., "Zwischenstadtland Schweiz. Zur politischen Steuerung der suburbanen Entwicklung in Schweizer Gemeinden", *Transcript-Verlag, Edition Politik*, 2016.
- Derudder, B., Hoyler, M., Taylor, P. (Eds.), "International Handbook of Globalization and World Cities", Edward Elgar, Cheltenham, 2012.
- Diesenreiter C., *Erwachsenenbildungsforschung in Österreich*, ÖIEB, Wien, 2005.
- Dijkstra, L., Poelman, H., "Cities in Europe. The new OECD – EC Definition", *DG Regional and Urban Policy, Regional Focus*, 01, 2012.

- Dollery, B., Byrnes, J., Crase, L., "Australian Local Government Amalgamation: A conceptual Analysis of Population Size and Scale Economies in Municipal Service Provision", *Australasian Journal of Regional Studies*, 14(2), 2008, 167-175.
- Duranton, G., Puga, D., "Microfoundations of urban Agglomeration Economies", in Henderson, V., Thisse, J.F., (eds.), *Handbook of Regional and Urban Economics*, Vol.4, Elsevier, 2004, 2063-2117.
- Essletzbichler, J., "Relatedness, Industrial Branching and Technological Cohesion in US Metropolitan Areas", *Regional Studies*, 49(5), 2015, 752-766.
- Eurocities, "Metropolitan Areas in Action. Concluding Report", Eurocities, London, 2013.
- European Commission, "Cohesion Policies and Cities. The urban Contribution to Growth and Jobs in the Regions", Communication to the Council and Parliament, Brussels, 2006.
- European Commission, "Territorial Agenda of the European Union. Towards a more competitive and sustainable Europe of diverse Regions", Agreement at the informal Ministerial Meeting on Urban Development and Territorial Cohesion, Leipzig, 2007.
- European Commission, "Territorial Agenda of the European Union 2020. Towards an inclusive, smart and sustainable Europe of diverse Regions", Agreement at the informal ministerial Meeting of Ministers responsible for Spatial Planning and Territorial Development, Gödöllő, 2011.
- European Commission & UN-Habitat, "The State of European Union Cities 2016, Cities leading the Way for a better Future", New York, Brussels, 2016.
- Fan, J.P.H., Lang, L.H.P., "The Measurement of Relatedness: An Application to Corporate Diversification", *Journal of Business*, 73(4), 2000, S. 629-660.
- Fassman, H. Görgl, P. Helblich, J., Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion Zusammenfassender Ergebnisbericht, Planungsgemeinschaft Ost, Wien, 2013.
- Fassmann, H., Görgl, P., Helblich, M., "Atlas der wachsenden Stadtregion", Studie der ÖAW im Auftrag der Planungsgemeinschaft Ost, Wien, 2008
- Firgo, M., Mayerhofer, P., "{(Un-)}Related Variety and Employment Growth at the sub-regional Level", *Papers in Regional Science*, 97(3), 2018, 519-547.
- Firgo, M., Mayerhofer, P., "Wissensintensive Unternehmensdienste, Wissens-Spillovers und regionales Wachstum. Teilprojekt 3: Wissens-Spillovers und regionale Entwicklung – Zur Standortstruktur von wissensintensiven Unternehmensdiensten – Fakten, Bestimmungsgründe, regionale Herausforderungen", WIFO-Studie im Auftrag der AK Wien, Wien, 2016.
- Firgo, M., Mayerhofer, P., "Wissensintensive Unternehmensdienste, Wissens-Spillovers und regionales Wachstum. Teilprojekt 1: Wissens-Spillovers und regionale Entwicklung – Welche strukturpolitische Ausrichtung optimiert das Wachstum", WIFO-Studie im Auftrag der AK Wien, Wien, 2015.
- Frenken, K., Van Oort, F.G., Verburg, T., "Related Variety, unrelated Variety and regional economic Growth", *Regional Studies*, 41(5), 2007, S. 685-697.
- Fujita, M., Krugman, P. M., Venables, A. J., "The Spatial Economy: Cities, Regions and international Trade", MIT Press, Cambridge, MA., 1999.
- Gaspar, J.M., "A prospective Review on New Economic Geography", *The Annals of Regional Science*, 61(2), 2018, 237-272.
- Gibbons, S., Overman, H.G., Pelkonen, P., "Wage Disparities in Britain: People or Place?", SERC/LSE Discussion Paper, 0060, London, 2010.
- Giffinger, R., Kramar, H., Loibl, W., Suburbanisierung in Österreich: ein steuerbarer Trend der Siedlungsentwicklung?" in: ARL (Hrsg.), *Stadt-Umland-Probleme und Entwicklung des großflächigen Einzelhandels in den Ländern Mittel- und Südosteuropas*, Hannover, 2001, S. 25-49.
- Glaeser, E.L., "Learning in Cities", *Journal of Urban Economics*, 46, 1999, 254-277.
- Glaeser, E.L., "The new Economics of Urban and Regional Growth", *The Oxford Handbook of Economic Geography*, Oxford University Press, New York, 2003, 83-98.
- Glaeser, E.L., Mare, D.C., "Cities and Skills", *Journal of Labor Economics*, 19, 2001, 316-342.
- Glaeser, E.L., Saitz, A., "The Rise of the Skilled City", *Brookings-Wharton Papers on Urban Affairs*, 5, 2004, S. 47-94.

- Görgl, P., Eder, J., Gruber, E., Fassmann, H., "Monitoring der Siedlungsentwicklung in der Stadtregion+. Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion", Studie der ÖAW ISR – Institut für Stadt- und Regionalforschung im Auftrag der Planungsgemeinschaft Ost, Wien, 2016.
- Görgl, P., Eder, J., Gruber, E., Fassmann, H., "Monitoring der Siedlungsentwicklung in der Stadtregion+", Planungsgemeinschaft Ost, Wien, 2017.
- Grabher, G., "The Weakness of strong Ties: The Lock-in of regional Development in the Ruhr Area", in Grabher, G. (ed.), *The embedded Firm*, Routledge, London, 1993, S. 255-277.
- Grossman, G.M., Helpman, E., " 'Quality Ladders' in the Theory of Growth", *Review of Economic Studies*, 58, 1991, S. 43-61.
- Gruber, E., Gutmann, R., Huber, M., Oberhuemer, L., "Leistbaren Wohnraum schaffen – Stadt weiter bauen. Potentiale der Nachverdichtung in einer wachsenden Stadt: Herausforderungen und Bausteine einer sozialverträglichen Umsetzung", AK Wien, Wien, 2018.
- Gutheil-Knopp-Kirchwald, G., Bröthaler, J., "Organisation und Finanzierung stadtreionaler Kooperation", Workshop im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft 'Kooperationsplattform Stadtregion', Folienpräsentation, IFIP, TU Wien, Wien, 2015.
- Hall, P.A., "Creative Cities and Economic Development", *Urban Studies*, 37(4), 2000, 639-649.
- Hameter, J., Paul, V., "Kooperationspotenziale in der Stadtregion Wien. Grundlagen, Rahmenbedingungen und Anknüpfungspunkte für die Initialisierung stadtreionaler Kooperationen", Studie von raum und plan im Auftrag der Wiener Wiener Wohnbauforschung, MA50, Bad Vöslau, 2017.
- Hammond, G.W., Tosun, M.S., "The Impact of local Decentralization on Economic Growth: Evidence from U.S. Counties", *Journal of Regional Science*, 51(1), 2011, 47-64.
- Hartog, M., Boschma, R., Sotarauta, M., "The Impact of related Variety on regional Employment Growth in Finland 1993-2006: High-tech versus medium/low-Tech", *Industry and Innovation*, 19(6), 2012, S. 459-476.
- Henderson, J.V., Ono, Y., "Where do Manufacturing Firms locate their Headquarters?", *Journal of Urban Economics*, 63, 2008, S. 431-450.
- Heyn, T., Wilbert, K., "Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Wohnbaulandentwicklung – Status Quo und Handlungsmöglichkeiten des Bundes", Expertise der empirica Forschung und Beratung AG im Auftrag des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Bonn, 2018.
- Hidalgo, C., Klinger, B., Barabási, A., Hausmann, R., "The Product Space Conditions in Development of Nations", *Science*, 317, 2007, S. 482-487.
- Hirschler, P., Svanda, N., "Kooperationen und Kooperationsbereitschaft der Gemeinden in den ausgewählten Stadt-Umland-Regionen", in TU Wien, *Räumliche Entwicklung der österreichischen Stadtregionen. Handlungsbedarf und Steuerungsmöglichkeiten*, ÖROK-Schriftenreihe, 179, Wien, 2009, 200-214.
- Huber, P., *Neue soziale Risiken am Wiener Arbeitsmarkt*, in: Schmee, J. (Hrsg.) *WIENER HERAUSFORDERUNGEN: Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnung und Einkommen*, Wien, 2015, S. 26-45.
- IBA Wien, "Programmatik zur Internationalen Bauausstellung Wien 2022. Rahmen, Struktur, Memorandum", Wien, 2018.
- Jacobs, J., "The Economy of Cities", Vintage, New York, 1969.
- Janger, J., Hölzl, W., Kaniowski, S., Kutsam, J., Peneder, M., Reinstaller, A., Sieber, S., Stadler, I., Unterlass, F., "Structural Change and the Competitiveness of EU Member States", WIFO-Studie, Wien, 2011.
- Kamal-Chaoui, L., Sanchez-Reaza, J. (eds.), "Urban Trends and Policies in OECD Countries", *OECD Regional Development Working Papers*, 2012/01, OECD Publishing, Paris, 2012.
- Kawka, R., "Metropolregionen – Kooperation und Wettbewerb in Deutschland und Europa", *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 2016, 533-534.
- Kawka, R., Staats, J.-U., "Metropolregionen und Bundesraumordnung", *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 2016, 535-541.
- Klien, M., *Österreich 2025: Perspektiven einer regional differenzierten Wohnungs- und Verkehrspolitik vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Österreich*, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien, 2017.

- Knieling, J., "Metropolitan Regions. Definitions, Typologies and Recommendations for Development Cooperation", Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Discussion Paper Series, Bonn, 2014.
- Krugman, P. R., "Geography and Trade", MIT Press, Cambridge, MA., 1991.
- Krugman, P. R., Obstfeld, M., "International Economics. Theory and Policy", 7th edition, Pearson, Addison-Wesley, Boston, 2006.
- Krugman, P. R., Venables, A. J., "Globalization and the Inequality of Nations", *The Quarterly Journal of Economics*, 110(4), 1995, S. 857-880.
- Krumm, R., "Das Konzept des ‚Regionalen Gewerbeflächenpools‘ aus ökonomischer Sicht", *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 34(3), 2008, 244-259.
- Kübler, D., "'Metropolitan Governance' oder: Die unendliche Geschichte der Institutionenbildung in Stadtregionen", *Informationen zur Raumentwicklung*, 8/9, 2003, 535-541.
- Leupold, C., Metzner, U., "Pendlerströme in der Ostregion und ihre Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen", *Statistische Nachrichten* 2/2019, Statistik Austria, Wien, 2019, S 163-184.
- Magistrat der Stadt Wien (Hg.), "Wir wachsen über uns hinaus. Strategien für das Wohnen in der Metropolregion", *Wohnbauforschungshefte*, #5, Magistratsabteilung 50, Wien, 2018.
- Marshall, A., "Principles of Economics. An introductory Volume", 8th Edition, MacMillan, London, [1890] 1994.
- Martin, P., Sunley, P., "Path Dependence and regional economic Evolution", *Journal of Economic Geography*, 6, 2006, S. 395-437.
- Mayerhofer, P., "Wiens Industrie in der wissensbasierten Stadtwirtschaft: Wandlungsprozesse, Wettbewerbsfähigkeit, industriepolitische Ansatzpunkte", WIFO-Studie, Wien, 2013.
- Mayerhofer, P., Firgo, M., Schönfelder, S., "Vierter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wien", WIFO-Studie, Wien, 2015.
- Mayerhofer, P., Firgo, M., Schönfelder, S., "Vierter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens", Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien, 2015.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., "Wiens Stadtwirtschaft: Internationale Spezialisierungschancen, zentrale Wirtschaftsbereiche", WIFO-Studie, Wien, 2013.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Teilprojekt 6/1: Sachgüterproduktion und Dienstleistungen – Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen", WIFO-Studie im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, Wien, 2001.
- McCann, P., Van Oort, F., "Theories of Agglomeration and Regional Economic Growth: A historical Review", in: Capello, R., Nijkamp, P. (eds.), *Handbook of regional Growth and Development Theories*, Edward Elgar, Cheltenham, 2009, S. 19-33.
- Melo, P.C., Graham, D.J., Noland, R.B., "A Meta-Analysis of Estimates of urban Agglomeration Economies", *Regional Science and Urban Economics*, 39(3), 2009, 332-342.
- MKRO, "Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland", Ministerkonferenz für Raumordnung, Berlin, 2006.
- Neal, D.A., "Industry-specific Human Capital: Evidence from displaced Workers", *Journal of Labor Economics*, 13(4), 1995, 653-677.
- Neffke, F., et al., "The Role of Firms and Entrepreneurs in Regional Diversification", *Economic Geography* 94(19), 2018, 23-48.
- Neffke, F., Henning, M., Boschma, R., Lundquist, K.J., Olander, L.O., "The Dynamics of Agglomeration Externalities along the Life Cycle of Industries", *Regional Studies*, 45(1), 2011, 49-65.
- Neffke, F., Henning, M., "Skill-relatedness and firm diversification", in: *Strategic Management Journal* 34 (3), 2013, 297-265.
- Neffke, F., Otto, A., Weyh, A., "Inter-Industry Labor Flows", IAB Discussion Paper, 21/2016, 2016.
- Neffke, F., Otto, A., Weyh, A., "Skill-Relatedness Matrices for Germany. Data Method and Access", FDZ Methodenreport 04/2017, Bundesagentur für Arbeit, 2017.

- Neffke, F., Svensson-Henning, M., "Revealed Relatedness: Mapping Industry Space", Department of Economic Geography, Utrecht, 2008.
- Nelles, J., Gross, J.S., Kennedy, L., "The Role of Governance Networks in building Metropolitan Scale", *Territory, Politics, Governance*, 6(2), 2018, 159-181.
- Noteboom, B., "Learning and Innovation in Organizations and Economies", Oxford University Press, Oxford, 2000.
- Noteboom, B., Haverbeke, W., Duysters, G., Gilsing, V., Van den Oord, A., "Optimal Cognitive Distance and Absorptive Capacity", *Research Policy*, 36, 2007, 1016-1034.
- OECD, "Competitive Cities in the *Global Economy*", OECD Territorial Reviews, OECD Publishing, Paris, 2006.
- OECD, "OECD Regions at a Glance 2013", OECD Publishing, Paris, 2013.
- OECD (2013a), "Rural-Urban Partnerships: An integrated Approach to Economic Development", OECD Publishing, Paris, 2013.
- OECD, "Regional Governance: Policies, Institutional Arrangements and Municipal Reforms", in OECD, *OECD Regional Outlook*, OECD Publishing, Paris, 2014, 65-96.
- OECD, "Governing the City", OECD Publishing, Paris, 2015.
- OECD (2015a), "The Metropolitan Century. Understanding Urbanisation and its Consequences", OECD Publishing, Paris, 2015.
- OECD, "Making Cities Work for All. Data and Actions for Inclusive Growth", OECD Publishing, Paris, 2016.
- OECD (2016a), "OECD Regions at a Glance 2016", OECD Publishing, Paris, 2016.
- OECD (2016b), "OECD Regional Outlook 2016. Productive Regions for Inclusive Societies", OECD Publishing, Paris, 2016.
- OECD, "Multi-Level Governance Reforms. Overview of OECD Country Experiences", *OECD Multi-Level Governance Studies*, OECD Publishing, Paris, 2017.
- OECD (2017a), "The Governance of Land Use in OECD Countries: Policy Analysis and Recommendations", OECD Publishing, Paris, 2017.
- OECD (2017b), "Land-Use Planning Systems in the OECD: Country Fact Sheets", OECD Publishing, Paris, 2017.
- OECD, "Divided Cities. Understanding Intra-Urban Inequalities", OECD Publishing, Paris, 2018.
- OECD (2018a), "Rethinking Urban Sprawl: Moving towards Sustainable Cities", OECD Publishing, Paris, 2018.
- OECD (2018b), "Rethinking Regional Development Policy-Making", *OECD Multi-Level Governance Studies*, OECD Publishing, Paris, 2018.
- ÖREK-Partnerschaft, Kooperationsplattform Stadtregionen', "Expertenpapier Mehrwert stadtreionaler Kooperation", Städtebund, BKA, ÖROK, 2013.
- Orfield, M., Dawes, B., "Metropolitan Governance Reform", Chapman University Digital Commons, 2017.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "Räumliche Entwicklungen der österreichischen Stadtregionen. Handlungsbedarf und Steuerungsmöglichkeiten", ÖROK Schriftenreihe, 179, Wien, 2009.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "Österreichisches Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011", Wien, 2011.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "Beiträge der Raumordnung zur Unterstützung "leistbaren Wohnens", ÖROK-Schriftenreihe, 191, Wien, 2014.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "14. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2012-2014", ÖROK Schriftenreihe, 195, Wien, 2015.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2015a), "Die regionale Handlungsebene stärken – Fachliche Empfehlungen und Materialienband", ÖROK Schriftenreihe, 194, Wien, 2015.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "Agenda Stadtregionen in Österreich. Empfehlungen der ÖREK-Partnerschaft, Kooperationsplattform Stadtregion' und Materialienband", ÖROK-Schriftenreihe, 198, Wien, 2016.
- Österreichische Raumordnungskonferenz, "ÖROK-Empfehlung Nr.55: Für eine Stadtreionspolitik in Österreich", Wien, 2017.
- Otto, A., Nedelkoska, L., Neffke, F., "Skill-Relatedness und Resilienz: Fallbeispiel Saarland", *Raumforschung und Raumordnung*, 72(2), 2014, 133-151.
- Parent, D., "Industry-specific Capital and the Wage Profile: Evidence from the National Longitudinal Survey of Youth and the Panel Study of Income Dynamics", *Journal of Labor Economics*, 18(2), 2000, 306-323.

- Pinto, S.M., "Tax Competition in the Presence of Inter-Jurisdictional Externalities: The Case of Crime Prevention", *Journal of Regional Science*, 47(5), 2007, 897-913.
- Pitlik, H., Wirth, K., Lehner, B., "Gemeindestruktur und Gemeindekooperation", Studie von WIFO und KDZ, Wien, 2010.
- Pitlik, H., Wirth, K., "Gemeindestrukturreformen und Gemeindekooperation", *WIFO-Monatsberichte*, 85(12), 2012, 957-967.
- Planungsgemeinschaft Ost (Hrsg.), "stadregion+ Zwischenbericht. Planungskoooperation zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien Niederösterreich Burgenland", PGO, Wien, 2011.
- Porter, M. E., "Competitive Advantage, Agglomeration Economies and Regional Policy", *International Regional Science Review*, 19, 1996, S. 85-90.
- Prrok, T., Mitterer, K., Hochholdinger, N., "Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtre-gionen", *Österreichischer Städtetag*, KDZ, Wien, 2013.
- Pütz, T., "Empirische Zusammenschau der europäischen Metropolregionen in Deutschland", *Informationen zur Raum-entwicklung*, 5, 2016, 543-553.
- Puga, D., "The Magnitude and Causes of Agglomeration Economies"; *Journal of Regional Science*, 50(1), 2010, 203-219.
- Rigby, D.L., "The Geography of Knowledge Relatedness and technological Diversification in US Cities", *Papers in Evolu-tionary Economic Geography*, Utrecht University, 12.18, 2012.
- Rittler, C., "EinpendlerInnen nach Wien. Achsenbezogene Untersuchung der Park & Ride Potenziale", Studie im Rahmen der PGO, Wien, 2013.
- Romer, P.M., "Endogenous Technological Change", *Journal of Political Economy*, 98, 1990, 71-102.
- Rosenthal, S. S., Stange, W.C., "Geography, Industrial Organization, and Agglomeration", *Review of Economics and Statistics*, 85(2), 2003, S. 377-393.
- Rosenthal, S.S., Strange, W.C., "Evidence on the Nature and Sources of Agglomeration Economies", in Henderson, V., Thisse, J.F., (eds.), *Handbook of Regional and Urban Economics*, Vol.4, Elsevier, 2004, 2243-2291.
- Rosenthal, S.S., Strange, W.C., "The Urban Rat Race", Dept. of Economics, Syracuse University, New York, 2005.
- Schindegger, F., "Raum. Planung. Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich", Böhlau-Verlag, Wien, 1999.
- Schremmer, C., Beiglböck, S., Saringer-Bory, B. "Wirtschaftsanalyse Ostregion", ÖIR-Studie im Auftrag der Planungsge-meinschaft Ost, Wien, 2015.
- Scott, A. J., "Production and Work in the American Metropolis: a macroscopic Approach", *Annals of Regional Science*, 42, 2008, S. 785-805.
- Simmie, J. (ed.), "Innovative Cities", Spon Press, London, New York, 2001.
- Spence, M., Annez, P.C., Buckley, R.M., "Urbanization and Growth", World Bank Publications, New York, 2009.
- Stadt Wien, "Smart City Wien Rahmenstrategie", Wien, 2014.
- Stadt Wien, "Fachkonzept "Produktive Stadt", Stadtentwicklung Wien, Werkstattbericht 171, Wien, 2018.
- Stansel, D., "Local Decentralization and local Economic Growth: A cross-sectional Examination of US Metropolitan Areas", *Journal of Urban Economics*, 57(1), 2005, 55-72.
- Tibout, C.M., "A pure Theory of local Expenditures", *Journal of Political Economy*, 64(5), 1956, 416-424.
- Tosics, I., "Governance Challenges and Models for the Cities of Tomorrow", Paper commissioned by the European Commission (Directorate General for Regional Policy, Budapest, 2011.
- Turok, I., "Cities, Regions and Competitiveness", *Regional Studies*, 38(9), 2004, S. 1069-1083.
- United Nations, "State of World Population. Unleashing the Potential of Urban Growth", New York, 2007.
- Van Oort, F., de Geus, S., Dogaru, T., "Related Variety and Regional Economic Growth in a Cross-Section of European Urban Regions", *European Planning Studies*, 23, 2015, 1110-1127.
- Van Winden, W., Van den Berg, L., Cavalho, L., Van Tuijl, E., "Manufacturing in the New Urban Economy", Routledge, New York, 2011.
- Wixe, S., Andersson, M., "Which Types of Relatedness matter in Regional Growth? – Industry, Occupation and Educa-tion", *CESIS Working Paper Series*, 332, Jönköping, 2013.

Xie, D., Zou, H., Davoodi, H., "Fiscal Decentralization and Economic Growth in the United States", *Journal of Urban Economics*, 45(2), 1999, 228-239.

Zhang, T., Zou, H., "Fiscal Decentralization, Public Spending, and Economic Growth in China", *Journal of Public Economics*, 67(2), 1998, 221-240.

Interviewpartner/innen

Mag^a. Ursula Adam, Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, Leitung Büro der Geschäftsführung,
MinR Mag. Roland Arbter, Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), Abt. VII/5 – Abteilung Koordination
Regionalpolitik und Raumordnung.

Mag. Dominik Dittrich, MSc, Land Niederösterreich, Leiter Überörtliche Raumplanung.

Mag. Martin Fassel, ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur, Stv. Leiter Beteiligungsmanagement und Finanzen.

Mag. Winfried Göschl, Arbeitsmarktservice, Landesgeschäftsführer AMS Wien.

Dipl.-Vw. Klemens Himpele, Stadt Wien, Leiter der Magistratsabteilung 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik.

Ing. Rainer Holzer, Wirtschaftsagentur Wien, Leiter Immobilienentwicklung.

Dipl.-Ing. Josef Hutter, Wirtschaftsagentur Wien, Immobilien, Betriebsgebietsentwicklung.

Dipl.-Ing. Andreas Kirisits, ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur, Geschäftsfeldleiter Investorenservice.

Dipl.-Ing. Thomas Madreiter, Stadt Wien, Planungsdirektor, Magistratsdirektion der Stadt Wien, Kompetenzzentrum über-
geordnete Stadtplanung, Smart City Strategie, Partizipation, Gender Planning (KPP).

Mag. Thomas Ritt, AK Wien, Leiter der Abteilung Kommunalpolitik.

Dipl.-Ing. Andreas Trisko, Stadt Wien, Leiter der Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Renate Zuckerstätter-Semela, Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich, Managerin SUM-Nord.

Mag. Dr. Helmut Naumann, Wirtschaftskammer Wien, Leiter Wirtschaftspolitik.